Kretzschmar/Rehm/Pilger
1968 und die *Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er-Jahre*

WERKHEFTE
DER STAATLICHEN ARCHIVVERWALTUNG
BADEN-WÜRTTEMBERG

Herausgegeben
vom Landesarchiv Baden-Württemberg

Serie A Heft 21

2008

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart

1968 und die *Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er-Jahre* Überlieferungsbildung und Forschung im Dialog

Herausgegeben von
Robert Kretzschmar, Clemens Rehm und Andreas Pilger

2008

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart

Diese Publikation ist auf alterungsbeständigem, säurefreiem Papier gedruckt.

Alle Rechte vorbehalten
© 2008 by Landesarchiv Baden-Württemberg, Stuttgart
Lektorat: Luise Pfeifle
Umschlaggestaltung: agil > Visuelle Kommunikation, Pforzheim
Kommissionsverlag: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart
Gesamtherstellung: Offizin Chr. Scheufele, Stuttgart
Printed in Germany
ISBN 978-3-17-020708-0

Inhalt

Vorwort 7

***1968* und die *Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er-Jahre* Überlieferungsbildung und Forschung im Dialog** 9

Robert Kretzschmar, Clemens Rehm und Andreas Pilger
Einführung 11

Robert Kretzschmar
Komprimierter Pluralismus. Methodische Ansätze zur Informationsverdichtung und Integration verschiedener Perspektiven in der archivischen Überlieferungsbildung 15

Andreas Pilger
Geschichtsbilder der Archive/Geschichtsbilder der Wissenschaft. Dokumente und Deutungen zeithistorischer Phänomene 29

***1968* – Was bleibt von einer Generation? Überlieferung und Überlieferungsbildung zu einer nicht alltäglichen Zeit** 35

Clemens Rehm
1968 – Was bleibt von einer Generation? Überlieferung und Überlieferungsbildung zu einer nicht alltäglichen Zeit. Tagungsbericht 37

Thomas Etzemüller
Themen und Quellen. Forschungsüberblick – Tendenzen – Richtungen 45

Klaus Pflieger
1968 – Was bleibt von einer Generation? Zur Entstehung der Unterlagen aus der Sicht der Aktenbildner 55

Elke Koch
1967–1977. Die staatliche Überlieferung zum *roten Jahrzehnt* 63

Thomas Becker
Archivische Bewertung der Unterlagen in Universitätsarchiven und anderen öffentlichen Archiven 75

Michael Koltan
Sammlung von Dokumenten in Archiven sozialer Bewegungen 87

Wolfgang Kraushaar
Weiße Flecken der Überlieferung 95

Protest im Bild – Kontinuität und Wandel 105

Christof Strauß
The Times They Are A-Changin'. Fotografien der Protestbewegungen
am Oberrhein 107

Dokumente und Deutungen zur Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er-Jahre 143

Mathias Mutz
Geschichtsbilder der Archive/Geschichtsbilder der Wissenschaft. Dokumente und Deutungen zur Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er-Jahre. Tagungsbericht 145

Kai F. Hünemörder
Zwischen Bewegungsforschung und Historisierungsversuch. Anmerkungen zum Anti-Atomkraft-Protest aus umwelthistorischer Perspektive 151

Albrecht Ernst und Wolfgang Mährle
Überlieferungsbildung zur Atompolitik im Landesarchiv Baden-Württemberg. Das Beispiel Hauptstaatsarchiv Stuttgart 169

Edgar Lersch
Die Anti-Atomkraft-Bewegung in Bild und Ton. Zur Überlieferungsbildung in den Archiven der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten 177

Christoph Becker-Schaum
Überlieferungsbildung der Anti-Atom-Bewegung im Grünen-Archiv 187

Autorin und Autoren 193

Vorwort

Das *40-jährige Dienstjubiläum* der *Achtundsechziger*, wie es jüngst einmal ironisch bezeichnet wurde, hat zu einer Fülle von Dokumentationen und Publikationen angeregt, die 2008 erschienen sind.

Für das Landesarchiv Baden-Württemberg war es Anlass, bereits im Februar 2007 ein Kolloquium zu der Fragestellung zu veranstalten, wie es um die Überlieferung der Phänomene und Entwicklungen steht, die mit der Chiffre *1968* verbunden werden.

Ziel dabei war, den Dialog zwischen der Forschung, die mit den Quellen arbeitet, und den für die Überlieferungsbildung verantwortlichen Archiven zu fördern und einmal bilanzierend den Stand der Quellensicherung zu evaluieren, um mögliche Defizite aufzuzeigen und Anregungen für die weitere Arbeit zu gewinnen.

Dieselben Ziele lagen einer ähnlich angelegten Veranstaltung des VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare auf dem 46. Historikertag 2006 in Konstanz zugrunde, die unter der Leitung von Dr. Andreas Pilger vom Landesarchiv Nordrhein-Westfalen von Archivaren des Landesarchivs Baden-Württemberg mitgestaltet wurde. Sie war der Überlieferung der *Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er-Jahre* gewidmet.

Da beide Tagungen unter derselben Fragestellung standen, methodisch ähnlich ausgerichtet waren und dazu noch exemplarisch verwandte, ja in ihrer Genese und Entwicklung sogar ineinandergreifende gesellschaftliche Erscheinungen in den Blick nahmen, lag die Überlegung nahe, sie gemeinsam zu veröffentlichen.

Die Beiträge und Diskussionen werden im Folgenden im Druck vorgelegt, ergänzt um eine kurze Einführung und einen Beitrag zu Fotografien im Nachlass des bedeutenden Freiburger Fotografen Willy Pragher, dessen Aufnahmen *1968* und die *Anti-Atomkraft-Bewegung* im Bild dokumentieren.

Mein Dank gilt allen Autoren für die Überlassung ihrer Beiträge. Besonderen Dank schulde ich den beiden Mitherausgebern. Dr. Andreas Pilger hat als Vorsitzender des Arbeitskreises Archivische Bewertung im VdA die Sektion zur Anti-Atomkraft-Bewegung auf dem Konstanzer Archivtag federführend konzipiert und dann auch geleitet. Dr. Clemens Rehm vom Landesarchiv Baden-Württemberg war entsprechend für die Tagung des Landesarchivs zu 1968 verantwortlich. Er hat auch – gemeinsam mit Luise Pfeifle vom Landesarchiv – die Hauptlast bei der Aufbereitung für den Druck getragen.

Die Herausgeber würden sich sehr freuen, wenn sie mit der Publikation Anstöße zu einem weiteren Austausch zwischen den Archiven und ihren Nutzern geben könnten.

Stuttgart, im August 2008

Prof. Dr. Robert Kretzschmar
Präsident des Landesarchivs
Baden-Württemberg

1968 und die *Anti-Atomkraft-Bewegung der 70-Jahre*
Überlieferung und Forschung im Dialog

Einführung

Von Robert Kretzschmar, Clemens Rehm und Andreas Pilger

Gesellschaftliche Entwicklungen zu beschreiben und zu interpretieren, bedeutet zugleich – bewusst oder unbewusst – Identitätsstiftung. Übersehen wird bei diesem Prozess der Historisierung vielfach, auf welcher Basis Schlüsse gezogen werden; dabei wird diese Frage umso wichtiger, je stärker durch individuelle Erinnerungen zugleich ein Beitrag zur Erinnerungskultur geleistet wird.

Es mag überraschend erscheinen, aber ein schier unübersehbares Meer von Erklärungen der Ereignisse rund um die Studentenrevolute von *1968* und nicht weniger zur *Anti-AKW-Bewegung* wurde entwickelt und publiziert, ohne dass die Fülle der Quellen überhaupt bekannt und zugänglich war. Als eines der frappierendsten Beispiele der jüngeren Zeit kann wohl die Einschätzung der Rolle von Andreas Baader innerhalb der RAF gelten: Für die Öffentlichkeit nachvollziehbar vollzog sich im Sommer 2007 der Wandel vom dumpfen Macho-Proleten zum differenziert argumentierenden Angeklagten erst mit der Ausstrahlung der Originalmitschnitte von den Stammheimer Prozessverhandlungen in Rundfunk und Fernsehen.

Heute steht fest: Sowohl für *1968* als auch zur *Anti-AKW-Bewegung* gibt es eine kaum zu überblickende Masse an Unterlagen, Dokumenten und Selbstzeugnissen. Aber welche davon sind wozu aussagekräftig? Für Archivarinnen und Archivare ist das Auswählen, das Entscheiden zwischen *archivwürdig* und *Reißwolf*, Alltagsgeschäft. Dieser Vorgang ist für die Überlieferung der 1960er-Jahre noch nicht vollständig abgeschlossen, und das gilt natürlich erst Recht für die Unterlagen der 1980er-Jahre. Damit eröffnet sich eine Chance für Gespräche zwischen Archivierenden und Benutzenden, den Archiven und der Forschung:

- Welches Quellenmaterial sollte archiviert werden? Welche Fragen, die von der Wissenschaft gestellt werden, können mit welchen Quellen bearbeitet werden?
- Welche Unterlagen und Dokumente können von der Forschung in welchen Einrichtungen erwartet werden? Was ist schon archiviert? Wo steht die Übernahme ins Archiv noch aus?
- Welche Dokumente sind verloren gegangen und warum? Was ist nur schwer dokumentierbar? Wo sind noch nicht ins Blickfeld geratene Überlieferungen vorhanden? Gibt es bisher noch nicht berücksichtigte Quellenarten?

Mit solchen Fragen hat der VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare 2006 auf dem Konstanzer Historikertag den Fokus auf die Anti-AKW-Bewegung – *Dokumente und Deutungen zur Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er Jahre* – gerichtet[1] und das Landesarchiv Baden-Württemberg 2007 zu einer Tagung in Stuttgart über *›1968‹ – Was bleibt von einer Generation? Überlieferung und Überlieferungsbildung zu einer nicht alltäglichen Zeit* – eingeladen.[2]

Im Folgenden sind diese beiden Tagungen im Druck wiedergegeben. Angesichts ihrer methodischen und thematischen Schnittpunkte lag es nahe, sie gemeinsam zu veröffentlichen. Abgedruckt sind alle Referate sowie zwei Tagungsberichte, in denen auch der Diskussionsverlauf in der Veranstaltung dokumentiert ist.

Beiden Tagungen wurden vorangestellt die grundsätzlichen Beiträge von Robert Kretzschmar zur archivischen Überlieferungsbildung und Andreas Pilger zur Multiperspektivität der Geschichtsbilder der Archive und der Forschung, die einführend in der Sektion zur Anti-Atomkraft-Bewegung auf dem Historikertag in Konstanz gehalten wurden. Denn sie liefern theoretische Grundlegungen zum Spannungsverhältnis zwischen aktiver Überlieferungsbildung und auswertender Forschung, die für beide Tagungen in gleicher Weise relevant waren.

Es folgen sodann die Texte der beiden Tagungen. Beiden Phänomenen – den mit dem Jahr 1968 verbundenen Strömungen und der Anti-Atomkraft-Bewegung – ist eigen, dass neben einer amtlichen Überlieferung in besonderer Vielfalt auch auf der Seite der Gegenöffentlichkeit Unterlagen entstanden sind. In seltener Weise ist für die politische Auseinandersetzung, ist für den den *Kampf* Material zur Argumentationshilfe und zur Selbstvergewisserung gesammelt und gesichert worden.

Das bedeutet archivisch und aus der Sicht der Forschung eine besondere Herausforderung. Zur Darstellung des breiten Spektrums der Quellen war die Ausweitung des Blickwinkels weit über die klassischen Archive hinaus bis hin zu den Archiven der Neuen Sozialen Bewegungen zwingend.[3] So kommen in jeder Sektion Vertreter unterschiedlichster archivischer Gedächt-

---

[1] Abstracts der Sektionsbeiträge in: GeschichtsBilder. 46. Deutscher Historikertag vom 19. bis 22. September [2006] in Konstanz. Berichtsband. Hg. im Auftrag des Verbands der Historiker und Historikerinnen Deutschlands von Clemens *Wischermann*, Armin *Müller*, Rudolf *Schlögl* und Jürgen *Leipold*. Konstanz 2007. S. 152–157. – Die Sektion war unter der Leitung von Dr. Andreas Pilger von einer Arbeitsgruppe aus dem Arbeitskreis Archivische Bewertung im VdA – Verband Deutscher Archivarinnen und Archivare vorbereitet worden.

[2] Ein erster zusammenfassender Tagungsbericht von Clemens *Rehm* ist erschienen in: Landesarchiv Baden-Württemberg. Archivnachrichten Nr. 35 (2007) S. 8f.

[3] Zur Überlieferung der Neuen Sozialen Bewegungen vgl. jetzt auch die darauf bezogenen Beiträge in: Lebendige Erinnerungskultur für die Zukunft. 77. Deutscher Archivtag 2007 in Mannheim. Redaktion: Heiner *Schmitt*. Fulda 2008. S. 173–201.

nisinstitutionen zu Wort. Das komplementäre Schauen hat dabei – ein weiterer Erfolg dieser Tagungen – auch gegenseitige Vorbehalte aufgeweicht, die lange vor allem zwischen staatlichen Stellen einerseits und staatsfernen bzw. staatskritischen Einrichtungen andererseits bestanden.[4]

Als verbindender und überleitender Beitrag zwischen den beiden Tagungen steht ein Artikel über die *Bilder des Protests,* mit denen der prominente Freiburger Bildjournalist Willy Pragher mit dem Medium der Fotografie die beiden Zeiterscheinungen festgehalten hat. Auch an diesem quellenbezogenen Beitrag wird deutlich, in welchem Maß bisher noch völlig unbekannte oder unbeachtete Dokumente einer vielfältigen Auswertung harren.

Es geht es in diesem Band nicht um die historische Bewertung der fraglichen Phänomene, sondern um die Überlieferung, die Quellen, deren kritische Auswertung im weiteren Prozess der Historisierung an Gewicht noch gewinnen wird. Die beiden Veranstaltungen und die nun im Druck vorliegenden Dokumentationen dazu belegen aber auch, wie ertragreich der Dialog zwischen denen, die in den Archiven für die Überlieferung verantwortlich sind, die sie bilden und erhalten, und all denen, die sie fragend interpretieren, gestaltet werden kann, auch wenn es sich zumindest vorerst nur um erste Annäherungen handelt und in der wechselseitigen Kommunikation als Grundlage des Austauschs noch vieles nachzuholen oder zu verbessern ist.[5] Denn es zeigt sich immer wieder: Die Forschung weiß zu wenig über die Archive und ihr Vorgehen bei der Überlieferungssicherung, während andererseits die ausdifferenzierten und stetiger Innovation unterzogenen Ansätze und Methoden der Forschung von den Archivarinnen und Archivaren kaum hinreichend rezipiert werden. Archivspartenübergreifend, Bildungs- und Forschungseinrichtungen einbeziehend sollten daher immer dichtere Netzwerke entstehen, die sich über die Grundlagen der Quellensicherung und der Forschung austauschen. Ob sich ein solcher Dialog lohnt, sollten die beiden Tagungen erkunden. Die Ergebnisse ermutigen durchaus, diese Linie weiterzuverfolgen.

Vom Landesarchiv Baden-Württemberg wird der Austausch 2008 mit dem Thema *Nachkriegszeit* fortgesetzt. Grundsätzlich – dies sei abschließend nochmals festgehalten – erscheint der wechselseitig befruchtende Dialog sinnvoll, wenn nicht sogar notwendig bei allen zeithistorischen Themen, deren archivische Dokumentation bei Weitem noch nicht abgeschlossen ist. Dies gilt selbst für zeitlich weiter zurückliegende Entwicklungen wie die Integration der Vertriebenen nach 1945, stärker aber noch zum Beispiel für das nur wenig später aufkommende Phänomen der *Gastarbeiter*. Bei zeithistorischen Erscheinungen der letzten drei vergangenen Jahrzehnte – man

---

[4] Im VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare hat sich vor Kurzem ein entsprechender Gesprächskreis gebildet. Dies war unter anderem auf der Tagung zu 1968 in Aussicht genommen worden; vgl. auch unten S. 43.

[5] Dies belegen nicht zuletzt die auch kritischen Anmerkungen von Mathias *Mutz*; vgl. unten S. 149 f.

denke nur an *Flüchtlinge, Einwanderer, Asylsuchende*, *Friedensbewegte* oder auch *Rechtsradikale* – dürfte die Sinnhaftigkeit einer bilanzierenden Standortbestimmung der Überlieferungsbildung ebenfalls außer Frage stehen. Dies hat auch gerade wieder der 78. Deutsche Archivtag in Mannheim bestätigt, auf dem man sich in mehreren Veranstaltungen konzentriert mit der Quellensicherung zur Migration befasst hat.[6]

Die Herausgeber dieses Bands sind sich sicher: Mit dem Austausch über die Überlieferungslage zu bestimmten Themen kann man den Blick bei der archivischen Bewertung schärfen, zugleich aber auch der Forschung neue Fragestellungen eröffnen und Impulse geben.

---

[6] Vgl. den Tagungsband, wie Anm. 3, S. 115 ff. und 255 ff.

Komprimierter Pluralismus
Methodische Ansätze zur Informationsverdichtung und Integration verschiedener Perspektiven in der archivischen Überlieferungsbildung

Von Robert Kretzschmar

Zugegebenermaßen ist dies ein komplizierter, sehr abstrakter Titel, unter dem ich einen Überblick zu geben versuche, wie die Archivarinnen und Archivare derzeit vorgehen, wenn sie aus der Fülle möglicher Überlieferungen das auswählen, was in den Archiven erhalten wird. Aber mir ist die Rolle zugefallen, in dieser Sektion zunächst allgemein die Grundsätze der Überlieferungsbildung in Archiven darzustellen, oder besser: den aktuellen Stand der Fachdiskussion, bevor die *Anti-Atomkraft-Bewegung* der *1970er-Jahre* die Überlieferung dazu ins Zentrum der Betrachtung rücken. Mein Beitrag bewegt sich von daher eher auf der abstrakten Ebene, und dies deutet sich auch schon im Titel an.

Komprimierter Pluralismus, die hübsche Zauberformel, unter die ich meinen Beitrag gestellt habe, soll dabei durchaus als Programm verstanden werden: als Programm der Archivarinnen und Archivare, denen es angesichts der Vielfalt des gesellschaftlichen Lebens und seiner Spuren in den Unterlagen unserer Zeit darum geht, verschiedene Perspektiven in die Überlieferungsbildung zu integrieren. Mit dem Ziel, unterschiedliche Bilder, die sich aus der Überlieferung ergeben, zu sichern, und die Fülle des potenziellen Materials so zu verdichten, dass eine multiperspektivische Gesamtüberlieferung entsteht, in der sich die pluralistische Gesellschaft soweit wie möglich spiegelt.[2] Diesem Programm liegt das Konzept der archivübergreifenden Überlieferungsbildung[3] zugrunde, bei dem verschiedene Archive zusammenwirken.

---

[1] Vgl. dazu jetzt Robert *Kretzschmar*: Handlungsebenen bei der archivischen Bewertung. Strategische Überlegungen zur Optimierung der Überlieferungsbildung. In: Archivalische Zeitschrift 88 (2006) S. 481 – 509.

[2] Überlieferungssicherung in der pluralen Gesellschaft. Hg. von Christoph J. *Drüppel* und Volker *Rödel* (Werkhefte der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg A 11). Stuttgart 1998.

[3] Robert *Kretzschmar*: Historische Gesamtdokumentation? Überlieferungsbildung im Verbund? In: *Drüppel/Rödel*, wie Anm. 2, S. 53 – 69. Vgl. jetzt auch Robert *Kretzschmar*: Vernetzungen und Kampagnen: Überlegungen zur praktischen Umsetzung einer Überlieferungsbildung im Verbund. In: ARBIDO 3 (2007) S. 24 – 30. Hingewiesen sei auch auf die Prüfungsarbeit von Johannes *Grützmacher*: Überlieferungsbildung im Verbund? Staatliche und nichtstaatliche Überlieferungen zu Flüchtlingen und Vertriebenen.

Eines muss ich jedoch gleich vorwegschicken: Eine *reine Lehre* der Überlieferungsbildung, die von allen Archivarinnen und Archivaren akzeptiert wäre, gibt es nicht. Und so etwas kann es eigentlich auch gar nicht geben, wenn man Überlieferungsbildung in Archiven als wissenschaftliche Aufgabe versteht, die es methodisch laufend zu hinterfragen und fortzuentwickeln gilt. Es gibt aber – und dies in den letzen Jahren zunehmend – einen gewissen Konsens über Grundsätze, die breit getragen werden, und über Verfahrensweisen, die sich nach Ansicht vieler Kolleginnen und Kollegen bewährt haben.

Die Überlegungen und methodischen Ansätze, die ich im Folgenden darstelle, basieren weitgehend auf den Positionen des Arbeitskreises *Archivische Bewertung*.[4] Diese Positionen hat der Arbeitskreis vor rund zwei Jahren in einem Positionspapier veröffentlicht.[5] Nur ganz kurz noch zu diesem Arbeitskreis: Er hat sich 2001 im Verband deutscher Archivarinnen und Archivare gebildet mit dem Ziel, eine Verständigung über Grundfragen archivischer Überlieferungsbildung zu erreichen.[6] Dies erschien deshalb notwendig, weil man in den 1990er-Jahren sehr kontrovers über verschiedene Ansätze diskutiert hatte.[7] Ich denke, dass dem Arbeitskreis die Verständigung auf wesentliche Grundpositionen auch gelungen ist. Eine wichtige Voraussetzung dafür war, dass sich im Arbeitskreis Archivarinnen und Archivare aus den unterschiedlichsten Archivsparten zusammengefunden haben. Ihm gehören Kolleginnen und Kollegen aus staatlichen und kommunalen Archiven, aus Universitätsarchiven, Archiven der Medien und der politischen Parteien an.

Dem Arbeitskreis ging und geht es bei seiner Arbeit daher vorrangig um die Integration verschiedener Perspektiven bei der Überlieferungsbildung. Die Überlieferungen, die in den verschiedenen Archiven gesichert werden, sind ja mit unterschiedlichen Perspektiven verbunden. Im Arbeitskreis begegnen sich diese Perspektiven, im Arbeitskreis findet ein Austausch darüber

---

Transferarbeit an der Archivschule Marburg 2007. Die Arbeit ist auf der Homepage des Landesarchivs Baden-Württemberg (www. landesarchiv-bw. de) zugänglich [31. Januar 2008].

4 Robert *Kretzschmar*: Positionen des Arbeitskreises *Archivische Bewertung* im VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare zur archivischen Überlieferungsbildung. Einführung und Textabdruck. In: Der Archivar 58 (2005) S. 88 – 94. Vgl. auch Robert *Kretzschmar*: Transparente Ziele und Verfahren. Ein Positionspapier zur archivischen Überlieferungsbildung. In: Neue Perspektiven archivischer Bewertung. Hg. von Frank M. *Bischoff* und Robert *Kretzschmar* (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg 42). Marburg 2005. S. 13 – 36.

5 Auf den Seiten, die für den Arbeitskreis auf der Homepage des VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare eingerichtet sind und auf denen laufend aus der Arbeit des Arbeitskeises berichtet wird (www. vda. archiv. net).

6 Robert *Kretzschmar*: Der Arbeitskreis *Archivische Bewertung* im Verband deutscher Archivarinnen und Archivare. In: Der Archivar 55 (2002) S. 245.

7 Robert *Kretzschmar*: Die *neue archivische Bewertungsdiskussion* und ihre Fußnoten. Zur Standortbestimmung einer fast zehnjährigen Kontroverse. In: Archivalische Zeitschrift 82 (1999) S. 7 – 40.

statt. Wenn ich Ihnen nun im Folgenden den aktuellen Diskussionsstand der Archivarinnen und Archivare zur Überlieferungsbildung darstelle, lehne ich mich an wesentliche Positionen an, die wir im Arbeitskreis erarbeitet haben.

Gegliedert ist dieser Beitrag in fünf Abschnitte, die mit Leitfragen korrespondieren, die anschließend in den Beiträgen aus den einzelnen Archiven wieder aufgegriffen werden.

1. Zunächst geht es um die Bedeutung der Provenienz, der Herkunft des Materials als Ausgangspunkt archivischer Überlieferungsbildung. Dabei werde ich auch kurz etwas zur Notwendigkeit der Verdichtung sagen. Warum müssen wir überhaupt komprimieren?
2. Sodann komme ich auf die Bewertungsverfahren zu sprechen, auf die Methodik. Wie verfahren wir, wenn wir entscheiden: Das wird vernichtet, das wird aufbewahrt? Das kann ich natürlich nur sehr grob skizzieren.
3. Der dritte Punkt ist dem Konzept der archivübergreifenden Überlieferungsbildung gewidmet. Wieso und mit welchen Zielen sollten sich Archive verschiedener Träger abstimmen?
4. Viertens gehe ich darauf ein, ob bzw. in welchen Formen eine Beteiligung der Forschung und interessierter Nutzerkreise bei der Überlieferungsbildung notwendig oder sogar sinnvoll erscheint.
5. Und zum Schluss möchte ich ein Fazit ziehen.

1. Die Bedeutung der Provenienz für die archivische Überlieferungsbildung

Archive haben Zuständigkeiten für bestimmte Organisationen, deren Unterlagen sie bewerten, um daraus eine komprimierte Überlieferung zu schaffen. Bei staatlichen Archiven sind dies staatliche Behörden, bei Stadtarchiven kommunale Stellen. Wir bezeichnen solche Organisationseinheiten als anbietungspflichtige Stellen. Sie bieten an, wir entscheiden. Überlieferung bilden bedeutet für den Archivar zunächst einmal, sich sehr detailliert mit den Aufgaben dieser Stellen auseinanderzusetzen und dazu auch ihre Unterlagen zu sichten.

Um Ihnen ein Beispiel für die Quantitäten zu geben, um die es geht: Das Landesarchiv Baden-Württemberg ist mit seinen sechs Standorten insgesamt für 2288 Registraturen zuständig – angefangen von den Ministerien bis hin zu einzelnen Forstämtern und Polizeiposten.

Im Jahr 2007 haben die sechs Standorte insgesamt Unterlagen im Umfang von rund 1100 Regalmeter übernommen, um sie als Archivgut für die öffentliche Nutzung aufzubereiten. Dazu kommen – nicht mehr in Regalmetern messbar – seit einigen Jahren elektronische Unterlagen, Dateien, *digital born documents*, die ebenfalls bewertet und übernommen werden müssen.

Dass die Bearbeitung jedes Regalmeters und jeder Datei Geld kostet, versteht sich von selbst. Schon deshalb sind die Archivare gezwungen zu

Abb. 1: Archivar des Landesarchivs Baden-Württemberg in der Registratur eines Ministeriums bei einer Sichtung der Unterlagen. Aufnahme: Landesarchiv Baden-Württemberg HStAS.

Abb. 2 und 3: Registratur (Abb. 2) bzw. Altregistratur (Abb. 3) anbietungspflichtiger Stellen. Aufnahmen: Ralf Brachtendorf, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen – Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (Abb. 2); Landesarchiv Baden-Württemberg HStAS (Abb. 3).

komprimieren. Die Aufbewahrung aller Unterlagen einer Landesverwaltung zum Beispiel wäre nicht zu finanzieren, das wäre undenkbar, und das gilt gerade auch für elektronische Unterlagen, wenn man sie über Jahrhunderte und Jahrtausende hinweg nutzbar halten möchte.

Es geht aber dabei keineswegs nur um die Finanzen, sondern vor allem um die Qualität der Überlieferung. Dieser fachliche Aspekt ist weitaus wichtiger. Denn die Aufbewahrung aller Unterlagen einer Landesverwaltung würde schon in kürzester Zeit Aktenhalden und elektronische Gräber entstehen lassen, in denen niemand mehr etwas finden könnte. Gerade die elektronische Überlieferung ist sehr rasch nicht mehr recherchierbar, wenn sie nicht von Archivaren verdichtet und gezielt für die Nutzung aufbereitet wird. Ich sage das hier auf dem Historikertag ganz bewusst so dezidiert, weil gerade von Historikerinnen und Historikern immer wieder hinterfragt wird, ob die Verdichtung der Überlieferung überhaupt notwendig und zu rechtfertigen ist. Aus anderer Perspektive wird man die Verdichtung vielleicht nur als Vernichtung sehen, die sie auch bedeutet, und eben nicht unter diesem qualitativen Aspekt.

Wer sich aber die Umfänge bewusst macht, in denen heute bei Geschäftsprozessen in der Verwaltung, in der Wirtschaft, wo auch immer, analoge und elektronische Unterlagen entstehen, für den dürfte es keine Frage sein, dass aus der Fülle des potenziellen Archivguts eine komprimierte Auswahl zu treffen ist, dass diese Massen von den Archivarinnen und Archivaren bewertet werden müssen. Um nur zwei simple Beispiele zu geben: Es würde sicher keinen Sinn machen, ausnahmslos alle Bußgeldbescheide aufzubewahren, die Rasern auf der Autobahn erteilt werden, oder etwa alle Anbaugenehmigungen für Carports in unseren Vorstädten. Andererseits wird man aber ohne Zweifel aus den massenhaften Akten des FlowTex-Skandals sehr umfangreiche Bestände bilden. Hier geht es um Tausende von Aktenordnern in Hunderten von Regalmetern, die sicher zu einem großen Teil aufbewahrungswürdig sind. Man muss also *bewerten*.

Damit zurück zur Bedeutung der Provenienz. Sie ist der Ausgangspunkt jeder Bewertung bei der Überlieferungsbildung. Am Anfang stehen immer Analysen zur Funktion und Tätigkeit der Stelle, bei der die zu bewertenden Unterlagen entstanden sind. Welche Aufgaben nimmt sie wahr? Wie erledigt sie diese Aufgaben? Welche gesellschaftlichen Gruppen, welche Lebensbereiche sind davon betroffen? Welche Folgen hat die Aufgabenerledigung?

Schon bei diesen Analysen werden Wertungen getroffen. Welche Bedeutung hat die Aufgabenwahrnehmung für die Gesellschaft? Wie nachhaltig sind die Folgen der Aktivitäten? Der Abteilung *Extremismus* in einem Landesamt für Verfassungsschutz wird man sicher eine andere Bedeutung beimessen als etwa dem Referat *Fortbildung* in einem Regierungspräsidium. Wobei sich natürlich darin, wie man die Fortbildung in einer Landesverwaltung gestaltet, auch interessante Entwicklungen abzeichnen, man wird also auch hier etwas aufbewahren. Aber die Übernahmenquote, der Anteil dessen, was man in das

Archiv übernimmt, wird beim Landesamt für den Verfassungsschutz wesentlich höher liegen als in einem Referat *Fortbildung*.

2. Methodik des Bewertungsverfahrens

Damit bin ich schon bei Punkt zwei meines Referats, bei der Methodik. Wie gehen wir bei der Überlieferungsbildung vor?

In den 1990er-Jahren haben die Archivarinnen und Archivare sehr kontrovers darüber gestritten, ob man die Bewertung ausschließlich darauf ausrichten soll, dass jedes Archiv die Aufgabenwahrnehmung der Behörden, für das es zuständig ist, im Archivgut abbildet. Damit, so wurde argumentiert, könne man eine quasi wertfreie Überlieferung schaffen, die Auswertungsoffenheit für die Forschung garantiere. Die Archive sollten sich – so wurde es damals von einigen Archivarinnen und Archivaren gesehen – selbst jeder inhaltlichen Wertung enthalten und nicht danach fragen, welche Auswertungsmöglichkeiten bestimmte Unterlagen bieten. Das Ziel sollte sein, ohne einen Blick auf die Inhalte jene Unterlagen zu erhalten, in denen sich die Tätigkeit der jeweiligen Behörde besonders anschaulich und aussagekräftig niederschlägt. Die Archive sollten die Aktivitäten der Behörden dokumentieren, für die sie zuständig sind, und nicht versuchen, gesamtgesellschaftliche Prozesse im Archivgut abzubilden.

Dies war aber ein eher theoretisches Konzept, das für die Praxis in den Registraturen keine näheren Anhaltspunkte lieferte. Und diese Lehre konnte sich auch nicht durchsetzen. Heute besteht breiter Konsens, dass die Archivarinnen und Archivare nicht umhin kommen, bei ihren Analysen auch inhaltliche Wertungen zu treffen, Auswertungsmöglichkeiten zu prüfen und die Motive bzw. Ziele zu benennen, die sie verfolgen, wenn sie sich für das *Aufbewahren* oder das *Vernichten* entscheiden. Denn bei der Überlieferungsbildung ist zu fragen: Sind bestimmte Entwicklungen in der Gesellschaft, wie sie sich in den Unterlagen einzelner Provenienzen spiegeln, als so bedeutsam zu bewerten, dass man diese Unterlagen insgesamt aufbewahren muss? Oder genügt eine Auswahl?

Um ein Beispiel zu geben: Bei den Ämtern für Wasserwirtschaft sind Unterlagen über Renaturierungsprogramme von Bachläufen entstanden. Soll man alle Unterlagen dazu aufbewahren? Oder nur eine Auswahl nach bestimmten Kriterien, über die dann im Einzelnen nachzudenken wäre?

Wenn man so fragt, besteht das Ziel der Überlieferungsbildung nicht darin, die Tätigkeit einer Stelle zu überliefern. Dies natürlich auch, aber nicht nur. Das Ziel der Überlieferungsbildung besteht vielmehr darin, eine Überlieferung zu bilden, in der wesentliche gesellschaftliche Prozesse greifbar sind. Der Ausgangspunkt der Bewertung ist dann zwar auch stets die jeweilige Provenienz, der jeweilige Entstehungszusammenhang der Unterlagen. Im zweiten, im nächsten Schritt erfolgen aber inhaltliche Analysen und Wer-

tungen. Denn bestimmte Unterlagen bestimmter Provenienzen korrelieren mit bestimmten Themenfeldern und Auswertungsmöglichkeiten, die bei der Bewertung in den Blick zu nehmen sind. Beim Bundesgrenzschutz bzw. der Bundespolizei sind dies zum Beispiel Themen wie Grenzvergehen, Schleuserkriminalität, Anschläge oder organisierte Kriminalität, und so weiter, und so fort …

Dass sich die Archivarinnen und Archivare der Zeitbedingtheit ihrer Perspektiven, Fragestellungen und Wertungen bewusst sind, versteht sich dabei von selbst. Bei der inhaltlichen Bewertung von Provenienzen und ihrer Unterlagen geht es nicht darum, jedwede denkbare Fragestellung der Forschung zu antizipieren, die mit einer bestimmten Überlieferung beantwortet werden könnte. Ziel und Gegenstand archivischer Überlieferungsbildung sind Überreste. Wenn Unterlagen einmal als Überrest im quellenkritischen Sinn gesichert sind, bleiben sie auf vielfältige Weise auswertbar. Zukünftige Generationen werden neue Fragestellungen an sie herantragen und neue – nicht auf den ersten Blick sichtbare, latente – Inhalte entdeckten, neue Perspektiven entwickeln, für die unser heutiges intellektuelles Wahrnehmungsvermögen nicht sensibilisiert sein kann. Der Quellenwert von Unterlagen ist ein dynamischer, kein einmal definitiv zu bestimmender. Diese Erkenntnis, die in der Fachdiskussion der Archivare mit dem Begriff der Auswertungsoffenheit oder auch Auswertungspluralität archivalischer Überlieferung verbunden ist, darf aber nicht zu einer völligen Relativierung aller inhaltlichen Werte bei der archivischen Bewertung führen. Sie enthebt uns als Archivare keineswegs von der Verpflichtung, heute mit unserem Wahrnehmungsvermögen zu analysieren und nach unseren Maßstäben zu bewerten, was in bestimmten Unterlagen *greifbar* ist.

Idealtypisch kann man das Vorgehen bei der Bewertung nun wie folgt beschreiben.[8]

1. Die Aufgaben und Tätigkeiten der Stelle, bei der die Akten entstanden sind, werden beschrieben und in ihrer gesellschaftlichen/historischen Bedeutung gewichtet. Hierbei geht es zunächst nur um die Funktion dessen, von dem die Unterlagen erzeugt werden.
2. Die Unterlagen selbst werden analysiert und auf ihre Auswertungsmöglichkeiten hin geprüft. Hierbei gibt es auch eine Fülle an formalen Prüfvorgängen. Zum Beispiel: Handelt es sich um Unikate oder nur um Mehrfertigungen, die zur Kenntnis gegeben werden?
3. Bei massenhaften gleichförmigen Akten einzelner Fälle – wie zum Beispiel Personalakten, Steuerakten, Patientenakten – werden Möglichkeiten der Komprimierung durch bestimmte Auswahlverfahren geprüft. Man kann

[8] Eine entsprechende Checkliste findet sich bei Robert *Kretzschmar*: Spuren zukünftiger Vergangenheit. Archivische Überlieferungsbildung im Jahr 2000 und die Möglichkeiten einer Beteiligung der Forschung. In: Der Archivar 53 (2000) S. 219.

zum Beispiel einzelne Jahrgänge auswählen, man kann rein statistische Auswahlverfahren anwenden, *samples* der unterschiedlichsten Art bilden, man kann aber auch gezielt Fallakten selektieren, die inhaltlich bestimmte Kriterien erfüllen. Dies ist immer im Einzelnen genau zu durchdenken.

4. Entwickelt werden auf diese Weise sogenannte Archivierungsmodelle für bestimmte Unterlagen, die dann laufend Anwendung finden. Die Archivarinnen und Archivare bewerten heute grundsätzlich prospektiv, das heißt sie legen nicht nur für bereits entstandene Akten, sondern auch für die laufend entstehenden Akten und Dateien bereits fest, welchen Wert sie ihnen vorausschauend beimessen. Bei Sachakten, die auf der Grundlage eines Aktenplans entstehen, werden dazu die einzelnen Aktenplanpositionen bewertet. Das Ergebnis sind sogenannte Bewertungskataloge. Darin ist vermerkt, wie einzelne Unterlagen – zum Beispiel die eines Landratsamts über Übergangswohnheime für Asylanten – zu behandeln sind.

Grundsätzlich kommen drei Kategorien infrage:

A = Aufbewahren – Akten dieser Art werden unbesehen übernommen.
B = Bewerten – dies bedeutet, hier muss die Akten eingesehen und individuell bewertet werden, wir nennen das Autopsie.
V = Vernichten – diese Akten können vernichtet werden. Für Unterlagen der Kategorie V werden dann sogenannte Vernichtungserklärungen erteilt. Sie müssen dem Archiv nicht mehr angeboten werden.

Über die Grenzen der Anwendbarkeit von Archivierungsmodellen und Bewertungskatalogen haben die Archivarinnen und Archivare in den 1990er-Jahren viel diskutiert. Heute besteht Konsens, dass sich diese Modelle und Kataloge bewährt haben, da sie die Überlieferungsbildung auf eine rationelle und nachvollziehbare Grundlage stellten. In der Praxis bedürfen sie freilich der laufenden Überprüfung. Denn die Dinge verändern sich ja – in der Aktenführung, in der Verwaltung, in der Gesellschaft.

Ein erheblicher Teil des Archivguts in den klassischen Archiven entsteht heute auf diese Weise, auf der Grundlage von Bewertungskatalogen und Archivierungsmodellen. Es entstammt Registraturen, aus denen bestimmte Teile auf Dauer archiviert werden. In den Archiven bilden die übernommenen Registraturteile dann Provenienzbestände.

Daneben gibt es aber eine zweite Kategorie von Archivgut, deren Bedeutung als Niederschlag gesellschaftlichen Lebens in der letzten Zeit immer stärker in das Bewusstsein der Archivarinnen und Archivare getreten ist. Es handelt sich dabei um Ergänzungsdokumentationen und Sammlungsbestände, die im Archiv erst als solche gebildet werden. Zu dieser Kategorie zählen alle Nachlässe von einzelnen Personen, Vereinen und Verbänden, Gruppierungen welcher Art auch immer, die in Archiven gesichert werden. Und dazu gehören Sammlungen von Plakaten, Maueranschlägen, Flugblättern und grauer Literatur, Fotografien, audiovisuellen Materialien, die in

Archiven aktiv zusammengetragen werden. In den klassischen Archiven – den Staatsarchiven, kommunalen Archiven, Kirchenarchiven – werden solche Bestände als sogenannte Ergänzungsüberlieferung verstanden, mit denen Lücken in der amtlichen Überlieferung geschlossen werden sollen. Es gibt aber auch Archive, die eigens zur Archivierung solchen Materials etabliert wurden. Verwiesen sei nur auf die Archive der neuen sozialen Bewegungen,[9] auf Frauenarchive, die sich einen eigenen Dachverband gegeben haben, aber auch auf Archive im Umfeld der Gedenkstätten.

Wenn man so will, ergänzen diese Archive als ganze Einrichtungen die Überlieferung, die in klassischen Archiven gebildet wird. Und damit bin ich bei meinem dritten Punkt.

3. Archivübergreifende Überlieferungsbildung

Ein wesentliches Ergebnis der Fachdiskussion, die in den 1990er-Jahren geführt wurde, ist der Ansatz, Überlieferungsbildung als eine archivübergreifende Aufgabe zu verstehen. Der Ausgangspunkt für diese Überlegungen war nichts anderes als die Tatsache, dass an vielen Vorgängen im öffentlichen Leben verschiedene Stellen beteiligt sind. Bei der Bewertung durch Archivare wurde schon immer beachtet, dass Doppelüberlieferung vermieden werden kann, wenn man die Unterlagen, die auf verschiedenen Verwaltungsebenen zu ein und derselben Sache entstehen, miteinander vergleicht und dann die Unterlagen der Ebene mit der aussagekräftigsten, inhaltsreichsten Überlieferung archiviert.

Hieraus erwuchs Mitte der 1990er-Jahre in Baden-Württemberg das Projekt der vertikalen und horizontalen Bewertung, bei dem die Unterlagen der Ministerien, der Regierungspräsidien als Mittelinstanz, der Landratsämter und aller Sonderbehörden zu bestimmten Aufgabenbereichen – zum Beispiel zum Straßenbau – ganzheitlich bewertet wurden.[10] Dabei hat man also ganze Verwaltungsbereiche in den Blick genommen. Beteiligt waren daran die betroffenen staatlichen und kommunalen Archive. Und systematisch wurde erarbeitet, welche Akten an welcher Stelle übernommen werden sollen bzw. was wo vernichtet werden kann. Entstanden sind dabei umfassende Bewertungen für die einzelnen Verwaltungsbereiche, die im Internet offengelegt sind.[11] Zwischenzeitlich wurden entsprechende Bewertungsprojekte auch

---

9 Vgl. dazu jetzt die Prüfungsarbeit von Stefan *Sudmann*: *Archive von unten*, die Überlieferung der Neuen Sozialen Bewegungen und der schlanke Staat – eine Herausforderung für öffentliche Archive. Transferarbeit an der Archivschule Marburg 2007. Die Arbeit ist auf der Homepage des Landesarchivs Baden-Württemberg zugänglich [31. Januar 2008].

10 Methoden und Ergebnisse archivübergreifender Bewertung. Hg. von Robert *Kretzschmar.* [Weimar] 2002.

11 Vgl. den Abschnitt zur Behördenbetreuung und Überlieferungsbildung auf der Homepage des Landesarchivs Baden-Württemberg (www. landesarchiv-bw. de).

in anderen Bundesländern in Angriff genommen. Und es gibt sie auch seit Langem länderübergreifend auf Bundesebene. So wurde zuletzt zum Beispiel eine Verständigung über die Bewertung der Unterlagen des Grenzschutzes und der Bundespolizei verabschiedet.

In Baden-Württemberg und in Nordrhein-Westfalen[12] sind daraus dann ganzheitliche Konzepte für die Überlieferungsbildung erwachsen. Konzeptionell werden dabei auch Unterlagen jenseits der staatlichen Überlieferung einbezogen. Verfolgt wird damit das Konzept einer *Überlieferungsbildung im Verbund*, bei der sich die Archive verschiedener Träger überall dort abstimmen, wo es Überschneidungen und Berührungspunkte gibt. Das Konzept sieht zudem vor, dass private Überlieferungen, für die es keine zuständigen Archive gibt, arbeitsteilig jeweils von den Archiven gesichert werden, zu denen die Überlieferung am besten passt. So sollten Unterlagen studentischer Gruppierungen am zweckmäßigsten im Universitätsarchiv gesichert werden, Unterlagen staatsnaher Verbände, etwa des Steuerberaterverbands, in einem staatlichen Archiv, Unterlagen lokaler Vereine, zum Beispiel Sportvereine, im Stadtarchiv.

Nicht zuletzt wird ein solches Konzept der Überlieferungsbildung im Verbund auch deshalb verfolgt, weil in den letzten Jahren immer deutlicher geworden ist, wie notwendig es ist, bei der Überlieferungsbildung unterschiedliche Perspektiven zu verzahnen. Modellhaft haben wir dies einmal an realen Unterlagen zum Ausbau des Stuttgarter Flughafens herausgearbeitet.[13] Dabei wurde deutlich, dass neben den Planfeststellungsakten des Regierungspräsidiums eben auch die Sicherung der Unterlagen der Bürgerbewegung und nicht zuletzt der Betreibergesellschaft unverzichtbar ist. Wenn ein staatlicher Archivar die Planfeststellungsakten archiviert, sollte er daher prüfen, ob, wie und wo diese Unterlagen auch gesichert werden können.

Ein solches Konzept setzt einen intensiven Austausch und gemeinsame Programme zwischen den verschiedenen Archivsparten voraus. Hier steht natürlich noch einiges an Arbeit an; dieses Zusammenwirken entwickelt sich gerade erst, vom theoretischen Ansatz her und in der Praxis. Das gemeinsame Ziel ist eine multiperspektivische Überlieferung, in der sich die pluralistische Gesellschaft spiegelt.

Was in diesem Zusammenhang in den Archiven zurzeit auch wieder verstärkt diskutiert wird, ist die Frage, ob nicht auch die Forschung und bestimmte Nutzerkreise an einer solchen Überlieferungsbildung beteiligt werden sollten. Damit bin ich bei meinem vierten Punkt.

---

[12] Martina *Wiech*: Steuerung der Überlieferungsbildung mit Archivierungsmodellen. Ein archivfachliches Konzept des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen. In: Der Archivar 58 (2005) S. 94–100.

[13] Birgit *Hoffmann*: Zur Bewertung von Planfeststellungsunterlagen aus Großprojekten am Beispiel des Planfeststellungsverfahrens über die Erweiterung des Stuttgarter Flughafens (1982–1987). In: *Kretzschmar*, wie Anm. 10, S. 83–115.

4. Eine Beteiligung der Forschung und interessierter Nutzerkreise an der Überlieferungsbildung?

Diesen Punkt habe ich bewusst als Frage formuliert, denn dazu bestehen bei den Archivarinnen und Archivaren sehr unterschiedliche Ansichten. Der Arbeitskreis Archivische Bewertung hat in seinem Positionspapier sehr vorsichtig – denn dies war ein Kompromiss nach vielen Diskussionen – formuliert: *Zu prüfen ist auch jeweils eine mögliche Beteiligung von Vertretern der Forschung bzw. von Nutzerkreisen.*[14] Dies will besagen, dass eine solche Beteiligung nicht der Regelfall sein muss, aber in jedem Fall auf ihre Zweckmäßigkeit überprüft werden sollte.

Die Kollegen, die diesen Band und die ihm zugrunde liegenden Tagungen organisert haben, sind durchaus der Auffassung, dass die Archive bei der Überlieferungsbildung den Dialog mit der Forschung und interessierten Nutzerkreisen suchen sollten.

Wie ein solcher Dialog zu führen wäre, muss aus meiner Sicht freilich noch ausgelotet werden. Wenig Sinn würde es machen, alle Details formaler Prüfschritte, die bei der Bewertung erfolgen müssen, mit der Forschung und Nutzern abzustimmen. Ich glaube aber, dass wir aus dem Erfahrungspotenzial und den Fragestellungen der Forschung wichtige Hinweise gewinnen können, die uns für die tägliche Arbeit sensibilisieren. Und generell sollten wir den Dialog führen, um wechselseitige Barrieren und Verständnisschwierigkeiten abzubauen.

Dies kann freilich nur ganz konkret zu bestimmten Themen und Fragestellungen erfolgen, nicht in Form abstrakter Reflexionen, was überlieferungswürdig sein könnte. Gerade deshalb haben wir die heutige Sektion eben auf ein bestimmtes Thema ausgerichtet. Ein solcher Diskurs macht nur Sinn, wenn er auf bestimmte Forschungsfelder und mit ihnen verbundene Überlieferungen konzentriert ist.[15]

Neben einem solchen themenbezogenen Austausch zu Fragen der Überlieferungsbildung könnte ich mir auch sehr gut vorstellen, die Forschung an der Evaluation gebildeter Archivbestände zu beteiligen. Denn die Ergebnisse

---

[14] *Kretzschmar*, Positionen des Arbeitskreises Archivische Bewertung, wie Anm. 4, S. 92.

[15] Auf dem Archivtag in Konstanz ist an dieser Stelle auf weitere Veranstaltungen, die in Planung waren, wie folgt hingewiesen worden: *So haben wir uns im Landesarchiv Baden-Württemberg vorgenommen, nächstes Jahr in Stuttgart auf einer Tagung die bisher gesicherte Überliefung zum Themenkomplex »1968« in den Blick zu nehmen. Im Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen jenen, die seinerzeit Unterlagen produziert haben (beim Staat und auf der anderen Seite), jenen, die Überlieferung bereits gesichert haben (in traditionellen und in so genannten Bewegungsarchiven) und schließlich jenen, die das Material auswerten. Wir haben ein erstes Informationsblatt für diese Veranstaltung mitgebracht. Es liegt hier aus. Und auf dem Deutschen Archivtag 2007 werden wir uns mit der Überlieferung zur Migration auseinandersetzen.*

der Bewertungskataloge und der Archivierungsmodelle, die Resultate der Überlieferungsbildung in Archiven sollten nicht nur von den Archivarinnen und Archivaren selbst überprüft werden. Hier wäre vielmehr ein weites Feld, Vertreter der Forschung einzubeziehen. Ich könnte mir sehr gut vorstellen, dass dazu regelrechte Projekte in Angriff genommen werden und dass solche Projekte auch einmal von der DFG oder von anderer Seite gefördert werden. Seit Kurzem bestehen ja auch dazu Fördermöglichkeiten im Rahmen des DFG-Förderprogramms *Kulturelle Überlieferung*.

5. Fazit

Bei der Überlieferungsbildung in Archiven sind seit den 1990er-Jahren in konzeptioneller und methodischer Hinsicht bemerkenswerte Entwicklungen in Gang gekommen. Es zeichnen sich Verfahren ab, bei denen die Archive unterschiedlicher Träger zusammenwirken, um eine Gesamtüberlieferung zu schaffen, die man als *multiperspektivisch* oder als *komprimierten Pluralismus* bezeichnen könnte. Nahmen die Archive früher einzelne Überlieferungen in den Blick, um sie isoliert zu bewerten, so werden heute Vorgehensweisen angedacht, bei denen zu bestimmten Themenfeldern einschlägige Überlieferungen in ihren komplexen Zusammenhängen betrachtet werden.

Die Tragfähigkeit solcher Konzepte bleibt weiterhin an ausgewählten Beispielen zu überprüfen. Daran könnte und sollte die Forschung beteiligt werden.

Für die Archivare bedeutet dies, dass sie bei der Überlieferungsbildung zwei unterschiedliche Zugänge in Einklang bringen müssen. Wie bisher wird die Überlieferung selbst der Ausgangspunkt der Bewertung sein. Unterlagen werden von den Registraturen angeboten und bewertet. Wenn ein Archivierungsmodell oder Bewertungskataloge vorliegen, umso besser, wenn nicht, besteht Anlass, Modelle und Kataloge zu entwickeln. Daneben sollte jedoch zunehmend ein Vorgehen treten, bei dem bestimmte *Themenfelder* gezielt aufgearbeitet werden und die dazugehörige Überlieferung überprüft wird. Was ist bereits wo gesichert? Was müssen wir noch bewerten? Wo bestehen schmerzliche Lücken, weil die Überlieferung bisher noch nicht in den Blick geraten ist? Diese zweite Herangehensweise kann also vor allem die Funktion eines Korrektivs zur ersten, einer Art Evaluation erfüllen. Und diese zweite Herangehensweise ist auch besonders geeignet für den Dialog mit der Forschung.

Geschichtsbilder der Archive / Geschichtsbilder der Wissenschaft
Dokumente und Deutungen zeithistorischer Phänomene

Von Andreas Pilger

Es ist nicht selbstverständlich, zwischen Geschichtsbildern der Archive und Geschichtsbildern der Wissenschaft zu unterscheiden. Für die positivistische Geschichtswissenschaft, die nach den berühmten und viel zitierten Worten Rankes *blos zeigen* [wollte], *wie es eigentlich gewesen* ist,[1] gab es eine solche Unterscheidung noch nicht. Archive und Geschichtswissenschaft waren im 19. Jahrhundert gleich gesinnte und gleichberechtigte Partner auf der Suche nach der *Wahrheit der Thatsachen*. Der Weg zur *Anschauung des Objektiven* führte automatisch zu dem *urkundlichen Stoff* und damit zu den *ungedruckten Documenten* in den *Bibliotheken und Archiven*, die in erster Linie *ursprüngliche und zuverlässige Kunde* der Vergangenheit garantierten.[2]

Zugegeben, Rankes Definition der Geschichtswissenschaft vereinfachte die Wahrnehmung. Bereits ein Blick in die *Historik* von Droysen lehrt, dass selbst im 19. Jahrhundert die Dinge in Wahrheit komplizierter lagen. So sehr auch Droysen unter dem Einfluss eines zunehmend naturwissenschaftlich geprägten Wissenschaftsideals die Bedeutung *empirische*[r] *Wahrnehmung* für die historische Forschung betonte, so sehr war ihm gleichzeitig doch schon bewusst, dass das *Gegebene* nicht die Vergangenheit selbst ist, sondern von den *einstigen Wirklichkeiten* nur *einzelne Auffassungen* vorliegen, aus denen der Historiker das *geistige Gegenbild* der Vergangenheit erst rekonstruiert.[3] Nicht zuletzt mit seiner Unterscheidung von Tradition und Überrest spaltete Droysen die Rankesche Objektivität der Geschichte in einen Bereich historischer Tatsachen auf der einen und einen Bereich der Beobachtung historischer Tatsachen auf der anderen Seite. Durch dieses *re-entry*, das die für die Moderne charakteristische Subjekt-Objekt-Unterscheidung auf der Objektseite historischer Erkenntnis wieder einführte, leitete Droysen einen Prozess ein, in dessen Verlauf aus Sicht des Historikers der ursprüngliche Gegenstand

---

1 Leopold von *Ranke*: Geschichten der romanischen und germanischen Völker von 1494 bis 1514. In: Leopold von *Ranke*: Sämmtliche Werke. Zweite Gesamtausgabe. Band 33/34. Leipzig [2]1977, S. VII (Vorrede der ersten Ausgabe, Oktober 1824).

2 Leopold von *Ranke*: Französische Geschichte vornehmlich im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert. Band 1. Stuttgart [3]1877. S. Vf.

3 Johann Gustav *Droysen*: Grundriss der Historik. Leipzig 1868. S. 8 und 18 f.

der Geschichtswissenschaft, das historische Ereignis, über eine Kette von Wahrnehmungen immer weiter distanziert wurde. Die objektiven Tatsachen verloren so mehr und mehr ihre Qualität als fester Bezugspunkt, der die Geschichtswissenschaft und die Archive gleichermaßen zu integrieren vermochte. Die Geschichtswissenschaft konnte sich folglich – spätestens ab 1900 – nicht mehr selbstverständlich über die Gewissheit der Gegenstände orientieren und stabilisieren, sondern fand ihren einzigen Ankerpunkt und damit zugleich die treibende Kraft ihrer Professionalisierung und Autonomisierung in der labilen Reflexion auf die eigenen Methoden der Geschichtskonstruktion.

Die im 19. Jahrhundert einsetzende und im 20. Jahrhundert zunehmende Sensibilität für die Phänomene historischer Wahrnehmung hat in der aktuellen Methodendiskussion der Geschichts- bzw. Geisteswissenschaften noch einmal eine neue, besondere Ausprägung erfahren. Ob *cultural turn* oder neuerdings *visual* bzw. *iconic turn*: Die Wahrnehmungs- und Deutungsweisen, die historische Prozesse begleiten oder erst eigentlich konstituieren, gewinnen deutlich an Bedeutung gegenüber den historischen Tatsachen. Sie sind heute größtenteils nicht mehr wie noch im 19. Jahrhundert Linsen, in deren Brechung die historische Realität als eigentlicher Gegenstand erkennbar wird, sondern sie sind selbst der Gegenstand historischer Betrachtung.[4]

Mit dieser vor allem seit den 1990er-Jahren festzustellenden Verschiebung in der Blickrichtung der Geschichtswissenschaft ist auch eine Ausweitung der Quellenbasis historischer Untersuchungen einhergegangen. Die authentischen Überrest-Quellen, die einst den privilegierten Zugang zu den Tatsachen verbürgten, haben in der gegenwärtigen Diskussion ihren herausgehobenen Stellenwert verloren und damit auch die Archive ihre Funktion als bevorzugte Orte der Erkenntnis eingebüßt. Kaum ein Historiker würde wohl heute noch wie Ranke ehedem *ein in ungestörter Benutzung der Archive* […] *zugebrachtes Leben*[5] als Idealvorstellung wissenschaftlicher Arbeit postulieren. Gleichwohl sind die Archive aus dem Blickfeld der Historiker nicht verschwunden. Der Befund ist vielmehr ein paradoxer: Wo auf der einen Seite – auch in der praktischen Erfahrung der Archivarinnen und Archivare – ein gewisser Bedeutungsverlust archivischer Quellen im Bereich der historischen Forschung zu beobachten ist, erwacht auf der anderen Seite in der Geschichtswissenschaft – sozusagen neben der traditionellen Archivbenutzung – ein neuartiges Interesse an den Archiven, das sich nicht auf die Quellen selbst, sondern in der gegenwärtigen Konjunktur der Erinnerungskultur verstärkt auf die Entstehung und den Umgang mit der Überlieferung in Archiven richtet. Indem die Geschichtswissenschaft die Archive auf diese

---

[4] Vgl. Silvia Serena *Tschopp*: Das Unsichtbare begreifen. Die Rekonstruktion historischer Wahrnehmungsmodi als methodische Herausforderung der Kulturgeschichte. In: HZ 280/1 (2005) S. 39–81.

[5] *Ranke*, Französische Geschichte, wie Anm. 2, S. VI.

Weise nicht mehr ausschließlich als Partner bei der Ermittlung gesicherter Informationen, sondern auch als Gegenstand historischer Untersuchung ansehen, wird das ehemals symmetrische Verhältnis zwischen Geschichtswissenschaft und Archiven asymmetriert, werden Archive mehr und mehr in der Umwelt des Wissenschaftssystems verortet. Von dieser Tendenz zeugt schon die Begriffsdefinition von Archiven, die in aktuellen geschichts- bzw. kulturwissenschaftlichen Forschungsprogrammen[6] zugrunde gelegt wird und die in Anlehnung an Derrida und andere vor allem den Charakter der Archive als *Initiative der Autorität* und *der Macht* hervorhebt.[7] Aus Sicht der Archive selbst muss eine solche Fremdwahrnehmung zumindest unvollständig, wenn nicht gar unangemessen erscheinen. Sie hypostasiert eine Archivsparte, nämlich die staatlichen bzw. öffentlichen Archive, zum Archiv schlechthin und orientiert sich dabei noch zudem einseitig an der Perspektive der Archivträger. Das neue Interesse an den Archiven tendiert somit trotz der angestrebten kulturwissenschaftlichen Weitung letztlich zu einer Engführung des Archivbegriffs. Diese könnte vermieden werden, wenn die historische Betrachtung von Archiven deren Selbstreflexion stärker in Rechnung stellen würde.

Spätestens seit Beginn des letzten Jahrhunderts gibt es im deutschen wie im internationalen Raum eine breite und intensive Diskussion über die Kriterien archivischer Überlieferungsbildung.[8] Zahlreiche Publikationen und Initiativen, darunter auch der 2001 gegründete Arbeitskreis Archivische Bewertung innerhalb des Verbands deutscher Archivarinnen und Archivare (VdA), bemühen sich, Prinzipien und Standards der Bewertung zu entwickeln und diese wissenschaftlich zu fundieren.[9] Die Möglichkeit eines Einflusses von Politik und Macht auf die Archive soll damit nicht grundsätzlich bestritten werden; es gilt aber festzuhalten, dass nach der Ausdifferenzierung von Verwaltungsregistratur und Archiv um 1800 die Archive ein hohes Maß an Autonomie in ihrer professionellen Arbeit entwickelt haben. In gewisser Weise ist dies der blinde Fleck in der gegenwärtigen Beobachtung der Archive durch die Geschichts- und Kulturwissenschaften. Solange man den Aufbau und die Formierung von Archiven der historischen Forschung ge-

---

[6] Vgl. z. B. das Forschungsprogramm des Bielefelder Graduiertenkollegs *Archiv, Macht, Wissen. Organisieren, Kontrollieren, Zerstören von Wissensbeständen von der Antike bis zur Gegenwart* (http://www.uni-bielefeld.de/geschichte/gk1049/forschungsprogramm.pdf).

[7] Das Zitat stammt aus der im Internet (www.hydra.umn.edu/derrida/cinema.html) veröffentlichten deutschen Übersetzung eines Interviews, das zuerst im April 2001 in der Zeitschrift *Cahiers du cinema* (Nr. 556 S. 74–85: Jacques Derrida et les fantomes du cinema) erschienen ist.

[8] Vgl. zum aktuellen Stand der Diskussion den Beitrag von Robert *Kretzschmar* in diesem Band.

[9] Die Sitzungsprotokolle und das im Jahr 2004 verabschiedete Positionspapier des Arbeitskreises Archivische Bewertung sind im Internet zugänglich unter www.vda.archiv.net/arbeitskreise.htm#Bewertung.

genüber- bzw. entgegenstellt, bleibt ausgeblendet, dass die archivische Überlieferungsbildung in vielen Fällen aktuelle Perspektiven und Fragestellungen der historischen Forschung aufgreift und verarbeitet. Indem Archive Dokumente nach begründeten und transparenten Kriterien übernehmen, betreiben sie – wenn man so will – eine Geschichtswissenschaft *in nuce*. Zu fragen und kritisch zu überprüfen wäre deshalb, inwieweit die Überlegungen der Archive zur Bewertung und die Forschungsansätze der Geschichtswissenschaft in den einzelnen thematischen Bereichen wechselseitig anschlussfähig sind. Von der Beantwortung dieser Frage hängt letztlich ab, ob und in welchem Umfang sich für die Zukunft neue Chancen der Kooperation auftun, denen nicht wie im 19. Jahrhundert der gemeinsame Bezug auf vermeintlich objektive Tatsachen zugrunde liegt, sondern ein wechselseitiger Kommunikationsprozess, in dem Historiker und Archivare gemeinsam an der Konstruktion von Geschichtsbildern arbeiten.

In den letzten Jahren hat es immer wieder Ansätze gegeben, die Zusammenarbeit zwischen Archiven und Geschichtswissenschaft auch auf dem Feld der Überlieferungsbildung zu verbessern. Der letzte größere Versuch dieser Art war ein DFG-Workshop mit dem Titel *Die Geschichtswissenschaften und die Archive*, der im Herbst 2004 in Münster stattfand.[10] Dass trotz positiver Impulse, die von solchen Veranstaltungen unzweifelhaft ausgehen, bislang kaum nachhaltige Veränderungen im Verhältnis von Archiven und Geschichtswissenschaft zu beobachten sind, hängt vor allem damit zusammen, dass in vielen Fällen theoretische Forderungen dominieren und Berührungspunkte bzw. praktische Ansätze für eine Kooperation allenfalls anklingen. Um hier neue Akzente zu setzen, hat sich der VdA-Arbeitskreis Archivische Bewertung bei der Planung seiner Sektion auf dem 46. Deutschen Historikertag 2006 bewusst für eine andere Konzeption entschieden. Statt erneut die Zusammenarbeit und den Abgleich historischer und archivischer Perspektiven als abstraktes Programm für die Zukunft zu formulieren, sollten in der Sektion die Möglichkeiten des Austauschs und der wechselseitigen Beratung an einem konkreten Beispiel anschaulich gemacht und diskutiert werden.

Mit der Anti-Atomkraft-Bewegung wurde dabei ein Thema gewählt, dass für die Archive wie für die Wissenschaft gleichermaßen Aktualität besitzt. Die 1970er-Jahre mit ihrer charakteristischen Herausbildung neuer sozialer Bewegungen sind in den letzten Jahren zunächst in der populären Vermittlung durch die Massenmedien, dann auch in der Kulturszene und in der historischen Forschung vielfach zum Gegenstand historischer Betrachtungen geworden. Man kann sagen: Nach den 1960er-Jahren hat nunmehr

---

[10] Vgl. den Tagungsbericht von Ragna *Boden*, Christine *Mayr*, Christoph *Schmidt* und Thomas *Schwabach* in: Der Archivar 58/1 (2005) S. 43–46.

die Historisierung der 1970er-Jahre mit Verve begonnen.[11] Die Gründe dafür sind vielfältig. Ganz allgemein lässt sich seit Beginn der 1980er-Jahre ein Generationenwechsel und Mentalitätswandel beobachten, der dazu geführt hat, dass viele Themen – deren Aktualität im Grunde ungebrochen ist – aus dem Bereich diffuser Öffentlichkeit in die Normalität gesellschaftlicher und politischer Institutionen Eingang gefunden haben. Im Zuge dieser Entwicklung sind gleichzeitig die Lebens- und Protestformen, mit denen diese Themen ehemals propagiert worden waren, in eine historische Distanz gerückt, die Voraussetzung ist für eine wissenschaftlich unabhängige Erforschung. Im Fall der Anti-Atomkraft-Bewegung ist diese historische Distanzierung noch zusätzlich durch die Tatsache verstärkt worden, dass nach dem Unglück von Tschernobyl auch der Staat seine Position zur Atomkraft neu bestimmt und diese Neubestimmung mit dem Atomkonsens letztlich sogar gesetzlich festgeschrieben hat. Wenngleich bis heute die Diskussion um das Für und Wider der Atomkraft andauert (und gerade in den energiepolitischen Debatten aus jüngster Zeit noch einmal neu belebt worden ist), sind doch die alten Fronten der 1970er- und 1980er-Jahre, die auf der Wahrnehmung einer engen Verknüpfung von Atomtechnik und staatlicher Macht basierten, im Lauf der Zeit stark verwischt worden. Damit haben zugleich viele der Unterlagen, die seinerzeit nicht zuletzt im Kontext von handfesten rechtlichen Auseinandersetzungen von allen Beteiligten angefertigt und verwahrt wurden, ihre unmittelbare Brisanz im tagespolitischen Geschäft verloren und können deshalb jetzt verstärkt in die Archive gelangen. Dass es sich bei diesen Unterlagen um erhebliche Mengen handeln kann, zeigt eindrucksvoll das Beispiel des Schnellen Brüters in Kalkar. Anfang der 1990er-Jahre hinterließ der Schnelle Brüter nicht nur eine gigantische Betonruine, sondern auch einen Berg von 24 000 Aktenordnern. Während die Bauruine 1995 an einen holländischen Investor verkauft werden konnte, der dort einen Freizeitpark errichtete, lagerten die Akten bis vor zwei Jahren im nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium, im dortigen Luftschutzkeller. Die Bewertung von Unterlagenmengen dieses Umfangs, die im Prinzip überall beim Bau von Kernkraftwerken entstanden sind, wird die Archive in den nächsten Jahren vor große Herausforderungen stellen. Bei der Bewältigung dieser Herausforderungen wäre es wünschenswert, wenn aus der Konjunktur der Umweltzeitgeschichte[12] Impulse auch für die Entwicklung von archivischen Bewertungskriterien resultieren würden. Umgekehrt können sicherlich die Archive durch eine qualitätsvolle Überlieferung und entsprechende Erschließung die umweltgeschichtliche Forschung unterstützen und zu einer weiteren Differenzierung in der historisch-wissenschaftlichen Beobachtung beitragen.

---

11 Vgl. exemplarisch Die Kultur der 70er Jahre. Hg. von Werner *Faulstich.* Paderborn 2004.

12 Vgl. Jens Ivo *Engels*: Umweltgeschichte als Zeitgeschichte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 13 (2006) S. 32 – 38.

Mit den in diesem Band veröffentlichten Beiträgen des Historikertags[13] wird versucht, den wechselseitigen Austausch und die Kooperation von Archiven und Geschichtswissenschaft zu fördern und zu intensivieren. Sie konfrontieren neuere Forschungsergebnisse aus der Umweltzeitgeschichte mit modernen und praktischen Ansätzen archivischer Überlieferungsbildung und verweisen in der Gegenüberstellung auf Anschlussstellen für zukünftige interdisziplinäre Zusammenarbeit.

[13] Mit Ausnahme des Beitrags von Pattrick *Kupper* zur *Überlieferungsbildung im Bereich privatwirtschaftlicher Unternehmen* werden die Vorträge der Historikertag-Sektion im vorliegenden Band vollständig veröffentlicht. Zu dem Beitrag von Kupper liegt ein Abstract vor, der im Internet unter www.uni-konstanz.de/historikertag/programm.php?menu=programm&sektion=ng&veranstaltung=ng10&all=1 eingesehen werden kann.

1968 – Was bleibt von einer Generation? Überlieferung und Überlieferungsbildung zu einer nicht alltäglichen Zeit

1968 – Was bleibt von einer Generation? Überlieferung und Überlieferungsbildung zu einer nicht alltäglichen Zeit Tagungsbericht[1]

Von Clemens Rehm

Geschichtsbilder sind nicht erst seit dem Historikertag von 2006 in aller Munde. Dabei sind es nicht nur Bilder, durch die historische Prozesse der Nachwelt überliefert werden. Sie sind nur ein Ausschnitt aus der Welt der Quellen, die in Archiven aller Orten bereitgehalten wird, um eine Rekonstruktion und Interpretation des Vergangenen zu ermöglichen. Seitdem in der Archivwelt der letzten Jahre die Nutzung von Archivgut als finale Legitimation des eigenen Tuns verstärkt diskutiert wird, steht auch die Auswahl des *Archivwürdigen* im Blickfeld. Wenn Quellen in Archiven dazu dienen sollen, eine demokratische Kontrolle politischer Entscheidungen und gesellschaftlicher Prozesse im Nachhinein zu ermöglichen und gleichzeitig Material zur Identitätsstiftung bereitgehalten werden soll, muss auch die Auswahl des Materials, das in die Archive gelangt, ein Ergebnis einer Diskussion sein, die sich nicht nur auf Archivzirkel beschränkt. Die Offenlegung von Auswahl- und Vernichtungskriterien von Material durch Archivare gehört ebenso dazu wie in einem zweiten Schritt die Partizipation derjenigen, die die Quellen nutzen wollen.[2]

Denn *Überlieferungsbildung* ist kein vermeintliches Randthema – es ist ein gravierender Vorgang mit erheblichen Auswirkungen: Was nicht als

---

[1] Tagungsbericht *1968 – Was bleibt von einer Generation?* 27. 2. 2007, Stuttgart. In: H-Soz-u-Kult, 23. 5. 2007: http://hsozkult. geschichte. hu-berlin. de/tagungsberichte/id=1573 [31. Januar 2008]. Copyright; vgl. auch Der Archivar 60 (2007) S. 341 – 343.

[2] Vgl. Robert *Kretzschmar*: Archivische Bewertung und Öffentlichkeit. Ein Plädoyer für mehr Transparenz bei der Überlieferungsbildung. In: Archiv und Öffentlichkeit. Aspekte einer Beziehung im Wandel. Zum 65. Geburtstag von Hansmartin Schwarzmaier. Hg. von Konrad *Krimm* und Herwig *John* (Werkhefte der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg A 9). Stuttgart 1997. S. 145 – 156; Clemens *Rehm: Kundenorientierung*. Modewort oder Wesensmerkmal der Archive? Zu Transparenz und Partizipation bei der archivischen Überlieferungsbildung. In: Zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Das Dienstleistungsunternehmen Archiv auf dem Prüfstand der Benutzerorientierung. Vorträge des 61. Südwestdeutschen Archivtags am 26. Mai 2001 in Schaffhausen. Hg. von Hans *Schadek*. Stuttgart 2002. S. 17 – 27; Hermann *Rumschöttel*: »Das Kulturelle Gedächtnis und das Archiv« oder »Das Archiv – ein wach zu küssendes Dornröschen?« In: Kulturelles Gedächtnis im 21. Jahrhundert. Tagungsband des internationalen Symposiums 23. April 2005. Hg. von Thomas *Dreier* und Ellen *Euler*. Karlsruhe 2005. S. 163 – 172.

Überlieferung gesichert ist, kann nicht in den geschichtswissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskurs eingebracht werden. Der folgenreiche Prozess der Auswahl von *archivwürdigem* Material und der damit einhergehenden Vernichtung von *nicht archivwürdigem* – eben der Vorgang der *Überlieferungsbildung* – ist vielen Historikern kaum bewusst und zeigt, wie sehr die Rolle der Archive auch in der Fachwelt noch unterschätzt wird.

Daher war das Ziel des Kolloquiums zu *1968,* für den die hier präsentierten Beiträge erarbeitet wurden, eine verbesserte Kommunikation, mehr noch das Bewusstsein für die Notwendigkeit des Dialogs zwischen der Forschung, die Quellen sucht und die vorliegende Materialen unhinterfragt nutzt, und den Archiven, die Unterlagen bisher nach ihren eigenen Kriterien auswählen. Es war die Fortsetzung einer Diskussion, die im Arbeitskreis Bewertung des Verbands deutscher Archivarinnen und Archivare 2001 aufgegriffen und auf dem 46. Deutschen Historikertag in Konstanz auch erstmals in die historische Fachöffentlichkeit getragen wurde.[3]

Konkretisiert wurde dies am Thema *1968*, das durch die aktuelle Diskussion um die Begnadigung des Terroristen Christian Klar zusätzliche Aufmerksamkeit gewonnen hat. Dabei standen diesmal nicht die Ereignisse oder die Interpretation des *roten Jahrzehnts* im Fokus des Interesses, sondern die Quellen und ihre Auswahl.

Thomas Etzemüller (Universität Oldenburg) stellte im Einführungsvortrag den Forschungsstand zu *1968* vor: Früher seien die 1950er-Jahre als undifferenzierter Block provinziellen Miefs und politisch-moralischer Konformität beschrieben worden. Darauf wäre 1968 die plötzliche Befreiung von verkrusteten Normen durch die protestierenden Studenten gefolgt. Dieser politische Aufbruch sei jedoch 1970 schon unterdrückt und zerschlagen gewesen: *1968* sei somit ein singuläres Ereignis.

Inzwischen gerät in der Forschung zum ersten die Phase von den (späten) 1950er-Jahren bis weit in die 1970er-Jahre als eine Einheit in den Blick. In diesen Jahren durchliefen die westlichen Gesellschaften die fundamentale Transformation zu einer modernen, liberal-demokratischen Konsumgesellschaft; ein Wandel mit *1968* als integralem Teil. Als exemplarische Belege für diese Sichtweise führte Etzemüller die in den 1950er-Jahren aufbrechende Jugendkultur und die Veränderungen von Geschlechterrollen im Erwerbsleben.

Die von ihm genannten Beobachtungen zur Komplexität der 68er-Bewegung haben Auswirkungen für Archivare bei der Überlieferungsbildung: Er verwies auf die inkonsequente Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, die Radikalisierung der Auseinandersetzungen ab 1964 mit entsprechenden Polizeieinsätzen und die für die Eskalation wesentlichen Wahrnehmungsprozesse der Handelnden – einerseits die Furcht vor einem Wiederaufleben des

---

[3] Vgl. www.uni-konstanz.de/historikertag im September 2007 (4. Mai 2007), Neuere Geschichte Sektion 10.

Faschismus und andererseits die Angst, die *fünfte Kolonne Moskaus* könnte Erfolg haben.

Ebenfalls schwierig quellenmäßig zu fassen ist der von Etzemüller konstatierte, parallel verlaufende Politisierungsprozess, bei dem auf ein spezifisches Vokabular und Denken zurückgegriffen wurde, das den wahrgenommenen Strukturwandel der Nachkriegszeit in Begriffe und Sinnzusammenhänge fasste und es erlaubte, gesellschaftsverändernde Handlungsvorgaben zu formulieren und zu begründen.

Zur Entstehung von Unterlagen

Die Frage nach dem, was bleibt, ist selbstverständlich entscheidend durch das geprägt, was überhaupt an Unterlagen entsteht. So stellte zuerst Generalstaatsanwalt Klaus Pflieger (Stuttgart) für die Aktenbildner die Vorgehensweise der Staatsanwaltschaften dar, wobei er – eigene Erfahrungen als Ermittler in den RAF-Verfahren einbringend – den Bogen bis zum *Deutschen Herbst* 1977 spannte. Das Ermittlungsinteresse bezog sich logischerweise auf bekannte Straftaten. Aber auch unspektakuläre Unterstützungsaktionen zogen Aktivitäten staatlicher Organe nach sich. Dabei wird eine Grundproblematik der Überlieferungsbildung im Justizbereich offenbar: Nur zu strafwürdigem oder vermeintlich strafwürdigem abweichenden Verhalten entstehen überhaupt Unterlagen. Allgemeine Mentalitäten und ihr Wandel lassen sich dadurch nur bedingt ermitteln. Selbstverständlich finden sich in den Justizunterlagen ganz bewusst Selbstzeugnisse von Angeklagten, sie sind aber nur für einen kleinen, begrenzten Teil der *1968er* aussagekräftig. Die Einstellungen der Menschen, die statt auf den Terrorismus auf den *Marsch durch die Institutionen* setzten, ist damit nicht nachvollziehbar.

Sehr wohl wird in den Akten aber die *Grundposition* des Staats in jener Zeit, die Intentionen und Grundhaltungen seiner Vertreter erkennbar. Zudem ist spannend festzustellen, dass nebenbei noch Selbstzeugnisse und Dokumente der Täter zusammengetragen werden, durch die der Mythenbildung (*Mord in Stammheim*) entgegengearbeitet wird. Insofern ist und bleibt die Justizüberlieferung wichtig für die Aufarbeitung einer Zeit, in der versucht wurde, Konflikte gerade über die juristische Ebene zu lösen.

Unterlagen im Staatsarchiv

Anschließend stellte Dr. Elke Koch (Landesarchiv Baden-Württemberg) die Chancen eines staatlichen Archivars dar, sich der Thematik *1968* zu nähern. Der Versuch, Quellen zu ermitteln und in die Archive zu übernehmen, aus denen aussagekräftig die gesellschaftliche Entwicklung ablesbar wird, muss – das wurde schnell deutlich – über die Justizüberlieferung hinausreichen.

Dabei können sich Archivare in einem ersten Schritt auf ihr übliches, bewährtes Bewertungsinstrumentarium verlassen. Durch reguläre Überlieferungsverfahren zum Beispiel für Personalakten werden Unterlagen von *Aktivisten* archiviert, die allerdings auch Unspektakuläres enthalten. Aufgrund von gesetzlichen Zuständigkeiten können in allen staatlichen Bereichen Unterlagen ermittelt werden – auch wenn manchmal Verluste zu vermelden sind. Neben den Universitäten – die als besonderer Bereich von Becker (siehe oben) angesprochen wurden –, stellte Koch beispielhaft die Überlieferungen von Fachhochschulen vor. Konnte sie dabei doch gleichzeitig herausarbeiten, dass *1968* gerade in der Provinz unzweifelhaft ebenfalls stattgefunden hat, aber eben auch eine differenzierte Entwicklung festzustellen ist. Aber nicht nur die Unterlagen zu konkreten Ereignissen, wie Demonstrationen und Ähnliches ermöglichen ein Fenster in die Geschichte einer Region, auch allgemeine Mentalitätsverschiebungen sind dokumentiert. Was ist zum Beispiel in der Forstverwaltung die Einrichtung von Wanderparkplätzen anderes als die massenhafte Mobilisierung der Bevölkerung unter dem Schlagwort *zurück zur Natur*? Insofern kommt der staatlichen Überlieferung für die Dokumentation des gesellschaftlichen Wandels aufgrund ihrer Vielseitigkeit und Vielschichtigkeit eine besondere Bedeutung zu.

Unterlagen im Universitätsarchiv

So breit sich die staatliche Überlieferung darstellt, so konzentriert ist die der Studentenbewegung selbst. Thomas Becker (Universitätsarchiv Bonn) fächerte vier Säulen der Überlieferung auf: Universitäten und andere Hochschulen haben in Deutschland traditionell eine zweigeteilte Verwaltung, den zentralen *Verwaltungsapparat* mit einem Kanzler an der Spitze und die *akademische Selbstverwaltung* mit Rektorat, Senat, Dekanen, Fakultäts- und Institutsräten. Daneben agiert die *studentische Selbstverwaltung* mit ihren Gremien und Ausführungsorganen vom AStA bis zur Fachschaft. Neben diesen Elementen der universitären Verwaltung muss bei einer Dokumentation von *Studentenbewegung* das universitäre Leben mit politischen und konfessionellen Studierendengruppen, die kulturellen Vereine, Sportclubs und studentischen Korporationen mit berücksichtigt werden.

Daher wird in keinem Universitätsarchiv in Deutschland ein eigener Bestand *Studentenbewegung* oder *1968* zu finden sein. Vielmehr setzt sich die Tektonik aller Hochschularchive aus diesen vier Säulen zusammen. Gefragt sind also Verwaltungsakten, Akten der akademischen Selbstverwaltung, AStA- und Fachschaftsüberlieferung und private Sammlungen von studentischen Gruppen oder von Einzelpersonen.

Die Dokumentationsdichte ist dabei von Hochschule zu Hochschule unterschiedlich, aber das ist eine Folge des jeweiligen *records managements* und der lokalen Besonderheiten. Insbesondere die vierte Säule, das vielschichtige

politisch-kulturelle Leben ist nur durch eine intensive Sammeltätigkeit der Nachwelt zu überliefern – die freilich an Grenzen bei denjenigen stößt, die nicht bereit sind, Dokumente des *Kampfes gegen das Establishment* nun einer Institution des Staats zu übereignen.

Unterlagen im Bewegungsarchiv

Die Situation, dass viele Protagonisten der Studentenbewegung einerseits ihr Handeln sehr wohl dokumentieren, andererseits aber ihre Einstellungen auch in der Art der Langzeitsicherung sichtbar machen wollten, war Ursache für die Entstehung von alternativen Archivierungskonzepten, den *Bewegungsarchiven*. Diese Archive sollten – so die Gründungsgedanken – Bestandteil der politischen Aktivitäten einer Region sein. Michael Koltan (Archiv Soziale Bewegungen, Freiburg im Breisgau) konnte überzeugend darstellen, dass gerade die Verwurzelung und ständige Verankerung im Milieu eine, wenn nicht die wesentliche Voraussetzung für die Bereitschaft von potenziellen Nachlassgebern ist, ihre privaten Dokumente überhaupt sichern zu lassen. Diese Materialien werden in den Bewegungsarchiven aktiv akquiriert – subjektive Zeugnisse einer *radikal subjektivistischen Bewegung*. Neben klassischem Sammlungsgut wie zum Beispiel Flugblättern und Plakaten, das gleichsam am Mensatisch erfasst wurde, werden *Ego-Dokumente* wie Notizen, Briefe und Fotomaterial gesucht. Erst in den letzten Jahren ist beispielsweise bekannt geworden, dass in dieser Zeit in erheblichem Umfang privates Filmmaterial auf Super 8 entstanden ist.

In den Bewegungsarchiven ist die Zeit der Schuhkartons und provisorischen Regale längst vorbei; archivfachliche Standards lassen sich zunehmend umsetzen. Aufgrund ihres einzigartigen Materials, das allerdings vor allem bei Druckerzeugnissen an unterschiedlichen Stellen mehrfach überliefert sein kann, sind sie zunehmend als Projektpartner gefragt. Gleichwohl ist die Kontinuität dieser Archive gefährdet, weil sie vielfach fast ausschließlich auf Spendenmittel oder begrenzte Projektmittel angewiesen sind.

Weiße Flecken der Überlieferung

Wolfgang Kraushaar (Hamburger Institut für Sozialforschung) wandte sich den *Weißen Flecken* der Überlieferung zur Studentenbewegung zu, die er im Kern für überschaubarer hält als allgemein angenommen wird. Dabei stellte er keine systematische Karte fehlender Quellen vor, sondern arbeitete anhand von Beispielen die Probleme heraus, wie an Primarquellen der 68er-Bewegung zu gelangen ist.

Eine sachgerechte Archivierung bedarf einer genauen Kenntnis inhaltlicher, das heißt politischer Zusammenhänge, sodass aus Fragestellungen he-

raus die Suche nach bestimmten Materialien entwickelt und präzisiert werden kann. Allein mit einer formal systematischen Sammeltätigkeit oder unspezifischen Sammelwut sind die gewünschten Ergebnisse nicht zu erzielen. Dass hier in vielen Fällen auch finanzielle Mittel nötig sind, weil die Eigentümer einen kommerziellen Wert der Unterlagen geltend machen, verschärft die Aufgabe insbesondere für die Bewegungsarchive, die in der Regel über einen sehr beschränkten und wenig verlässlichen Etat verfügen.

So sehr die staatlichen Einrichtungen den Vorteil der Unabhängigkeit, der Rechtsicherheit und der Überparteilichkeit bei der Archivierung haben, so sehr ist es nach den Erfahrungen Kraushaars für viele Protagonisten der Studentenbewegung unvorstellbar, ihre Unterlagen überhaupt abzugeben – auch nicht an nichtstaatliche Einrichtungen.

Allerdings droht hier eine andere Gefahr: Wie Kraushaar am Beispiel der Kommunarden Kunzelmann belegen konnte, ist der Dokumentar seiner eigenen Aktivistentätigkeit nicht unbedingt der ideale Archivar. Er kann und wird gegebenenfalls interessegeleitet verzeichnen und damit entsprechende Schneisen in die Überlieferung schlagen – oder Dokumente verstecken.

Diskussionsergebnisse

In der Diskussion wurde vor allem auf die Aspekte *Zugänglichkeit der Unterlagen*, *regionale Differenzierung* und *Archivierung im Verbund* eingegangen:

Zugänglichkeit der Unterlagen

Es wurde intensiv gestritten, inwieweit gleichmäßige öffentliche Zugänglichkeit von allen Archiven zu fordern wäre. Das Jedermann-Recht – für den Bürger bei öffentlichen Archiven selbstverständlich und gesetzlich geregelt – wird bei Bewegungsarchiven aufgrund ihrer besonderen Beziehung zu ihren Nachlassgebern problematisiert. Nicht jeder – vor allem nicht derjenige mit *falschen* Absichten – soll Einsicht in Unterlagen erhalten können. Schließlich könnten in den Beständen durchaus noch brisante Informationen enthalten sein, deren Bekanntmachung eventuell aktuelle Konsequenzen nach sich ziehen würden. So problematisch – und grundsätzlich inakzeptabel – eine nach Personengruppen differenzierte Einschränkung der Zugänglichkeit erscheint, wiesen doch auch Archivare aus dem staatlichen Bereich darauf hin, dass viele Unterlagen aus dieser Zeit vorenthalten würden, eben weil sie jeden Nutzer unabhängig vom Erkenntnisinteresse gleich behandelten. Das Vertrauen, das die Bewegungsarchive hier genießen würden, habe für die Überlieferungssicherung eine zentrale Funktion. Ohnehin sei dies ein Problem der Zeiträume, meist seien diese von den vorherigen Eigentümern der Dokumente erbetenen Schutzräume befristet.

Regionale Differenzierung

Zum Kolloquium war mit der Anfrage an die Forschung eingeladen worden, was an Unterlagen für die Bearbeitung der Fragestellungen zum Umbruch *1968* benötigt und ob in den Archiven eigentlich das Wesentliche auch wirklich überliefert wird. Deutlich wurde, dass insbesondere für die Ereignisse und Entwicklungen in der *Provinz* überraschend viel überwiegend noch nicht ausgewertetes Material zur Verfügung steht: seien es personenorientierte Unterlagen (zum Beispiel Lehrerpersonalakten) oder Polizeiberichte. Unter dem Stichwort der *Lemgoisierung* wurde eine Perspektive für Forschungslinien angerissen, die darauf zielte, den forschenden Blick über die Zentren in Berlin oder Frankfurt am Main hinaus zu erweitern. Das Quellenmaterial ist dafür vorhanden.

Archivierung im Verbund

In der Schlussdebatte wurde mehrfach gefordert, die Überlieferungsbildung vernetzt anzugehen und diese Vernetzung transparent zu kommunizieren. Den Nutzern müsste leicht erkennbar sein, in welchem Archiv sich welche Überlieferung befinde. Da sich gerade im Sammlungsbereich deutliche Überschneidungen abzeichnen, sei vor allem hier eine Kooperation gefragt, bei der jeder Partner seine Stärken einbringen könnte.

Gerade die *Frontstellung* zwischen Bewegungsarchiven und staatlichen Archiven, die sich aus der Entstehungszeit und den Gründungsgedanken der Bewegungsarchive herleiten lässt, erscheint heute anachronistisch. Mit Blick auf die Forschung sollte eine Kooperation, eine *Archivierung im Verbund* entstehen.

Robert Kretzschmar wies als Vorsitzender des Verbands deutscher Archivarinnen und Archivare e. V. (VdA) darauf hin, dass derzeit geprüft wird, ob und wie eine Annäherung von Bewegungsarchiven und etablierten Archiven sich auch organisatorisch im VdA verankern lässt. Zu denken sei dabei an einen gemeinsamen Gesprächs- bzw. Arbeitskreis.

Fazit

Die ursprüngliche Intention der Veranstalter – die Forschung um Anregungen zur Überlieferungsbildung zu bitten – konnte nur teilweise erreicht werden, weil in vielen Fällen die Grundlagen für eine solche Diskussion fehlten. Zunächst wurde offenkundig, dass im universitären Bereich das Wissen, in welchen Archiven und Dokumentationsstellen überhaupt welche Unterlagen erwartet werden können, nur unzureichend verbreitet ist. Die Informationen über die Strukturen und Zuständigkeiten von Archiven und Dokumentationsstellen muss zum Nutzen von Forschungsergebnissen intensiver in den

fachwissenschaftlichen Diskurs eingebracht werden – ein derzeit zu beklagendes kommunikatives Desiderat. Es ist schon jetzt absehbar, dass bei den chronologisch folgenden Themen wie der Umwelt- und Friedensbewegung mit Blick auf die Archivierung ähnliche Fragestellungen zu erörtern sein werden.

1968 – Themen und Quellen
Forschungsüberblick – Tendenzen – Richtungen

Von Thomas Etzemüller

Bislang prägt ein spezifisches Erzählmodell viele Darstellungen der *68er*-Bewegungen, vor allem in der Bundesrepublik: Die 1950er-Jahre werden als ein undifferenzierter Block provinziellen Miefs und politisch-moralischer Konformität beschrieben. Nach der totalen Niederlage von 1945 seien die überkommenen moralischen, sozialen und wirtschaftlichen Zustände einfach *restauriert* worden, statt endlich den Versuch zu wagen, die autoritären Gesellschaftsstrukturen durch eine neue Gesellschaftsordnung zu ersetzen.[1] Erst um das Jahr 1968 habe der längst fällige Aufbruch stattgefunden, die Befreiung von verkrusteten Normen durch die protestierenden Studenten. Einen Moment schien alles möglich, aber das *Establishment* reagierte mit öffentlicher Hysterie und Gewalt, und schon 1970 war der politische Aufbruch unterdrückt und zerschlagen. *1968* erscheint in diesen Darstellungen als ein singuläres Ereignis.[2]

Mittlerweile entsteht in Umrissen ein neues Bild. In der Forschung gerät nunmehr zum ersten die Phase von den (späten) 1950er-Jahren bis weit in die 1970er-Jahre als eine *Einheit* in den Blick. In diesen Jahren durchliefen die westlichen Gesellschaften die fundamentale Transformation zu dem, was uns heute als moderne, liberal-demokratische Konsumgesellschaft so geläufig ist. Dieser Wandel kann nicht unterschätzt werden, und es gibt gute Gründe, *1968* als *integralen Teil* dieser Transformation zu deuten.[3] Zum Zweiten wird der

---

1 Diese Interpretation hat bereits Walter *Dirks*: Der restaurative Charakter der Epoche. In: Frankfurter Hefte 5 (1950) S. 942–954 vorgelegt.

2 Vgl. beispielsweise Die Studentenproteste der 60er Jahre. Archivführer – Chronik – Bibliographie. Hg. von Thomas B. *Becker* und Ute *Schröder*. Köln/Weimar 2000; Rainer *Bieling*: Die Tränen der Revolution. Die 68er zwanzig Jahre danach. Berlin 1988; Detlev *Claussen*: Chiffre 68. In: Revolution und Mythos. Hg. von Dietrich *Harth* und Jan *Assmann*. Frankfurt am Main 1992. S. 219–228; Paulus *Ebner* und Karl *Vocelka*: Die zahme Revolution. '68 und was davon blieb. Wien 1998; Ingrid *Gilcher-Holte*: Die 68er Bewegung. Deutschland, Westeuropa, USA. München 2001; Michael *Kimmel*: Studentenbewegungen der 60er Jahre. Frankreich, BRD und USA im Vergleich. Wien 1998; Wolfgang *Kraushaar*: 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur. Hamburg 2000; Andreas *Renz*: Die Studentenproteste von 1967/68 im Spiegel der Münchner Presse. München 1992.

3 Diese Perspektive wurde empirisch bislang nur von Arthur *Marwick*: The Sixties. Social and Cultural Transformation in Britain, France, Italy and the United States, 1958–1974. New York 1999, und Kjell *Östberg*: 1968 när allting var i rörelse. Sextiotalsradikaliseringen och de sociala rörelserna. Stockholm 2002, eingelöst.

transnationale Charakter der 68er-Ereignisse anders diskutiert. Sie werden nicht mehr als eine – wenn auch gescheiterte – globale Revolution beschrieben, sondern als ein transnationales Kommunikationsereignis untersucht. Interessant ist die Frage, wie die einzelnen 68er-Bewegungen einen transnationalen Handlungszusammenhang bildeten, während sie gleichzeitig durch nationale Besonderheiten geprägt waren.[4] *1968* wird also zunehmend analysiert als *Teil* eines Strukturwandels in der westlichen Welt, als *Katalysator*, der diesen Wandel vorantreiben half, und zugleich als *Chiffre*, diesen Wandel zu deuten.[5]

Diesen neueren Deutungsansatz möchte ich im Folgenden knapp skizzieren.

1.

1945 sah die Ausgangslage zunächst denkbar düster aus. Weite Teile Deutschlands waren zerstört, und nach dem Kaiserreich und der Weimarer Republik war das dritte politische System innerhalb von weniger als 30 Jahren untergegangen. Der erstaunliche Wiederaufbau der Bundesrepublik ist bekannt, entscheidend dabei ist für unser Thema, dass die junge Republik zunächst auf zwei Ebenen integriert wurde: *materiell* durch das *Wirtschaftswunder* und eine geschickte Sozialpolitik, *ideell* durch die massive Frontstellung gegen den Kommunismus und das politische Bekenntnis zum *Westen*. Der Preis war der *Schweigemantel*, der über die Geschichte gebreitet wurde, doch in den späten 1950er-Jahren erlebten die meisten Bundesbürger zum ersten Mal seit Jahrzehnten eine anhaltende Phase politischer Stabilität und materiellen Wohlergehens. *Soziale Marktwirtschaft* bzw. Keynesianische Wirtschaftspolitik, *Koreaboom*, expandierender Welthandel und der Aufbau sozialer und wirtschaftlicher Institutionen, die Einkommen, Konsum und Wirtschaftsentwicklung stabilisierten, all das trug zu einem anhaltenden Aufschwung bei, der erst 1973 mit der Ölkrise jäh abbrach. Damit war seit Ende der 1950er-Jahre endgültig eine Zeit zu Ende, in der die Menschen jederzeit mit materieller Not zu rechnen hatten, wenn Arbeit oder Gesundheit wegbrachen. Nun dagegen stiegen immer mehr Menschen in die Mittelklasse auf, Konsumgüter wurden immer billiger, und so trieb der private Konsum den Wirtschaftsaufschwung voran.[6]

---

4 Hierzu 1968: The World Transformed. Hg. von Carole *Fink*, Philipp *Gassert* und Detlef *Junker*. Cambridge 1998. Außerdem findet die Region immer stärker Beachtung, das heißt, es wird zumindest für die Bundesrepublik nunmehr untersucht, inwieweit regionale Besonderheiten in die nationale 68er-Bewegung eingeflossen sind.

5 Vgl. hierzu Stefan *Malinowski* und Alexander *Sedlmaier*: »1968« als Katalysator der Konsumgesellschaft. Performative Regelverstöße, kommerzielle Adaptionen und ihre gegenseitige Durchdringung. In: Geschichte und Gesellschaft 32 (2006) S. 238 – 267.

6 Vgl. Anselm *Doering-Manteuffel*: Die Bundesrepublik in der Ära Adenauer. Außenpolitik und innere Entwicklung. Darmstadt ²1988; Anselm *Doering-Manteuffel*: Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert.

Der Effekt waren Spannungen in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft. Der wachsende Wohlstand bescherte auch immer mehr Jugendlichen Geld, das sie ausgeben konnten. Sie stimulierten die Wirtschaft, die sich wiederum auf den Jugendkonsum einzustellen begann. Ein *teenage market* entstand allmählich; der wiederum ermöglichte es Jugendlichen, ihre eigenen Lebensstile auszuprägen. Die Kluft zwischen *Jugend* und *den Alten* wurde dadurch nur größer. Frauen halfen, die wachsenden Konsumwünsche durch Berufstätigkeit zu finanzieren, das erodierte traditionale Familienbilder und warf auf lange Sicht die Frage nach der Stellung der Frauen in Beruf und Gesellschaft auf. Die zunehmend transnationale Medienberichterstattung machte seit den 1950er-Jahren verstärkt mit Ereignissen aus aller Welt bekannt. Das unterminierte bestehende Wertvorstellungen und Gesellschaftsbilder, indem gezeigt wurde: Es geht auch anders. Und Intellektuelle machten auf wachsende Widersprüche zwischen den Verheißungen der demokratischen Verfassung, der Konsumgesellschaft und realen Lebensbedingungen aufmerksam. Während die Konsumgesellschaft also auf der einen Seite neuartige Lebensweisen ausprägte, wurden auf der anderen Seite genau dadurch Konfliktlinien produziert, die in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der folgenden Jahre als enttäuschte Erwartungen und Protest artikuliert werden sollten.

Dass dieser Strukturwandel in der *Lebensstilrevolution* der 1960er-Jahre münden würde, war in den 1950er-Jahren nicht abzusehen. Aber ein Phänomen deutete den Weg an: Die *Halbstarken* betraten die Bühne und entwickelten sich in der Wahrnehmung Erwachsener zu einem Problem größeren Ausmaßes. Jugendliche flippten zum Entsetzen ihrer Eltern bei *rock'n'roll*-Konzerten aus, trugen Jeans und Petticoat und begannen, wie in den USA, Krawalle, deren Grund sich niemand erklären konnte. *Halbstarke* versammelten sich in Gruppen und provozierten Erwachsene durch ihr Verhalten.[7]

Göttingen 1999; Ludwig von *Friedeburg*: Bildungsreform in Deutschland. Geschichte und gesellschaftlicher Widerspruch. Frankfurt/Main 1989; Manfred *Görtemaker*: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart. München 1999; Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980. Hg. von Ulrich *Herbert*. Göttingen 2002; Axel *Schildt*: »Moderne Zeiten«. Freizeit, Massenmedien und »Zeitgeist« in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre. Hamburg 1995; Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hg. von Axel *Schild*, Detlef *Siegfried* und Karl Christian *Lammers*. Hamburg 2000; Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Hg. von Axel *Schildt* und Arnold *Sywottek*. Bonn 1993; Michael *Wildt*: Vom kleinen Wohlstand. Eine Konsumgeschichte der fünfziger Jahre. Frankfurt/Main 1996; Herman *van der Wee*: Der gebremste Wohlstand. Wiederaufbau, Wachstum, Strukturwandel 1945–1980. München 1984.

[7] Vgl. Thomas *Grotum*: Die Halbstarken. Zur Geschichte einer Jugendkultur der 50er Jahre. Frankfurt am Main/New York 1994; »Die Elvis-Tolle, die hatte ich mir unauffällig wachsen lassen«. Lebensgeschichten und jugendliche Alltagskultur in den fünfziger Jahren. Hg. von Heinz-Hermann *Krüger*. Opladen 1985; Werner *Lindner*: Jugendprotest seit den fünfziger Jahren. Dissens und kultureller Eigensinn. Opladen 1996; Kaspar

Zwar waren diese Provokationen *unpolitisch*, doch das ist für eine Analyse des gesellschaftlichen Strukturwandels vollkommen unerheblich.[8] Entscheidend war, dass diese Rebellen ein Medium darstellten, gesellschaftliche Zustände zu verhandeln. Weltweit schien die *rebellische Jugend* gegen die Eltern zu rebellieren und deren mühsam erworbene Bürgerlichkeit infrage zu stellen. Das machte auch die Ereignisse in Deutschland so bedrohlich. Allerdings empfanden *beide* Seiten die jeweils andere als Bedrohung, und das verdichtete sich – mit tatkräftiger Hilfe der Medien und der Filmindustrie – zur Wahrnehmung eines offenbar weltweit sich ausbildenden Generationenkonflikts. Zwar deuten einige neuere Untersuchungen an, dass die Jugendlichen der 1950er- und 1960er-Jahre faktisch *keinen* Generationenkonflikt mit den Erwachsenen ausfochten, weder in den USA noch in der Bundesrepublik; vielmehr lebten die meisten Eltern und Kinder ohne ungewöhnliche Konflikte zusammen.[9] Trotzdem ist die *teenage culture* für die Analyse des gesellschaftlichen Strukturwandels nicht zu unterschätzen: Sie verschob Werte – und sie provozierte eine Sprache des Konflikts, die sich bis in die späten 1960er-Jahre halten sollte.[10]

Parallel dazu zeichneten sich erste Tendenzen einer Fundamentalpolitisierung Jugendlicher ab. In den Protestbewegungen gegen Atomwaffen durchliefen westdeutsche Jugendliche seit den 1950er-Jahren eine erste Schulung in

---

Maase: BRAVO Amerika. Erkundungen zur Jugendkultur der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren. Hamburg 1992; Uta G. *Poiger*: Jazz, Rock and Rebels. Cold War Politics and American Culture in a Divided Germany. Berkeley u. a. 2000; Klaus *Wasmund*: Leitbilder und Aktionsformen Jugendlicher nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland bis zu den 60er Jahren. In: Jugendprotest und Generationenkonflikt in Europa im 20. Jahrhundert. Deutschland, England, Frankreich und Italien im Vergleich. Hg. von Dieter *Dowe*. Bonn 1986. S. 211–231.

8 Das sieht die deutsche Forschung oft anders. Sie wirft der Jugendkultur der 1950er-Jahre ein noch mangelndes politisches Bewusstsein vor bzw. sucht nach ersten Ansätzen gesellschaftskritischen Denkens. Maßstab hierfür ist die 68er-Bewegung: »Die Elvis-Tolle …«, wie Anm. 7; *Lindner*, wie Anm. 7; Ulf *Preuss-Lausitz* und andere: Kriegskinder, Konsumkinder, Krisenkinder. Zur Sozialisationsgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg. Weinheim/Basel 1995.

9 Tatsächlich hatten Eltern und Kinder oft ein normales Verhältnis zueinander – und viele Erwachsene übersahen, dass auch sie durch ihr Konsumverhalten längst machtvoll daran mitwirkten, den über Generationen tradierten Verhaltensnormen und Einstellungen den Boden zu entziehen. Außerdem verkörperten in den 1960er-Jahren jugendlich wirkende Politiker wie Brandt, Kennedy, Palme oder Kohl sowie junge Künstler, Kritiker, Schriftsteller oder Regisseure auch für viele ältere Wähler einen durchaus erwünschten Aufbruch.

10 Dass dieser Strukturwandel von Künstlern, Schriftstellern, Regisseuren oder Designern wahrgenommen und gedeutet wurde, was wiederum auf die materielle wie ideelle Konstituierung der modernen Gesellschaft zurückschlug, kann ich hier nur erwähnen; vgl. mit weiterer Literatur Thomas *Etzemüller*: 1968 – Ein Riss in der Geschichte? Gesellschaftlicher Umbruch und 68er-Bewegungen in Westdeutschland und Schweden. Konstanz 2005. S. 55–67.

Sachen Gesellschaftskritik und Protestorganisation.[11] Diese zunächst eher moralisch gefärbten Proteste entwickelten sich hin zu einer Kritik des bestehenden Gesellschaftssystems. Ein wichtiger Grund hierfür war gerade die Entstehung moderner Wohlfahrtsstaaten und Konsumgesellschaften. Die Wegwerfgesellschaft entstand, und die totale technische Beherrschbarkeit der Welt schien vielen seit Ende der 1950er-Jahre nur noch eine Frage der Zeit. Paradoxerweise entwickelte sich gerade deshalb ein ähnliches Unbehagen am Zustand der Gesellschaft. Der Sozialstaat wies trotz aller Fortschritte ungeahnte Versorgungslöcher auf. Die bürokratischen *Apparate* schienen immer mächtiger zu werden und die demokratischen Institutionen auszuhöhlen. Auch warf das moderne Leben Identitätsprobleme auf, etwa für Hausfrauen. Gerade der gesellschaftliche Wandel schälte für Kritiker fragwürdige Züge der modernen Konsumgesellschaft deutlich heraus.[12]

Diesem Unbehagen verdankt sich die Entstehung der *Neuen Linken* Ende der 1950er-Jahre.[13] Sie richtete sich zum einen gegen die *Alte Linke* – in Form sozialdemokratischer Parteien –, die sie des Verrats an den ursprünglichen Zielen der Arbeiterbewegung zieh: am Ziel einer grundlegenden Reform, also der Sozialisierung der Gesellschaft. Zum andern begann sie die Defizite der Konsumgesellschaften aufzugreifen und gesellschaftstheoretisch zu verarbeiten.[14] Exemplarisch wurde das 1962 im *Port Huron Statement* der US-amerikanischen Neuen Linken auf den Punkt gebracht, in dem die *Entfremdung* der Menschen in der Wohlstands- und Überflussgesellschaft beklagt wurde.[15] Die Texte von C. Wright Mills, David Riesman oder John Kenneth

---

[11] Vgl. April *Carter*: Peace Movements. International Protest and World Politics since 1945. London/New York 1992; Lawrence S. *Wittner*: Resisting the Bomb. A History of the World Nuclear Disarmament Movement, 1954–1970. Stanford CA 1998; Karl A. *Otto*: Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der Außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960–1970. Frankfurt/Main 1977; Hans Karl *Rupp*: Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer: Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren. Eine Studie zur innenpolitischen Entwicklung der BRD. Köln ²1980; Detlef *Siegfried*: Time Is on My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre. Göttingen 2006.

[12] *Görtemaker*, wie Anm. 6, S. 391–474; Christoph *Kleßmann*: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970. Bonn 1988. S.193–255.

[13] Allerdings wurde in der Bundesrepublik der Begriff *Neue Linke* zwar benutzt, konnte sich jedoch nicht durchsetzen.

[14] Willy *Albrecht*: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken. Bonn 1994; Tilman *Fichter* und Siegward *Lönnendonker*: Macht und Ohnmacht der Studenten. Kleine Geschichte des SDS. Hamburg 1998. S. 14–91; Jürgen *Briem*: Der SDS. Die Geschichte des bedeutendsten Studentenverbandes der BRD seit 1945. Frankfurt/Main 1976; Edward J. jr. *Bacciocco*: The New Left in America. Reform to Revolution, 1956 to 1970. Stanford 1974; Lin *Chun*: The British New Left. Edinburgh 1993; Michael *Kenny:* The First New Left. British Intellectuals after Stalin. London 1985.

[15] The New Left: A Documentary History. Hg. von Massimo *Teodori*. London 1970. S. 164.

Galbraith[16] bildeten einen wichtigen Katalysator, um den Strukturwandel in die politische Diskussion der späten 1960er-Jahre überführen zu können; und sie bildeten einen wichtigen Baustein für die Politisierung Jugendlicher.

Die *Dritte Welt* entwickelte sich dabei zu einem effektiven Medium der Kritik westlicher Gesellschaften durch westliche Linke: Da waren auf der einen Seite die teilweise brutale Unterdrückung und Ausbeutung afrikanischer, lateinamerikanischer und asiatischer Gesellschaften; dagegen gab es auf der anderen Seite Befreiungsbewegungen, die gegen die Unterdrücker kämpften und das durch den Rekurs auf marxistische Theorien legitimierten. *Deren* Rezeption wiederum erlaubte es der Neuen Linken in Europa, die Zustände in der *Dritten Welt* mit den Defiziten in den westlichen Wohlstandsgesellschaften zu verbinden. Es war das *kapitalistische System*, das die Menschen in der *Dritten Welt* ausbeutete und sie in der Ersten Welt entfremdete. Im Protest gegen den Vietnamkrieg ließ sich die Auseinandersetzung mit der eigenen Gesellschaft dann exemplarisch und effektiv bündeln und wirkungsvoll nach außen vertreten. Die Brutalität, die Länge und die Präsenz des Kriegs in der westlichen Öffentlichkeit machten ihn zu einem idealen Schaustück.[17]

2.

Die komplexen 68er-Ereignisse in der Bundesrepublik[18] sollen hier nicht rekapituliert werden. Nur drei Beobachtungen:

1. In Westdeutschland sind es mehrere Themenkomplexe gewesen, die *1968* ideell wie organisatorisch zusammenhielten. Seit Ende der 1950er-Jahre radikalisierten Studierende ihre Kritik an einer inkonsequenten Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Nur deshalb hätten die gesellschaftlichen Strukturen, die Auschwitz überhaupt erst möglich gemacht hatten, in der Bundesrepublik fortbestehen können. Diese Kritik verschärfte sich allmählich zu einem generalisierten Faschismus-Begriff, der das gesamte bestehende System bezeichnete.
   Außerdem forderten sie eine *Demokratisierung* der Hochschulen, denn die traditionale Ordinarienuniversität sei ein Musterbeispiel autoritärer

---

16 C. Wright *Mills*: White Collar: The American Middle Classes. New York 1951; C. Wright *Mills*: The Power Elite. New York 1956; David *Riesman*: The Lonely Crowd. A Study of the Changing American Character. New Haven 1950; John Kenneth *Galbraith*: The Affluent Society. Boston 1958. Ebenso einflussreich: Erich *Fromm*: The Sane Society. New York 1955; Michael *Harrington*: The Other America. Poverty in the United States. New York 1962; Betty *Friedan*: The Feminine Mystique. London 1963.

17 So hat das Kim *Salomon*: Rebeller i takt med tiden. FNL-rörelsen och 60-talets politiska ritualer. Stockholm 1996. S. 91f., formuliert.

18 Ausführlich *Etzemüller*, wie Anm. 10, S. 95–109, S. 131–145.

Erziehungssysteme, die konditionierte, disziplinierte Fachleute im Dienst des Kapitalismus heranbildete, nicht aber mündige, gesellschaftskritische Bürger. Ohne eine Reform der Universitäten gaben sie einer Demokratisierung der Gesellschaft keine Chance.

Große Koalition, Notstandsgesetze und die Wahlerfolge der NPD wiederum nährten die Sorge vor einer erneuten, schleichenden Aushöhlung der Demokratie. Immer mehr Entscheidungen schienen den demokratischen Institutionen entzogen und Experten sowie bürokratischen *Apparaten* übertragen zu werden; die Grenze zwischen demokratischem und autoritärem Staat schien durchlässig geworden.

Diese Themen griffen seit der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre zunehmend ineinander und stützten in ihrer Verschachtelung die Vorstellung vom antidemokratischen System und von der notwendigen Revolution. Das wurde auf zahllosen Kongressen und *teach in* verhandelt und der Öffentlichkeit durch Demonstrationen und einen riesigen Ausstoß an Texten vermittelt; und dieser Themen- und Inszenierungskomplex band ganz unterschiedliche politische Gruppierungen zu dem zusammen, was damals als Studentenbewegung oder APO bezeichnet wurde.[19]

2. Die Radikalisierung der 68er-Bewegung. 1964 wurden auf einer Demonstration gegen Moishe Tsombé Tomaten geworfen, das war ein Tabubruch. 1966 flogen Eier auf das Amerikahaus, das war ein Skandal. 1967 wurde Benno Ohnesorg erschossen, 1968 Rudi Dutschke schwer verletzt, das bildete mit den Osterunruhen und der *Schlacht am Tegeler Weg* den Höhepunkt der Auseinandersetzungen. Immer härtere Polizeieinsätze auf der einen Seite, eine immer militantere Rhetorik und Gegenwehr auf der anderen Seite, dazu teils wüste Angriffe aus der Bevölkerung – das beschreibt die generelle Entwicklung in der zweiten Hälfte der bundesdeutschen 1960er-Jahre. Die Theorieproduktion folgte dieser Eskalation. Der frühen Neuen Linken – deren wichtigste Gegner die *Alte Linke* gewesen war – war es noch um eine sozialistische Reform der Republik gegangen. Mit der Wahrnehmung zunehmender polizeilicher und militärischer Repression in Deutschland und weltweit war den *68ern* dann ein Prozess der Entdemokratisierung *sinnlich* manifest geworden. Deshalb verschärfte sich ihre Gesellschaftskritik innerhalb weniger Jahre zu der Überzeugung, dass das angeblich durch und durch autoritäre *System* revolutionär gestürzt werden musste. Ulrike Meinhof brachte diese Verschiebung mit einem Zitat so auf den Punkt: *Protest ist, wenn ich sage, das und das passt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür sorge, dass das, was mir nicht passt, nicht länger*

---

[19] Einen zusammenfassenden Vergleich aller Protestaktionen in westdeutschen Orten gibt es noch nicht; ansatzweise: Peter *Hocke*: Protestieren nur die Studenten? Ein Vergleich mittelgroßer Städte in der »alten« Bundesrepublik. In: Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen. Hg. von Dieter *Rucht*. Frankfurt am Main/New York 2001. S. 211 – 239.

geschieht. Protest ist, wenn ich sage, ich mache nicht mehr mit. Widerstand ist, wenn ich dafür sorge, dass alle andern auch nicht mehr mitmachen.[20]

3. Wahrnehmungsprozesse beschleunigten die Eskalation. Die physischen und verbalen Angriffe in der Bundesrepublik waren real. Doch sie gewannen ihre entscheidende Bedeutung dadurch, dass sie in ein Deutungsmodell eingebunden wurden; und das konnten die *beiden* gegnerischen Seiten genau spiegelbildlich gewendet verwenden. Den Studierenden war die eskalierende Gewalt ein Zeichen dafür, dass die Bundesrepublik im Begriff war, sich vom post- zum präfaschistischen Staat zu verwandeln, ein Übergang, den die alten NS-Eliten vorbereiteten und den die kleinen SA-Männer von damals – wie damals – auf der Straße durchsetzen würden. Die Wahrnehmung weltweiter Gewalt sowie weltweiter Befreiungs- und Protestbewegungen indizierten Handlungsbedarf: gewaltsamen Widerstand. Die harten Reaktionen darauf wiederum bestätigten den Deutungsrahmen. Viele Bundesbürger dagegen sahen je nach den eigenen Erfahrungen entweder eine *fünfte Kolonne* am Werk, die im Auftrag Moskaus den kommunistischen Umsturz vorbereitete, oder sie fühlten sich an die Weimarer Zeit erinnert, an eine Zeit, in der Linksradikale im Verein mit Rechtsradikalen die erste Republik vernichtet hatten. Gerade kritische, links stehende Intellektuelle und Politiker, die für sich in Anspruch nahmen, die Nachkriegsdemokratie aufgebaut und zum Abbau der autoritären Strukturen beigetragen zu haben, konnten der Protestbewegung nur mit Abneigung begegnen. Sie sahen sich paradoxerweise als Hauptangriffsziele der *68er*. Vorurteile, theoretische Lektüren, Jugenderfahrungen, Straßenschlachten und Medienberichte verbanden sich, verschärften sich wechselseitig und machten diese Projektionen für jede Seite zur *Realität*, sie waren mehr als bloße Einbildung.[21] Deshalb fand die Auseinandersetzung so erbittert statt.[22]

3. Resümee

Betrachtet man die 1950er- bis 1970er-Jahre in der westlichen Welt und Westdeutschland, so kann man zunächst einmal auffällige Parallelen feststellen. Alle Gesellschaften der westlichen Welt machten als Konsumgesellschaften

---

[20] Ulrike *Meinhof*: Dokumente einer Rebellion. 10 Jahre konkret-Kolumnen. Hamburg 1972. S. 81.

[21] Die Bedeutung der sinnlichen Wahrnehmung unterstreicht auch Uwe *Reimer*: »1968« in der Schule. Erfahrungen Hamburger Gymnasiallehrerinnen und -lehrer. Hamburg 2000. S. 270f.

[22] Gerade der Vergleich mit Schweden, wo das Gewaltniveau deutlich unter dem Westeuropas lag, aber von allen Seiten dieselbe Gewaltrhetorik gepflegt wurde, unterstreicht die Wirkmächtigkeit von Wahrnehmungsprozessen; vgl. *Etzemüller*, wie Anm. 10, S. 145–158.

denselben Wandel hin zu postmateriellen Werten durch, das, was Ronald Inglehart die *silent revolution* genannt hat. Jugendliche schienen sich in diesem Prozess mithilfe der Industrie aus der Wertewelt der Erwachsenen auszuklinken und eine neuartige Jugendkultur zu schaffen. Das könnte man als *Lebensstilrevolution* bezeichnen, sie wurde in die *Sprache* des Generationenkonflikts übersetzt, um sie verhandeln zu können.

Parallel dazu ist ein entscheidender Politisierungsprozess zu beobachten. Immer mehr Jugendliche begannen, die Welt mithilfe politischer Termini zu ordnen (und nicht mehr, wie noch in den 1950er-Jahren, mit primär moralischen Kategorien). Der wahrgenommene gesellschaftliche Strukturwandel wurde zunehmend als fundamentales *politisches* Ereignis gedeutet, als weltweiter Siegeszug des kapitalistischen Systems. Erneut wurde die Gesellschaft verhandelt, erneut im Weltmaßstab, erneut entlang einer Generationenfront. Dieses Mal fügten Jugendliche den wahrgenommen Strukturwandel im eigenen Land in den globalen Deutungsrahmen von Repression und Widerstand ein, um ihn auf diese Weise verhandelbar zu machen.

Und damit war dann ein spezifisches Vokabular und Denken entwickelt worden, das den wahrgenommenen Strukturwandel der Nachkriegszeit in Begriffe und Sinnzusammenhänge fasste und es erlaubte, gesellschaftsverändernde Handlungsvorgaben zu formulieren und zu begründen. So begannen viele Nicht-68er noch in den 1960er-Jahren, diese neue Sprache zu nutzten, um klassische Reformanliegen durchzusetzen. In den Kirchen wurden Kämpfe um die Haltung der Kirchen zur Gesellschaft und zu aktuellen politischen Problemen, um innerkirchliche Hierarchien, liturgische Formen, die moralische Deutungshoheit und um (fehlende) Stellungnahmen zur Abtreibungsfrage bzw. zum Vietnamkrieg mithilfe marxistischer Begriffe ausgefochten. Die Kritik an den neuen Betonvororten der Großstädte ließ sich kapitalismuskritisch begründen. Auch eher konservative Frauen verhandelten nun die Rolle der Frauen in Beruf und Gesellschaft auf eine andere, schärfere Weise. Die Reform des Strafvollzugs, undemokratische Zustände in Krankenhäusern, die Demokratisierung an den Arbeitsplätzen wurden gesellschaftskritisch diskutiert – und *auf diese Weise* wurde das politische Potenzial, dem die 68er-Bewegungen Nahrung gegeben hatten, noch vor deren Ende in neue Formen politischer Partizipation überführt. Außerparlamentarische Opposition ist auf diese Weise zumindest in der Bundesrepublik institutionalisiert worden, auch wenn es noch der harten Auseinandersetzungen um Wyhl oder Brokdorf bedurfte, damit die Politik das akzeptierte.[23] So gesehen war *1968* kein Riss in der Geschichte. Sondern es ist ein entscheidender Effekt von *1968* gewesen, den Strukturwandel und das Unbehagen an dieser Verwerfung zwischen *Tradition* und *Moderne* in Sprache überführt und damit sinnhaft und verhandelbar gemacht zu haben.

---

[23] Vgl. *Etzemüller*, S. 195 – 212.

1968 – Was bleibt von einer Generation? Zur Entstehung der Unterlagen aus der Sicht der Aktenbildner

Von Klaus Pflieger

Aus meiner Berufbezeichnung sowie aus dem Umstand, dass ich 13 Jahre lang mit der Bekämpfung des RAF-Terrorismus befasst war, ergibt sich, dass ich Ihnen in erster Linie davon berichte, wie bei der Justiz im Zusammenhang mit der RAF – die ja fraglos ein Kind der 68er-Generation ist – Akten entstanden sind, die heute aus archivarischer Sicht von Bedeutung sein könnten. Nicht zuletzt wegen der 2007 aktuellen Debatte um die Haftentlassung von RAF-Tätern erscheint es mir sachgerecht, nicht nur auf die Anfänge der RAF zu sehen, sondern unter dem Aspekt *Was bleibt?* auch darauf, was aus ihr geworden ist. Unser *Aktenbilden* hat sich natürlich allein an unserer Aufgabe orientiert, Straftaten zu verfolgen.[1]

1.

In der Öffentlichkeit wurde diese Arbeit in erster Linie registriert, wenn die Justiz wegen der *Anschläge der RAF* aktiv wurde, also angefangen von den Brandanschlägen am 2. April 1968 über die Anschlagsserie im Mai 1972 und den schrecklichen Höhepunkt im *Deutschen Herbst 77* bis zum letzten Sprengstoffanschlag auf den Gefängnisneubau in Weiterstadt im März 1993. Bezüglich solcher Attentate und weiterer Straftaten von RAF-Mitgliedern findet sich in unseren Akten – und komprimiert in den Urteilen – alles, was wir entsprechend unserem gesetzlichen Ermittlungsauftrag feststellen konnten.[2] Dazu gehören: das *Tatgeschehen* (einschließlich dessen Planung und Vorbereitung) sowie die Feststellung der *Tatbeteiligten*.

Die Ermittlungen haben sich aber auch auf die Umstände zu erstrecken, die für die *Strafzumessung* von Bedeutung sind. Dazu gehören vor allem die

---

1 Gemäß § 152 StPO sind die Staatsanwaltschaften *verpflichtet, wegen aller verfolgbaren Straftaten einzuschreiten, sofern zureichende tatsächliche Anhaltpunkte vorliegen.*

2 In § 160 Abs. 1 StPO heißt es: *Sobald die Staatsanwaltschaft durch eine Anzeige oder auf anderem Wege von dem Verdacht einer Straftat Kenntnis erlangt, hat sie … den Sachverhalt aufzuklären.*

Motive der Täter,[3] was für die historische Bewertung der 68er-Generation von besonderem Gewicht ist. Hintergrund für die gewaltsamen RAF-Aktionen waren verschiedene Erfahrungen, die von den Bandenmitgliedern als nicht hinnehmbar empfunden wurden, etwa

- der Vietnam-Krieg und die Napalm-Bombardierung ganzer Landstriche durch die USA,
- die westliche Überflussgesellschaft – als Folge des Kapitalismus – im Vergleich zur Armut in der Dritten Welt oder
- das gewaltsame Vorgehen des Staats gegen Demonstranten.

Schlüsselerlebnis für viele war der Tod von Benno Ohnesorg, der am 2. Juni 1967 in Berlin im Verlauf einer Demonstration gegen den Besuch des persischen Schahs von einem Polizeibeamten erschossen wurde. So sagte Gudrun Ensslin an diesem Tag: *Dieser faschistische Staat ist darauf aus, uns alle zu töten. Wir müssen Widerstand organisieren. Gewalt kann nur mit Gewalt beantwortet werden. Dies ist die Generation von Auschwitz – mit denen kann man nicht argumentieren.*

Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, dass sich die *Bewegung 2. Juni*, die neben der RAF die zweite Terrorgruppe der 1970er- und 1980er-Jahre darstellte, ihren Namen nach dem Todestag Benno Ohnesorgs gab. Die Westberliner Protestszene um Ensslin und Baader war sich im Sommer 1967 einig, dass der *Kapitalismus* ein Werkzeug zur Unterdrückung der Schwachen und damit das Grundübel der Menschheit sei. Man entschloss sich deshalb, die staatliche Ordnung und die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik sowie die NATO zunächst mit Gewalt gegen Sachen – nämlich mit den Brandanschlägen – und später mit Gewalt gegen Personen – beginnend mit einer Serie von Sprengstoffanschlägen im Mai 1972 – anzugreifen. Den Start bildeten am 2. April 1968 Brandanschläge auf zwei Kaufhäuser in Frankfurt am Main, mit denen die Täter – unter ihnen Baader und Ensslin – gegen die Konsumgesellschaft, den Kapitalismus und die Gleichgültigkeit gegenüber dem Vietnam-Krieg protestieren wollten. Interessanterweise waren vorher in Westberlin Flugblätter verbreitet worden,[4] in denen es unter Hinweis auf einen Brand in einem Brüsseler Kaufhaus, der mehr als 300 Menschenleben gekostet hatte, unter anderem hieß: *NEU! UNKONVENTIONELL! … Mit einem neuen Gag in der vielseitigen Geschichte amerikanischer Werbemethoden wurde jetzt in Brüssel eine amerikanische Woche eröffnet …: Ein brennen-*

---

[3] In § 46 StGB heißt es u. a.: *Die Schuld des Täters ist Grundlage für die Zumessung der Strafe … Bei der Zumessung wägt das Gericht die Umstände, die für und gegen den Täter sprechen, gegeneinander ab. Dabei kommen namentlich in Betracht: die Beweggründe und die Ziele der Täter …*

[4] Die wegen Verbreitung solcher Flugblätter angeklagten Fritz Teufel und Rainer Langhans aus der Berliner Kommune 1 wurden mit der Begründung freigesprochen, es sei nicht nachweisbar, dass sie tatsächlich zu solchen Brandlegungen anstiften wollten.

des Kaufhaus mit brennenden Menschen vermittelte zum erstenmal in einer europäischen Großstadt jenes knisternde Vietnamgefühl (dabeizusein und mitzubrennen), das wir in Berlin bislang noch missen müssen. … Wann brennen die Berliner Kaufhäuser? … Burn ware-house, burn!

Zu den *Tatmotiven* haben auch die RAF-Mitglieder selbst, teilweise über ihre Verteidiger, zahlreiche Quellen produziert, etwa

- die verschiedenen Grundsatzpapiere der RAF, zum Beispiel *Das Konzept Stadtguerilla* vom April 1971 oder die Auflösungserklärung vom 20. April 1998 mit folgenden Sätzen: *Heute beenden wir dieses Projekt. Die … RAF ist nun Geschichte. … Das Ende dieses Projekts zeigt, dass wir auf diesem Weg nicht durchkommen konnten.*
- die schriftlichen Tatbekennungen, welche die RAF zu jedem ihrer Anschläge als Begründung für Tat und Tatopfer abgegeben hat;
- die Beweisanträge der Angeklagten und ihrer Verteidiger sowie ihre Prozesserklärungen, die etwa im Baader-Meinhof-Prozess auf Tonband festgehalten wurden.

Dabei muss man sich bewusst sein, dass die RAF-Mitglieder gerade die Gerichtsverhandlungen für ihren Kampf gegen den verhassten Staat instrumentalisiert haben. Zum einen wollten sie damit die Justiz als Staatsrepräsentanten unter Ausnutzung/Missbrauch der strafprozessualen Möglichkeiten *vorführen*. Zum anderen haben sie auf diese Weise – vergeblich – versucht, ihren angeblichen Status als *Kriegsgegner* geltend zu machen. Nur am Rande: Natürlich sind nicht nur Archivare, sondern auch die Medien heute sehr an den Originaltonbändern des Baader-Meinhof-Prozesses interessiert.

2.

Wer sich mit der geschichtlichen Frage befasst, was von der 68er-Generation geblieben ist, der sollte meines Erachtens aber nicht nur die Akten über die spektakulären Verbrechen der RAF auswerten, sondern gerade auch das Aktenmaterial über die Geschichte der RAF, nämlich die Straftaten gemäß §§ 129 und 129 a Strafgesetzbuch. Nach diesen Vorschriften ist die Mitgliedschaft in kriminellen/terroristischen Vereinigungen wie der RAF strafbar, ebenso Unterstützungs- bzw. Werbungshandlungen zugunsten dieser Vereinigungen. Hintergrund ist, dass unsere Rechtsordnung – zu Recht – keine Kollektivschuld kennt, wir also das einzelne RAF-Mitglied nicht für jede Straftat der Gruppe verantwortlich machen können, sondern nur für solche Delikte, bei denen wir eine personenbezogene Tatbeteiligung nachweisen können. Deshalb hat der Gesetzgeber die bloße Mitgliedschaft in einer solchen gefährlichen Organisation sowie Unterstützungs- und Werbehandlungen für sie unter Strafe gestellt.

Ein solches Verfahren wegen *Mitgliedschaft in der RAF* wurde etwa gegen alle Personen geführt, die im Zusammenhang mit elf Erddepots der RAF Spuren hinterlassen hatten. Diese Depots, die im November 1982 entdeckt wurden, stellen wegen ihres Inhalts (zum Beispiel Waffen, gefälschte Papiere, Unterlagen über begangene Anschläge) nicht nur für Ermittler, sondern sicher auch für Archivare eine wahre Fundgruppe dar. Beispielsweise wurden dort Unterlagen über *Spindy*, wie Hanns-Martin Schleyer in der RAF genannt wurde, gefunden (etwa ein auf Tonband festgehaltenes *Spindy-Gespräch* zwischen Hanns-Martin Schleyer und dem RAF-Mitglied Boock während der Entführung).

Besonderes Gewicht haben auch die Verfahren wegen *Unterstützung der RAF*. Dazu zwei Beispiele:

- So wurden die Rechtsanwälte Klaus Croissant/Stuttgart, Kurt Groenwold/Hamburg und Hans-Christian Ströbele/Berlin rechtskräftig zu Freiheitsstrafen verurteilt, weil sie für die RAF ein Info-System aufgebaut und unterhalten hatten, mit welchem Kassiber zwischen den RAF-Häftlingen, aber auch zwischen den RAF-Häftlingen und den im Untergrund lebenden *Illegalen* der RAF transportiert wurden. Die unter anderem bei Zellenkontrollen gefundenen Papiere vermitteln einen intensiven Einblick in die *Denke und Schreibe* der Gruppe, vor allem auch in die hierarchische Struktur und den enormen Gruppendruck innerhalb der RAF. Beispiel: Der nachfolgende Kassiber von Andreas Baader zum Thema *Hungerstreik (hs)*, der am 9. November 1974 zum Hungertod von Holger Meins geführt hat: *Ich denke, wir werden den hs diesmal nicht abbrechen, das heißt es werden typen dabei kaputtgehen.*
- Wichtig einzustufen sind vor allem auch die Strafverfahren gegen die Kuriere Speitel und Dellwo, die nicht nur für den Transport von Kassibern verantwortlich waren, sondern auch dafür gesorgt haben, dass die RAF-Häftlinge in Stammheim jene Waffen in ihre Zellen bekommen haben, mit denen sich Baader und Raspe am 18. Oktober 1977 erschossen haben. Aufgrund dieser Prozesse gegen Unterstützer der RAF steht seit Jahren rechtskräftig fest, dass und wie die Rechtsanwälte Müller und Newerla solche Gegenstände in ihren Akten versteckt nach Stammheim gebracht haben.

3.

Mit dem 18. Oktober 1977 beginnt ein weiteres, nicht unwesentliches Kapitel: die sogenannten *Todesermittlungsverfahren*. Nach § 159 Strafprozessordnung (StPO) sind die Staatsanwaltschaften nämlich verpflichtet, aktiv zu werden, wenn *Anhaltspunkte dafür vorhanden* (sind), *dass jemand eines nicht natürlichen Todes gestorben ist*. Zuständig ist insoweit nicht die Bun-

desanwaltschaft (die für alle terroristischen Taten bundesweit verantwortlich ist), sondern die örtliche Staatsanwaltschaft.

Dementsprechend war die Staatsanwaltschaft Stuttgart zuständig, als Ulrike Meinhof am 9. Mai 1976 in Stammheim am Fenstergitter ihrer Gefängniszelle hängend tot aufgefunden wurde. Das Gleiche galt für die Todesfälle vom 18. Oktober 1977, als im Gefängnis in Stammheim festgestellt wurde, dass Andreas Baader aufgrund eines Kopfschusses tot war, Gudrun Ensslin tot am Fenstergitter ihrer Zelle hing und Jan-Carl Raspe aufgrund eines Kopfschusses so verletzt war, dass er nach wenigen Stunden starb. Für den Tod des Wolfgang Grams, der am 27. Juni 1993 im Bahnhof Bad Kleinen aufgrund eines Kopfschusses verstarb, war die Staatsanwaltschaft Schwerin zuständig.

In allen drei Fällen haben die staatsanwaltlichen Ermittlungen ergeben, dass kein Verschulden Dritter (und erst recht keine Hinrichtung durch den Staat) vorlag, dass sich die RAF-Mitglieder vielmehr jeweils selbst umgebracht haben.[5] Gleichwohl wurde von der linksradikalen Szene vor allem immer wieder behauptet, *die Stammheimer* seien umgebracht worden. Damit ist seit Anfang der 1990er-Jahre Schluss, nachdem RAF-Aussteiger ausgesagt hatten, innerhalb der Gruppe sei es unstreitig gewesen, dass es sich bei den Todesfällen vom 18. Oktober 1977 um eine gezielte Selbstmordaktion[6] gehandelt habe.

4.

Diese und ähnliche Erkenntnisse beruhen auf *Aussagen von RAF-Insidern*, die im Rahmen ihrer Vernehmungen geständig waren oder gar eine Lebensbeichte abgelegt haben. Dieses Material ist bei den Akten der Bundesanwaltschaft grundsätzlich in *Personenakten* enthalten, die sich mit der Person des Aussagenden befassen. Auszüge dieser Aussagen sind nur dann in den sogenannten *Komplexakten* – also den Sachakten zu den einzelnen RAF-Anschlägen – enthalten, wenn und soweit sie sich zu dem jeweiligen Attentat verhalten.

5.

Abschließend soll eine letzte Erkenntnisquelle angesprochen werden, die mir aufgrund jüngster Erfahrungen besonders am Herzen liegt und die sich unter dem Stichwort *Vorwürfe gegen staatliche Organe* zusammenfassen lässt:

---

[5] So wurde das Verfahren wegen der Todesfälle vom 18. Oktober 1977 durch Verfügung vom 18. April 1978 eingestellt.

[6] Dies wurde innerhalb der RAF als *suicide action* bezeichnet.

- Bis heute wird immer wieder der Vorwurf der *Isolationsfolter* an RAF-Gefangenen erhoben. Hierzu enthalten die Sachakten der Strafverfahren gegen die einzelnen RAF-Mitglieder nur mittelbare Hinweise. Häufig nicht bekannt ist leider, dass sich der Europäische Menschengerichtshof zweimal mit diesem Vorwurf befasst hat und in beiden Fällen die Beschwerde von RAF-Häftlingen *als offensichtlich unbegründet* verworfen hat. Eine gute Quelle ist insoweit auch das Buch *Stammheim* des damaligen Sicherheitsbeauftragten im Stammheimer Gefängnis, Horst Bubeck, der die Haftbedingungen der RAF-Gefangenen als das Gegenteil von Folter darstellt, nämlich als Privilegierung im Verhältnis zu anderen Häftlingen.
- Während des Baader-Meinhof-Prozesses wurde bekannt, dass in der Justizvollzugsanstalt Stammheim über zwei längere Zeiträume hinweg *Verteidigergespräch abgehört* worden waren.[7] Das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Stuttgart gegen die für diese Abhörmaßnahmen verantwortlichen Minister Bender und Schiess wegen Verletzung der Vertraulichkeit des Worts wurde mit der Begründung eingestellt, die Minister hätten aufgrund eines rechtfertigenden Notstands (§ 34 StGB) gehandelt. Die Akten dieses Ermittlungsverfahrens sind wohl nur noch fragmentarisch erhalten. Dies hat aktuell zur Folge, dass Medienleute mit der Spekulation agieren, die Akten seien bewusst vernichtet worden, weil sich aus ihnen ergäbe, dass die Zellen der *Stammheimer* auch am 18. Oktober 1977 abgehört worden seien, die Selbstmorde also unter den Augen und Ohren des Staatsapparats und so mit dessen bewusster Duldung geschehen seien.
- Ein weiteres, aber überaus aktuelles Thema sind die *Haftentlassungen von RAF-Gefangenen*: Wie die Beispiele Mohnhaupt und Klar deutlich machen, ist dies nicht nur ein medienträchtiges Thema, sondern auch ein Beleg dafür, wie unser Staat mit Straftätern umgeht, die unser Gemeinwesen angegriffen haben. Für die gesamte Strafvollstreckung ist die Staatsanwaltschaft zuständig, bei Terroristen die Bundesanwaltschaft. Für manche Entscheidungen – etwa die Festlegung der Mindestverbüßungsdauer (bei Mohnhaupt 24 Jahre, bei Klar 26 Jahre) – ist aber das Gericht zuständig, das die Verurteilung ausgesprochen hat. Völlig unabhängig davon besteht daneben das Begnadigungsrecht des Bundespräsidenten – Gnade vor Recht, wie es so schön heißt.

Dieses letzte Thema soll verdeutlichen, dass es mir bei der rückblickenden Beurteilung der RAF-Geschichte vor allem auch auf die Darstellung ankommt, wie der Staat mit dieser terroristischen Konfrontation umgegangen ist und noch umgeht. Dazu gehört für mich, dass unser Staat entsprechend

---

[7] Im Zeitraum vom 25. April bis 9. Mai 1975 unmittelbar nach dem RAF-Überfall auf die deutsche Botschaft in Stockholm sowie vom 6. Dezember 1976 bis 31. Januar 1977 nach der Verhaftung des damaligen RAF-Chefs Siegfried Haag.

der *Kinkel-Initiative* des Jahres 1992 die Souveränität zeigt, diesen ehemaligen Staatsgegnern – wie jedem anderen Straftäter – die Hand zu reichen, wenn ihre Taten gesühnt sind und sie für die Allgemeinheit keine Gefahr mehr darstellen (vgl. §§ 57 a und 57 StGB).[8] Deshalb wünsche ich als Mitverantwortlicher bei der Aktenentstehung, dass auch dieses versöhnliche Ende im Umgang mit der RAF in Ihrer archivarischen Arbeit seinen Niederschlag findet.

[8] §§ 57 a und 57 StGB schreiben vor: *Das Gericht setzt die Vollstreckung des Restes einer lebenslangen Freiheitsstrafe zur Bewährung aus, wenn … nicht die besondere Schwere der Schuld des Verurteilten die weitere Vollstreckung gebietet* (sogenannte Mindestverbüßungszeit) *und … dies unter Berücksichtigung des Sicherheitsinteresses der Allgemeinheit verantwortet werden kann.*

1967–1977
Die staatliche Überlieferung zum *roten Jahrzehnt*[1]

Von Elke Koch

Im Jahr 2003 übernahm das Staatsarchiv Ludwigsburg vom damaligen Oberschulamt Stuttgart die Lehrerpersonalakte einer jungen Frau.[2] Der dünnen Akte war nicht anzusehen, was aus der jungen Volksschullehrerin, die 1964 noch einen ganz untadeligen Auszug aus dem Strafregister vorlegen konnte, in den nächsten Jahren werden sollte. Die angebotene Stelle im baden-württembergischen Schuldienst trat sie jedenfalls nicht an. Stattdessen ging sie mit einem Stipendium der Studienstiftung des Deutschen Volkes nach Berlin, um eine literaturwissenschaftliche Dissertation zu schreiben. Am 2. Juni 1967 – nach dem Tod Benno Ohnesorgs in Berlin – soll sie die Parole ausgegeben haben: *Gewalt kann nur mit Gewalt beantwortet werden.*[3] Im April 1968 beging sie mit einer Kaufhausbrandstiftung ihre erste aktenkundige Straftat. Bis zu ihrer zweiten Verhaftung 1972 folgten Banküberfälle und Sprengstoffanschläge in Serie. Die ehemalige baden-württembergische Volksschullehrerin starb am 18. Oktober 1977 in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim.

Dass diese Lehrerpersonalakte heute im Staatsarchiv Ludwigsburg verwahrt wird, ist das Ergebnis der Anwendung des baden-württembergischen Personalaktenmodells.[4] Nach diesem ist bei der Aussonderung von Personalakten auch auf herausragende Einzelfälle zu achten – und hier genügte ein

---

1 Gerd *Koenen*: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977. Köln 2001.

2 Staatsarchiv Ludwigsburg (im Folgenden abgekürzt: StAL) EL 204 II Bü. 23.

3 Klaus *Pflieger*: Die Rote Armee Fraktion – RAF. 14. 5. 1970 – 20. 4. 1998. 2. erweiterte und aktualisierte Auflage. Baden-Baden 2007. S. 15; vgl. auch Susanne *Bressan* und Martin *Jander*: Gudrun Ensslin. In: Die RAF und der linke Terrorismus. Hg. von Wolfgang *Kraushaar*. Hamburg 2006. Band 1. S. 398 – 429.

4 Kurt *Hochstuhl*: Bewertung von Personalakten. Das baden-württembergische Modell. In: Historische Überlieferung aus Verwaltungsunterlagen. Zur Praxis der archivischen Bewertung in Baden-Württemberg. Hg. von Robert *Kretzschmar* (Werkhefte der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg A 7). Stuttgart 1997. S. 227 – 234. Zur Aussonderung speziell von Lehrerpersonalakten siehe Jürgen *Treffeisen*: Perspektiven der archivübergreifenden Überlieferungsbildung in Baden-Württemberg. In: Methoden und Ergebnisse archivübergreifender Bewertung. Beiträge der ersten Frühjahrstagung der Fachgruppe 1: Archivare an staatlichen Archiven im VdA am 20. März 2001 im Hauptstaatsarchiv Stuttgart. Hg. von Robert *Kretzschmar*. [Frankfurt am Main] 2002. S. 42 – 68, hier S. 60 – 63.

Blick auf den Aktendeckel. Wie nicht anders zu erwarten, enthält die Akte aus dem Jahr 1964 auch kaum etwas, was der Forschung zum Thema RAF nicht mittlerweile bekannt wäre.[5]

Doch eignet sich dieses Beispiel sehr gut dafür, das Tagungsthema zu illustrieren: Wie überliefert man eine Epoche, die geprägt wurde vom studentischen Protest, vom Terrorismus, von gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Umbrüchen? Wie kommt das staatliche Archivwesen seiner Verantwortung nach, das Gedächtnis dieser Generation abzubilden? Der folgende Beitrag soll – allerdings exemplarisch – zeigen, welche Unterlagen zur Geschichte des *roten Jahrzehnts* im Landesarchiv Baden-Württemberg verwahrt werden und wie wir Archivare bei der Überlieferungsbildung vorgehen. Die ausgewählten Beispiele beziehen sich ganz überwiegend auf die Archivabteilungen, in denen ich selbst beruflich tätig war oder bin; repräsentativ für das Landesarchiv Baden-Württemberg können sie allenfalls in methodischer Hinsicht sein, da die Aktenaussonderung und Bewertung nach landeseinheitlichen Standards erfolgt.

Hochschulüberlieferung im Landesarchiv Baden-Württemberg

Auch 30 Jahre nach dem Geschehen und damit in einem zeitlichen Abstand, der die freie Nutzung von Sachakten im Allgemeinen ermöglicht, ist *1968* für die staatlichen Archive ein ungewohntes Terrain. Vor allem dann, wenn *1968* als ganz verengte Chiffre für die studentischen Proteste im Hochschulmilieu gesehen wird, tut sich das staatliche Archivwesen mit der Frage nach Archivalien zu diesen Studentenbewegungen eher schwer.[6] Archivgut zur studentischen Protestbewegung sei häufig noch nicht an die zuständigen Archive abgegeben oder aber *über die einzelnen Bestände der Landesbehörden verstreut*, so oder so ähnlich lautete die Antwort vieler Staatsarchive auf die Umfrage des Verbands deutscher Archivarinnen und Archivare zum Jubiläumsjahr 1998.[7] Das Unbehagen der staatlichen Archive an *1968* hat aber auch einen ganz einfachen Hintergrund: die archivische Zuständigkeit. Nach § 8 des baden-württembergischen Landesarchivgesetzes ist vorgesehen, dass Körperschaften des öffentlichen Rechts – und diese Rechtsform haben die Hochschulen heute überwiegend – ihre Unterlagen selbst archivieren können, sofern das dafür

---

[5] Vgl. Michael *Kapellen*: Doppelt leben. Bernward Vesper und Gudrun Ensslin. Die Tübinger Jahre. Tübingen 2005. S. 159 f. Zu Gudrun Ensslin, Bernward Vesper und Andreas Baader vor 1972 siehe Gerd *Koenen*: Vesper, Ensslin, Baader. Urszenen des deutschen Terrorismus. Köln ²2003.

[6] Die Studentenproteste der 60er Jahre. Archivführer – Chronik – Biographie. Hg. von Thomas P. *Becker* und Ute *Schröder*. Köln 2000.

[7] *Becker/Schröder*, wie Anm. 6, S. 67; das Zitat stammt aus der Antwort des nordrhein-westfälischen Hauptstaatsarchivs Düsseldorf.

bestimmte Archiv archivfachlich anerkannt ist.[8] Von den derzeit neun Universitäten des Landes Baden-Württemberg nutzen acht diese Möglichkeit.[9] Das Schriftgut fast aller Universitäten Baden-Württembergs befindet sich nicht in den Abteilungen des Landesarchivs, sondern in den Universitätsarchiven.

Zwei Einwände müssen auf diese Feststellung folgen. Zum einen ist es, gerade bei so öffentlichkeitswirksamen Erscheinungen wie dem studentischen Protest, möglicherweise viel interessanter, nach den Reaktionen auf diese Ereignisse an anderen Stellen zu suchen als nur an derjenigen, an der sich der Protest abspielte; darauf wird unten zurückzukommen sein. Zum anderen aber hat Baden-Württemberg eine unglaublich vielfältige Hochschullandschaft und hatte diese im Grunde auch schon in den 1960er-Jahren.

Heute gibt es in Baden-Württemberg neben den Universitäten weitere 37 Pädagogische Hochschulen, Kunst- und Musikhochschulen und Fachhochschulen.[10] Die wenigsten davon unterhalten eigenständig ein Archiv.[11] Wenn sie archivieren – der Konditional steht mit Bedacht – dann im Regelfall im Staatsarchiv, das für den Regierungsbezirk zuständig ist. Das ist auch dadurch gerechtfertigt, dass viele dieser Hochschulen jahrzehntelang staatliche Einrichtungen waren, wie zum Beispiel die heutige Hochschule Esslingen, die ihre Tradition im technischen Bereich auf die 1868 eingerichtete Maschinenbauabteilung der Königlichen Baugewerkeschule Stuttgart zurückführt. Erst mit der Hochschulreform der frühen 1970er-Jahre wurden aus den staatlichen Ingenieurschulen Fachhochschulen.[12] Und damit standen gerade die entstehenden Fachhochschulen im Zentrum der Bildungsreform.[13]

Wie umfangreich und interessant die Quellen in den Archivbeständen der Fachhochschulen sein können, ist bisher wohl kaum bekannt. Hier liegt das Material dazu, wie die studentische Protestbewegung, aber auch die Um-

---

8 http://www.landesarchiv-bw.de/sixcms/media.php/25/LArchG.pdf [18. Febr. 2007].

9 http://www.archive-bw.de/sixcms/list.php?page=seite_liste_archivnamen&sv[rel19]=10084&_sparte=Hochschularchiv&_info=ja [16. Februar 2007]; hier auch präzise: Von den derzeit acht Universitätsarchiven in Baden-Württemberg, sind sechs fachlich betreut.

10 http://mwk.baden-wuerttemberg.de/themen/hochschulen [17. Februar 2007]. Dazu kommen noch 22 Privathochschulen und neun Berufsakademien, die erst ab 1974 entstanden.

11 Im Zuständigkeitsbereich des Staatsarchivs Ludwigsburg hat lediglich die Staatliche Akademie der Bildenden Künste Stuttgart ein anerkanntes Archiv eingerichtet. Zur Akademie 1968: »1968« und die Akademiereform. Von den Studentenunruhen zur Neuorganisation der Stuttgarter Akademie in den siebziger Jahren. Hg. von Wolfgang *Kermer*. Ostfildern-Ruit 1998.

12 Gesetz über die Fachhochschulen im Lande Baden-Württemberg (Fachhochschulgesetz – FHG) vom 29. Dezember 1971 (GBl. 1972 S. 7); Rechtsverordnung der Landesregierung über die Errichtung von Fachhochschulen vom 8. Februar 1972 (GBl. 1972 S. 62).

13 Alfons *Kenkmann*: Von der bundesdeutschen »Bildungsmisere« zur Bildungsreform in den 60er Jahren. In: Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hg. von Axel *Schildt*, Detlef *Siegfried* und Karl-Christian *Lammers* (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 37). Hamburg 2000. S. 402–423.

setzung der Hochschulreform in der Region aussah.[14] Bei genauerer Betrachtung zeigt sich deutlich, wie universell, aber auch wie heterogen die studentische Proteststimmung war und dass sie – mit Verlaub – vor der Provinz keinesfalls halt machte. 1968 und erst recht in den folgenden Jahren streikten zum Beispiel auch in Esslingen *die als besonders zurückhaltend bekannten Ingenieurstudenten*.[15]

Allerdings legten diese Wert darauf, nicht als *Ho-Tschi-Minh-rufende Krawallbrüder* missverstanden zu werden: *Es handelt sich bei uns aber nicht um die SDS-gelenkten Massendemonstrationen über Vietnam, Notstand u. ä. mit anschließenden Krawallen. Was uns auf die Straße treibt, ist die Sorge um unsere berufliche Zukunft, besser gesagt, um unsere Existenz.* Für den damaligen baden-württembergischen Kultusminister Hahn waren die Studentendemonstrationen so oder so ein Ärgernis: *Wollt Ihr Eure Bildung retten, nehmt dem Hahn die Schlaftabletten!* lauteten jedenfalls die Sprechchöre.[16]

Die Angst der Ingenieure um die Anerkennung ihres Abschlusses in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist sicher nur ein Aspekt von vielen. Und es wäre interessant zu fragen, wie viel Antimodernismus oder zumindest wie viel Unbehagen vor der Moderne in dieser speziellen Frage mitschwang. Das Beispiel belegt jedoch, dass es überaus lohnenswert ist, solchen Fragestellungen nachzugehen.

Das Staatsarchiv Ludwigsburg hat in den letzten Jahren bei mehreren Akademien und Hochschulen des Regierungsbezirks Stuttgart gezielt Überlieferungssicherung betrieben; es sei jedoch nicht verschwiegen, dass längst nicht alle Hochschulen mit einbezogen werden konnten.

Noch umfangreicher als das Material, das aus den Hochschulen selbst in die Staatsarchive gelangte, sind die Unterlagen, die auf der anderen Seite, beim *Staat* entstanden: Wer über den studentischen Protest forscht, muss auch die Unterlagen etwa des Kultusministeriums berücksichtigen.[17] Außerordentlich spannend ist aber auch das, was beim Innenministerium, in Wahrnehmung der

---

[14] Zur Forderung nach einer verstärkten regionalgeschichtlichen Perspektive siehe Detlef *Siegfried*: Weite Räume, schneller Wandel. Neuere Literatur zur Sozial- und Kulturgeschichte der langen 60er Jahre in Westdeutschland. http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/id=2327 [1. Dezember 2006]. Auf regionale und lokale Besonderheiten wurde eingegangen in zahlreichen Beiträgen von Band 48 (1998) der Westfälischen Forschungen. Zeitschrift des Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe.

[15] StAL E 262 Bü. 190. Schreiben des AStA der Staatlichen Ingenieurschule Esslingen vom 4. Juni 1968 an die Stuttgarter Presse. Hier auch die folgenden Zitate.

[16] StAL E 262 Bü. 190. Sprechchöre für die Demonstration. Vermutlich dienten die Notizen des AStA Esslingen der Bestellung von Flugblättern.

[17] Von den Beständen des baden-württembergischen Kultusministeriums im Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS) kommen vor allem infrage: EA 3/905 *Kultusministerium: Ingenieurschulen (1953–1986)*, EA 3/906 *Kultusministerium: Hochschulen (1944–1981)*.

polizeilichen Aufgabe des Staats, dazu vorhanden ist. [18]Auch hierzu nur einige ausgewählte Beispiele:

Nach dem Mordversuch an Rudi Dutschke kam es auch in Esslingen zu Aktionen gegen die Springer-Presse. In Esslingen sitzt der Bechtle-Verlag, in dem seit 1963 die Ausgabe der Bild-Zeitung für Südwestdeutschland gedruckt wird: *Bechtle druckt Bild*.[19] Gegen *Bechtle – Springers Knechtle* richteten sich Ende April 1968 Demonstrationen in Esslingen, die nach den Vorkommnissen in Hamburg und München vom Landesamt für Verfassungsschutz schon im Vorfeld sorgfältig beobachtet wurden.[20] Beim Landespolizeipräsidium im Innenministerium liefen die Erkenntnisse der Polizei und des Verfassungsschutzes zusammen und so ergab sich ein umfangreicher und aussagekräftiger Aktenbestand über alles, was von den Behörden als möglicherweise verfassungsfeindlich oder kriminell ins Visier genommen wurde.

Selbstverständlich gehörte dazu auch jedes Auftreten von Rudi Dutschke in Baden-Württemberg. Die Polizeikräfte Baden-Badens wurden wegen einer Protestversammlung und Demonstration mit Rudi Dutschke um 120 Mann auf mehr als das Doppelte verstärkt – eine imponierende Zahl, wenn man bedenkt, dass das Innenministerium zu dieser Zeit den gesamten aktiven Mitgliederstand des SDS in Baden-Württemberg auf deutlich unter 200 einschätzte.[21] Der Verfassungsschutz warnte aber: *Diese Mitgliederzahlen geben allerdings ein recht unvollständiges, eher irreführendes Bild von der Wirksamkeit und Gefährlichkeit des SDS. Die Ereignisse der letzten Monate, insbesondere an den Universitäten Heidelberg, Tübingen und Freiburg zeigen nämlich, dass der SDS über ein verhältnismäßig gleichbleibendes Potential an rasch mobilisierbaren Mitläufern verfügt*.[22]

Zwei Dinge bleiben für diesen ersten Teil festzuhalten: Das Landesarchiv Baden-Württemberg ging und geht in die Verantwortung für die Überlieferungssicherung derjenigen Hochschulen des Landes, die diese Aufgabe selbst nicht übernehmen. Vor allem aber lässt sich in den staatlichen Archiven alles finden, was zu den Reaktionen des Staats auf die Herausforderungen des

---

18 Umfassend und mit weiterer Literatur zur Polizei: Klaus *Weinhauer*: »Staat zeigen«. Die polizeiliche Bekämpfung des Terrorismus in der Bundesrepublik bis Anfang der 1980er Jahre. In: *Kraushaar*, RAF, wie Anm. 3, Band 2, S. 932 – 997. Die Bedeutung der neuen 68er-Erfahrungen für die Polizei werden am Beispiel Münchens dargestellt von Manfred *Schreiber*: Das Jahr 1968 in München. In: 1968. 30 Jahre danach. Hg. von Venanz *Schubert* (Wissenschaft und Philosophie 17). St. Ottilien 1999. S. 35 – 54; vgl. auch Thomas *Kleinknecht*: Die Polizei im gesellschaftlichen Diskurs. »68er«-Demonstrationen als Motor polizeilicher Bildungsarbeit. Das westfälische Beispiel. In: Westfälische Forschungen 48 (1998) S. 311 – 332.

19 http://www.bechtle-online.de/chronik/chronik2.cfm [18. Februar 2007].

20 HStAS EA 2/303 Bü. 808.

21 HStAS EA 2/303 Bü. 808: Aktenvermerk o. D. [1968].

22 Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg: Der SDS und die revolutionäre Studentenbewegung im Wintersemester 1969/70. 9. März 1970. In: HStAS EA 2/303 Bü. 808.

roten Jahrzehnts gehörte – und das ist viel. Vor allem dann, wenn man, wie die neuere Forschung völlig zu Recht feststellt, *1968* als *Unschärfeformel*[23] sieht für eine umfassende gesellschaftliche Veränderung, die sich über mehr als ein Jahrzehnt erstreckte.

Überlieferung zur RAF

Dass aus dem Aufbruch von 1967/68 eine Verbindungslinie zum Terrorismus der 1970er-Jahre führt, wurde in jüngerer Zeit immer wieder betont.[24] Mit diesen kriminellen Aktionen stand der Staat vor einer Herausforderung. Die jetzt wieder aufgeflammte Debatte anlässlich der Haftentlassung ehemaliger RAF-Terroristen 30 Jahre nach dem Deutschen Herbst zeigt, welche Emotionen nach wie vor mit der Erinnerung an die 1970er-Jahre verbunden sind.

Stammheim, längst zum feststehenden Begriff, wenn nicht zum Mythos geworden, war eigentlich nur eine Justizvollzugsanstalt im Stuttgarter Stadtteil Stammheim.[25] Mit der Entscheidung, hierhin die Untersuchungshaft und in das eigens daneben erbaute Mehrzweckgebäude den Prozess gegen Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe zu legen, wurde Stuttgart-Stammheim über Jahre hinweg zu einem der wichtigsten Schauplätze in der Auseinandersetzung mit der RAF. Daher wird es im zweiten Teil meines Beitrags darum gehen, welche Unterlagen aus der in besonderem Ausmaß mit dem Terrorismus befassten baden-württembergischen Justiz archiviert sind. Im abschließenden dritten Teil stehen dann die gesellschaftlichen und kulturellen Umbrüche dieser Zeit im Mittelpunkt, um Hinweise darauf zu geben, wo Überlieferung dazu zu finden ist.

Auch hier wieder ein klärendes Wort zuvor. Bei Strafverfahren ist die aktenführende Stelle immer eine Staatsanwaltschaft, nicht etwa das Gericht, vor dem angeklagt wird. Bei schwerwiegenden Staatsschutzdelikten übt der Generalbundesanwalt das Amt des Staatsanwalts aus. Anklage wird beim Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts erhoben. Der berühmte Stammheim-Prozess gegen Baader, Meinhof, Ensslin, Raspe wurde so zwar beim Oberlandesgericht Stuttgart geführt, die Akten befinden sich aber bei der Bundesanwaltschaft und daher heute im Bundesarchiv.[26]

---

23 *Siegfried*, wie Anm. 14.

24 Jörg *Herrmann*: Die Aura der Gewalt. Die »Rote Armee Fraktion« als Entmischungsprojekt der Studentenbewegung. Erinnerungen, Interpretationen, Hypothesen. Ein Gespräch mit Wolfgang Kraushaar. Nachgedruckt in: Wolfgang *Kraushaar*: Fischer in Frankfurt. Karriere eines Außenseiters. Hamburg 2001. S. 224 – 256; vgl. auch Wolfgang *Kraushaar*: Rudi Dutschke und der bewaffnete Kampf. In: *Kraushaar*, RAF, wie Anm. 3, Band 1, S. 218 – 247.

25 Kurt *Oesterle*: Stammheim. Die Geschichte des Vollzugsbeamten Horst Bubeck. Tübingen 2003. V. a. S. 29 f.

26 Bundesarchiv B 362.

Es ist allerdings recht erstaunlich, an wie vielen Stellen sich Mehrfertigungen dieser berühmten Prozessakten befinden, erklärbar zum Beispiel dadurch, dass jeder der zahlreichen Verteidiger natürlich einen kompletten Satz der Prozessakten benötigte. Über ein Exemplar, das als Schenkung aus der Kanzlei eines Pflichtverteidigers abgegeben wurde, verfügt auch das Staatsarchiv Ludwigsburg.[27] Wenn man die Fußnoten in der Literatur richtig interpretiert, gibt es an anderen Stellen etliche weitere Exemplare.[28]

Alle Staatschutzverfahren, welche die Bundesanwaltschaft nicht selbst bearbeitet, werden für das gesamte Land Baden-Württemberg von der Generalstaatsanwaltschaft in Stuttgart bearbeitet. Und Verfahren dieser historischen Bedeutung werden komplett an das Staatsarchiv abgegeben. Beispielhaft genannt sei ein etwas bekannter Fall, bei dem inzwischen kein Personenschutz mehr zu beachten ist: *Johannes Thimme* starb 1985 mit 28 Jahren bei dem Versuch, einen Sprengsatz in einer Stuttgarter Firma zu legen. Er hatte bei seinem Tod eine mehrjährige Karriere als sogenannter Sympathisant und zwei Verurteilungen wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung hinter sich. Vor Kurzem hat seine Mutter in einem sehr beeindruckenden Buch geschildert, wie aus einem jungen politisch interessierten Menschen ein Sympathisant und zuletzt ein Bombenleger wurde.[29] Die Prozesse gegen Johannes Thimme wurden von der Generalstaatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht Stuttgart 1977 und 1981 geführt; die Akten sind seit 2005 im zuständigen Staatsarchiv Ludwigsburg.[30]

Die Überlieferung der Staatsschutzverfahren der Generalstaatsanwaltschaft ist im Regelfall gesichert. Für die Verfahrensakten, die darüber hinaus noch bei den Staatsanwaltschaften im Land entstanden sind, lässt sich das vermutlich nicht immer sagen. Fangen wir aber mit der Habenseite an: Solange es die Bildung terroristischer Vereinigungen noch nicht als Staatsschutzdelikt gab – der § 129 a wurde erst 1976 in die Strafprozessordnung eingefügt – konnten Prozesse aus dem Kontext des Terrorismus auch beim Landgericht von der lokal zuständigen Staatsanwaltschaft angeklagt werden. Ein Beispiel dafür ist der Strafprozess gegen Klaus Croissant, der 1976 von der Staatsanwaltschaft Stuttgart angeklagt wurde; die knapp 100 Leitzordner wurden an das zustän-

---

27 StAL PL 407. Zusätzlich übernahm das Staatsarchiv Ludwigsburg im Sommer 2006 vom Oberlandesgericht Stuttgart die nur in Teilen erhalten gebliebenen Tonbänder, die zur Erstellung des Wortprotokolls im Stammheimer Prozess gedient hatten: StAL EL 302 II *Oberlandesgericht Stuttgart: Tonbandmitschnitte aus dem »Baader-Meinhof-Prozess«*.

28 Ein Beispiel aus jüngerer Zeit: Klaus *Stern* und Jörg *Herrmann*: Andreas Baader. Das Leben eines Staatsfeinds. München 2007. S. 215 Anm. 367: Jörg Herrmann zitiert hier und im Folgenden aus dem Wortprotokoll des Stammheimer Verfahrens, das im Hamburger Institut für Sozialforschung verwahrt wird.

29 Ulrike *Thimme*: Eine Bombe für die RAF. Das Leben und Sterben des Johannes Thimme von seiner Mutter erzählt. München 2004; vgl. auch Rainer *Nübel*: Der verträumte Terrorist. In: STERN Nr. 14 vom 29. März 2007, S. 178 f.

30 StAL Zugang 2005/64, Jg. 1977 Nr. 1: OJs (4) 38/77 und Jg. 1981 Nr. 4: OJs (24) 38/81.

dige Staatsarchiv Ludwigsburg abgeliefert.[31] In diesem Fall hat sowohl der prominente Name als auch der große Umfang des Prozesses dazu beigetragen, dass er für die Nachwelt gesichert wurde. Wie viele weitere Strafverfahren gegen Unterstützer der RAF vor 1976 bei den Staatsanwaltschaften im Land geführt wurden und ob deren Akten in die Archive gelangt sind, konnte noch nicht systematisch aufgearbeitet werden.[32] Voraussetzung ist immer, dass die Akten bei der Aussonderung als herausragende Einzelfälle oder als zeittypische Beispiele erkannt werden – denn nach diesen Kriterien wird im Allgemeinen bei der Übernahme von Strafakten vorgegangen.[33] Da in den 1970er- und 1980er-Jahren die Akten auch noch nicht in Datenbanken eingetragen waren, mit deren Hilfe man heute gezielt nach bestimmten Delikten und den dazugehörenden Akten suchen könnte,[34] wurden herausragende Strafakten in Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaft und Archiv mit *Fingerspitzengefühl* aus Zehntausenden herausgesucht.

Noch schwieriger wird diese Suche, wo es sich nicht um große Prozessakten, sondern um eingestellte Ermittlungsverfahren handelt. Allein die Staatsanwaltschaft Stuttgart produziert heute ungefähr 80 000 – 100 000 solcher Verfahrensakten pro Jahr. Die meisten davon werden nach wenigen Jahren ausgesondert und vernichtet, kaum eine davon kam bisher ins Staatsarchiv. Angesichts der schieren Menge galt es als nahezu aussichtslos, dabei nach historisch wertvollen Akten zu suchen, zumal Juristen wie Archivare davon ausgingen, dass das Bedeutende doch in den Strafakten zu finden sei. Der Denkfehler ist, dass es historisch hochbrisante Ermittlungsverfahren gibt,

---

31 StAL EL 317 I Zugänge 1995/34 + 97 (KLs 97/76).

32 Zum Beispiel befinden sich im Generallandesarchiv Karlsruhe Unterlagen von Staatsanwaltschaft und Polizei zur RAF-Unterstützerszene oder zum Sozialistischen Patientenkollektiv.

33 Zur Aussonderung von Prozessakten der Justiz siehe *Treffeisen*, wie Anm. 4, S. 53 – 60. Vgl. auch Mathias *Jehn*: Dokumentationsprofil oder Samplebildung? Überlieferungsbildung am Beispiel von Prozessverfahrensakten der Staatsanwaltschaft Bochum (Transferarbeit im Rahmen der Ausbildung für den höheren Archivdienst an der Archivschule Marburg 2005). http://www.archive.nrw.de/dok/Transferarbeiten/Jehn/Transferarbeit_Jehn.pdf [2. April 2007].

34 Ein erster Hinweis auf dieses an einigen Stellen bereits eingesetzte Verfahren bei Thekla *Kluttig*: Aufgeweckte Archivare? Anmerkungen aus dem Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden zur gegenwärtigen Situation der Überlieferungsbildung. In: Neue Perspektiven archivischer Bewertung. Beiträge zu einem Workshop an der Archivschule Marburg 15. November 2004. Hg. von Frank M. *Bischoff* und Robert *Kretzschmar* (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg 42). Marburg 2005. S. 51 – 70, hier v. a. S. 60 f.; siehe auch Thekla *Kluttig* und Angela *Ullmann*: Digitale Registerdaten als Anbietungsliste – Neue Möglichkeiten bei der Bewertung von Verfahrensakten der Staatsanwaltschaften. In: Auf der Suche nach archivischen Lösungsstrategien im digitalen Zeitalter. Beiträge zur 4. Jahrestagung des Arbeitskreises *Archivierung von Unterlagen aus digitalen Systemen* im Staatsarchiv Mannheim 10.–11. 4. 2000. Hg. von Ulrich *Nieß* (Sonderveröffentlichungen des Stadtarchivs Mannheim 26). Mannheim 2001. S. 25 – 30.

die nie zu einer Prozessakte werden. So mussten wir nach intensiver Suche in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft Stuttgart feststellen, dass die Akten der eingestellten Ermittlungsverfahren gegen Justizminister Traugott Bender und Innenminister Karl Schiess wegen der Abhöraffäre in Stammheim – die Anzeigen stammten unter anderen von Rechtsanwalt Rupert von Plottnitz – mittlerweile vernichtet wurden.[35] Damit sich so etwas nicht wiederholen kann, werben wir im Zuständigkeitsbereich der Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart seit einigen Jahren dafür, dass Vorgänge, in denen wegen ihrer Bedeutung an den Generalstaatsanwalt berichtet wird (die sogenannten *berichtspflichtigen* Strafsachen)[36] grundsätzlich zeitnah gekennzeichnet werden, damit sie bei der Aktenaussonderung erkannt und an die Staatsarchive abgeliefert werden.

Die intensive Suche nach Akten zum Thema RAF hatte aber glücklicherweise auch Erfolge. 2005 übernahm das Staatsarchiv Ludwigsburg von der Staatsanwaltschaft Stuttgart die sogenannten Stammheimer Todesermittlungsverfahren.[37] Für die Ermittlung der Todesursache von Ulrike Meinhof im Mai 1976 und von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe im Oktober 1977 war die Staatsanwaltschaft Stuttgart zuständig. Für diese Akten gilt noch die 30-jährige Aufbewahrungsfrist der Justiz, sodass sie derzeit im Staatsarchiv Ludwigsburg erst im Auftrag verwahrt werden; Akteneinsichtsgesuche sind bis zum 31. Dezember 2008 an die Staatsanwaltschaft Stuttgart zu richten. Erst danach sind die Nutzungsbestimmungen und Sperrfristen des Landesarchivgesetzes ausschlaggebend. Allerdings ist auch hier festzustellen, dass es offensichtlich Informationen und Fotos aus diesen Ermittlungsakten auch an anderen Stellen geben muss, da sie immer wieder in der Literatur erwähnt und abgebildet werden.[38]

Aus der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim selbst ist erstaunlicherweise so gut wie nichts an das zuständige Staatsarchiv Ludwigsburg abgegeben worden. Theoretisch müssten dort die Gefangenenpersonalakten von Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe sein. In der Praxis sind diese Akten spurlos verschwunden. Jede Nachfrage

---

35 Gesucht wurden die Akten 17 Js 966/77 und 17 Js 1046/77. Nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft Stuttgart vom 27. Juni 2006 sind die Akten vernichtet (Nachweis im Register).

36 Anordnung über die Berichtspflichten der Staatsanwaltschaften in Strafsachen – BeStra – VwV d. JuM vom 21. März 2005 – Die Justiz S. 213 –. Die beim Justizministerium entstandenen Akten über die Berichtsfälle werden vom Hauptstaatsarchiv Stuttgart archiviert, siehe die Archivbestände EA 4/403 und EA 4/409.

37 StAL EL 317 I Zugang 2005/77, 10 Js 2404/76 (Meinhof) und 2 (9) Js 3627/77 (Baader, Ensslin, Raspe).

38 Die Fotos der toten Terroristen in Stammheim wurden bereits in zahlreichen Publikationen veröffentlicht, z. B. in: Butz *Peters*: Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF. Berlin ²2004. S. 450 f. (ohne Quellennachweis), und in: *Stern/Herrmann*, wie Anm. 28, Abb. 76 (hier mit Copyright Staatsanwaltschaft Stuttgart), STERN Nr. 13 vom 22. März 2007, S. 70 f. (ohne Angabe).

hat bisher höchstens unbefriedigende, teilweise auch widersprüchliche Erklärungsversuche geliefert.[39] Die schreckliche Wahrheit scheint zu sein, dass in Stammheim irgendwann in den vergangenen Jahren in großem Stil – aus Datenschutzgründen, wie es hieß – Akten vernichtet wurden, ohne Beteiligung des Staatsarchivs. Es ist nur eine kleine Entschädigung, dass Kopien und Auszüge aus den wohl verlorenen Gefangenenpersonalakten zum Beispiel in den Todesermittlungsverfahren, offensichtlich aber auch anderen Stellen überliefert sind.[40]

Überlieferungsbildung über das Herausragende hinaus Offen für Zeittypisches, Gleichzeitigkeiten und Widersprüche

Um zu erforschen, wie der Terrorismus die 1970er-Jahre geprägt hat, sollte man aber den Blick über die unmittelbaren Terroristenprozesse hinaus richten. Das Ziel jeder archivischen Überlieferungsbildung ist es, die Unterlagen so auszuwählen und zu sichern, dass der historische Zugang zu einer Epoche erhalten bleibt, unter welcher Fragestellung auch immer er erfolgen mag.[41] Wer nur die großen Namen und Ereignisse in den Blick nimmt, läuft Gefahr, Strömungen und Tendenzen zu übersehen, deren Existenz und Bedeutung sich oft erst im Nachhinein herausstellt. Es sei – nur in enger Auswahl – auf einige dieser gesellschaftsgeschichtlichen Tendenzen hingewiesen.

Unübersehbar ist zum Beispiel, wie sehr ab 1971/72 die Angst regierte, vor allem bei denjenigen, die sich unmittelbar bedroht fühlten. Die bundesrepublikanische Gesellschaft rüstete auf. Personen- und Objektschutz prägte auf Jahre den Dienstalltag der Polizei. In einem Ausmaß, wie man sich das heute kaum noch vorstellen kann, bewaffneten sich Richter und Staatsanwälte, Politiker und Beamte, aber auch andere Personen, die sich gefährdet

---

39 Ein Beleg dafür, dass die Akten (zumindest die von Meinhof, Raspe und Ensslin) noch 1979 in Stammheim waren, findet sich in den Prozessunterlagen gegen Croissant: (EL 317 I Zugang 1995/34 + 97 KLs 97/76, LO 69): Dort quittierte die Justizvollzugsanstalt Anfang Januar 1979, die Akten vom Landgericht Stuttgart zurückerhalten zu haben. Danach verliert sich ihre Spur.

40 So beruft sich Jörg *Hermann* in seiner zusammen mit Klaus *Stern* verfassten Biographie Andreas Baader, wie Anm. 28, S. 252, auf eine *Liste der Stammheimer Besuchsüberwachung*, deren Original in der vermutlich verlorenen Gefangenenpersonalakte Baaders liegt; Kopien daraus sind in den Todesermittlungsverfahren enthalten. Jörg Hermann hat auf Nachfrage freundlicherweise erklärt, dass er diese Informationen im Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung gefunden hat. Dort ist es der Forschung offensichtlich möglich, an Informationen heranzukommen, die in den Behörden und staatlichen Archiven noch nicht zugänglich sind.

41 Zur Problematik der *Auswertungsoffenheit* siehe Robert *Kretzschmar*: Transparente Ziele und Verfahren. Ein Positionspapier des VdA zur archivischen Überlieferungsbildung. In: *Bischoff/Kretzschmar*, Neue Perspektiven, wie Anm. 34, S. 13 – 36, hier v. a. S. 23 – 25.

fühlten – die Akten darüber befinden sich im Hauptstaatsarchiv Stuttgart.[42] Auch die Fahrer und selbst die Ehefrauen trugen teilweise eine Waffe bei sich. In dieser aufgeheizten Situation konnte aus jedem Missverständnis eine Katastrophe werden.

Bei einer Verkehrskontrolle durch die Karlsruher Polizei zückte ein nervöser Staatsanwalt statt des Führerscheins die geladene Pistole und beging beinahe eine unüberlegte Handlung – wie der sich beschwerende Polizist in seinem Bericht festhielt.[43] Das Ganze spielte sich am 14. November 1974 ab – nur wenige Tage nach der Ermordung des Präsidenten des Berliner Kammergerichts Günter von Drenkmann. Dass solche Zwischenfälle nicht immer harmlos ausgingen, ist bekannt.[44] Im März 1972 starb in der Nähe von Herrenberg der 17-jährige Richard Epple. Er hatte den Fehler gemacht, mit seinem Auto, das er ohne Führerschein, dafür mit Alkohol steuerte, eine Polizeiabsperrung zu durchbrechen und war darauf unter Einsatz einer Maschinenpistole zum Stehen gebracht worden.[45]

Ein besonders aussagekräftiges Beispiel ist die Urlaubsreise eines als gefährdet geltenden Juristen im Sommer 1977. Der Campingurlaub der Familie in Holland und Belgien wurde zur Gewährleistung der Sicherheit drei Wochen lang von vier Polizeibeamten Tag und Nacht begleitet. Diese teilten, ausgestattet mit ihren Dienstwaffen, 100 Schuss Reservemunition und einem Wohnwagen, während des gesamten Urlaubs das Leben der Juristenfamilie. Der Dienstplan protokolliert das Minigolfspielen ebenso wie die Fahrradtour: *Auf den Campingplätzen wurde der Wohnwagen, soweit möglich, neben dem Zelt der Familie* […] *aufgestellt. Bei längerem Aufenthalt auf einem Platz wurde die Durchführung des Nachtdienstes jedoch erschwert, da die übrigen Campingplatzbenutzer mit der Zeit auf unser Tun aufmerksam wurden.*[46] Nichts dokumentiert den alltäglichen Wahnsinn dieser Zeit besser als solche Zeugnisse für das Handeln des Staats, die von den Archiven übernommen wurden, um das Schaufenster in die Vergangenheit offenzuhalten.

Dass die gesamte Gesellschaft, nicht nur Justiz und Polizei, sich in einem Ausnahmezustand befand, zeigen auch Unterlagen von ganz anderer Stelle. Das Stuttgarter Staatstheater wurde ab dem 1. September 1977 von einem Skandal erschüttert, der noch heute als *Zahnersatz-Affäre* oder *Peymann-Affäre* in Erinnerung ist. Vorgefallen war eigentlich nur, dass die Mutter von Gudrun Ensslin einen von vielen Briefen, in denen sie um Spenden für die aufwendige Zahnbehandlung der inhaftierten Terroristen bat, auch an Schauspielintendant Claus Peymann gerichtet hatte. Und dieser ließ den Brief am

---

42 HStAS EA 2/303 Bü. 673 und Bü. 674.
43 HStAS EA 2/303 Bü. 674.
44 HStAS ES 2/303 Bü. 1153: Tod von Iain MacLeod am 25. Juni 1972 in Stuttgart.
45 StAL EL 50/4 Zugang 1995/98 Nr. 30. Zum Fall Richard Epple siehe *Oesterle*, wie Anm. 25, S. 19–27.
46 HStAS EA 2/303 Bü. 475.

Schwarzen Brett aufhängen und bestimmte seine Sekretärin zur Sammelstelle. Die Republik tobte:

Allein die Zuschriften, die Peymann in diesen Wochen erhielt, füllen vier Leitzordner. Sie enthalten das komplette Spektrum der damaligen Positionen, von begeisterter Zustimmung bis zu widerlichsten Schmähungen und Drohungen. Eine der kürzesten Äußerungen, die aber nicht untypisch ist, sei hier zitiert: *Man sollte Ihnen die Zähne einschlagen, Sie Arschloch!!!*[47] Sanktionen gegen Sympathisanten und alle diejenigen, bei denen für möglich gehalten wurde, dass sie nicht auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung standen, gab es schon Jahre vor der *Peymann-Affäre*. Ab Oktober 1973 wurden Beschäftigte im öffentlichen Dienst auf ihre Verfassungstreue untersucht.[48] Wer die Umsetzung des Radikalenerlasses in die Praxis untersuchen möchte, dem sei – nach Ablauf der Sperrfristen – die Einsicht zum Beispiel in die Akten eines Oberschulamts empfohlen. Jeder Aufruf für die DKP wurde damals akribisch ausgewertet, ob etwa ein Lehrer oder Lehramtsanwärter unter den Unterzeichnern sei – mit entsprechenden disziplinarischen Konsequenzen. Selbst telefonischen Denunziationen wurde nachgegangen: Der Anrufer habe beobachtet, *wie eine (junge) Dame bei der Firma Mahle in Stuttgart-Bad Cannstatt … die Zeitschrift ›Rote Fahne‹ verkauft und Blätter einer Betriebsgruppe verteilt habe. Bei der jungen Dame handele es sich um eine Nachbarin von ihm … Nach Aussage des Fernsprechteilnehmers soll die (junge) Dame Lehrerin sein und möglicherweise an einer Schule in Stuttgart-… unterrichten*.[49]

Das *rote Jahrzehnt* ist eine Zeit voller Widersprüche – auf allen Ebenen. Eines meiner Lieblingssinnbilder dafür ist der *Wanderparkplatz* der 1960er- und 1970er-Jahre, die im Grunde absurde Kombination aus mobilisiertem Massenaufbruch und *Zurück-zur-Natur*-Bewegung, in der später mancher seine vorübergehende politische Heimat fand, der aus der 68er-Protestbewegung gekommen war. Die Einrichtung der Wanderparkplätze findet sich in den Akten der ehemals staatlichen Forstämter.[50] Sie wurden in Auswahl und mithilfe eines Bewertungsmodells von den staatlichen Archiven übernommen.[51] Denn auch das ist ein wichtiges Ziel unserer Überlieferungsbildung: Widersprüche nicht zu übersehen und verschwinden zu lassen, sondern in Auswahl zu überliefern.

---

47 StAL EL 221/5 Bü. 376.

48 Beschluss der Landesregierung über die Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst vom 2. Oktober 1973, GBl. S. 950.

49 StAL EL 209 Zugang 2003/14 P 16 Nr. 40.

50 Ein Beispiel: StAL FL 605/3 Bü. 1391.

51 Bewertungsmodell der staatlichen Forstverwaltung: http://www.landesarchiv-bw.de/sixcms/media.php/25/bewertung_forstverw_sig.pdf [31. Januar 2008]

Archivische Bewertung der Unterlagen in Universitätsarchiven und anderen öffentlichen Archiven

Von Thomas Becker

Was bleibt von einer Generation? So wurde 2007 zu Recht nach den Quellen zu *1968* gefragt. Das, was wir unter *1968* verstehen, war eine tiefgreifende Veränderung, die in alle Verästelungen der bundesdeutschen Gesellschaft eingedrungen ist. Aber trotzdem das, was die Menschen bewegte, aufrüttelte oder auch schockierte, in erster Linie ein Geschehen an den Universitäten des Landes. Nicht umsonst sprechen wir bei *68* von Studentenbewegung, Studentenprotesten oder Studentenrevolte und eben nicht von Generationsrevolte oder Jugendprotest, selbst wenn Letzteres durchaus angemessen wäre. Wenn ich in diesem Beitrag von der Überlieferung von *68* in öffentlichen Archiven berichte, geschieht dies in erster Linie anhand der Unterlagen in Universitätsarchiven. Das nicht nur, weil ich Universitätsarchivar, sondern auch der Überzeugung bin, dass ein entscheidender Teil der Überlieferung zur 68er-Zeit nirgendwo anders zu finden ist als in den Universitäten.

Was also ist an Überlieferung in den Universitätsarchiven zu erwarten? Dazu seien zunächst einige Banalitäten ins Gedächtnis gerufen, die aber doch die Grundlage für die Überlieferungsbildung darstellen:

Universitäten und andere Hochschulen haben in Deutschland eine zweigeteilte Verwaltung. Neben dem zentralen Verwaltungsapparat, an dessen Spitze die Kanzlerin oder der Kanzler steht, gibt es nach wie vor die akademische Selbstverwaltung mit Rektorat, Senat, Dekanen, Fakultäts- und Institutsräten. Die Aufgaben der Aufrechterhaltung aller für Forschung und Lehre notwendigen Bedingungen sind zwischen ihnen geteilt. Daneben steht die studentische Selbstverwaltung mit ihren Gremien und Ausführungsorganen, vom AStA bis zur Fachschaft. Stehen alle diese Institutionen für die universitäre Verwaltung, so haben wir daneben die Elemente, die das universitäre Leben bereichern und die Meinungsvertretung verschiedener Richtungen unter den Angehörigen und Mitgliedern einer Hochschule übernehmen: die politischen und konfessionellen Studierendengruppen, die kulturellen Vereine, Sportclubs und studentischen Korporationen.

Fragt man nun in einem Universitätsarchiv wegen der Überlieferung *der 68er* an, so wird es nirgendwo in Deutschland einen eigenen Bestand *APO*, *Studentenbewegung* oder *1968* geben. Vielmehr setzt sich die Tektonik aller Hochschularchive aus den genannten vier Säulen zusammen. Gefragt sind also Verwaltungsakten, Akten der akademischen Selbstverwaltung, AStA- und

Fachschaftsüberlieferung und private Sammlungen von studentischen Gruppen oder von Einzelpersonen.

Akten der Universitätsverwaltung

Sachakten der Verwaltungsdezernate für akademische Angelegenheiten, der Bauabteilungen und der Hausverwaltung

Stellt man die Frage so, dann wird man schnell fündig. In praktisch allen Hochschulen, die über ein fachlich geführtes Archiv verfügen, sind die Akten der Verwaltung für den Zeitraum der 1960er- und 1970er-Jahre mittlerweile weitgehend abgegeben. Die Abgabefreudigkeit ist natürlich von Hochschule zu Hochschule unterschiedlich, aber das ist kein strukturelles Problem, sondern eine Frage des jeweiligen *records management* und der lokalen Besonderheiten.

Unter den Verwaltungsakten, die hier eine Rolle spielen, sind zum einen die Akten der Dezernate von Interesse, die mit der Lehre oder mit studentischen Gruppen befasst sind. Hierhin gehören die Akten über die Akkreditierung studentischer Gruppen, die in der Regel über den AStA laufen, aber bei der Hochschulverwaltung angezeigt werden müssen. Basisdaten über Entstehen und Vergehen kleinerer politischer Gruppen, die vor allem in den 1970er-Jahren von Interesse sind, können so ermittelt werden. Allerdings kann es hier zu Komplikationen bei der Auswertung kommen, sofern die Namen der Vorsitzenden und der Mitglieder in diesen Akten mit aufgenommen sind. Hier stoßen wir, wie häufig bei diesem Thema, an die Grenze des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung. Also müssen in solchen Fällen Wege gefunden werden, die erforderliche Auskunft auch ohne Verletzung dieses Rechts zu geben.

Anreicherung durch studentisches Schriftgut

Schon bei diesen Akten, ebenso aber auch bei Akten der Hausverwaltung oder des Bauamts, die im Zusammenhang stehen mit Rektoratsbesetzungen, Institutsbesetzungen, Sit-ins, Teach-ins, gesprengten Vorlesungen oder gezielter Sachbeschädigung, taucht ein Phänomen auf, das in überlieferungsmäßiger Hinsicht die 68er-Zeit ganz besonders kennzeichnet: Die Aufbewahrung von Flugblättern. Keine Aktion der damaligen Zeit, die nicht von mindestens einem Flugblatt der verantwortlichen Gruppe, meistens aber von mehreren korrespondierenden Flugblättern verschiedener studentischer Gruppen begleitet worden wäre. Zu diesen Flugblättern erst einmal der Hinweis, dass ebenso wie in die Akten der staatlichen Verwaltung in Landesbehörden und Ministerien auch in den Akten der Hochschulverwaltungen allenthalben studentische Flugblätter eingestreut sind. Abgesehen davon, dass Flugblätter als Medium durchaus quellenkritisch zu sehen sind, haben wir hier den seltenen Fall einer angereicherten Überlieferung, in der nicht nur die Darstellung

der einen Seite, also hier die Sicht der Universitätsverwaltung, sondern auch die *Gegenseite* argumentativ vertreten ist.

Akten der akademischen Selbstverwaltung

Protokolle, Berichte, Korrespondenzen der Gremien und Institute

Was für die Verwaltung gilt, lässt sich für die akademische Selbstverwaltung nur wiederholen. Auch hier finden sich angereicherte Akten, in denen die Flugblattüberlieferung ihren Niederschlag gefunden hat. Aber darüber hinaus bieten die Akten der akademischen Selbstverwaltung natürlich eine Fülle an Informationen, die direkt in das Geschehen hineinführen. Da stehen an erster Stelle die Protokollserien, seien es diejenigen des Senats oder diejenigen der Fakultäten, Fachbereiche oder Institute. Hier werden Entwicklungslinien und Entscheidungsstränge deutlich, die sich so in der Gegenüberlieferung der Ministerien oder der Staatsanwaltschaften und Gerichte nicht finden, weil dort die Überlieferungsbildung zu studentischem Protest erst einsetzt, nachdem etwas Aufsehen Erregendes passiert ist. Hier aber, in den Beständen der Universitätsarchive, lassen sich die Entwicklungen viel früher, von den ersten kritischen Anfragen und ersten verhaltenen Protesten bis hin zu spektakulären Aktionen, die ein umfangreiches Echo nach sich gezogen haben, erkennen. Hierin liegt eine der Besonderheiten der universitätsarchivischen Überlieferung, auf die wir noch kommen werden: die Möglichkeit, Entwicklungslinien zu verfolgen und Querverbindungen zu ziehen.

Für die Chronologie der Geschehnisse und für die Sicherung von Fakten ebenso wichtig wie die Protokollserien sind die *Zeitungsausschnitt-Sammlungen*, die in zahlreichen Universitätsarchiven vorhanden sind. Sie werden heute in allen deutschen Universitäten von den Pressestellen angelegt und gepflegt. 1968, in der Zeit der Ordinarienuniversität, war das noch nicht überall so, da waren Presse- und Nachrichtenstellen bisweilen noch vom akademischen Senat geschaffene Einrichtungen, die von einem Professor nebenbei betrieben wurden. Wo die Zeitungsausschnitt-Sammlungen in der Einteilung der archivischen Überlieferung jeweils einzureihen sind, hängt also vom Einzelfall ab. Wichtiger ist, wie zahlreich sie noch vorhanden sind. Fast alle deutschen Universitäten, die seit Längerem über fachlich besetzte Archive verfügen, haben auch eine mehr oder weniger umfangreiche Zeitungsausschnitt-Sammlung. Die Aussagekraft der Presseberichterstattung sollte man für die Erforschung der jeweiligen Universitätsgeschichte nicht zu hoch ansetzen. Der eigentliche Wert dieser Sammlungen liegt darin, einzelne Geschehnisse, die im kollektiven Gedächtnis längst verloren sind, wieder sichtbar zu machen und so eine Chronologie der Ereignisse der 68er-Zeit zu ermöglichen. Die Auswahl der Presseartikel war dabei in aller Regel von dem Grundsatz der Vollständigkeit geleitet, sodass hier ein allzu starker Filter durch die subjektive Auswahl des jeweiligen Pressestellenleiters nicht zu befürchten ist.

Akademische Gerichtsbarkeit

Neben den Protokollen, Berichten und Korrespondenzakten, die sich auf den verschiedenen Ebenen der akademischen Selbstverwaltung finden, ist noch ein weiterer Bereich von Bedeutung, der meist hier angesiedelt war: die akademische Gerichtsbarkeit. Durch die verschiedenen Formen von Protest und Ungehorsam kamen die Aktionisten der Studentenbewegung unweigerlich und meist auch gewollt in Konflikt mit der Disziplinargerichtsbarkeit der Universitäten, die in Resten immer noch fortbestand. Die dabei entstandenen Disziplinarakten bilden eine interessante und unverzichtbare Parallel- oder Gegenüberlieferung zu den Akten der Staatsanwaltschaft und der Ministeriumsbestände. Sie sind nicht in allen Universitäten in den Archiven vorhanden. Teilweise liegt das daran, dass eine Disziplinar-Institution in der von früher her gewohnten Weise nicht mehr vorhanden war, teilweise auch daran, dass man sie gar nicht genutzt hat. Allerdings trägt die Überlieferung nur für die Anfangszeit der Studentenbewegung. In vielen Bundesländern wurde die akademische Disziplinargerichtsbarkeit im Jahr 1968 selbst abgeschafft, sodass eher die Geschehnisse des Jahres 1967 und der Anfangsmonate von 1968 – also vor der Radikalisierung durch das Attentat auf Rudi Dutschke und den Pariser Mai – hier dokumentiert sind.[1]

Es ist allerdings auch so, dass die Veränderungen im Hochschulwesen, die zur Abschaffung der alten Institution des Universitätsrichters geführt haben, bisweilen dazu führte, dass die entsprechenden Unterlagen ganz oder weitgehend in die Aktenvernichtung gegeben wurden, weil entweder kein fachlich geführtes Archiv zur Verfügung stand oder aber kein Kontakt zwischen Universitätsrat und Archiv bestanden hat. Immerhin sind in einigen Universitäten wie Bonn, Berlin, Freiburg, Göttingen oder Köln durchaus Teile der Registratur der jeweiligen Disziplinar-Institution erhalten. Weit mehr noch als schon im Bereich der zentralen Universitätsverwaltung stoßen wir hier an die Grenze der Sperrfristen für personenbezogene Daten. Eine Freigabe von einzelnen Disziplinarakten zu Forschungszwecken kommt auf gar keinen Fall infrage, sofern die betreffende Person dazu nicht ihre Einwilligung gibt. Eine quantifizierende Untersuchung verbietet sich auch, da die betreffenden Personen in aller Regel durch die Berichterstattung in der Presse oder durch andere

[1] So galt etwa in Baden-Württemberg für die Bestrafung von Disziplinarverstößen durch Studierende die Verordnung des Ministeriums des Kultus und Unterrichts vom 22. April 1920. Ein Disziplinarbeamter hatte über Ordnung, Sitte und Ehre der Studierenden zu wachen und gegebenenfalls ein Verfahren einzuleiten, zu dem dann ein Disziplinargericht zusammentrat. Der Disziplinarbeamte arbeitete dabei mit der Staatsanwaltschaft zusammen, sodass die Überlieferung durchaus parallel sein kann. Diese Disziplinargerichtsbarkeit endete aber im Jahr 1968 mit der Verkündung des neuen Hochschulgesetzes, das an die Stelle von Disziplinarmaßnahmen die Ordnungsmaßnahmen setzte, die nur noch die Behinderung von Forschung und Lehre betreffen. Im Archiv der Universität Tübingen endet die Überlieferung der Disziplinarkommission schon 1967.

Medien namentlich bekannt sind, sodass eine glaubwürdige Anonymisierung nicht mehr vorgenommen werden kann. Ohne die ausdrückliche Mitarbeit der damaligen Randalierer, die heute in der Regel in Amt und Würden sind und als Professoren oder Bürgermeister ihren Dienst versehen, muss die Forschung auf diese wertvolle Quelle also noch eine geraume Zeit verzichten.

Unterlagen der studentischen Selbstverwaltung Akten der studentischen Gremien

AStA-Überlieferung

Die zentrale Provenienz der Überlieferung zur Studentenbewegung ist natürlich bei den Studenten zu suchen. Daher sind die Unterlagen der studentischen Gremien und ihrer Ausführungsorgane, also der Studentenparlamente, der ASten, der Fachschaften und der verschiedenen Ausschüsse, von großem Wert für die Erforschung der Studentenbewegung. Hier ist die Überlieferungslage allerdings sehr uneinheitlich.

In manchen Universitäten besteht ein langer und intensiver Kontakt zwischen AStA und Universitätsarchiv, sodass es hier reiche Bestände gibt; in anderen Universitäten besteht nicht einmal Konsens darüber, ob der AStA überhaupt abgabepflichtig ist. Dahinter stehen durchaus noch Reflexe der 1970er-Jahre, also die Unwilligkeit besonders der linken Studentengruppen, mit einer Institution zusammenzuarbeiten, die zum *System* gehört. Bisweilen sind aber schlicht Faulheit oder häufiger Personalwechsel der Grund dafür, dass aussonderungsreife Akten hier nicht dem zuständigen Hochschularchiv angeboten werden. Die meisten der großen deutschen Universitäten, die 1968 schon bestanden haben, wie Bochum, Bonn, Erlangen-Nürnberg, Frankfurt, Freiburg, Gießen, Göttingen, Heidelberg, Mainz, Saarbrücken, Tübingen oder Würzburg, weisen aber AStA-Akten aus der Zeit der Studentenbewegung in ihren Beständeübersichten aus.

AStA-Unterlagen sind für die Forschung von besonderem Interesse, nicht weil sie besonders gut und systematisch geführt wären, sondern im Gegenteil, weil ihre Inhalte meistens eher chaotisch und ungeordnet abgelegt sind. Dadurch sind mitunter Schriftstücke überliefert, die ihre Verfasser gar nicht einem Archiv der Universitätsverwaltung hatten anvertrauen wollen. Andererseits enthalten manche Akten, die der Aufschrift nach die AStA-Überlieferung zu einem lokalen Skandal enthalten müssten, wie in Bonn der Fall der Ordensverweigerung für die Pazifistin Klara Marie Faßbinder im Jahr 1967, bei der Abgabe völlig andere und gänzlich belanglose Inhalte. Die Erschließung von AStA-Beständen ist also immer ein Abenteuer, und die Ausbeute ist da, wo der AStA umfangreich und ungeordnet abgegeben hat, meistens sehr lohnend. Nicht alle großen Universitätsarchive haben allerdings die Erschließung schon abgeschlossen, sodass die Benutzung nicht immer gewährleistet ist.

Fachschaften

Anders sieht es aus mit der Überlieferung der Fachschaften. Für die eigentliche 68er-Zeit geben sie wenig her, weil sie zumeist noch gar nicht existierten. Ihre Überlieferung ist interessanter für die 1970er-Jahre und die Zeit der deutschen Friedensbewegung in den 1980er-Jahren. Allerdings ist der Informationswert der Fachschaftsakten nicht sehr hoch zu veranschlagen. Außer den Fachschaftszeitschriften, die meistens schon als Bibliotheksgut in den Archiven vorhanden sind, fallen hier nur wenige informationstragende Schriftstücke an, wenn man von den Korrespondenzen zur Durchführen von Fachschaftsparties absieht. Bisher sind die Fachschaften in den meisten Universitäten Deutschlands auch noch nicht flächendeckend im *records management* erfasst. Die geisteswissenschaftlichen Fachschaften, vor allem natürlich die Historiker, Politikwissenschaftler und Sprachwissenschaftler, sind wegen der personellen Verbindungen zu den studentischen Hilfskräften der Archive meistens eher vertreten als die Fachschaften in den Bereichen Medizin oder Naturwissenschaften.

Studentische Gruppen und private Sammlungen

Flugblätter und studentische Zeitschriften

Wenn man von der archivischen Überlieferung der 68er-Zeit spricht, dann versteht man darunter in erster Linie keine Sachakten, sondern Flugblätter. In einer bis Ende der 1970er-Jahre immer weiter anschwellenden Flut von Einblattdrucken, Flugschriften und mehr oder weniger kurzlebigen Periodika hat sich die Bewegung selber ein Sprachrohr geschaffen, das einen heute eher vor das Problem stellt, nicht zu wenig, sondern eher zu viel an Material zur Verfügung zu haben. Diese Flugblätter finden sich, wie oben schon einmal gesagt, zwischen den trockenen Schriftstücken der Verwaltungsakten, sie sind in reichem Umfang den AStA-Akten beigefügt und sie wurden bisweilen sogar systematisch von der Universitätsverwaltung oder gar vom Universitätsarchiv selbst gesammelt und chronologisch abgelegt. Typisch jedoch sind die umfangreichen Sammlungen von Flugblättern in Privatbesitz, die auf die eine oder andere Weise in die Universitätsarchive geraten sind. Praktisch seit Beginn der Studentenbewegung haben Studenten oder Professoren aus den unterschiedlichsten Gründen alles an Flugblättern gesammelt, was sie erreichen konnten. In der Regel bezieht sich die jeweilige Sammlung nur auf die eigene Hochschule und nur auf die eigene Studienzeit. Es gibt aber in Deutschland durchaus einige private Sammler, deren Sammelleidenschaft weit darüber hinausgeht, wie etwa die Sammlung von Michael Woudenberg in Castrop-Rauxel oder das APO-Archiv München von Heinz Koderer. Damit streift man aber schon die Grenze zu den Archiven sozialer Bewegungen.

Die Flugblattsammlungen fehlen in praktisch keinem deutschen Universitätsarchiv. Sie werden in aller Regel als Sammelbestand neben den Provenienz-Beständen gesondert geführt. Allerdings machen sie erhebliche Schwierigkeiten bei der Erschließung. Gerade erst ist in Bonn ein Verzeichnungsprojekt begonnen worden, bei dem die konzeptionellen Überlegungen noch nicht abgeschlossen sind. Anders als bei Sachakten ist bei den Flugblättern eine Erschließung nur als Einzelblatt-Verzeichnung sinnvoll, was weit über die personellen Kapazitäten der Universitätsarchive hinausgeht.

Wie breit das Sammelfeld dieser Flugblatt-Kompilationen angelegt ist, lässt sich am Beispiel des Universitätsarchivs Köln demonstrieren. Dort steht seit 1999 die *Sammlung Bers* der Forschung zur Verfügung. Auf 20 Regalmetern sind hier über 7000 Verzeichnungseinheiten aus der Zeit von Mitte der 1960er- bis Mitte der 1980er-Jahre deponiert, mit einem klaren Sammelschwerpunkt in den ersten sechs Jahren der 1970er-Jahre. Der heutige Professor für Geschichte und ihre Didaktik an der Universität Köln, Günter Bers, hat diese Sammlung eigenhändig zusammengetragen.

Schaut man sich allein das Inhaltsverzeichnis des Findbuchs an, dann wird deutlich, in welchem Umfang und von wie vielen verschiedenen Stellen in der fraglichen Zeit der späten 1960er- und der 1970er-Jahre Flugblätter und ähnliche Schriften in Umlauf gebracht worden sind:

- Studentenvertretungen,
- Studentenverbände und politische Hochschulgruppen,
- Einzelne Studenten,
- Studentische Dachverbände,
- Studenten- und kulturpolitische Zeitschriften,
- Hochschulselbstverwaltung,
- Zentrale Hochschulorganisationen,
- Studentenwerke,
- Staatliche und kommunale Institutionen,
- Parteien und Verbände,
- Initiativen und Vereine,
- Schülerbewegung,
- Sonstige Zeitschriften und Zeitungsausschnitte,
- Unterhaltungs-, Freizeit- und Dienstleistungsangebote,
- Unbekannte Verfasser/Herausgeber.

Es ist natürlich durchaus fraglich, wie hoch der Quellenwert des einzelnen Flugblatts zu bewerten ist, wenn man den appellativen Charakter, die geringe Textmenge und die taktische Wortwahl dieser Schriften in Rechnung stellt. Aber die Aufstellung aus der Sammlung Bers macht doch deutlich, in welcher Breite die Flugblätter als Quelle die Geschehnisse der Studentenproteste abdecken. Nicht nur die politischen Gruppen der Studierendenschaft, sondern auch die Rektoren, die Studentenwerke, die Dekane und Institutsleiter griffen bisweilen zum Medium des Flugblatts.

Diese Flugblätter, die vor 40 Jahren gesammelt wurden, sind nicht schon seit Jahrzehnten in den Universitätsarchiven. Immer noch vergeht kein Jahr, in dem nicht irgendjemand, der in der 68er-Zeit aktiv war, an das Universitätsarchiv Bonn herantritt und seine mehr oder weniger kleine Sammlung von Flugblättern und studentischen Zeitungen anbietet. Sehr häufig handelt es sich dabei um ehemalige AStA-Funktionäre, vornehmlich der liberalen und konservativen Studentengruppen. Es ist zu vermuten, dass diese Angebote in den kommenden Jahren noch häufiger zu erwarten sind.

Fotos

Neben der Gattung der Flugblätter bereichert eine zweite Gattung das Sammlungsgut der Universitätsarchive zur Studentenbewegung: die Fotos. Hier kommen ganz unterschiedliche Bildersammlungen zustande, vom Pressefoto über die Bilddokumentation der Polizei bis zu breit angelegten Sammlungen von ehemaligen Studenten, die einfach aus Interesse heraus die Demonstrationen oder Protestaktionen mit ihrer eigenen Kamera festgehalten haben. Das ist von Vorteil, weil manche Protestformen, etwa Parolen an Hauswänden, anders gar nicht dokumentiert wären. Die Übernahme solcher Sammlungen ist Glückssache; nicht immer kommen die Übergaben nach ersten Verhandlungen auch zustande, weil die Sammler an ihren Bildern hängen. Für Forschungszwecke stehen daher zurzeit nur vereinzelte Bilder zur Verfügung. Aber es ist zu erwarten, dass aus privatem Besitz in den nächsten Jahren auch hier noch viel an Material zur Verfügung gestellt werden wird.

Gegenstände

Eher Zufallsfunde, aber gerade deswegen sehr reizvoll, sind auch Gegenstände, die meist zusammen mit Aktenabgaben ins Archiv strömen und die Protestaktionen der Studentenbewegung dokumentieren. Dazu gehören zum Beispiel Transparente oder Wandzeitungen, die von den Hausverwaltungen der Universitäten entfernt und dann zusammengefaltet in einen Karton gelegt oder in einer Akte abgeheftet worden sind, aber auch Pappschilder mit Protest-Slogans und dergleichen. Sie sind vor allem deshalb von großem Reiz, weil ihr Einsatz während einer Demonstration oder einer Protestveranstaltung fotografisch festgehalten ist und nun der Original-Gegenstand zur fotografischen Dokumentation hinzutritt. Das hat einen hohen Wert für die museale Darstellung der Studentenbewegung, etwa im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, aber die Aussagekraft für die Forschung ist eher gering. Erwähnt seien diese Gegenstände hier dennoch.

Weitere öffentliche Archive

Neben den Universitätsarchiven finden sich auch in anderen öffentlich zugänglichen Archiven Deutschlands und der Nachbarstaaten einschlägige

Unterlagen zur Geschichte der Studentenbewegung. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um das eben skizzierte Sammlungsgut an Flugblättern, studentischen Zeitschriften, Fotografien, Plakaten und Erinnerungsgegenständen, das auch in die Universitätsarchive geraten ist. Es sind Sammlungen aus privater Provenienz, die zum Beispiel über Nachlässe in Stadtarchive, kirchliche Archive, Verbandsarchive oder auch staatliche Archive gelangt sind. Daneben gibt es allerdings auch diejenigen Archive, die im Umfeld von Universitäten entstanden sind und daher eine parallele Überlieferung beinhalten. Zu nennen sind natürlich zunächst einmal die Archive und Altregistraturen der Studentenwerke. Diese sind unabhängige Einrichtungen, die nicht zwingend auch an die Universitätsarchive abliefern müssen. Ihre Überlieferung ist allein deswegen schon wertvoll, weil sie über die Organisation der Mensen auch die Möglichkeiten der Raumvergabe innehatten und -haben und sie in der Zeit der Studentenbewegung auch durchaus genutzt haben, um den protestierenden Studenten Ausweichmöglichkeiten zu schaffen, wenn die Universitätsleitungen die Vergabe von Hörsälen verweigerten.

Neben den Studentenwerken sind auf jeden Fall die Archive übergreifender Wissenschaftseinrichtungen zu nennen, etwa die der Hochschulrektorenkonferenz, der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Landesrektorenkonferenzen und der wissenschaftlichen Großeinrichtungen wie Fraunhofer-Gesellschaft, Max-Planck-Gesellschaft oder Alexander-von-Humboldt-Gesellschaft. Hier hat in den letzten Jahren das Bundesarchiv einen Teil der Archivierung übernommen, in anderen Fällen ist die Überlieferungslage noch weitgehend ungeprüft. Eine Vernetzung der Archive im Hochschulbereich zur Abstimmung von Bewertungen hat gerade erst begonnen; hier wird also noch abzuwarten bleiben, was an konkreter Überlieferung zur 68er-Zeit vorhanden ist und der Forschung zur Verfügung gestellt werden kann.

Fachhochschulen

Bisher war bewusst immer von Universitäten die Rede. Tatsächlich ist es so, dass der vergleichsweise guten Überlieferung der Universitäten keine adäquate Überlieferung der Fachhochschulen, Sporthochschulen oder Pädagogischen Hochschulen gegenübersteht. Das herausstechende Element der universitären Überlieferungsbildung, die Allgegenwart der studentischen Flugblätter, findet hier keine Entsprechung. Zum Teil mag das damit zusammenhängen, dass in vielen Fachhochschulen die Studentenbewegung nicht dasselbe Echo gefunden hat wie in den Universitäten. Doch zumindest für die Pädagogischen Hochschulen sticht dieses Argument nicht. Der eigentliche Grund dürfte darin zu suchen sein, dass es im Fachhochschulbereich nach wie vor kaum fachlich betreute Hochschularchive gibt. In Nordrhein-Westfalen, wo bis auf zwei alle Universitäten ein eigenes Archiv haben und

die beiden verbleibenden die Gründung betreiben, gibt es nur in Köln und Aachen funktionierende und nach archivwissenschaftlichen Gesichtspunkten arbeitende Fachhochschularchive. Und beide sind sehr junge Gründungen. Die Pädagogischen Hochschulen haben meines Wissens noch nirgendwo Archive gegründet. Dort, wo wie in Nordrhein-Westfalen gar keine eigenständigen Pädagogischen Hochschulen mehr bestehen, sind die Registraturen in die entsprechenden Universitätsarchive gelangt. Die Überlieferung der Hochschulverwaltung aus der Zeit der Studentenproteste ist damit gesichert, die der ASten, der politischen Hochschulgruppen und der anderen studentischen Gruppierungen nicht. In Köln und Münster sind immerhin die Zeitungausschnitts-Sammlungen erhalten geblieben, aber in den meisten anderen Standorten dürfte auch das nicht geschehen sein.

Damit stößt die bisherige weitgehende Abstinenz der Forschung, was die Geschehnisse an den Fachhochschulen angeht, auf ein nicht geringes Quellenproblem. Zwar ist auch hier zu hoffen, dass durch private Sammlungstätigkeit noch manche Quelle gerettet werden kann, doch ist die Anbietungsfreudigkeit nicht mit der von Absolventen der Universitäten zu vergleichen. Die Flugblattsammlungen, die an den Universitätsarchiven von anderer Seite übernommen worden sind, enthalten zwar auch Flugblätter aus anderen Hochschulen, der Umfang ist jedoch in aller Regel verschwindend gering.

Bewertung

Abschließend sei der Blick auf die Frage der Bewertung von Dokumenten der 68er-Zeit in Universitätsarchiven gelenkt. Aus dem eingangs Gesagten wird deutlich, dass es kein eigenes Archivierungsmodell für Materialien aus der Zeit der Studentenproteste geben kann. Die Bewertung der Sachakten aus den Registraturen der Hochschulverwaltungen, der akademischen und der studentischen Selbstverwaltung erfolgt hier nicht anders als für andere Zeitbereiche auch. Aber in einer eher vorwissenschaftlichen Weise, die sich gar nicht an Fragen des Evidenzwerts einer Akte orientiert, herrscht allgemein ein großer Respekt vor der gesamten Überlieferung der Jahre um 1968. Das zeigt sich an den umfangreichen Flugblattsammlungen, die überall angelegt, kaum irgendwo aber kritisch bewertet worden sind. Das Bewusstsein, dass es sich bei den Protesten der 1960er-Jahre um eine enorme Umwälzung in der deutschen Gesellschaft handelte, war den Zeitgenossen ebenso gegenwärtig wie den später Geborenen. Daher haben wir neben der Überlieferung der staatlichen Stellen und der Überlieferung in den Universitätsarchiven eine so erstaunliche Fülle von Materialien in Archiven, die eigentlich gar nicht damit betraut sind, etwa eine Sammlung von 4000 Flugblättern (allerdings mit einer Laufzeit bis 1989) im Stadtarchiv Göttingen oder eine umfangreiche Fotosammlung im Stadtarchiv Nürnberg.

An Materialmangel hat die Forschung also nicht zu leiden, wenn es um die Untersuchung von *1968* geht – eher schon an Mangel an Zusammenhang. Denn das Problem vieler Überlieferungen ist der selektive und zufällige Charakter. Das gilt insbesondere für die Flugblattsammlungen. Hier bietet sich der Forschung in den Beständen der Universitätsarchive am ehesten eine Überlieferung an, die Zusammenhänge sichtbar machen kann, weil hier die Dokumente der Professorenseite und der Studentenseite gleichermaßen vorliegen und nebeneinander gelesen werden können. Allerdings sind auch hier Einschränkungen zu machen. Die Breite des Materials ist nicht gleichbedeutend mit seiner informatorischen Tiefe. Was sehr häufig fehlt, ist eine über das Plakative hinausgehende Innensicht der Akteure, wie sie in dem zutage tritt, was die Frühneuzeit-Forschung heutzutage mit *Ego-Dokumenten* bezeichnet. Private Korrespondenzen, Tagebücher oder andere Aufzeichnungen privater Art fehlen in den Universitätsarchiven fast völlig. Anders als bei der Überlieferung der Wiederaufbauzeit nach dem Zweiten Weltkrieg, wo mittlerweile zahlreiche persönliche Schilderungen von Studierenden der ersten Stunde vorliegen, gibt es für die 68er-Zeit nur relativ wenige Zeitzeugenberichte oder biografische Schilderungen. Das Universitätsarchiv Saarbrücken hat schon seit einigen Jahren mit einer systematischen Sammlung solcher Berichte begonnen, die sich aber stark auf die Professoren konzentrieren. Andere Archive haben hier bisher noch nicht nachgezogen. Eine Ergänzung ist durch die Überlieferungsbildung in den Archiven sozialer Bewegungen zu erwarten. Daher wird die stärkere Vernetzung der universitären Überlieferung mit derjenigen ihrer Absolventen in den kommenden Jahren das Gebot der Stunde sein.

Sammlung von Dokumenten in Archiven sozialer Bewegungen

Von Michael Koltan

Es dürfte ziemlich exakt 20 Jahre her sein, dass ich zum ersten Mal das *Archiv Soziale Bewegungen* in Freiburg im Breisgau betrat. Das Archiv war damals knapp zwei Jahre alt – am 1. Mai 1985 waren die Räume über den Pferdeställen einer ehemaligen Kohlengroßhandlung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Vorangegangen waren lange Diskussionen über die Funktion eines solchen *Bewegungsarchivs*. In der Gründungserklärung, die in der alternativen *Stadtzeitung* veröffentlicht wurde, hieß es damals: *Es geht nicht darum, Museumswächter des sozialen Protestes zu werden und Diplomanden eine sichere Quellenbasis für ihre Arbeiten zu verschaffen, sondern Bestandteil der politischen Aktivitäten in der Region zu sein. Es hat sich gezeigt, daß gerade soziale Bewegungen nur eine geringe personelle und institutionelle Kontinuität aufweisen. Erfahrungen können nicht weitergegeben werden, Mythenbildungen* […] *und ständige Wiederholungen alter Fehler sind die Folge.*[1] Entsprechend dieser Absichtserklärung war ich damals, als ich in das Archiv kam, der ideale Kandidat. Ich war ein junger, an der Uni politisch engagierter Student und wollte mehr über die Tradition der Studentenbewegung erfahren. Dass das, was der Marxisitische Studentenbund Spartakus uns damals als *Studentenbewegung* verkaufen wollte, nicht ganz das war, das sich mir mit der ominösen Chiffre *68* verband, war mir irgendwie klar. Ich hatte mir antiquarisch das bereits zehn Jahre zuvor erschienene Buch von Peter Mosler *Was wir wollten, was wir wurden* gekauft. Im Anhang dieses Buchs fand sich auch eine Chronologie der Studentenbewegung, zusammengestellt von Wolfgang Kraushaar, der ich aufregende Dinge entnehmen konnte. Für den 7. Februar 1968 etwa steht dort verzeichnet: *1000 Freiburger Studenten stürmen das dortige Amtsgericht, um Festgenommene zu befreien.*[2] Das war damals schon mehr nach meinem Geschmack als das langweilige Genörgel an der aktuellen Novelle des Hochschulrahmengesetzes; und so hatte ich mich in das Archiv aufgemacht, um Näheres über die vergangenen Kämpfe zu erfahren.

---

1 Archiv-Gruppe. »Das Archiv für Soziale Bewegungen in Baden«. In: Stadtzeitung für Freiburg Nr. 102 vom März 1985, S. 20.

2 Wolfgang *Kraushaar*: Notizen zu einer Chronologie der Studentenbewegung. In: Was wir wollten, was wir wurden. Studentenrevolte – zehn Jahre danach. Hg. von Peter *Mosler*. Reinbek 1980. S. 275.

Der Raum war nicht besonders groß – vielleicht 20 Quadratmeter. An den Wänden standen einige alte Holzregale mit Ordnern und Archivboxen, der Boden bestand aus groben Holzdielen mit zentimeterbreiten Ritzen zwischen den einzelnen Brettern. In einer Ecke des Raums war ein kleines Kabuff abgetrennt, das man im Winter mit einem Elektroradiator heizen konnte, da der eigentliche Archivraum über keine Heizung verfügte.

Hier also äußerte ich mein Begehren, mehr über die glorreichen Zeiten von '68 zu erfahren. Ich bekam zwei Archivboxen ausgehändigt, die das gesamte Material zur Studentenbewegung – nicht nur von '68, sondern bis zum damaligen Zeitpunkt – enthielten. Die wenigen Flugblätter, hektografierten Thesenpapiere, Broschüren und Zeitschriften, die ich in diesen Kartons fand, waren völlig ungeordnet und umfassten einen Zeitraum von 20 Jahren. Das heißt, ich machte die Erfahrung eines jeden, der zum ersten Mal ein Archiv aufsucht, um *eben mal schnell* Informationen zu einem Thema zu erhalten: So funktioniert Archivrecherche nicht. Man muss schon Zeit und Geduld haben, um das Material zum Sprechen zu bringen.

Wie ich von den damaligen Archivaren dann erfuhr, war es durchaus ihre Intention, ihr Archiv in dieser Hinsicht benutzerfreundlicher zu gestalten. Das Material sollte gemäß seiner eigenen Logik sortiert und aufbereitet werden, damit die Nutzer mithilfe einer Systematik schnell das Material finden konnten, das sie suchten. Diese Systematik gliedert das Archivmaterial grob in 20 Punkte, die verschiedenen Bewegungssegmenten entsprechen: Von Punkt 1 *Arbeitskämpfe* bis zu Punkt 20 *Hämmer und Kurioses*. Die Punkte selbst verzweigen sich nach unten in Unterpunkte, diese wieder in Unterpunkte und so weiter. Das Archiv wurde also in Form einer hierarchischen Baumstruktur gegliedert, in der man vom Allgemeinen zum Speziellen kommen konnte.

Die einzelnen Hauptpunkte hatten damals verschiedene Betreuer, die für die Sortierung, Aufteilung und Ordnung des neu hereinkommenden Materials die Verantwortung hatten. Mein Pech war nur, dass es für den Punkt Studentenbewegung niemanden gab, der dafür zuständig war. Die erste Generation der Archivgründer kam vor allem aus der Anti-AKW- und Hausbesetzer-Bewegung; und dementsprechend waren auch die Interessen verteilt.

Es blieb mir also nichts anderes übrig, als selbst eine gewisse Ordnung in das Material der zwei Archivboxen zu bringen; so viel Arbeit schien das ja nicht zu sein. Und wenn ich das schon machte, so dachte ich mir, dann könnte ich es auch gleich ordentlich machen, das heißt zusammen mit der Archivgruppe eine Struktur zur Untergliederung dieses Punkts zu entwerfen. Mehr als ein paar Wochen wollte ich damit nicht verschwenden.

Doch sehr schnell musste ich feststellen, dass das gar nicht so einfach war, denn mir fehlte es ziemlich an Wissen. Die 68er-Bewegung, die sich, wie ich schnell feststellen konnte, noch weit in die 1970er-Jahre hineinzog, entpuppte sich sehr schnell als ein sehr komplexes, widersprüchliches Gebiet. Für je-

manden wie mich, der gerade im dritten Semester Geschichte im Nebenfach studierte, war das ein kaum zu durchschauendes Wirrwarr von Gruppen, Positionen, Phrasen, öffentlichen und internen Auseinandersetzungen, die nur sehr schwer in eine sinnvolle Ordnung zu bringen waren.

Glücklicherweise war die Menge des real vorhandenen Materials begrenzt; und die Mitglieder der Archivgruppe, die im Schnitt zehn Jahre älter waren als ich, konnten mir wertvolle Tipps und Hinweise geben. Und so sah ich dann doch das Ende meiner selbstgesteckten Aufgabe und damit meinen Abschied vom Archiv näher rücken. Bis dann dieser schwarze Tag kam, an dem Hans Köhler verstarb.

Bevor ich dies näher erläutere, sollte ich erklären, wie bis dahin überhaupt Materialien ins Archiv kamen: Der Grundbestand beruhte zum größten Teil auf den privaten Sammlungen der Archivgründer; dann kam gelegentlich eine Plastiktüte oder eine Kiste mit neuen Materialien, wenn jemand aus der Bewegung umzog, das Zeug zu schade zum Wegwerfen fand, und sich erinnerte, dass es jetzt ja dieses neue Archiv gab. Hinzu kam das unmittelbar zeitgenössische Material, das aktuell gesammelt wurde.

Mit dem Tod von Hans Köhler hingegen begann ein neues Zeitalter: Das Archiv erhielt seinen ersten Nachlass. Hans Köhler kam in den frühen 1970er-Jahren nach Freiburg im Breisgau, war politisch aktiv und, was für uns noch wichtiger war, er war ein manischer Sammler. Ich erinnere mich noch wie heute, wie wir im Keller eines Gründerzeithauses standen und einen riesigen Kleiderschrank öffneten. In diesem lagen, ordentlich in handliche Päckchen aufgeteilt und in Frischhaltefolie eingeschlagen, unglaubliche Mengen von Materialien, hauptsächlich aus den Jahren 1971–1977. Verglichen mit den beiden armseligen Ordnern, die wir bisher im Archiv hatten, war dies eine Goldgrube.

Und damit war auch mein Schicksal besiegelt. Das bevorstehende Ende meines kurzzeitigen Engagements im Archiv konnte ich vergessen. Jetzt musste eine viel granularere Ordnung für das Material aus der Studentenbewegung entwickelt werden, damit diese Schätze aufbereitet werden konnten.

Ich könnte nun den Running Gag weiterführen und behaupten, dass der nächste entscheidende Anruf just zu dem Zeitpunkt kam, als ich das Material von Hans Köhler aufgearbeitet hatte. Tatsächlich kann ich das nicht mehr so genau sagen, denn inzwischen war ich längst dem Archiv verfallen. Jedenfalls, ein oder zwei Jahre später erhielten wir einen Anruf aus dem AStA der Universität: Der AStA würde umziehen und auf dem Speicher läge noch eine Menge altes Material, ob wir das haben wollten; das Universitätsarchiv hätte bereits abgelehnt, und sie würden es sonst auf den Müll werfen. Wir gingen in aller Eile zum AStA, wo schon der Müllcontainer vor dem Haus stand. Wir schauten uns an, was auf diesem Speicher herumlag, besorgten in aller Eile einen Transporter und Umzugskartons und schleppten letztendlich 40 derartige Kartons mit Material ins Archiv. Darunter war natürlich eine ganze Menge Müll, aber zum Teil handelte es sich unersetzliche historische Doku-

mente. Ich möchte hier nur ein Beispiel anführen: Am 9. Februar 1968 wurde bei einer Demonstration gegen Fahrpreiserhöhungen ein Theologiestudent schwer verletzt, als er von vier Polizisten zusammengeschlagen wurde. Nach dem Vorbild der eigenständigen Untersuchungskommission, die nach dem Tod von Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 in Berlin vom dortigen AStA eingerichtet wurde, wurden auch in Freiburg Zeugenaussagen gesammelt, um der offiziellen Darstellung des Ereignisses durch Repräsentanten der Polizei etwas entgegenzusetzen. Diese (oft handschriftlichen) Zeugenaussagen, nicht nur von Studenten, sondern auch von Freiburger Bürgern, wären inzwischen längst in einer Müllkippe verrottet, wenn das Archiv damals nicht sichernd eingegriffen hätte.

Heute finden sich diese und andere Materialien übrigens nicht nur bei uns im Archiv, sondern auch auf der von uns herausgegebenen CD-ROM *Gleich wird's grün – Freiburger Fahrpreiskämpfe 1968*.

Ich will nun nicht weiter detailliert aufführen, welche wichtigen Konvolute in der Folgezeit erworben werden konnten. Wobei Erwerbung auch das falsche Wort wäre: Wir haben keinerlei Ankaufsetat, um damit Lücken in unseren Beständen zu füllen. Wir müssen im Jahr mit 25 000 Euro haushalten, die wir dankenswerterweise von der Stadt Freiburg im Breisgau erhalten, die aber hinten und vorne nicht reichen. Heute belegt das Archiv nicht mehr 20 zugige und ungeheizte Quadratmeter in einem ehemaligen Pferdestall, sondern ungefähr das sieben- bis achtfache auf drei Stockwerken in einer sanierten und ausgebauten Eisengießerei. Alleine unsere Mietkosten belaufen sich inzwischen auf über 10 000 Euro jährlich, vom kläglichen Rest versuchen wir mehr schlecht als recht unseren hauptberuflichen Archivleiter zu bezahlen; denn rein mit ehrenamtlicher Arbeit lässt sich ein Archiv von dieser Größe und Besucherfrequenz inzwischen nicht mehr betreiben.

Unser eigentliches Kapital besteht jedoch in dem Vertrauen, das uns ehemalige oder auch immer noch umtriebige Aktivisten entgegenbringen. Und das in mehrfacher Hinsicht: Zum einen finanziell. Wir konnten im letzten Jahr mehr als 10 000 Euro Spendengelder einwerben, um die drohende Schließung des Archivs zu verhindern. Zum anderen durch aktive Mitarbeit bei den Projekten des Archivs. Und zu guter Letzt bei dem, was uns hier interessiert: bei der Beschaffung von Material. Denn gerade dies ist in einem sehr hohen Maß von Vertrauen abhängig, denn die Menschen, die uns ihr Material geben, geben damit zu einem nicht geringen Teil auch ihre Lebensgeschichte in unsere Hände und erwarten, dass wir mit der nötigen Sorgfalt, dem angemessenen Respekt und auch dem entsprechenden Verständnis damit umgehen.

Das betrifft insbesondere die Materialien, nach denen wir in den letzten Jahren verstärkt fanden, nämlich nicht nur veröffentlichtes Material, sondern eben auch die ganz privaten Materialien, die gerade für das Verständnis einer derart radikal subjektivistischen Bewegung wie der sogenannten *Studenten-*

bewegung von 1968ff. unerlässlich sind. Denn die offiziellen Verlautbarungen in Flugblättern, Thesenpapieren und Grundsatzerklärungen repräsentieren nur einen kleinen Teil derer, die von dem Sog, den die Ereignisse von 1968 auf eine ganze Generation ausübten, mitgerissen wurden.

Deshalb versuchen wir in zunehmendem Maß an Material heranzukommen, das in der Lage ist, die subjektiven Seiten der Bewegung zu dokumentieren. Das sind zum einen visuelle Medien wie Fotografie und Film. Bis vor wenigen Jahren war uns zum Beispiel überhaupt nicht klar, wie viel schon Ende der 1960er-, Anfang der 1970er-Jahre mit dem Format Super 8 gefilmt wurde. Hier gibt es mit Sicherheit noch einiges an Schätzen zu heben, die unseren Blick auf 68 wenn schon nicht revolutionieren, so doch zumindest erweitern dürften.

Zum anderen sind das persönliche Notizen und Protokolle. Wie wichtig derartiges Material ist, konnten wir jüngst feststellen, als es uns gelang, Klaus Theweleit zu überreden, seinen Speicher zu durchforsten und sein Material zu den 1968er-Jahren dem Archiv zur Verfügung zu stellen. Angefangen von handschriftlichen Protokollen des Freiburger SDS bis hin zu privaten Notizen und Aufzeichnungen erlaubt dieses Material eine Innenansicht der Revolte, die auch manches bezeichnende neue Licht auf die Bewegung wirft. So wird zum Beispiel klar, dass die Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhungen in Freiburg keineswegs primär eine studentische Aktion war. Der SDS wurde von der Dynamik genauso überrumpelt wie die Polizei. Es waren vor allem Jugendliche, Schüler und Lehrlinge, die die Aktionen trugen.

Und dann gibt es die wirklich radikal subjektiven Dokumente wie Briefe und Tagebücher. Vieles von dem, was Anfang der 1970er-Jahre formuliert wurde, wirkt heute unglaublich abstrus, auch für diejenigen, die das damals so vertreten haben und heute darüber nur mehr ungläubig den Kopf schütteln können. Doch es ist das eine, derartiges Gedankengut in Form von mehr oder weniger anonymen Flugblättern an ein Archiv zu geben, ein anderes, die eigenen Tagebücher oder Briefe so der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Welche Fundgrube sich in dieser Hinsicht jedoch auftun kann, konnten wir jüngst feststellen, als es uns gelang, unserer Sammlung Tagebücher einzuverleiben, die minutiös die Innenansichten aus einer maoistischen K-Gruppe dokumentieren. Wie wir mit derartigem Material, das gemäß der damaligen Maxime *Das Private ist politisch* oft tatsächlich *sehr* privaten Charakter hat, umgehen sollen, ist uns selbst noch nicht ganz klar. Auf eines können sich die Materialgeber bei uns aber sicher verlassen: Wir werden unser Möglichstes tun, dass derartiges Material weder zur persönlichen noch zur politischen Denunziation ausgeschlachtet werden kann. Es ist unser Vorteil als unabhängige Institution, dass wir willkürlich entscheiden können, wem wir welche Materialien aushändigen und wem nicht. Anders als staatliche Archive können wir dadurch zwei sich augenscheinlich widersprechende Bedürfnisse befriedigen: dass einerseits der Persönlichkeitsschutz gewährleistet ist und

andererseits, dass das Material den, nennen wir es einmal *richtigen,* Leuten dennoch zur Verfügung steht.[3]

Denn dies ist ein weiteres wichtiges Kettenglied im Vertrauensverhältnis zwischen Bewegungsarchiv und Aktivisten: In Bewegungsarchiven ist das Material auf eine Weise öffentlich und es kann mit einer Leichtigkeit benutzt werden, wie das in staatlichen Archiven einfach nicht möglich ist. Ein aktuelles Beispiel: Wir haben nach mühsamen Recherchen einen Freiburger Aktivisten aus den frühen 1970er-Jahren aufgetrieben, der über eine unglaubliche Fotosammlung verfügt. Oder besser gesagt verfügte, denn er hat diese Sammlung an das Staatsarchiv des Kantons Zürich abgetreten. Dort lagert es im 5. Untergeschoss und kann nur mit Spezialgenehmigung eingesehen werden. Damit ist die Sammlung zwar für die Wissenschaft gesichert, aber für eine politisch interessierte Öffentlichkeit weitgehend verloren. Doch genau Letzteres ist den ehemaligen Aktivisten oft ein wichtiges Anliegen: Das Material soll nicht nur aufbewahrt werden, sondern möglichst öffentlich zugänglich sein. Und das garantiert ein Bewegungsarchiv wie das unsere viel umfassender als das staatliche Archive könnten.

Das heißt nicht, das zwischen den Bewegungsarchiven und den staatlichen Archiven ein Konkurrenzverhältnis bestehen muss, im Gegenteil. Die bereits erwähnte CD-ROM über die Freiburger Fahrpreiskämpfe 1968 wurde in guter Kooperation zwischen uns und dem Freiburger Stadtarchiv erstellt und herausgegeben. Aus dem Stadtarchiv kamen offizielle Akten wie die Stadtratsprotokolle über die Fahrpreiserhöhungen, aber auch Briefe von Bürgern an den Bürgermeister, von uns hingegen die Flugblätter der Schüler und Studenten und Solidaritätserklärungen, die an den AStA geschickt wurden. Nur zusammen ergeben sie ein vollständiges Bild der Auseinandersetzung.

Und wie wichtig das ist, kann man sich klarmachen, wenn man auf dieser CD unter dem Datum des 7. Februar 1968 nach der legendären Erstürmung des Freiburger Amtsgerichts durch 1000 Studenten sucht. Denn man wird leider nicht fündig werden. Das Ganze geht wohl auf einen Artikel in der *Bild*-Zeitung zurück, wo schon etwas weniger dramatisch behauptet wurde, 100 Studenten hätten *versucht*, das Amtsgericht zu stürmen. Die örtliche *Badische Zeitung* hingegen berichtete nur, dass *nach unbestätigten Mitteilungen*

---

[3] Diese Bemerkung verursachte einen kleinen Sturm der Entrüstung in der Diskussion (vgl. Tagungsbericht in diesem Band S. 42). Um die Missverständnisse nicht noch weiter zu vertiefen, mögen folgende Klarstellungen helfen: Diese Aussage bezieht sich allein auf personenbezogene Materialien, die wahrscheinlich noch nicht einmal ein Promille unserer Archivbestände ausmachen. Da es bei uns keine *Sperrfrist* gibt, müssen wir den Persönlichkeitsschutz auf eine andere Art und Weise gewährleisten – was in der Tat den gewissen Ruch undemokratischer Willkür erweckt. *De facto* kann ich guten Gewissens behaupten, dass wir noch niemandem irgendwelche Zugänge zu irgendwelchen Materialien verweigert haben; für die Zukunft jedoch werden wir uns ein *Procedere* überlegen müssen, wie wir mit personenbezogenen Materialien umgehen wollen, denn diese Art von Materialien wird in den nächsten Jahren zunehmen.

eine Gruppe von Demonstranten ohne Erfolg in den Hof des Amtsgerichts eingedrungen war. So entstehen Mythen; und deshalb braucht es Archive, offizielle und unabhängige, um derartigen Mythen etwas entgegenzusetzen.

Weiße Flecken der Überlieferung

Von Wolfgang Kraushaar

Zu Beginn eine kurze Vorbemerkung zum Titel dieses Oberkapitels, der dem zugrunde liegenden Kolloquium entnommen ist: *1968* – Was bleibt von einer Generation? Der Titel klingt ganz so, als habe man es hier nur mit einer rhetorischen Frage zu tun: Was soll schon bleiben?! Archivalien sind es, die bleiben, was sonst! Doch vielleicht ist das ja nur ironisch gemeint gewesen. Und sofern dies der Fall sein sollte, dann dient diese Vorbemerkung nur dazu, das auch explizit gemacht zu haben.

Der Titel verrät noch etwas anderes: Darin ist von einer *Generation* die Rede. Lassen Sie mich dazu eine Passage aus einem kürzlich in der *Süddeutschen Zeitung* veröffentlichten Artikel zitieren: *Stünden alle echten Achtundsechziger nebeneinander, käme keine Generation zusammen. Die Menge würde allenfalls die Stehplätze im Stadion von Wacker Burghausen füllen*.[1] Das mag witzig und in seiner provinzialistisch anmutenden Reduktion übertrieben erscheinen, es dürfte aber im Kern – wenn man die Menge vielleicht auf ein ausverkauftes Stadion von Wacker Burghausen erweitern würde – durchaus zutreffend sein. Im Nachhinein hat es angeblich Hunderte von Mitbewohnern der *Kommune I* und Hunderttausende von Angehörigen der 68er-Bewegung gegeben. Das sind jedoch nichts anderes als die wohlfeilen Effekte subjektiver Selbststilisierung und Relevanzanleihe sowie medialer Aufplusterung, Effekte, die in der historischen Forschung nichts zu suchen haben sollten.

Aus diesem und anderen Gründen möchte ich vorwegschicken, dass es in meinen Überlegen zu *Weißen Flecken der Überlieferung* um keine Generation, sondern um eine Bewegung geht, eine in ihrer Quantität beschränkte und zumeist hoffnungslos übertriebene Anzahl von Akteuren; diese Bewegung war zeitlich von begrenzter Dauer, sie entstand eruptionsartig nach den tödlichen Schüssen auf Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967, und sie fiel mit der Bildung der sozialliberalen Koalition im Herbst 1969 wieder auseinander. Im Grunde war sie, wie das Sebastian Haffner als erster erkannte, ein Parallelphänomen zur Großen Koalition. Diese Bewegung trug zeitweilig ganz unterschiedliche Namen, Selbst- und Fremdbezeichnungen. Seit dem Beginn der 1980er-Jahre hat sich durchgesetzt, von ihr als *68er-Bewegung* zu sprechen; auch wenn es sich dabei von Anfang an um eine eher abwertende Be-

---

[1] Thomas *Steinfeld*: Das Phantom. Uwe Nettelbeck, das Jahr 1968 und die großen Projekte. In: Süddeutsche Zeitung vom 24. Januar 2007.

nennung durch Akteure einer nachfolgenden Jugendbewegung handelte, die seinerzeit von den Medien begierig aufgegriffen worden ist, so ist diese Bezeichnung inzwischen alternativlos. Immerhin hat sie den Vorzug, das dynamische Moment zum Ausdruck zu bringen, ohne sich damit zugleich auf eine bestimmte Gruppe sozialer Akteure festzulegen.

Um keine falschen Erwartungen zu nähren: Ich werde Ihnen im Folgenden keine Kartografie der weißen Flecken ausbreiten, sondern einen Erfahrungsbericht liefern, wie ich in der Vergangenheit mit derartigen Quellendefiziten umgegangen bin.

Ein Phänomen ist vermutlich allgemein bekannt. Auf der einen Seite existieren Flugblätter, Zirkulare und Periodika in Hülle und Fülle, auf der anderen Seite herrscht ein geradezu dramatischer Mangel an aussagekräftigen Dokumenten. So fehlt es nur allzu häufig an Protokollen, aus denen der Verlauf gruppeninterner Auseinandersetzungen und das Zustandekommen wichtiger Entscheidungen hervorginge. Viele Gruppen und Organisationen, für die im übertragenen Sinn Tucholskys Bonmot Gültigkeit besitzt, dass sie offenbar *ihre Tinte nicht halten* konnten, haben für einen schier unfassbaren Überfluss an Gedrucktem gesorgt. Insbesondere von den weniger bedeutenden wie den Hunderten von neoleninistischen, stalinistischen und maoistischen Kleinorganisationen existieren Tonnen an Schrifttum, das in seiner weltanschaulichen Aufdringlichkeit zumeist formelhaft redundant ist und häufig kaum mehr als einen Erkenntnisgewinn zulässt – den, dass es offenbar doch eine beträchtliche Menge jüngerer Leute gegeben haben muss, die bereit waren, sich nicht nur auf einen pseudoproletarischen Weg zu begeben, sondern auch von den totalitären Machtgelüsten einer Parteigründung verlocken zu lassen. Nicht selten drängt sich einem der Eindruck auf, als hätten gerade jene Strömungen ihre mangelnde gesellschaftspolitische Relevanz durch ideologiegesättigte Hyperproduktivität zu kompensieren versucht. Kaum ein größerer Widerspruch lässt sich jedenfalls denken, was das Thema Überlieferungsbildung anbetrifft.

Bekanntlich werden Dokumente und Materialien, die aus dem Spektrum von Protestbewegungen stammen, nicht automatisch von staatlichen Archiven erfasst. Erzeugnisse von nichtstaatlichen Organisationen und Gruppen, zumal solchen nur schwer zu fassenden Phänomenen wie Bewegungen tauchen dort häufig überhaupt nicht auf. Ein Historiker hat vor ein paar Jahren in Hamburg einen entsprechenden Test unternommen und ist dabei zu dem folgenden Ergebnis gelangt: *In der Hamburger Staatsbibliothek findet sich – obwohl Pflichtabgabestelle für Hamburger Publikationen – nur eine gewisse Auswahl von Veröffentlichungen* […] *Die Mehrzahl der ›grauen Literatur‹ von Broschüren und kleinen Zeitschriften ist dort nicht aufbewahrt. Dies hat mehrere Gründe: Zum einen bestand und besteht in der Linken eine erhebliche Skepsis gegenüber staatlichen Einrichtungen, so daß bereits die Staatsbibliothek unter das Verdikt ›staatstragend‹ fällt und eine Ablieferung Unbehagen bereitet. Zum anderen sind die Publikationen oft nur in kleiner*

Auflage und kurze Zeit erschienen. Erstellt von nicht-professionellen Redaktionen, orientierten sich die Redakteure nicht an den üblichen Mechanismen des Zeitschriftenmarktes […] *und wußten meist von der Existenz einer Pflichtabgabestelle nichts. Wenn die Staatsbibliothek auf Zeitschriften aufmerksam wurde, waren sie oft schon wieder eingestellt oder die Anfragen wurden – politisch begründet – einfach ignoriert* […] *Am aufschlußreichsten sind aber vermutlich die Bestände des Verfassungsschutzes und der Staatsschutzpolizei, da über den Umweg der staatlichen Überwachung und Kontrolle eine Reihe von Originaldokumenten in den Besitz des Staatsarchivs gelangen sowie Einschätzungen und Spitzelberichte über linke Gruppen. Nach Auskunft des zuständigen Bearbeiters sind für die Verfassungsschutzunterlagen bereits einige als Sachakten angelegt, die mit Ablauf der 30jährigen Sperrfrist zugänglich werden. Aber hier – und noch ausgeprägter bei den Staatsschutzakten – sind Akten häufig personenbezogen zusammengestellt worden und unterliegen einer längeren Sperrfrist. Hinzu kommen bei dieser Archivgutgruppe Geheimhaltungsvorschriften, welche die Sperrfrist für einzelne Unterlagen auf 60 Jahre verlängern.*[2] Das hier skizzierte Bild hat mich bereits vor vielen Jahren dazu bewogen, für den Aufbau eines eigenen Archivs zu sorgen, in dem Dokumente solch vorübergehender und in sich fragiler sozialer Phänomene wie Protestbewegungen aufbewahrt werden sollten.

Bei der 1991 an unserem Institut, einer Privatstiftung, erfolgten Gründung des Archivs *Protest, Widerstand und Utopie*, das den umfangreichsten Bestand in dem von meinem Kollegen Reinhart Schwarz geleiteten Gesamtarchiv ausmacht, ist deshalb neben dem grundsätzlichen Bemühen, Protestbewegungen seit 1945 in der Bundesrepublik Deutschland möglichst umfassend und differenziert zu dokumentieren, ein besonderes Augenmerk auf jene Bewegungssegmente gelenkt worden, die in ihrer Relevanz zwar unbestreitbar, hinsichtlich ihrer empirischen Dokumentierbarkeit jedoch nur schwer fassbar sind. Von Anfang an war klar, dass es besonderer Anstrengungen bedürfen würde, um überhaupt in Erfahrung zu bringen, wo bestimmte Texterzeugnisse nach Jahren und Jahrzehnten gelandet waren, ob sie nach dem soundsovielten Umzug ihrer Eigentümer nicht einfach als lästig empfunden und deshalb auf den Müll geworfen worden sind.

Ich werde meine Erfahrungen im Zusammenhang mit drei einzelnen Sammlungen schildern, dem Nachlass des 1979 an den Spätfolgen des auf ihn verübten Attentats verstorbenen Rudi Dutschke, den sogenannten *Quellen zur Kommuneforschung* der von 1967 bis 1969 existenten *Kommune I* und dem Bestand des 1969 in West-Berlin insbesondere zur Verteidigung von Demonstranten gegründeten *Sozialistischen Anwaltskollektivs*.

---

[2] Knud *Andresen*: »Wir wollen alles« Quellen der Neuen Linken und Neuen Sozialen Bewegungen in Hamburg. In: Auskunft. Hamburger – Mitteilungsblatt der Hamburger Bibliotheken. Heft 1 (2000).

Der Rudi-Dutschke-Nachlass

Die Quellenproblematik, um die es hier geht, lässt sich besonders gut an einem einzigen Beispiel exemplifizieren. Einerseits hatte Rudi Dutschke in der 68er-Bewegung nie eine formell hervorgehobene Rolle gespielt; er war weder SDS-, AStA- oder gar VDS-Vorsitzender. Andererseits aber war er wie kein Zweiter Schlüsselfigur in der Westberliner Inkubationszeit der 68er-Bewegung zwischen 1965 und 1967 ebenso wie in der sich dann auf die gesamte Bundesrepublik beziehenden Kernzeit zwischen 1967 und 1968. Darüber hinaus ist durch den auf ihn am Gründonnerstag 1968 verübten Mordanschlag sein persönliches Schicksal mit dem der damaligen Protestbewegung punktuell identisch geworden: Das Dutschke-Attentat war der Kulminationspunkt der 68er-Bewegung. Allein dieser Hinweis reicht aus, um deutlich zu machen, dass die überaus zahlreichen aus seinem Privatbesitz stammenden Dokumente für eine historische Erforschung der 68er-Bewegung insgesamt unverzichtbar sein mussten. Sein Nachlass befand sich jedoch nicht – was eigentlich ziemlich naheliegend hätte sein müssen – in dem 1973 an der Freien Universität von ehemaligen SDS-Mitgliedern gegründeten Archiv *APO und soziale Bewegungen*. Ja, er befand sich nicht einmal mehr in Deutschland.

Als ich kurz nach dem Mauerfall 1989 davon erfuhr, dass im Frankfurter Club Voltaire zu Dutschkes zehntem Todestag am 24. Dezember eine Gedenkveranstaltung geplant war, zu der auch seine Familie kommen sollte, bin ich kurzentschlossen dorthin gereist. Mitgewirkt haben bei der Veranstaltung die beiden Soziologen und Dutschke-Freunde Klaus Meschkat und Detlev Claussen sowie die Witwe samt ihrer drei Kinder, eingeflogen aus den USA und Dänemark. In dem nachfolgenden Gespräch wurde rasch deutlich, dass Gretchen Dutschke-Klotz Interesse hatte, vorübergehend nach Deutschland zu kommen. Dabei signalisierte sie zudem ihre Bereitschaft, den in Massachusetts befindlichen Nachlassbestand zu ordnen und ihn für die künftige Forschung zugänglich zu machen.

Als sie dann im August 1990 zusammen mit ihrem zehnjährigen Sohn Marek in Hamburg eintraf, um in unserem Institut über die Rolle ihres Mannes bei der Entstehung der Grünen zu forschen, war das zugleich der Anlass, den einige Zeit später auf dem Seeweg in Containern eingetroffenen Nachlass zu sichten und provisorisch zu ordnen. Dabei hatte ich Gelegenheit, auch den handschriftlichen Teil nach verschiedenen Hinweisen zu durchforsten, unter anderem zum Komplex der deutschen Einigung. Da sich die DDR, aus der Dutschke ja stammte, in Auflösung befand und sich die SED bereits in PDS umbenannt hatte, war es naheliegend darüber zu spekulieren, wie Dutschke wohl auf die Implosion des poststalinistischen Regimes, die Transformation der einstigen Staatspartei und die sich abzeichnende deutsche Einigung reagiert hätte. Und nicht weniger abwegig war es, sich an die deutschlandpolitischen Initiativen zu erinnern, die er in den 1970er-Jahren gestartet hatte und

die bei fast allen seinen Mitstreitern auf Kopfschütteln und Unverständnis gestoßen waren. Dabei erlebte ich rasch eine Überraschung nach der anderen. Insbesondere wurde mir bewusst, dass die sogenannte nationale Frage nicht erst nach Dutschkes Genesung in den 1970er-Jahren für ihn eine Rolle spielte, sondern bereits sehr viel früher. Selbst auf dem Höhepunkt der 68er-Bewegung hatte er eine maßgebliche Initiative gestartet, die Wiedervereinigung Deutschlands in strategische Überlegungen zur revolutionären Umwälzung Westberlins einzubetten.

Als ich seine Witwe deshalb im Herbst 1990 mit diesen Ergebnissen konfrontierte, reagierte sie zunächst mit Abwehr und Misstrauen. Insbesondere kreiste unsere interne Debatte um die Frage, ob ihr verstorbener Mann der Autor eines im Juli 1967 im *Oberbaumblatt* veröffentlichten Aufsatzes sein könnte, in dem ein *R. S.* unter der Überschrift *Zum Verhältnis von Organisation und Emanzipationsbewegung* gefordert hatte, ein rätedemokratisch organisiertes West-Berlin müsse *ein strategischer Transmissionsriemen für eine zukünftige Wiedervereinigung Deutschlands* werden. Ich war der Meinung, dass bereits der sprachliche Duktus für eine Autorenschaft Rudi Dutschkes spräche. Nun, es dauerte nicht lange, bis ein letzter Rest an Unklarheit beseitigt werden konnte. Dutschke-Klotz stieß im Nachlass auf eine von ihrem Mann handschriftlich verfasste Gliederung zu einer Publikation jener Schriften, die am besten seinen eigenen politischen Werdegang hätten dokumentieren können. Der Titel lautete *Gegen den Strom*. Und einer der ersten Texte, die dort aufgeführt wurden, war jener unter Pseudonym verfasste Text aus dem *Oberbaumblatt*. Damit war die Sache entschieden. Kurz darauf hielt ich in Essen einen Vortrag über *Die heimliche Dialektik von Internationalismus und Nationalismus* und 1992 erschien der Text dann unter dem Titel *Rudi Dutschke und die Wiedervereinigung* in gekürzter Form in unserer Institutszeitschrift *Mittelweg 36*. Seitdem lässt sich jedenfalls über Dutschkes Internationalismus nicht mehr sprechen, ohne zugleich auch seine nationale, an einer Wiedervereinigung Deutschlands unter linken Vorzeichen orientierten Einstellung zu bedenken.

Das Projekt über Dutschkes Rolle in der Entstehungsphase der grünen Partei ist übrigens nicht beendet worden. Teile davon sind dann aufgegangen in der von Gretchen Dutschke-Klotz verfassten Biografie *Rudi Dutschke. Wir hatten ein barbarisches, schönes Leben*. Sie erschien kurz nachdem sie ihren Aufenthalt an unserem Institut 1995 beendet hatte.

Die sogenannten *Quellen zur Kommuneforschung*

Ironischerweise war der ehemalige SDS-Bundesvorsitzende Helmut Schauer im Jahr 1975 auf die Idee gekommen, die Geschichte einer aus München stammenden Gruppe, die zum Herzstück der 68er-Bewegung geworden war, zu dokumentieren. Denn der von der Marburger Schule des Politikwissen-

schaftlers und Verfassungsrechtlers Wolfgang Abendroth geprägte Schauer hatte Mitte der 1960er-Jahre als einer der entschiedensten Gegner der als anarchistisch verrufenen *Subversiven Aktion* gegolten. Im Nachhinein wollte er nun wissen, was es mit jener sich so aktionistisch gebärdenden Gruppe auf sich hatte, die 1966/67 nicht nur im Berliner SDS einflussreich, sondern zum Magnetfeld der 68er-Bewegung und zur bestimmenden Kraft vieler ihrer politischen Aktionen geworden war.

Für diese Aufgabe hatte er zwei ehemalige Mitglieder der *Subversiven Aktion* gewonnen, den Münchner Soziologen und Kulturkritiker Frank Böckelmann sowie den Frankfurter Publizisten Herbert Nagel. Beide galten als intime Kenner der sich nicht zuletzt aus den Affinitäten, Eitelkeiten, Konkurrenzen, Reibereien und Konflikten von Privatbeziehungen speisenden Gruppengeschichte. Sie konnten auf Korrespondenzen, Tagebuchaufzeichnungen, Gesprächsprotokolle und nicht zuletzt auf die wenigen Ausgaben zweier Zeitschriften zurückgreifen, die mit ihren Namen auf antiprogrammatische Weise stilbildend waren: *Unverbindliche Richtlinien* und *Anschlag*. Das putschistisch-attentistische Moment spielte dabei eine nicht geringere Rolle als das antistaatlich-gegeninstitutionelle. Mit dem von ihnen für die Dokumentation gewählten Untertitel *Der Sinn der Organisation ist ihr Scheitern* zogen die Herausgeber selbst eine Karte aus dem situationistischen Repertoire, mit der sie den in den 1970er-Jahren so epidemisch verbreiteten Organisierungswahn linker Sekten ad absurdum führen wollten.[3]

Je näher ich mich damals mit den Dokumenten der *Subversiven Aktion* befasste, weil ich die Aufgabe übernommen hatte, eine Einleitung für das Buch zu verfassen, umso mehr schien vor meinen Augen eine Spiegelung sichtbar zu werden. Die wechselhafte Geschichte, die die Zirkel der Subversiven durchzogen hatte, machte auf mich ganz den Eindruck, als hätte sie die Entwicklung der antiautoritären Revolte wie in einer Art Nukleus bereits vorweggenommen. Die maßgeblichen Ideen, die Anleihen bei theoretischen Vaterfiguren, Zusammenschlüsse und Spaltungen, Aufbruch und Ende wiesen jedenfalls irritierende Ähnlichkeiten auf. Beinahe das gesamte Spektrum, das nach dem Zerfall der 68er-Bewegung sichtbar geworden war, schien bereits hier repräsentiert gewesen zu sein.

Im Zentrum der Entwicklung stand dabei der Sohn eines Bamberger Sparkassendirektors – der Situationist Dieter Kunzelmann. Eigentlich hätte er für die Rolle des Außenseiters prädestiniert sein müssen. Im Grunde war er immer jemand, der nicht dazugehörte – als Nicht-Künstler in der Gruppe *Spur* und als Nicht-Student in der *Subversiven Aktion*. In Wirklichkeit spielte er jedoch in diesen avantgardistischen Gruppierungen wie bald darauf

---

[3] Subversive Aktion. Der Sinn der Organisation ist ihr Scheitern. Hg. von Frank *Böckelmann* und Herbert *Nagel*. Frankfurt am Main 1976; erweiterte Neuausgabe Frankfurt am Main 2002.

in der *Kommune I* eine, wenn nicht gar **die** führende Rolle. Jedoch war er weder in einem strikten Sinn organisatorischer Kopf noch Theoretiker der jeweiligen Gruppe. In solchen Rollenzuschreibungen gingen seine Aktivitäten nicht auf. Er war stattdessen so etwas wie der insgeheime Magnet unter der Oberfläche von Gruppenbeziehungen – ein Kraftfeld bildend, nicht immer sichtbar, aber umso wirkungsvoller.

Der Gedanke war zwingend, dass ein weiterer Meilenstein zur Dokumentation der antiautoritären Strömung innerhalb der 68er-Bewegung die Sicherung des Nachlasses der *Kommune I* sein musste. Es war bekannt, dass bereits die Kommunarden in einer Mischung aus Narzissmus und Dokumentationswut damit begonnen hatten, ihre eigenen Papiere und Presseberichte penibel zu sammeln. Bereits im Sommer 1967 waren auf diesem Weg die sogenannten *Quellen zur Kommuneforschung* zusammengestellt worden. Ganz so, als habe man das Bewusstsein der eigenen historischen Bedeutung antizipiert und diesen Erkenntnisgewinn der Nachwelt großzügig erleichtern wollen. Doch wo befand sich diese Dokumentensammlung?

Der Bestand des *Sozialistischen Anwaltskollektivs*

Eine besondere Rolle spielte in unseren Überlegungen von Anfang an ein Aktenbestand, der von dem nicht mehr existierenden *Sozialistischen Anwaltskollektiv* stammte. Dieses war im Frühjahr 1969 in West-Berlin gegründet worden, nicht zuletzt um Mandanten Unterstützung zu bieten, die im Zuge der eskalierenden 68er-Bewegung als sogenannte Demonstrationsstraftäter vor Gericht gestellt werden sollten. Zu ihm hatten so unterschiedliche Juristen wie der einst als *APO-Anwalt* apostrophierte Horst Mahler, später Mitbegründer der RAF, inzwischen bekennender Neonazi und Holocaust-Leugner, ebenso gehört wie Klaus Eschen, später bekennender Sozialdemokrat und Verfassungsrichter im Land Brandenburg, sowie Hans-Christian Ströbele, heute Bundestagsabgeordneter der *Grünen* und deren innenpolitischer Experte.

Da die Prozessakten des SAK von besonderer zeithistorischer Bedeutung zu sein schienen, insbesondere was die Gründergeneration der *Roten Armee Fraktion* anbetraf, wurde einer ihrer ehemaligen Mandanten 1994 damit beauftragt, sie zu sichten und zu ordnen. Er erhielt von unserem Institut einen Werkvertrag, um den Bestand an dessen sechs Jahre zuvor eingerichtetes Archiv zu übergeben. Da er diese Arbeit in Ströbeles Anwaltskanzlei erledigen konnte, musste er selbst keinen einzigen Schritt in unser Institut machen.

Dieser Mann, der einmal von sich behauptet hat, dass sein heimlicher Traumberuf der eines Archivars sei, war niemand anderes als der bereits erwähnte Ex-Kommunarde Dieter Kunzelmann. In seinen Erinnerungen beschreibt er diese Auftragsarbeit und bezeichnet den Bestand – offenbar nicht ganz ohne Stolz – als *eine wahre Fundgrube für Historiker der antiauto-*

ritären Bewegung.[4] Selbst ein Foto ist in dem Band abgedruckt, auf dem der selbsternannte Bewegungsarchivar neben einem überbordenden Aktenberg zu sehen ist.

Dieser Zusammenhang zwischen einem ehemaligen Akteur und freiwilligen Dokumentaristen, ein klassischer Fall von Personalunion, erwies sich vor zwei, drei Jahren dann eher als eine Verwicklung und wäre einem von mir verfolgten Publikationsprojekt beinahe zum Verhängnis geworden. Je weiter meine Recherchen für den Band über *Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus* gingen, umso stärker drängte sich mir die Frage auf, ob hier vielleicht jemand nicht nur in einem sprichwörtlichen, sondern in einem ganz wortwörtlich zu nehmenden Sinn der Bock zum Gärtner gemacht worden sein könnte. Jemand, der später selbst als Verdächtiger für den Bombenanschlag auf das Jüdische Gemeindehaus genannt worden war, hatte einen Aktenbestand aufbereitet, aus dem heraus Aufschluss über die wahre Täterschaft eben jenes Anschlags erhofft werden sollte?! Musste hier nicht mit Vertuschung, Unterschlagung und Manipulation der Quellen gerechnet werden? Nun, es sollte sich zeigen und es hat sich gezeigt, dass die archivierten Dokumente durchaus geeignet waren, eine zuverlässige Grundlage für die Erforschung des Gründungsakts der bundesdeutschen Stadtguerilla, der mit einem versuchten antisemitischen Anschlag identisch war, zu bieten. Herausgekommen ist dabei im Übrigen, dass Kunzelmann zwar nicht der Bombenleger, so doch der Drahtzieher der perfiden Aktion war.

Wie in kaum einem anderen Fall zeigt sich hier, wie sich bei dem Versuch, Dokumentenbestände zu akquirieren, bestimmte Dimensionen nicht nur berühren, sondern sogar überschneiden, Reibungen erzeugen und Probleme aufwerfen können. Privates und Politisches, Persönliches und Zeithistorisches griffen hier zweifelsohne auf eine zeitweilig nur schwer zu entwirrende Weise ineinander.

Schlussfolgerungen

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Aus einer Perspektive ist das, was ich Ihnen berichtet habe, nichts anderes als eine Aneinanderreihung von Episoden, aus einer anderen sind es jedoch exemplarische Fälle, die durchaus einiges darüber auszusagen in der Lage sind, was es mit dem Problem auf sich hat, an Primärquellen der 68er-Bewegung zu gelangen. Lassen sich daraus wenn schon keine direkten Schlussfolgerungen ziehen, so doch zumindest einige Hinweise formulieren? Ganz gewiss.

1. Die Aufmerksamkeit für Texterzeugnisse bestimmter Akteure, Bewegungsströmungen und Gruppierungen setzt ein gewisses Verständnis für

[4] Dieter *Kunzelmann*: Leisten Sie keinen Widerstand! Berlin 1998. S. 110.

deren besondere Relevanz voraus. Sie ist nicht einfach umgekehrt das Resultat einer möglichst systematischen Sammeltätigkeit oder gar einer möglichst umfassenden Sammelwut.

2. Es bedarf eigener zielgerichteter Aktivitäten, in manchen Fällen sogar bestimmter Suchstrategien, um an wichtige Nachlässe zu gelangen. Auch Geldmittel können dabei mitunter von Bedeutung sein. Schließlich wissen Eigentümer zumeist auch über den kommerziellen Wert der von ihnen aufbewahrten Quellen ziemlich genau Bescheid.
3. In manchen Fällen haben staatliche Einrichtungen bei der Akquirierung von Dokumentenbeständen durchaus einen Vorteil. Sie signalisieren Unabhängigkeit, Rechtssicherheit und Überparteilichkeit. In anderen Fällen jedoch ergibt sich aus dem Status einer staatlichen Einrichtung gerade auch ein nur schwer wettzumachender Nachteil. Schließlich geht es bei den Texterzeugnissen der 68er-Bewegung um solche, die sich in der Regel einem staatskritischen, wenn nicht gar staatsgegnerischen Kontext verdanken. Nicht wenigen fällt es deshalb immer noch schwer, sich von ihren in Kellern und auf Speichern befindlichen und zumeist nur höchst unzureichend gesicherten Schätzen einer bewegten Vergangenheit zu trennen. Für manche ist die Vorstellung, etwas davon abzutreten, gar mit einem *Verrat* an den eigenen Zielen und Intentionen identisch. Und das wiederum ist – welch Wunder – häufig die Stunde nichtstaatlicher Einrichtungen.

Protest im Bild
Kontinuität und Wandel

*The Times They Are A-Changin'**
Fotografien der Protestbewegungen am Oberrhein

Von Christof Strauss

Ein erstes Aufbegehren: Der Skandal um Veit Harlan

Die Polizei beschränkte sich zunächst darauf, die Fahrbahn freizuhalten. Unter die Demonstranten hatten sich ungefähr zwanzig Kriminalbeamte in Zivil gemischt, denen man nicht ansehen konnte, ob sie Gegendemonstranten waren oder zur Polizei gehörten. Aus solchen Mißverständnissen entstanden die ersten Zwischenfälle, bei denen die Kriminalbeamten von ihren Gummiknüppeln Gebrauch machten, ohne sich auszuweisen. Anschließend daran ging auch die Polizei mit Gummiknüppeln gegen die Demonstranten vor und schlug wahllos auf die Menge ein. Zahlreiche Studenten wurden regelrecht zusammengeschlagen und selbst als sie noch auf dem Boden lagen, wurde noch auf sie eingeschlagen.[1] Bei Schilderungen von demonstrierenden Studenten und rigoros durchgreifenden Polizisten denkt man wohl fast zwangsläufig an die Proteste an deutschen Hochschulen Ende der 1960er-Jahre. Die hier in der Badischen Zeitung beschriebenen Geschehnisse trugen sich aber weder während dieser unruhigen Jahre zu, noch in einer großen Stadt wie Berlin oder Frankfurt am Main, sondern vielmehr in der Frühphase der Bundesrepublik in der beschaulichen, katholisch geprägten Universitäts- und Bischofsstadt Freiburg im Breisgau. Auslöser der Ereignisse vom 16. Januar 1952 war die Aufführung des Films *Hanna Amon* des vor allem durch seinen antisemitischen Film *Jud Süss* während der NS-Zeit bekannt gewordenen Regisseurs Veit Harlan, der anlässlich der Vorführung sogar selbst in Freiburg weilte. Schon 1951 hatte es bei der Aufführung des Harlan-Films *Unsterbliche Geliebte* heftige Protesten gegeben, die ein Jahr später eskalierten, wobei sich der Konflikt nicht am Inhalt des (unpolitischen) Geschwisterdramas *Hanna Amon*, sondern an der Person des Regisseurs entzündete.

Am 16. Januar 1952 fand zunächst eine Kundgebung gegen den Film im Hörsaal der Freiburger Universität statt. Dann formierte sich ein mit Plakaten und Flugblättern ausgestatteter Protestzug zu den Friedrichsbau-Lichtspielen, wo – nachdem es in Freiburg bereits in den Tagen zuvor bei Aufführungen zu Protesten gekommen war – ein kleines Kommando der Schutzpolizei die Demonstrierenden vorsorglich erwartete. Auf Rangeleien

---

* Bob Dylan, 1964.

1 Badische Zeitung vom 17. Januar 1952, in: Staatsarchiv Freiburg (StAF) D 1/1 Nr. 647.

reagierte die Polizei, indem sie rigoros vom Schlagstock Gebrauch machte. Die Schutzpolizisten wurden dabei von Kriminalbeamten in Zivil unterstützt. Das Badische Innenministerium machte *fremde Elemente*, die sich unter die Studenten gemischt hätten und Angriffe der Demonstranten für die Eskalation verantwortlich.[2] Beteiligte Studenten schilderten die Geschehnisse indessen völlig anders und betonten, die Polizei sei zwar sehr wohl hart gegen die Demonstranten vorgegangen, nicht jedoch gegen Misshandlungen und das Bespucken und Beschimpfen von Studenten (etwa mit den Worten *Schmutzfink* oder *Judenlümmel*) durch umstehende Passanten.[3]

Die Vorfälle lösten einen Sturm des Protests gegen die Freiburger Polizei und das Badische Ministerium des Innern aus und wurden auch in der überregionalen Presse erhitzt diskutiert. Der Prorektor Professor Oehlkers formulierte einen Beschwerdebrief an das Innenministerium, in dem er betonte, die Polizei habe sich eines Ermessensmissbrauchs schuldig gemacht, da sie den Studenten die freie Meinungsäußerung untersagt, umstehenden Gegendemonstranten diese aber gewährt habe.[4] Studierende anderer deutscher Universitäten formulierten Solidaritätsadressen für ihre Freiburger Kommilitonen. Der Oberrat der Israeliten Badens empörte sich in einem Schreiben an Staatspräsident Wohleb: *Anstatt dass die zuständigen Behörden Filme des Veit Harlan unterbinden, wird dieser Mann, der uns Juden so unendlich viel Leid angetan und Deutschland so viel Unehre gemacht hat, noch von der Polizei geschützt.*[5]

Nach der (allerdings nur kurzzeitigen) Absetzung von *Hanna Amon* wurden aber auch Gegenstimmen laut. Ein Freiburger Bürger beschwerte sich in einem von gut 30 Arbeitskollegen unterschriebenen Brief beim Staatspräsidenten über die Proteste gegen einen *guten und sauberen Film*. Die badische Regierung zeige eine unverständliche Schwäche gegenüber einer kleinen Minderheit *verhetzter Elemente*, *Radaubrüder* und *Piesepampels*, die gegen wirkliche *Schandfilme* wie *Die Sünderin* nichts unternommen hätten und nun den vor Gericht für unschuldig befundenen Harlan des Antisemitismus bezichtigten.[6] Dieser wiederum beklagte sich in einem larmoyanten Schreiben an die Badische Zeitung über deren Berichterstattung, die seinen angeblich unter Lebensgefahr erfolgten Einsatz für die jüdische Sache während der NS-Zeit ignoriere und sich an einer ungerechtfertigten Hetzkampagne Seite an Seite mit aufgewiegelten Studenten gegen ihn beteilige. Man könne die zahllosen Bürger, die seine Filme sehen wollten, nicht einfach bevormunden und entmündigen.[7]

---

2 Stellungnahme des Badischen Ministeriums des Innern, in: StAF C 5/1 Nr. 2380 S. 183–185.
3 Vgl. etwa die Schilderungen von Studenten in: StAF C 25/3 Nr. 197.
4 Vgl. Brief vom 16. Januar 1952, in: StAF C 25/3 Nr. 197.
5 StAF C 5/1 Nr. 2380 S. 31.
6 Brief vom 17. Januar 1952, in: StAF C 5/1 Nr. 2380 S. 90–91.
7 Vgl. Brief vom 27. März 1952, in: StAF C 5/1 Nr. 2380 S. 160–165.

Aufgrund der Geschehnisse wurde vom Badischen Landtag ein Untersuchungsausschuss eingesetzt, der in seinem Abschlussbericht vor allem die Sicherheitskräfte schwer belastete, sofern die Polizeidirektion Freiburg bei der Durchführung des Einsatzes versagt habe. Der Ausschuss empfahl angesichts der Übergriffe von Beamten überdies, das Innenministerium müsse in Zukunft der Erziehung der Polizei zu demokratischem Denken und der Auswahl von geeigneten Polizeiführern größere Aufmerksamkeit zuwenden.[8] Ansonsten blieben die Folgen, vor allem für die beteiligten Polizeikräfte, gering. Polizeipräsident Bieser wurde beurlaubt und die Staatsanwaltschaft Freiburg kam zu dem Schluss, die ersten tätlichen Auseinandersetzungen seien nicht auf die Polizei, sondern auf das Eingreifen von Zuschauern zurückzuführen. Letztlich wurde nur gegen drei Personen ermittelt: einen Polizeibeamten, der nach dem Ende der Tumulte einem Studenten ins Gesicht geschlagen hatte, einen Studenten wegen Beleidigung und Widerstands gegen die Staatsgewalt und einen Bildreporter wegen missbräuchlicher Verwendung eines gestellten Bilds. Alle drei Angeklagten wurden zu Geldstrafen verurteilt.[9]

Protestkultur am Oberrhein

Bemerkenswert waren die Proteste der Freiburger Studenten gegen Veit Harlan nicht nur vor dem Hintergrund des nachhaltigen Presseechos in Deutschland und wegen der Unterstützung, die den Demonstranten vonseiten der Universität und des Stadtrats zuteil wurde, die sich beide gegen das harte Einschreiten der Freiburger Polizei verwahrten. Mehr noch erscheinen die Vorfälle als eine Art *öffentliche Einübung eines neuen Demokratieverständnisses westlicher Prägung*[10] und als regelrechter Vorgriff auf die 16 Jahre später auch in Freiburg einsetzenden Studentenproteste. Viele der späteren Konfliktlinien, Ausprägungen der Konfliktaustragung und Argumentationsstrategien scheinen bei den Auseinandersetzungen von 1952 bereits vorgezeichnet. Auch die Gestimmtheit der wichtigsten Akteursgruppen sollte in den 1960er-Jahren eine Wiederholung finden: Erstens stand eine auf *Ruhe und Ordnung* bedachte Polizei den neuartigen und bis dahin nicht bekannten Formen des Protests der Studenten hilflos und überfordert gegenüber und

---

8 Vgl. Untersuchungsausschuss vom 17. März 1952, in: StAF C 25/3 Nr. 197.

9 Bericht der Staatsanwaltschaft Freiburg vom 17. März 1952, in: StAF C 5/1 Nr. 2380 S. 142–147. Zu den Urteilen vgl. StAF C 17/2 Nr. 163.

10 Thomas *Groß* und Holger *Wegemann*: Der »Fall Harlan« – Geschichte eines politischen Skandals in der jungen Bundesrepublik. In: »Eigentlich habe ich nichts gesehen …« Beiträge zu Geschichte und Alltag in Südbaden im 19. und 20. Jahrhundert. Hg. von Heiko *Haumann* und Thomas *Schnabel* (Alltag und Provinz 1). Freiburg im Breisgau 1987. S. 173–200, hier S. 192.

kompensierte dies mit übertriebener Härte, zweitens reagierten Teile der Bevölkerung mit Unverständnis auf die Proteste einer aus ihrer Sicht verhätschelten akademischen Kaste, drittens erwies sich die Justiz der Polizei gegenüber als milde gestimmt und schließlich nahm viertens die Studentenschaft die neu erworbenen Rechte der Demokratie aktiv in Anspruch und formulierte auch auf der Straße lautstark ihren Protest gegen Altlasten der NS-Zeit und eine weitgehend unbewältigte Vergangenheit.

Mehr als eineinhalb Jahrzehnte nach den Vorfällen um Veit Harlan flammten dann in Freiburg, wie in vielen anderen Universitätsstädten auch, Studentenproteste auf, wobei sich der Unmut der Protestierenden auch hier an den typischen Themen entzündete: Nachdem in Freiburg Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhungen der Verkehrsbetriebe den Anfang gebildet hatten, erhielten die Aktionen in Form von Kundgebungen gegen den Krieg der Vereinigten Staaten in Vietnam und die Notstandsgesetzgebung mit der Zeit eine klare politische Stoßrichtung. Angesichts der großen Bedeutung der Universität für die Stadt Freiburg ließ auch die *Protest-Prominenz* nicht lange auf sich warten: So lieferte sich Rudi Dutschke in Freiburg ein legendäres Rededuell mit Ralf Dahrendorf, der anlässlich eines FDP-Parteitags in Freiburg weilte – beide dabei auf einem Autodach sitzend.

Das Ende der Studentenrevolte bedeutete in Freiburg indes noch lange nicht das Ende der Protestkultur in der Stadt und in der Region insgesamt. In den 1970er-Jahren entzündete sich der Widerstand am geplanten Bau des Atomkraftwerks Wyhl am Kaiserstuhl. Gegenüber den Protesten des Jahres 1968 lässt sich dabei ein wesentlicher Unterschied konstatieren: Waren 1968 fast ausschließlich Studenten auf der Straße, beteiligten sich bei den Protesten gegen die AKWs in Wyhl und im elsässischen Fessenheim auch weitere Bevölkerungsgruppen, die, mobilisiert durch Sorgen um die Bedrohung ihres unmittelbaren Lebensumfelds, ihren Widerstand offen zur Schau trugen. Mit dem Beginn der Bauarbeiten 1975 wurde der Bauplatz von Demonstranten besetzt, Bürgerinitiativen gründeten sich und eine ganze Flut von Literatur erschien, die die Bewegung mit dem notwendigen geistigen Rüstzeug ausstatten sollte. Da das Land erst Anfang der 1980er-Jahre das Projekt Wyhl aufgab, blieb der Protest gegen die Atomkraft – im mundartlichen Slogan *Nai hanmer g'sait* (Nein haben wir gesagt) griffig zusammengefasst – bis in die 1980er-Jahre hinein ein Kernpunkt der Protestkultur gerade in Freiburg und der Region am Oberrhein.[11]

---

[11] Zu den Protesten gegen das Atomkraftwerk Wyhl vgl. Jetzt awer langts. Nai hanmer g'sait. Kein Atomkraftwerk in Wyhl und anderswo. Hg. vom Archiv Soziale Bewegungen e.V. (Materialien zur Protestgeschichte 7). Freiburg 2005 (CD-ROM). Die Materialsammlung umfasst Flugschriften, Plakate, Film- und Tondokumente, Broschüren, Fotos und Ähnliches.

Protest durch Bilder, Bilder des Protests

Für die Protestbewegung Ende der 1960er-Jahre spielten Bilder in mehrfacher Hinsicht eine wichtige Rolle: Durch eine verstärkte Einbindung von Bildmedien in den Prozess öffentlicher Auseinandersetzung kam der Fotografie eine zentrale Rolle bei der Veschärfung von generationellen Konflikten zu. Die Darstellung politischer Gewalt, etwa im Rahmen des Vietnamkriegs, stattete die Reform- und Protestbewegung der 1960er-Jahre mit einem entsprechenden ikonografischen Resonanzraum aus. Fotografische Bilder wurden so zu einem Faktor der Veränderung der politischen Kultur.[12] Darüber hinaus waren sich auch die Protestierenden über die Bedeutung von Bildern in der politischen Auseinandersetzung völlig im Klaren, denn ihr Anrennen gegen Polizeikordons als Verkörperung staatlicher Autorität geschah sehr wohl in dem Bewusstsein, ihren Protest gezielt vor den Filmkameras und Fotoapparaten der Journalisten selbst zu inszenieren.[13]

Oftmals sind Bilder lediglich isolierte Momentaufnahmen, deren Aussagekraft – sofern keine Informationen zum Entstehungszusammenhang vorliegen – beschränkt ist und die hinsichtlich ihres Quellenwerts mit der gebotenen Vorsicht behandelt werden sollten. Anders gestaltet sich die Situation bei Bilderserien, bei denen der Fotograf den Zeitgenossen oder der Nachwelt genaue Informationen zu Entstehungsort und Entstehungsdatum liefert, so etwa im Fall von Willy Pragher, der bei seiner Arbeit als Pressefotograf auch die Protestbewegung am Oberrhein über Jahrzehnte hinweg fotografisch dokumentiert hat. Pragher, am 4. Mai 1908 als Sohn eines aus Bukarest eingewanderten Chemieingenieurs und einer deutschen Mutter geboren, arbeitete nach einer Lehre in Satz-, Druck- und Reproduktionstechnik beim Ullstein-Verlag in Berlin und einer Ausbildung in Gebrauchsgrafik, Dekoration und Fotografie an der privaten kunstgewerblichen Reimann-Schule in Berlin als freiberuflicher Pressefotograf und begann mit dem Aufbau eines eigenen Bilderdiensts. Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs führten ihn zahlreiche Fotoreisen quer durch Deutschland und ins europäische Ausland. Die Kriegszeit verbrachte Pragher, der nicht zur Wehrmacht eingezogen wurde, als Mitarbeiter einer Ölfirma in Rumänien. Nach einer vierjährigen Internierung in der Sowjetunion kehrte Pragher 1949 nach Deutschland zurück und ließ sich in Freiburg im Breisgau nieder. Sein Bildarchiv hatte den Krieg schadlos überstanden und gelangte ebenfalls in den Breisgau. Pragher baute in der Folgezeit einen neuen Bilderdienst auf und nahm auch seine rege Rei-

---

12 Vgl. Habbo *Knoch*: Bewegende Momente. Dokumentarfotografie und die Politisierung der westdeutschen Öffentlichkeit vor 1968. In: Die Politik der Öffentlichkeit – Die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik. Hg. von Bernd *Weisbrod* (Veröffentlichungen des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen 21). Göttingen 2003. S. 97–122, hier S. 97 und 122.

13 Vgl. *Knoch*, wie Anm. 12, S. 97.

setätigkeit wieder auf. Ein Jahr nach seinem Tod im Jahr 1992 gelangte seine aus mehreren Hunderttausend Bildern bestehende Sammlung durch Ankauf ins Staatsarchiv Freiburg.[14]

Praghers Fotos von den Protestbewegungen am Oberrhein sind vor allem so beeindruckend, weil der Fotografierende und die Kulisse der Stadt Freiburg und ihrer Umgebung über Jahrzehnte hinweg stabile Größen bleiben, wodurch Wandel und Entwicklungsprozesse bei den Protesten umso deutlicher hervortreten: Wandel der Protestformen, Wandel der Protestgegenstände und Slogans und nicht zuletzt auch Wandel im Hinblick auf das äußere Erscheinungsbild der Protestierenden. Auf diese Weise fangen Praghers Fotos in eindrücklicher Weise den Zeitgeist von den frühen 1960er- bis in die frühen 1980er-Jahre ein, was eine kleine Auswahl an Bildern im Folgenden exemplarisch verdeutlichen soll.

Die kursiv gesetzten Bildunterschriften stammen von Willy Pragher, alle sonstigen Unterschriften und Texte in eckigen Klammern vom Verfasser.

---

[14] Zur Biografie Praghers vgl. Kurt *Hochstuhl*: Willy Pragher – Fotografiker und Bildjournalist. Ein biografischer Abriss. In: Brechungen. Willy Pragher. Rumänische Bildräume 1924–1944. Hg. vom Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde und dem Landesarchiv Baden-Württemberg. Bearbeitet von Kurt *Hochstuhl* und Josef *Wolf*. Ostfildern 2007. S. 23–30.

Abb. 1: Proteste im Zuge der Spiegel-Affäre: *Demonstration gegen Verteidigungsminister Strauß: Studentendemonstration vor dem Münster; Freiburg, 16. 11. 1962*. Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Sammlung Willy Pragher Nr. 68203 e.

Abb. 2: Mitte der 1960er-Jahre wächst die Kritik am deutschen Bildungswesen. Experten bemängeln vor allem die niedrigen Abiturientenzahlen, die schlechte Ausstattung von Schulen und Universitäten und mangelnde Chancengleichheit von Kindern unterschiedlicher sozialer Herkunft. Zur Erarbeitung von Reformvorschlägen gründen Bund und Länder 1965 den Deutschen Bildungsrat. *Studentenkundgebung gegen Bildungsnotstand; Freiburg, 1. 7. 1965*. Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Sammlung Willy Pragher Nr. 72616 d.

Abb. 3: Neue Formen des Zusammenlebens, vom Normalbürger kritisch beäugt: *Gammler im Königsbau; Stuttgart, 6. 10. 1967*. Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Sammlung Willy Pragher Nr. 84668 c.

Abb. 4: Anlässlich des in der Stadthalle Freiburg stattfindenen FDP-Bundesparteitags stellt sich Ralf Dahrendorf den vor den Türen demonstrierenden Studenten. *Studentenkundgebung mit Diskussion zwischen Dutschke und Dahrendorf; Freiburg, 29. 1. 1968*. Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Sammlung Willy Pragher Nr. 85223 u.

Abb. 5: *Demonstration gegen Straßenbahntarife: Sitzende Demonstranten auf der Kreuzung Bertoldsbrunnen; Freiburg, 1. 2. 1968.* Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Sammlung Willy Pragher Nr. 85232 b.

Abb. 6: *Demonstration gegen Straßenbahntarife: Bertoldstraße im Belagerungszustand; Freiburg, 9. 2. 1968*. Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Sammlung Willy Pragher Nr. 85241 d.

Abb. 7: *Demonstration gegen Straßenbahntarife: Abgesicherte Schaufensterscheiben; Freiburg, 9. 2. 1968.* Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Sammlung Willy Pragher Nr. 85242.

Abb. 8: *Demonstration gegen Straßenbahntarife: Stadtratsondersitzung im Kaufhaussaal. Publikum* […]; *Freiburg, 15. 2. 1968*. Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Sammlung Willy Pragher Nr. 85247 b.

Abb. 9: Am 11. April 1968 wird Rudi Dutschke durch Schüsse des Anstreichers Josef Bachmann schwer verletzt. Die Studentenbewegung bezichtigt die Springer-Presse wegen ihrer negativen Berichterstattung über die Studentenbewegung der Mitschuld. *Ostermarsch der Atomgegner durch Freiburg; Freiburg, 13. 4. 1968*. Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Sammlung Willy Pragher Nr. 85251 a.

Abb. 10: *Ostermarsch der Atomgegner durch Freiburg; Freiburg, 13. 4. 1968.* Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Sammlung Willy Pragher Nr. 85251f.

Abb. 11: In der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 marschieren Truppen des Warschauer Pakts in der CSSR ein und beenden den *Prager Frühling*. *Demonstration gegen die Besetzung der CSSR: Plakatmaler im Uni-Hof; Freiburg, 21. 8. 1968*. Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Sammlung Willy Pragher Nr. 85258 c.

Abb. 12: *Demonstration gegen die Besetzung der CSSR: Anbringen von Transparenten an der Uni-Kirche; Freiburg, 21. 8. 1968.* Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Sammlung Willy Pragher Nr. 85260 c.

Abb. 13: *Wandbeschmierung; Freiburg, 19. 4. 1969*. Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Sammlung Willy Pragher Nr. 84067.

Abb. 14: Vor dem Rathaus: *Zigeuner demonstrieren für bessere* [Wohnungen]*; Freiburg, 15. 8. 1969*. Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Sammlung Willy Pragher Nr. 13857 e.

Abb. 15: Protest gegen die Politik der USA vor dem Amerikahaus: *Jungen demonstrieren mit Traueraufzug und Kranz* […]; *Freiburg, 13. 5. 1970*. Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Sammlung Willy Pragher Nr. 92029 b.

Abb. 16: *Demonstration gegen Franco: Plakat in der Uni; Freiburg, 15. 12. 1970*. Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Sammlung Willy Pragher Nr. 92037.

Abb. 17: *Demonstration gegen Franco: Demonstrationszug durch die Innenstadt; Freiburg, 15. 12. 1970.* Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Sammlung Willy Pragher Nr. 92038 c.

Abb. 18: *Hungerdemonstration für Amnesty International vor dem Rathaus; Freiburg, 10. 12. 1971.* Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Sammlung Willy Pragher Nr. 13853 b.

Abb. 19: Ursprünglich war Breisach als Standort eines Atomkraftwerks für Südbaden vorgesehen. Nach Protesten rückte man von diesem Vorhaben ab und plante, die Anlage im nahegelegenen Wyhl zu errichten. *Unterschriftensammlung gegen den Bau des Atomkraftwerks Breisach vor dem Rathaus; Freiburg, 30. 9. 1972.* Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Sammlung Willy Pragher Nr. 96723.

Abb. 20: *Sozialistische Studentengruppe singt durch Megafone* [auf dem] *Münsterplatz; Freiburg, 6. 10. 1973*. Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Sammlung Willy Pragher Nr. 92330 b.

Abb. 21: Proteste gegen die Sanierungspolitik in Freiburg: *Demonstration zum Abbruch der Häuser Freiau; Freiburg, 22. 8. 1974*. Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Sammlung Willy Pragher Nr. 100972 f.

Abb. 22: *Protestkundgebung: Bleiwerk Marckolsheim, Atomkraftwerk Wyhl; Sasbach 10. 11. 1974*. Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Sammlung Willy Pragher Nr. 99572 a.

Abb. 23: *Protestkundgebung: Bleiwerk Marckolsheim, Atomkraftwerk Wyhl; Sasbach 10. 11. 1974*. Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Sammlung Willy Pragher Nr. 99572 e.

Abb. 24: *Atomkraftgegner protestieren vor dem CDU Kreisparteitag; Pfaffenweiler, 1. 3. 1975*. Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Sammlung Willy Pragher Nr. 99580 c.

Abb. 25: *Demonstration gegen § 218 vor Neckermann; Freiburg, 6. 9. 1975.* Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Sammlung Willy Pragher Nr. 104108 b.

Abb. 26: *Demonstration Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerkgesetz; Freiburg, 2. 1. 1978*. Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Sammlung Willy Pragher Nr. 104087 a.

Abb. 27: *Demonstration Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerkgesetz; Freiburg, 2. 1. 1978.* Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Sammlung Willy Pragher Nr. 104087 m.

Abb. 28: Gedenken an den Jahrestag der Reichspogromnacht: *Jungen mit antifaschistischen Plakaten; Freiburg 9. 11. 1978*. Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Sammlung Willy Pragher Nr. 6273 b.

Abb. 29: Im Zuge der Besetzung und Räumung des besetzten Dreisamecks kommt es in Freiburg zu Ausschreitungen: *Demonstrationen in der Kaiser-Joseph-Straße; Freiburg, Juni 1980*. Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Sammlung Willy Pragher Nr. 114834 c.

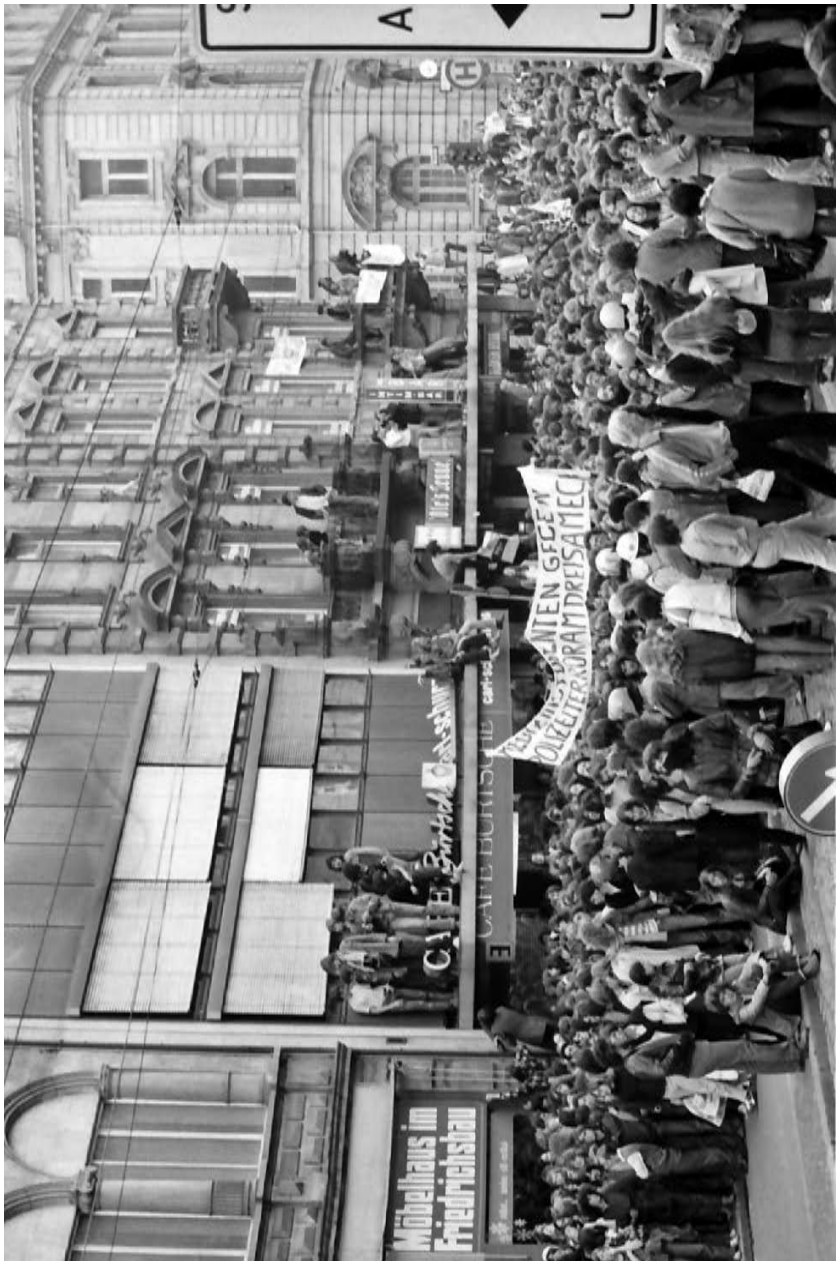

Abb. 30: Proteste gegen die Räumung des besetzten Dreisamecks. *Demonstrationen in der Kaiser-Joseph-Straße; Freiburg, Juni 1980*. Vorlage: Landesarchiv StAF W 134 Sammlung Willy Pragher Nr. 114834 k.

Dokumente und Deutungen zur Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er-Jahre

Geschichtsbilder der Archive / Geschichtsbilder der Wissenschaft
Dokumente und Deutungen zur Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er-Jahre
Tagungsbericht[1]

Von Mathias Mutz

Geschichtsbilder sind nicht allein Sache von HistorikerInnen, gerade auch Archive nehmen wesentlichen Einfluss auf die (Re-)Konstruktion historischer Prozesse, indem sie etwa über die Aufbewahrung oder Vernichtung von Aktenbeständen entscheiden. Das komplementäre Verhältnis von Archiv und Wissenschaft ist jedoch durch den *cultural turn* der Geschichtswissenschaft insofern infrage gestellt worden, dass archivische Quellen in ihrer Bedeutung relativiert und die Entstehung von Überlieferung und ihre Funktionalisierung selbst zum Thema gemacht worden ist. Gleichzeitig wurde durch diese Entwicklung eine verstärkte, teilweise kontroverse Selbstreflexion der Archive angestoßen, die zur Entwicklung neuer Modelle für die Archivierung führte und neue Chancen der Kooperation eröffnen könnte. Diesen Dialog zwischen Archiv- und Geschichtswissenschaften voranzubringen, ist eines der Ziele des 2001 ins Leben gerufenen Arbeitskreises *Archivische Bewertung* des Verbands deutscher Archivarinnen und Archivare (VdA), der zu diesem Zweck die Sektion *Geschichtsbilder der Archive – Geschichtsbilder der Wissenschaft* auf dem Historikertag in Konstanz organisiert hatte.

Wie der Leiter des Arbeitskreises, Andreas Pilger (Düsseldorf), in seiner Einführung erläuterte, sollte dabei bewusst kein abstraktes Programm, sondern ein thematisches Beispiel im Mittelpunkt stehen, um die methodischen Grundlagen und praktische Möglichkeiten einer Kooperation zwischen Archiven und historischer Forschung neu auszuloten. Die Wahl fiel dabei auf die Historisierung der Anti-Atomkraft-Bewegung, da sich hier das wachsende Interesse der Zeitgeschichte an den Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er-Jahre mit der anwachsenden archivischen Überlieferung zu ver-

---

[1] Tagungsbericht HT 2006: Geschichtsbilder der Archive / Geschichtsbilder der Wissenschaft: Dokumente und Deutungen zur Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er Jahre. 19. 09. 2006 – 22. 09. 2006, Konstanz. In: H-Soz-u-Kult, 18. 10. 2006, http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=1181 [31. Januar 2008]. Copyright (©) 2007 by H-Net and Clio-online, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational use if proper credit is given to the author and to the list. For other permission, please contact H-SOZ-U-KULT@H-NET.MSU.EDU.

schiedenen Atomprojekten verbindet. Dementsprechend stellte der Archivar Robert Kretzschmar (Stuttgart) und der Historiker Kai F. Hünemörder (Hamburg) im ersten Teil der Sektion den Diskussionsstand in den jeweiligen Disziplinen vor, während anschließend Vertreter verschiedener Archive unterschiedlicher Träger zu Wort kamen, um die Möglichkeiten und Probleme der praktischen Arbeit an und mit den Beständen zu konkretisieren.

Dem Vorsitzenden des VdA und Präsidenten des Landesarchivs Baden-Württemberg, Kretzschmar, fiel mit seinem Vortrag *Komprimierter Pluralismus. Methodische Ansätze zur Informationsverdichtung und Integration verschiedener Perspektiven in der archivarischen Überlieferungsbildung* die Aufgabe zu, einen Überblick über die archivische Bewertungsfrage zu geben.[2] Wurde in den 1990er-Jahren kontrovers darüber debattiert, ob die Aufgabe der Archive bei der Verdichtung der Bestände darin zu sehen sei, die Aufgabenwahrnehmung der abliefernden Behörden abzubilden und dadurch eine auswertungsoffene und quasi wertfreie Überlieferung zu schaffen, scheint es inzwischen breiter Konsens, dass eine inhaltliche Wertung mit dem Ziel, gesamtgesellschaftliche Prozesse abzubilden, nicht zu umgehen ist. Hierbei dienen die Einordnung des Überlieferungsbildners (Provenienz) sowie inhaltliche Analysen und Wertungen des Materials als Grundlage, um vorab sogenannte Archivierungsmodelle und Bewertungskataloge zu erarbeiten. Die Einsicht in die Kontextgebundenheit archivischer Überlieferung hat zudem zu einer Neudefinition des Verhältnisses von Archiven untereinander geführt. Um die Debatten einer pluralistischen Gesellschaft widerzuspiegeln, müssen sich die Überlieferungen ergänzen, die in den Archiven der verschiedensten Träger gesichert werden. Daraus entstand das Konzept der archivübergreifenden Überlieferung oder der *Überlieferungsbildung im Verbund*, das modellhaft beispielsweise bei den Beständen zum Flughafenbau in Stuttgart angewendet wurde. Schließlich wird diskutiert, inwieweit Vertreter der Forschung und interessierter Nutzerkreise in den Bewertungsprozess mit einbezogen werden sollten, wobei diesen insbesondere eine Rolle bei der Evaluation der entwickelten Modelle zugedacht wird.

Aus der Perspektive der Umweltzeitgeschichte gab Hünemörder anschließend einen Einblick in neuere Versuche der Historisierung des Anti-Atomkraft-Protests in der Geschichtswissenschaft. Gleichzeitig bot er mit einem holzschnittartigen Abriss der historischen Ereigniskette, die sich an den Ortsnamen Wyhl, Brokdorf, Gorleben und Wackersdorf orientierte, ein Faktengerüst für die weitere Diskussion. Nach einem kritischen Blick auf die sozialwissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema der Neuen Sozialen Bewegungen, die unmittelbar mit den Ereignissen einsetzte und heute deren

---

[2] Siehe dazu das Positionspapier des Arbeitskreises *Archivische Bewertung* vom 15. Oktober 2004 unter www.vda.archiv.net/pdf/ak_bew_positionen2004.pdf [31. Januar 2008].

Beitrag zur Herausbildung einer *Zivilgesellschaft* betont, ging Hünemörder auf einige neuere historische Arbeiten ein. Dabei unterschied er grundsätzlich zwischen Ansätzen, die versuchten, die Atomkontroverse als wichtigen Teil einer zivilen Nutzung der Kernenergie zu rekonstruieren, und jenen, die den Atomkonflikt als Folie benutzen, um übergreifenden Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung seit den 1970er-Jahren wie die Intensivierung von Medialisierung, Risikowahrnehmung, Expertenkultur und internationaler Vernetzung nachzugehen.[3] Für beide Fälle unterstrich Hünemörder das Bemühen um eine Kontextualisierung des Anti-AKW-Protests und um eine multiperspektivische Betrachtung aller Akteure als Stärke historischer Forschung, der es auf diese Weise gelingen kann, Chiffren wie *Atomstaat* oder *Atomfilz* aufzulösen und zu hinterfragen. Ausdrücklich wies er jedoch auch darauf hin, dass angesichts ungelöster Probleme wie der sicheren Endlagerung des Atommülls eine endgültige, allgemein akzeptierte Gesamtbewertung noch nicht möglich sei, zumal bei einer *Renaissance der Kernenergie* eine erneute Politisierung nicht auszuschließen sei.

Beiden programmatischen Referaten gelang es somit eindrücklich, die Relevanz der Thematik herauszustellen, wenn man die vielfach erst bevorstehende Übernahme großer Aktenmengen zur Atompolitik durch die Archive einerseits und die – meist noch unreflektierte – Rolle der Atomkontroverse im öffentlichen Bild der 1970er-Jahre bedenkt. Allerdings zeigen sich darin auch die grundsätzlichen Probleme, denn sowohl die neuen Modelle der archivischen Bewertung als auch die umweltzeitgeschichtliche Forschung scheinen gewissermaßen noch in einer Erprobungsphase zu stecken. Unübersehbar ist jedoch gleichzeitig, wie Archive und Wissenschaft bei dieser Weiterentwicklung aufeinander angewiesen sind. Bewertungskataloge bedürfen Relevanzkriterien, die sich nur aus der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Praxis ergeben können, während differenzierte Geschichtsbilder einer breiten und vielschichtigen Materialbasis bedürfen. Zu Recht betonten deshalb beide Referenten die Notwendigkeit eines multiperspektivischen Zugangs, um der Heterogenität der beteiligten Akteure zu entsprechen: Privatwirtschaftliche Unternehmen sind federführend bei Bau und Betrieb von Atomkraftwerken, staatliche Stellen nehmen wichtige Aufgaben bei Genehmigung und Beaufsichtigung wahr, Atomkraftkritiker organisieren sich in Bürgerinitiativen oder engagieren sich in Parteien, Medien prägen durch ihre Berichterstattung die öffentliche Wahrnehmung von Konflikten. Jede dieser Akteursgruppen ist als Bestandsbildner für die wissenschaftliche Forschung von Interesse, wie die Vertreter von Staats-, Medien-, Partei- und Wirtschaftsarchiven aufzeigen konnten, die im zweiten Teil der Sektion zu Wort kamen.

---

[3] Vgl. allgemein Jens Ivo *Engels*: Umweltgeschichte als Zeitgeschichte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 13 (2006) S. 32–38.

Für den Bereich der staatlichen Überlieferung gaben Albrecht Ernst und Wolfgang Mährle (Stuttgart) einen Einblick in die Arbeit des baden-württembergischen Hauptstaatsarchivs.[4] Wie erste Erhebungen ergeben haben, ist in der baden-württembergischen Landesverwaltung umfangreiches Material von rund 3500 Regalmetern Akten zur Atompolitik vorhanden, das neben technischen Unterlagen vor allem Polizeiakten und politische Dokumente umfasst. Davon sind bisher jedoch nur Bruchteile zur Übernahme angeboten worden. Insbesondere aus dem Landesumweltministerium, das annähernd zwei Drittel des Materials beherbergt, sind noch keine Unterlagen ins Archiv gelangt, nicht zuletzt weil technische Akten erst nach Stilllegung von Anlagen abgegeben werden. Da eine vollständige Übernahme dieser Aktenmengen weder möglich noch erstrebenswert scheint, wurden die aus dem Wirtschafts-, Innen- und Staatsministerium übernommenen Akten bereits analysiert und unter Zuhilfenahme von Bewertungsmodellen verdichtet, indem etwa das stark redundante Material zum Objektschutz nur exemplarisch übernommen wurde. Die erschlossenen Akten sind – unter Beachtung der 30-jährigen Regelfrist – den Archivnutzern zugänglich, können allerdings angesichts der stark asymmetrischen Bestandsentwicklung bisher nur in Teilbereichen ein umfassendes Bild der staatlichen Aktivitäten bieten.

Edgar Lersch (Stuttgart/Halle) berichtete von seinen Erfahrungen bei der Sichtung audiovisueller Archivmaterialien im von ihm geleiteten Historischen Archiv des Südwestrundfunks (SWR). Zunächst erläuterte er dabei die Arbeitsweise und Archivierungskriterien des Archivs, in dem gesendetes Bildmaterial vollständig und Hörfunkmaterial in Auswahl (vor allem Originaltondokumente) aufbewahrt wird. Durch ausgewählte Bild- und Tondokumente konnte Lersch nicht nur die große Bandbreite des Materials zur Kernenergiedebatte illustrieren, sondern mit der Frage nach Authentizität und Inszenierung in Fernseh- oder Hörfunkbeiträgen auch eine wesentliche Schwierigkeit der Bearbeitung der Bestände aufzeigen. Da Hintergrundinformationen zur Entstehung oder auch geschnittenes Material in der Regel fehlen, ist die Erschließung und Nutzung der Bestände oft problematisch. Zu Recht betonte Lersch gleichzeitig, dass gerade für den politischen Massenprotest gegen die Kernkraftnutzung die Mobilisierung der medialen Öffentlichkeit von entscheidender Bedeutung war, da sich aggressive Stimmungen und Reaktionen in der breiten Bevölkerung vorwiegend an der Berichterstattung entzündeten.

Das Archiv Grünes Gedächtnis unter dem Dach der Heinrich-Böll-Stiftung versteht sich nicht nur als Parteiarchiv von Bündnis 90/Die Grünen, sondern auch als Archiv der Neuen Sozialen Bewegungen.[5] Wie der Leiter

---

4 Eine Recherche der Bestände des Landesarchivs findet sich im Internet unter www. landesarchiv-bw. de.

5 Zum Grünen Archiv siehe www. boell. de/de/13_archiv/242. html [31. Januar 2008].

des Archivs, Christoph Becker-Schaum (Berlin), erläuterte, finden sich in den insgesamt rund 250 Beständen und 1300 Regalmetern neben dem Aktenmaterial von Parteigremien, Parlamentsfraktionen und Parteiorganisationen auch Deposita und Nachlässe einzelner Grünen-Politiker (zum Beispiel Petra Kelly) und Unabhängiger sowie Sammlungen, die von Bewegungsarchiven oder Hochschulinstituten angelegt wurden und meist vor allem Flugblätter und sogenannte graue Literatur umfassen. Im letzteren Fall wird das Grüne Archiv in der Regel beratend aktiv und übernimmt Bestände nur, wenn sich keine andere lokale Lösung findet, wie etwa beim Atomarchiv des Umweltzentrums Bielefeld. Als besondere Herausforderung bei der Erschließung des Materials zum Anti-AKW-Protest hob Becker-Schaum den Netzwerkcharakter der Bewegung hervor, sodass in der Regel keine federführenden Stellen der Aktenführung existieren und stattdessen versucht werden muss, Netzwerkstrukturen zwischen den beteiligten Akteuren durch die Erschließung der Bestände rekonstruierbar zu machen.

Patrick Kupper (Zürich) stellte schließlich die Arbeit des Archivs zur Geschichte der Kernenergie in der Schweiz (ARK) vor. Hier wurden vor allem Unterlagen aus beteiligten Unternehmen sowie Forschungsinstitutionen und staatlichen Stellen zusammengetragen, die nach der Erschließung und der Auswertung für erste Forschungsvorhaben seit 2004 über die Bibliothek der ETH Zürich öffentlich zugänglich sind.[6] Kupper betonte dabei die besonderen Überlieferungsbedingungen in privatwirtschaftlichen Unternehmen, die im Vergleich zu öffentlichen Institutionen bei Aufbewahrung und Zugänglichmachung von Archivmaterial deutlich weniger durch Vorschriften gebunden sind und angesichts von Konkursen, Übernahmen oder Fusionen gleichzeitig oft eine geringere institutionelle Kontinuität aufweisen. Im schweizerischen Fall waren diese Probleme Ausgangspunkt für das Archivierungsprojekt ARK, das vor allem Aktenmaterial nicht mehr existierender Unternehmen sichert, deren Überlieferung ansonsten fraglich geworden wäre (insbesondere der Firmen Kernkraftwerk Kaiseraugst AG, BBC Brown Boveri & Cie., Elektrowatt und der Nationalen Gesellschaft zur Förderung der industriellen Atomtechnik).

Auch wenn die Schweiz mit diesem wirtschaftshistorischen Spezialarchiv einen Sonderfall darstellen dürfte und die Möglichkeiten in den Unternehmensarchiven deutscher Betreiber und Kraftwerksbauer (zum Beispiel RWE, EnBW, Siemens) noch erkundet werden müssten, ergab der Blick in die verschiedenen Archive eindrücklich, dass umfangreiches und aussagekräftiges Archivmaterial vorhanden ist, wenn die betreffenden Archive auch mit jeweils spezifischen Problemen der Bestandsbildung und Bewertung zu tun haben. Letzteres dürfte ein wesentlicher Grund dafür sein, weshalb es auch

---

[6] Nähere Informationen zum Archiv zur Geschichte der Kernenergie in der Schweiz ARK unter www. ethbib. ethz. ch/eth-archiv/kernenergie. html [31. Januar 2008].

im Rahmen dieser Sektion nur bedingt gelang, aus der Binnenlogik der jeweiligen Institutionen auszubrechen. Wie eine *Überlieferung im Verbund* konkret aussehen und auch wie geschichtswissenschaftliche Expertise dabei praktisch einbezogen werden könnte, blieb weitgehend ausgeklammert. Trotz des gewachsenen zeitlichen Abstands dürfte beispielsweise für ein Bewegungsarchiv noch immer eine Hemmschwelle bestehen, mit staatlichen Archiven zu kooperieren. Grundsätzlich bleibt bei einem (allein technisch) so komplexen Thema die Frage, inwiefern nicht auch andere Sachverständigengruppen einbezogen werden müssten. Auch die Diskussion der Beiträge blieb deshalb oft stecken in spannenden Einzelfragen der Überlieferungsbildung, etwa nach der Archivierung von elektronischem Material oder der Bedeutung einzelner Aspekte des Atomprotests, wie dem Zusammenspiel von Internationalisierung und Regionalisierung. Das spricht freilich nicht gegen, sondern eindeutig für den von den Organisatoren gewünschten wechselseitigen Kommunikationsprozess über die gemeinsame Konstruktion von Geschichtsbildern, zeigt aber auf, dass ein solcher Dialog erst langfristig sein volles Potenzial entwickeln kann. Es ist deshalb begrüßenswert, dass der VdA plant, durch weitere Tagungen und Veranstaltungen zu zeitgeschichtlichen Themen eine Vertiefung zu ermöglichen.[7] Wie für die Historisierung der 1970er- (und 1980er-)Jahre mit ihrer spezifischen Protestkultur ist die Anti-Atomkraft-Bewegung auch hier nur ein – wenn auch nicht unwesentlicher – Anfang.

[7] So durch ein Kolloquium des Landesarchivs Baden-Württemberg *1968 – Was bleibt von einer Generation?* am 27. Februar 2007 in Stuttgart – in diesem Band dokumentiert – und auf dem 77. Deutscher Archivtag in Mannheim vom 25. bis 28. September 2007 zum Thema *Migration*; Tagungsband erscheint 2008; das Programm unter www.vda.archiv.net.

Zwischen Bewegungsforschung und Historisierungsversuch
Anmerkungen zum Anti-Atomkraft-Protest aus umwelthistorischer Perspektive

Von Kai F. Hünemörder

Einleitung

Ein Gespenst geht um in Europa. Ein Gespenst? Eher ein Zombie. Die Atomenergie-Industrie erhebt nach der Bildung der schwarz-roten Koalition unter Angela Merkel ihr fleddriges Haupt und träumt von der Renaissance der Atomkraft. Und dies zwanzig Jahre nach Tschernobyl.[1] In diesem forschen Auftakt einer neuen Broschüre bedient sich der Bundesverband der GRÜNEN JUGEND gleich mehrfach aus dem Arsenal der Geschichte in seinem Kampf gegen den *Ausstieg aus dem Ausstieg*. Zeitgleich richten die Lobbyisten der großen Energieversorgungsunternehmen ihren Blick geschichtsvergessen auf die Zukunft und wiederholen gebetsmühlenhaft *Energieversorgung sichern – Klimawandel stoppen – Laufzeit der AKWs verlängern*.

Nach einer Phase des Rückzugs des bundesweiten Protests an die AKW- und Zwischenlagerstandorte in Brunsbüttel, Gorleben und anderswo befinden sich Anti-Atomkraft-Gruppen und Interessenverbände aufgrund der gegenwärtigen Themendominanz des Klimaschutzes mitten in einer neuen Phase der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung um die zivile Nutzung der Kernenergie. Während die Kohlendioxidbilanz der Atomkraftwerke von der einen Seite erneut gegen den sogenannten *Atomkonsens* in Stellung gebracht wird, erinnert die Anti-AKW-Bewegung an die sicherheitstechnischen Kernprobleme von der Niedrigstrahlung im Normalbetrieb über das Restrisiko bis zur ungelösten Frage der sicheren Endlagerung des Atommülls.

Im Schatten des Medieninteresses arbeitet eine dritte Gruppe derweil aktiv an der Sicherung der Überlieferung der ersten Jahrzehnte eines der *prägendsten Konflikte in der Geschichte der Bundesrepublik*.[2] Bevor die inhaltlichen

---

1 GRÜNE JUGEND Bundesverband, Atomkraft, S. 5. Ich danke Mathias Mutz und Ute Hasenöhrl für äußerst hilfreiche Kritik und Kommentare zum Vortragsskript, das diesem Aufsatz zugrunde liegt.

2 Ute *Hasenöhrl*: Zivilgesellschaft und ziviler Ungehorsam: begrenzte Regelverletzungen und Gewaltfreiheit in der bundesdeutschen Anti-AKW-Bewegung. In: Zivilgesellschaft –

Schwerpunkte und methodischen Ansätze der Überlieferungsbildung zur Atomkraftkontroverse in den staatlichen, Medien, Bewegungs- und Wirtschaftsarchiven in einzelnen Aufsätzen dargestellt werden, soll ein Schlaglicht auf die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung und ihre Reflexion in den Sozial- und Geschichtswissenschaften geworfen werden.

Seit Anfang der 1970er-Jahre geriet die Kernenergie in mehreren Aufmerksamkeitswellen in den Brennpunkt der Kritik an der modernen Industriegesellschaft. Der Euphorie des sogenannten *Atomzeitalters*, in dem die nukleare Energieerzeugung als zukunftsweisende Schlüsseltechnologie gegolten hatte, folgte die Angst vor dem Atom.[3] Statt der Utopien billiger und unerschöpfbarer Energie beherrschten zunehmend negative Projektionen den öffentlichen Raum. Mit der Ölpreiskrise wurde das stark angewachsene Interesse für umweltpolitische Fragen im Herbst 1973 auf die Energiepolitik gelenkt. Während die Ausbaupläne der Atomenergienutzung von vielen europäischen Regierungen forciert wurden, begann es an der Basis zu brodeln. Weit über konkrete energie- und wirtschaftspolitische Aspekte hinaus erfuhr die Kernkraftdebatte dabei seit Mitte der 1970er-Jahre eine *Fundamentalpolitisierung*.[4] Sie spaltete nicht nur Atomkerne, sondern auch die Öffentlichkeit.[5]

Binnen weniger Jahre verwandelte sich das vormals technisch begriffene *Problem ›Atomkraftwerk‹ in ein ökologisches, ein wirtschaftliches und ein soziales Problem*.[6] Es betraf damit nicht mehr nur die Führungsgruppen von Staat und Energiewirtschaft, sondern die gesamte Gesellschaft. Die politischen und wirtschaftlichen Eliten erachteten die Durchsetzung des ambitionierten Nuklearprogramms als Grundlage der Überwindung der Rezession. Für große Teile der Umweltbewegung und Alternativkultur symbolisierte die forcierte Energiepolitik demgegenüber den überholten und zerstörerischen Wachstumspfad. Bald sah sich die ökologische Kritik, die seit Beginn der 1970er-Jahre von einer Serie von umweltapokalyptischen Warnrufen

---

national und transnational. Hg. von Dieter *Gosewinkel,* Dieter *Rucht,* Wolfgang *van den Dael* und Jürgen *Kocka* (WZG-Jahrbuch 2003). Berlin 2004. S. 83–104, hier S. 83.

3 Jens Ivo *Engels*: Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950–1980. Paderborn 2006, hier Kap. 9.

4 Andreas *Rödder*: Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990. München 2004. S. 67.

5 Dieses Bild taucht zuerst bei Dieter *Rucht*: Von Wyhl nach Gorleben: Bürger gegen Atomprogramm und nukleare Entsorgung. München 1980. S. 13, auf und wurde von Patrick *Kupper*: Atomenergie und gespaltene Gesellschaft: die Geschichte des gescheiterten Projektes Kernkraftwerk Kaiseraugst. Zürich 2003, auf die Verhältnisse in der Schweiz übertragen.

6 *Kupper*, wie Anm. 5, S. 144. Zur Systematisierung dieses Prozesses hat Patrick Kupper den Erklärungsansatz der *1970er Jahre-Diagnose* entwickelt. Patrik *Kupper*: Die »1970er Diagnose«. Grundsätzliche Überlegungen zu einem Wendepunkt der Umweltgeschichte In: Archiv für Sozialgeschichte 43 (2003) S. 325–348.

angestachelt worden war, auf diesem Politikfeld einer scheinbar übermächtigen Wachstumskoalition gegenüber.[7]

Im Folgenden sollen zunächst die Ereignisse zwischen der Bauplatzbesetzung im südbadischen Wyhl und dem Reaktorunfall 1986 in Tschernobyl skizziert werden. Im Anschluss werden einige Deutungsversuche der Sozialwissenschaften vorgestellt, um im dritten Teil eine Übersicht über die neueren Versuche der Geschichtswissenschaften zu geben, die Anti-AKW-Bewegung historiografisch in den Griff zu bekommen.

Zur Formierung des Anti-AKW-Protests Von Wyhl bis Tschernobyl

Der spezifische Protest hatte sich bereits in den 1960er-Jahren meist an konkreten Bauprojekten von Versuchsreaktoren und kommerziellen Meilern entzündet. Das Spektrum der Gegner der Nutzung der Kernenergie reichte von Anwohnern über die zivilisationskritischen Anhänger des *Weltbundes zum Schutze des Lebens*, die sich um das menschliche Erbgut sorgten, bis zu einer Vielzahl von Lehrern, die über die ökologische Auswirkung der Aufheizung der Flüsse durch Kühlwassernutzung besorgt waren. Mit der Bauplatzbesetzung in Wyhl erfuhr der deutsche Anti-AKW-Protest erstmals dauerhaft überregionale Aufmerksamkeit in den Medien.[8] Der Ortsname Wyhl stand bald als Symbol für die Entstehung einer neuen Bewegung, die in einer Kette von Ereignissen über die Großdemonstrationen in Brokdorf (1976/77/1981) und Grohnde (1977), die Auseinandersetzungen um das geplante *Nukleare Entsorgungszentrum* in Gorleben (1979/80) und die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl (1986) ihre Vielschichtigkeit unter Beweis stellte. Die Ortsnamen stehen für grundlegende Veränderungen in den Strategien und in der öffentlichen Wahrnehmung des Protests und wurden bei Periodisierungsversuchen häufig berücksichtigt.

Wyhl stand zunächst als Symbol für die Erweiterung von Diskussionen und gerichtlichen Auseinandersetzungen um außerrechtliche Aktionen.[9] Der Protest richtete sich gegen ein künftiges *Ruhrgebiet am Oberrhein* und wurde nicht nur von atomkritischen Freiburger Wissenschaftlern und

---

[7] Kai F. *Hünemörder*: Kassandra im modernen Gewand. Die umweltapokalyptischen Mahnrufe der frühen 1970er Jahre. In: Wird Kassandra heiser. Die Geschichte falscher Ökoalarme. Hg. von Frank *Uekötter und* Jens *Hohensee*. Stuttgart 2004. S. 78 – 97.

[8] Überregionalen Rückhalt fand zuvor bereits der lokale Protest gegen das AKW Würgassen. Vgl. *Radkau*, wie Anm. 9, S. 445.

[9] Vgl. etwa Joachim *Radkau*: Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945 – 1975: Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse. Reinbek 1983. S. 440; *Engels*, wie Anm. 3, Kap. 9; Bernd A. *Rusinek*: Wyhl. In: Deutsche Erinnerungsorte. Band 2. Hg. von Hagen *Schulze* und Etienne *François*. München 2001. S. 652 – 666.

Studierenden getragen. Er war ebenfalls stark verankert bei den regionalen Bauern und Winzern, die eine Beeinträchtigung der Qualität der Kaiserstuhlweine durch Nebelschwaden fürchteten, die von den Kühltürmen ausziehen sollten.[10] Nachdem eine öffentliche Anhörung zur Farce geraten war, besetzten im Februar 1975 einige Hundert Demonstranten den Bauplatz für das geplante Kernkraftwerk. Sie orientierten sich dabei an einer vorherigen Besetzung des Baugeländes für ein Bleichemiewerk im elsässischen Marckolsheim. Beim zweiten Versuch, der parallel zur Massenmobilisierung von 25 000 Demonstranten lief, konnten sich die badischen Besetzer schließlich acht Monate lang festsetzen. Die neue Aktionsform wurde schnell nachgeahmt – etwa auch in der Schweiz[11]. Um Besetzungen vorzubeugen, versuchten die Energiekonzerne daher bald darauf, wie in Brokdorf, ihr Baugelände frühzeitig zu umzäunen und mit Stacheldraht und Gräben zu sichern. Erklärtes Ziel war es, ein zweites Wyhl zu verhindern. Das Miteinander von Freiburger Studenten und der lokalen Bevölkerung vor Ort bewies die Integrationsfähigkeit der entstehenden, äußerst heterogenen Massenbewegung. Deutlich sichtbar wurde dies etwa an der 1975 gegründeten *Volkshochschule Wyhler Wald*, die bis 1988 als *Forum von Gegenexperten*[12] diente.

Das AKW in Wyhl war nur ein Standort des groß angelegten nuklearen Ausbauprogramms.[13] Ein weiterer regionaler Schwerpunkt lag im Bereich der Unterelbe. Die Großdemonstrationen in der Wilstermarsch stehen allgemein für die Eskalation der Auseinandersetzung zwischen Staat und Anti-AKW-Bewegung. Teilnehmerzahlen von mehreren Zehntausenden Demonstranten am Brokdorfer Bauzaun seit November 1976 belegten, dass der Protest mittlerweile zu einer Massenbewegung angewachsen war.[14] Dieser Trend bestätigte sich bei den folgenden Demonstrationen in Grohnde im März 1977 und in Kalkar am Niederrhein, wo 60 000 Kernkraftgegner im September 1977 demonstrierten.

---

[10] Bereits im April 1974 hatten etwa 400 Bauern und Winzer mit Traktoren am Kaiserstuhl demonstriert. Vgl. *Radkau*, wie Anm. 9, S. 450 f.

[11] So wurde das Baugelände der Kernkraft Kaiseraugst AG am 1. April 1975 für elf Wochen besetzt. Vgl. *Kupper*, wie Anm. 5.

[12] Mathias *Mutz*: Die »Volkshochschul' fuer unser Volksgewuhl« – Zur Bedeutung der »Volkshochschule Wyhler Wald« für den Widerstand gegen das Kernkraftwerk Wyhl. In: Zeitschrift des Breisgau-Geschichtsvereins Schau-ins-Land 124 (2005) S. 203 – 220, hier S. 208.

[13] Der Anteil der Nuklearenergie am Primärenergieverbrauch in Westdeutschland sollte ursprünglich von einem Prozent im Jahr 1973 auf 15 Prozent bis zum Jahr 1985 erhöht werden. Vgl. Christian *Joppke*: Mobilizing against nuclear energy: A comparison of Germany and the United States. Berkeley u. a. 2001. S. 93.

[14] Die Teilnehmerzahlen stiegen von etwa 6000 an der ersten Brokdorfdemonstration am 30. Oktober 1976 über 30 000 an der Großdemonstration am 13. November 1976 bis auf 100 000 an der bis dahin größten Anti-Kernkraft-Demonstration in der Geschichte der Bundesrepublik am 28. Februar 1981. Vgl. Uwe *Danker*: Brokdorf. Der konfliktreiche Bau eines Kernkraftwerks 1976 bis 1986. In: Schleswig-Holsteinische Erinnerungsorte. Hg. von Carsten *Fleischhauer* und Guntram *Turkowski.* S. 120 – 129, hier S. 126 f.

Bei den Auseinandersetzungen im Norden setzten Polizei und Bundesgrenzschutz erstmals tieffliegende Hubschrauber gegen die Demonstranten ein und durchsuchten gestoppte Züge mit vorgehaltener Maschinenpistole. Begründet wurden die neuen Einsatzstrategien unter anderem damit, dass an den Protesten auch K-Gruppen und andere militante Gruppierungen teilnahmen. Christian Joppke hat darauf hingewiesen, dass sich insbesondere der Kommunistische Bund als einflussreich erwies. Er dominierte die Hamburger Sektion der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe.

Allgemein wollten die Linksradikalen auf dem Weg zur *Systemüberwindung* die berühmten *Widersprüche* verschärfen. Bezogen auf die Demonstrationen hieß dies, die Herrschaftsverhältnisse im wahrsten Sinn des Worts *sinnlich erfahrbar*[15] zu machen. Selbstkritisch räumten Zeitzeugen später ein: *Der Schritt von der Demonstration zur Simulation wurde immer kürzer – bis die Berichte und Reportagen, etwa über den ›Kampf um Brokdorf‹* […] *authentischer als die eigenen Erlebnisse wirkten*.[16] Diese Wahrnehmung wurde freilich dadurch gesteigert, dass Teile der Zeitschriftenredaktionen selbst im *Banne dieser Zeitstimmung*[17] standen.

Wie Gerd Koenen in seinem Überblick über *das rote Jahrzehnt* klargestellt hat, ließ sich allerdings das konkrete Interesse der Anti-AKW-Bewegung von dem *berufsrevolutionären Aktivismus*[18] letzten Endes nicht beirren. Besonders ernüchternd wirkten die gewaltsamen Auseinandersetzungen am Zaun des im Bau befindlichen AKW Grohnde, wo 800 Polizeibeamte und Demonstranten im März 1977 verletzt wurden.[19]

Mit den Großdemonstrationen verlagerten sich auch die Aktionszentren der Bewegung nach Norddeutschland. Ein wichtiger Faktor für die kommenden Jahre war dabei die Standortvorauswahl für ein zentrales nukleares Entsorgungszentrum im wendländischen Gorleben. Die nationale Dimension des Protestpotenzials ergab sich daraus, dass die Bau- und Betriebsgenehmigung aller neuen Meiler per Verwaltungsgerichtsentscheidung mit der nuklearen Entsorgung verbunden wurde. Dieter Rucht sprach daher schon

---

15 Gerd *Koenen*: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977. Köln 2001. S. 25.

16 Reinhard *Moor*, zitiert nach ebenda, S. 472. – Festzuhalten bleibt, dass der Anstoß zum neuen Aktionsstil der Bauplatzbesetzung – *entgegen einer von der Kernkraft-Propaganda verbreiteten Legende – nicht wesentlich von Linksgruppen kam. Radkau*, wie Anm. 9, S. 450.

17 *Koenen*, wie Anm. 15, S. 19. – Eine besonders interessante Quelle sind die Schulungsvideos der Großeinsätze, die in den 1980er-Jahren in der Polizeiausbildung eingesetzt wurden.

18 *Koenen*, wie Anm. 15, S. 16 und 490.

19 Vgl. *Joppke*, wie Anm. 13, S. 106.

1980 von der *Achillesferse*[20] der Kernenergie, um die elementare Bedeutung der Entsorgung für das gesamte Atomprogramm zu verdeutlichen.

Der Ortsname Gorleben wurde binnen weniger Jahre ebenfalls symbolisch aufgeladen. Während Brokdorf und Grohnde bis heute für die Eskalation der Auseinandersetzung stehen, leitete Gorleben die Suche nach neuen friedlichen Protestformen ein. Eine davon war der berühmte Gorleben-Treck Ende März 1979 zum Gorleben-Hearing nach Hannover. Zusätzlich angeregt vom zeitgleichen Störfall auf Three Mile Island nahe Harrisburg, nahmen mehr als 100 000 Menschen an der friedlichen Abschlussdemo in der niedersächsischen Landeshauptstadt teil. Vom zentralen Entsorgungspark blieb daraufhin nur das Endlagerprojekt auf der Agenda.

Noch stärker beachtet wurde allerdings die Gründung der sogenannten *Republik Freies Wendland* im Mai des Folgejahres. Das Anti-Atom-Dorf wurde von 5000 Aktivisten auf der Tiefbohrstelle 1004 errichtet. Auch wenn dieses *gegenkulturelle Utopia*[21] nur 33 Tage bestand, wurde in dieser Zeit neben einem Gemüsegarten und einer alternativen Energiestation auch ein eigener Radiosender sowie ein eigenes Passamt eingerichtet. Von dem kreativen Potenzial zeugen die Bilder des *Bewegungsphotografen* Günter Zint, auf dessen Fotos noch heute die Presse bei ihren Rückblicken zurückgreift.[22] Von der Anti-AKW-Bewegung wurde diese *sanftere* Protestform als Antwort auf den erzwungenen Rückzug vom Bauzaun gesehen. Fest steht, dass selbst bei der Räumung des Dorfs die Selbstverpflichtung des Bündnisses aus lokalen und städtischen Gruppierungen auf strikte Gewaltlosigkeit weitgehend eingehalten wurde. Bis heute entfalten die Luftbilder unmittelbar vor der Räumung und nach der Planierung des Dorfs eine starke ästhetische Suggestivwirkung.

Im Wendland bedeutete die Zerstörung des Dorfs keineswegs das Aus der Bewegung. Vielmehr bildete sich in der Folge eine *Kultur des Widerstandes* heraus, die angesichts der Castortransporte ins oberirdische Zwischenlager seit Mitte der 1990er-Jahre neuen Zustrom von außen bekam. Neben ökonomischen Argumenten bestimmten Transport und Lagerung atomarer Abfälle weiterhin die Debatte. Der Weg zur Gewaltlosigkeit erwies sich allerdings nicht als Einbahnstraße. Davon zeugen die Proteste am Bauzaun der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage im oberpfälzischen Wackersdorf Mitte der 1980er-Jahre. Die Szenen glichen den Kämpfen zehn Jahre zuvor in Norddeutschland.

---

20 *Rucht*, wie Anm. 5, S. 14. Siehe auch Anselm *Tiggemann*: Die »Achillesferse« der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland: Zur Kernenergiekontroverse und Geschichte der nuklearen Entsorgung von den Anfängen bis Gorleben; 1955 bis 1985. Lauf 2004. U. a. S. 221.

21 *Joppke*, wie Anm. 13, S. 114.

22 Vgl. Republik freies Wendland. Frankfurt am Main 1980.

Der letzte Ortsname war nicht nur symbolisch aufgeladen. Bis heute wird über die Folgen der Reaktorexplosion bei Tschernobyl für Mensch und Umwelt gestritten. Die Zahlen der verstorbenen und an Krebs erkrankten Menschen schwanken um mehrere Größenordnungen.[23] Durch den Reaktorbrand Ende April 1986 wurde radioaktives Material in großen Mengen frei und verseuchte die Umgebung von Tschernobyl. Durch den Verlauf der radioaktiven Wolke war die Strahlenbelastung auch in Skandinavien besonders erheblich. Der Schock über die Reaktorkatastrophe in der Ukraine und den radioaktiven Fallout mobilisierte eine breite Öffentlichkeit. Die Diskussion verlagerte sich weiter auf das Unfallrisiko auch der deutschen Atomkraftwerke. Für die Schweiz hat Patrick Kupper nachgewiesen, wie Tschernobyl *die bereits in der Gesellschaft vorhandenen antinuklearen Potentiale* [mobilisierte] *und* […] *die Deutungsmacht bereits bestehender antinuklearer Kräfte* [stärkte].[24] Bezeichnenderweise blieben die Auswirkungen dieses Ereignisses in Frankreich, wo diese Potenziale nicht mehr vorhanden waren, gering.

Die skizzierte Ereigniskette von Wyhl bis Tschernobyl war für die Formierung und Weiterentwicklung der Anti-AKW-Bewegung von großer Bedeutung. Zwischen den Stationen lässt sich eine Entwicklungslinie ziehen, die von der Integration unterschiedlicher gesellschaftlicher Protestgruppen am Oberrhein über die Militarisierung eines Teils der Bewegung in Brokdorf und die fragile Einigung auf strikte Gewaltfreiheit in Gorleben bis zum Wiederaufleben der Gewalt in Wackersdorf reicht. Tschernobyl steht in einer solchen Perspektive für eine erneute politische Reintegration des Protests. Während die Bauprojekte in Wyhl und Wackersdorf Ende der 1980er-Jahre endgültig fallen gelassen wurden, ging Brokdorf 1986 ans Netz. In Gorleben steht das Moratorium bei der Erkundung des Salzstocks gegenwärtig wieder zur Debatte.

Sozialwissenschaftliche Reflexionen und Deutungen der Anti-AKW-Bewegung

Aufgrund der paradigmatischen Bedeutung der Bewegung für die soziokulturelle Entwicklung setzten in den Kreisen der Sozialwissenschaften bald tiefere Reflexionen ein. Während man in Amerika mit dem Ressourcen-Mobilisierungs-Ansatz die Mikrostruktur der Bewegung ausleuchtete, sahen deutsche Politologen die Anti-AKW-Bewegung als Teil der sogenannten *Neuen sozialen Bewegungen*. Zu diesen wurden auch die Frauenbewegung

---

[23] Franz-Josef *Brüggemeier*: Tschernobyl, 26. April 1986: Die ökologische Herausforderung, 20 Tage im 20. Jahrhundert. München 1998. S. 20 ff.

[24] *Kupper*, wie Anm. 5, S. 281. – Zu den Auswirkungen auf den politischen Protest in Deutschland siehe Karl-Dieter *Opp* und Wolfgang *Roehl*: Der Tschernobyl-Effekt. Eine Untersuchung über die Ursachen politischen Protests. Opladen 1990.

und die wiedererstarkte Friedensbewegung gezählt. Joachim Raschke sprach den *Neuen sozialen Bewegungen* in Abgrenzung zur Arbeiterbewegung Folgendes zu: Sie sind deutlich schwächer strukturiert, besitzen keine einheitliche Ideologie und bestehen aus mehreren autonomen, aber stark vernetzten Teilbewegungen. Ihre Basis besteht vor allem aus den gebildeten Mittelschichten. Bei der Wahl ihrer Aktionsformen spielen direkte Aktionen eine wichtige Rolle.[25]

Für die deutsche Forschung erwiesen sich die Bücher von Dieter Rucht und Roland Roth als besonders einflussreich. Bereits in seiner Dissertation *Von Wyhl nach Gorleben* konzipierte Rucht die Geschichte der Atompolitik als *Lehrstück für die Triebkräfte, die Mechanismen und die Grenzen politischer Planung*.[26] Die sozialwissenschaftliche *Bewegungsforschung* konzentrierte sich zu Beginn vor allem auf die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Bürgerinitiativen, die Einführung neuer Protestformen sowie die Veränderung der Wahlpräferenzen. Besonders Inglehardts These eines allgemeinen Wertewandels hin zu *postmaterialistischen Werten* wurde schnell auf die Anti-Atomkraft-Bewegung angewandt. Da sich dieser Wandel keineswegs als Einbahnstraße erwiesen hat, sprechen Soziologen mittlerweile lieber neutraler von *Wertverschiebung*. Kritisch ist an mehreren frühen Studien Folgendes anzumerken: Durch die Konzentration auf die unterschiedlichen Netzwerke der Bewegung wurde das Gegenüber des Protests anfangs häufig ausgeblendet oder sehr verkürzt wahrgenommen. Daher wurden Leitmetaphern wie *Atomlobby*, *Atomfilz* und *Atomstaat* nicht selten einfach übernommen.

Die enge Ausrichtung auf die Bewegung machte dann bereits Mitte der 1980er-Jahre breiteren Interpretationskonzepten Platz. Besondere Aufmerksamkeit erregte Ulrich Becks Paradigma der *Risikogesellschaft*. In dieser, so die These, würden individuelle Lebensrisiken von einem neuartigen kollektiven *Gefährdungsschicksal* ergänzt.[27] Die Anti-AKW-Bewegung erschien in dieser Sicht als Seismograf der neuen unsichtbaren Umweltrisiken. Becks besonderes Augenmerk richtete sich auf die Medien, die mittels Dramatisierung oder Verharmlosung der Risiken in eine gesellschaftlich-politische Schlüsselstellung gerückt seien.

---

25 Joachim *Raschke*: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß. Frankfurt am Main 1987. S. 77; vgl. auch *Tiggemann*, wie Anm. 20, S. 217f.

26 *Rucht*, wie Anm. 5, S. 17. Man muss Rucht zugestehen, dass er bereits 1980 vielen heutigen historischen Monografien die zentralen Titelmetaphern lieferte.

27 Ulrich *Beck*: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main 1986. S. 8ff.

28 Vgl. etwa Ruud *Koopmans* und Jan Willem *Duyvendak*: The Political Construction of the Nuclear Energy Issue and Its Impact on the Mobilization of Anti-Nuclear Movements in Western Europe. In: Social Problems 42/2 (1995) S. 235–251; Klaus *Eder*: Kulturelle Identität zwischen Tradition und Utopie. Soziale Bewegungen als Ort gesellschaftlicher Lernprozesse. Frankfurt am Main 2000; Kathrin *Fahlenbach*: Protestinszenierungen.

Seit den 1990er-Jahren wurden schließlich vermehrt Diskurse, Symbole und kollektive Identitäten der sozialen Bewegungen seziert.[28] Zudem häuften sich transnationale Vergleiche.[29] Hervorzuheben ist etwa die systematische Gegenüberstellung der deutschen und der US-amerikanischen Anti-AKW-Bewegung von Christian Joppke. Joppke nimmt – bei aller neokorporatistischen Geschlossenheit des politischen Systems in den 1970er-Jahren – die Diversität staatlicher Akteure ernst und löst nicht nur die Bewegung in einzelne, zum Teil antagonistische Gruppen auf.[30]

In einem aktuellen Forschungsprogramm des Berliner Wissenschaftszentrums wird der Beitrag der Anti-AKW-Bewegung zur Herausbildung der sogenannten *Zivilgesellschaft* näher untersucht. Hasenöhrl weist etwa nach, dass die Bewegung *zivilen Ungehorsam* übereinstimmend gegen staatliches Handeln für gerechtfertigt hielt, *das zu schwerwiegenden, möglicherweise irreversiblen Schäden für die Allgemeinheit führen könnte*. Diese Protestform könne heute durchaus als *ultima ratio* der Zivilgesellschaft angesehen werden.[31] Insgesamt erscheinen die Neuen sozialen Bewegungen in den sozialwissenschaftlichen Forschungen nicht mehr nur als Indikatoren, sondern als Motoren des sozialen Wandels.

Interessenschwerpunkte und Deutungsversuche der Geschichtswissenschaft

Mit der üblichen Verzögerung setzte auch das Interesse der Geschichtswissenschaften an der Anti-AKW-Bewegung ein. Stärker als in den sozialwissenschaftlichen Ansätzen wurde dabei das Staatsverständnis der Protestgruppen mit den politisch-ökonomischen Ordnungsentwürfen, Wertverschiebungen und Mentalitäten der 1970er-Jahre kontrastiert.[32] Mit dem Verweis auf die Krisenerfahrungen der 1970er, die mit der Ölpreiskrise einsetzten, wurden die Hintergründe der staatlichen Ausbauoffensive und die zahlreichen Verhinderungsaktivitäten der Bewegung zunehmend plasti-

---

Visuelle Kommunikation und kollektive Identitäten in Protestbewegungen. Wiesbaden 2002; Friedhelm *Neidhardt* und Dieter *Rucht*: Towards a ›Movement Society‹? A Comparative Perspective. In: Social Movement Studies 1/1 (2002) S. 7–30. Für eine detaillierte Analyse der Entwicklung der Bewegungsforschung sind insbesondere das *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* und die Zeitschrift *Mobilization* auszuwerten.

29 Vgl. etwa States and Anti-Nuclear Movements, Environment, Politics and Society Series. Hg. von Helena *Flam*. Edinburgh 1994, und Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA. Ein internationaler Vergleich. Hg. von Karl-Werner *Brand*. Frankfurt am Main 1985.

30 *Joppke*, wie Anm. 13.

31 *Hasenöhrl*, wie Anm. 2, S. 90.

32 Vgl. etwa Thomas Raymond *Wellock*: Critical Masses. Opposition to Nuclear Power in California, 1958–1978. Madison 1998. S. 14 ff.

scher.[33] Insbesondere die Befürworter der massiven Ausbauprogramme der 1970er-Jahre gewannen dabei an Konturen.

Die vorliegenden historiografischen Ansätze lassen sich grob in zwei große Gruppen aufteilen: Die eine, häufig technikgeschichtlich ausgerichtete Gruppe von Historikern versucht die Atomkontroverse als wichtigen Teil einer umfassenden Geschichte der zivilen Nutzung der Kernenergie zu rekonstruieren. Dazu zählen etwa die neueren Arbeiten von Patrik Kupper, Anselm Tiggemann und Thomas Dannenbaum. Die andere, häufig kulturhistorisch informierte Gruppe nimmt die Großkontroverse als Folie, um an ihr übergreifende Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung seit den 1970er-Jahren deutlich zu machen. Zu diesen Tendenzen gehören etwa die Medialisierung aller Lebensbereiche, ein neuer Umgang mit gesellschaftlichen Risiken und die Intensivierung des grenzüberschreitenden Informationsaustauschs.

Der Ansatz der ersten Gruppe wurde von einer frühen Studie des Technikhistorikers Joachim Radkau geprägt. Darin wird die Entstehung der Bewegung im Rahmen des *Aufstiegs und der Krise der Kernenergiewirtschaft* nachgezeichnet. Gezielt suchte Radkau nach einer Antwort auf folgende, seines Erachtens entscheidende Frage: Wurde die Bewegung tatsächlich von den spezifischen Gefahren der Kerntechnik hervorgerufen? Oder sollte man sie *als ein anderswo entsprungenes, erst sekundär gegen Kernkraftwerke gelenktes Protestpotential* […] *interpretieren*.[34] Gegen den soziologischen Trend entschied sich Radkau, *die Kontroverse um die Kernenergie als ›eigentliche‹ Diskussion, bei der es tatsächlich um die von ihr angesprochene Sache geht, ernst zu nehmen*.[35]

1983 hatte ein solcher Zugang eminent politische Konnotationen, da er die Erkenntnis stützte, dass das Gefahrenpotenzial der Kerntechnik *eine besondere, historisch neuartige Qualität hatte*.[36] Der Protest – etwa gegen die zusätzlichen technischen Risiken von Brutreaktoren und der Wiederaufarbeitung – erschien damit weitaus *rationaler* als in den Abstraktionen vieler Sozialwissenschaftler.

In Anlehnung an Radkau versuchten mehrere Historiker den Anti-AKW-Protest bewusst in eine Geschichte der zivilen Nutzung der Kernenergie einzubetten. Dabei lassen sich durchaus Gemeinsamkeiten zwischen dem deutschsprachigen und angloamerikanischen Zugang feststellen. Im Zentrum stehen meist einzelne (häufig gescheiterte) Kernkraftwerksprojekte oder

---

33 Zur allgemeinen Bedeutung der Zäsur 1973 für die Periodisierung der Zeitgeschichte siehe *Rödder*, wie Anm. 4, S. 47, 67, 207.

34 *Radkau*, wie Anm. 9, S. 434.

35 *Radkau*, wie Anm. 9, S. 457.

36 *Radkau*, wie Anm. 9, S. 457. Radkau leitet daraus die Forderung ab, dass die enormen *Langzeit-Risiken der Kerntechnik* nicht mit abstrakten Verweisen gerechtfertigt werden dürften; vgl. *Radkau*, wie Anm. 9, S. 473.

Standorte, die wie Gorleben zu einem *Nuklearen Entsorgungszentrum* ausgebaut werden sollten. Zudem stoßen Störfälle wie im Kernkraftwerk nahe Harrisburg Ende März 1979[37] oder der Reaktorunfall im April 1986 in Tschernobyl weiterhin auf größeres historiografisches Interesse.[38]

Geblickt wird – wie immer – auch auf Kontinuitäten: Bei vielen lokalen Protestgruppen lassen sich mittlerweile informelle Beziehungen zu den frühen kulturkritischen Atomkraftgegnern nachweisen, etwa zum bereits erwähnten, 1960 gegründeten *Weltbund zum Schutze des Lebens*.[39] Sowohl im Schweizerischen Kaiseraugst als auch im wendländischen Gorleben machten Weltbundmitglieder die neuen Bürgerinitiativen mit frühen atomkritischen US-amerikanischen Veröffentlichungen vertraut.[40]

Im Kontrast zur frühen sozialwissenschaftlichen Forschung bemühen sich viele Historiker um eine multiperspektivische Betrachtung aller Akteure. So werden mittels tiefschürfender Archivstudien nicht nur die einzelnen Gruppen des Anti-AKW-Protests auf ihre Motive hin durchleuchtet, sondern auch die Betreibergesellschaften, Kerntechnik-Experten und staatlichen Akteure.

Der Ertrag dieses Zugangs soll im Folgenden an einem Beispiel etwas ausführlicher verdeutlicht werden: an der Auflösung des bereits angedeuteten zentralen Geschichtsbilds des *Atomstaates*.

Im Februar 1977 prägte der Zukunftsforscher Robert Jungk auf der zweiten großen Brokdorfdemonstration das Wort vom sogenannten *Atomstaat*.[41] In dem gleichnamigen, nicht ohne Grund Eugen Kogon gewidmeten Buch konzentriert sich Jungk bewusst nicht auf die ökologischen, sondern die sozialen und politischen Wirkungen der Kernkraft. Im Namen der *unerreichbaren* […] *Vision von der perfekten inneren Sicherheit* werde es vielleicht gelingen, *die Atomindustrie-Staaten in Konzentrationslager zu verwandeln, aber Gewißheit gegen den Einsatz nuklearer Erpressung und Gewalt könnte auch dann niemand geben*.[42]

---

37 Vgl. etwa J. Samuel *Walker*: Three Mile Island: A Nuclear Crisis in Historical Perspective. Berkeley 2004.

38 Vgl. *Brüggemeier*, wie Anm. 23.

39 Die Zahl der Mitglieder dieses Bunds stieg bald auf einige Hunderttausend an. Zu ihren vordringlichen Themen gehörten die Gefahren des atomaren Fallouts sowie die mögliche Verseuchung durch Störfälle in Atomreaktoren. Vgl. Kai F. *Hünemörder*: Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik (1950–1973). Stuttgart 2004. S. 37. Zu den engen Verbindungen der Deutschen Sektion des Weltbunds zu *rassenhygienischem Gedankengut* und extremistischen Organisationen siehe Oliver *Geden*: Rechte Ökologie: Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus. Berlin 1996. S. 105–121.

40 Vgl. *Kupper*, wie Anm. 5, und *Tiggemann*, wie Anm. 20.

41 Vgl. Brokdorf: Symbol einer politischen Wende. Hg. von Stefan *Aust.* Hamburg 1981. S. 42.

42 Robert *Jungk*: Der Atom-Staat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit. Reinbek bei Hamburg 1979 (Erstveröffentlichung München 1977). S. 10f.

Angesichts der Weiterentwicklung des polizeilichen Repertoirs um die Überwachung von Telefonen, Sperrung von Autobahnen und besonders um den Einsatz von Wasserwerfern und Hubschraubern gegen Zehntausende von Brokdorfdemonstranten verbreitete sich die Rede vom *Atomstaat* bis in sozialwissenschaftliche Forschungsprogramme. Der *Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz* urteilte nach einem martialischen Großeinsatz im Februar 1981: *Viele Demonstranten werden den Eindruck mit nach Hause genommen haben, daß ein Staat, der sich bereits so weit mit der Atomindustrie identifiziert und verfilzt hat, bereits Anzeichen des von vielen befürchteten Atomstaats hat*.[43]

In klarer Abgrenzung zu solch groben zeitgenössischen Leitmetaphern wie dem *Atomfilz* versuchen Historiker wie Patrik Kupper *das von der Bewegung geprägte Bild der allmächtigen, mit staatlichen Behörden verbandelten Atomwirtschaft*[44] Schritt für Schritt aufzulösen. Anhand des gescheiterten schweizerischen Kernkraftwerks Kaiseraugst gelingt es Kupper, die Schwäche der Atomindustrie präzise offenzulegen. Insbesondere die Akten der mittlerweile abgewickelten Planungsgesellschaft zeigen, wie die unterschiedlichen Energieversorger in den 1960er-Jahren zunächst vor allem ihre direkten Konkurrenten bekämpften. Die Planungsgesellschaften wussten zwar nicht selten um die Bedeutung, die lokale und regionale Öffentlichkeit in einer spezifischen Weise einzubinden. In der entscheidenden Phase, als sich der Bau von Kernkraftwerken zum Politikum mit großer Symbolwirkung entwickelte, scheiterten sie dennoch vielerorts mit ihren Kommunikationsstrategien. Der scheinbar so mächtige, nahezu unverwundbare Achilles erscheint plötzlich – wie Patrick Kupper selbst bemerkt – eher als *Riese auf tönernen Füßen*.[45]

Ob diese Ergebnisse für die Bundesrepublik reproduzierbar sein werden, hängt auch von der Offenheit der Wirtschaftsarchive ab. Fest steht, dass der Staat in keinem Land dauerhaft als *homogener Akteur* auftrat. Auch wenn, wie in Wyhl, zahlreiche Landesregierungen Anteile an den Energieversorgungsunternehmen hielten, gab es keine einfache Interessenidentität.[46] Um über die Selbststilisierung aller Akteure hinauszugelangen, sind zeitgenössische, unter Verschluss gehaltene Analysen der jeweiligen Gegner besonders

---

43 So Josef *Leinen*: Brokdorf-Demonstration: Der Atomstaat zeigt seine Zähne. In: Brokdorf, wie Anm. 41, S. 176–183, hier S. 180. Die Tatsache, dass der Widerspruch der Anliegergemeinden gegen die gerichtliche Aufhebung des Baustopps im Januar 1981 abgewiesen wurde, trug sicher zur großen Mobilisierung der Kernkraftgegner im Folgemonat bei. Am Tag der Demonstration wurde ein weiträumiges Demonstrationsverbot verhängt Vgl. Brokdorf, wie Anm. 41, S. 42 ff.

44 *Kupper*, wie Anm. 5, S. 292.

45 *Kupper*, wie Anm. 5, S. 292; vgl. auch Patrick *Kupper*: Rezension von *Tiggemann*, »Achillesferse«. In: sehepunkte 6 (2006) Nr. 7/8 [15. Juli 2006], http://www.sehepunkte.de/2006/07/9419.html [05. September 2006].

46 Für die Badenwerke vgl. *Joppke*, wie Anm. 13, S. 98.

erhellend. Aus Gutachten etwa der Hamburgischen Electricitätswerke (HEW) über die Anti-AKW-Bewegung, ließen sich sicher tiefere Gründe für das grandiose Scheitern der Informationspolitik der Atomwirtschaft finden. Zudem fehlt eine Aufarbeitung, welche Wirkung die Enttarnung des Atom-Physikers und langjährigen Kundschafters der DDR, Johannes Koppe, im Januar 1979 hatte, der zuvor jahrelang als Planer und Sicherheitsexperte bei der HEW gearbeitet hatte. Laut Rainer Link hatte das Landesamt für Verfassungsschutz ausgerechnet ihm eine Liste von Gegnern der Kernkraftwerke übermittelt.[47]

Mittlerweile wurde das Geschichtsbild der Entwicklung zu einem formierten *Atomstaat* auch in Deutschland zu einem gewissen Grad verabschiedet. Doch der 11. September 2001 hat freilich einige Aspekte des von Robert Jungk beschriebenen Dilemmas wieder in Erinnerung gerufen. Dazu gehört etwa die höchst problematische Sicherung der Reaktoren gegen gezielte Flugzeugabstürze.[48]

Und dennoch: Für den Umwelthistoriker gilt ungleich stärker, was Radkau – als Lehre aus der Geschichte – für den Umweltschützer postuliert hat: Er sollte *besser nicht zu viel in den Spuren Carl Schmitts wandeln und nicht zu einseitig Politik als Kampf begreifen und die Welt unter den Kategorien »Freund« und »Feind« betrachten, so wie es in Deutschland in der Zeit der großen nuklearen Kontroverse der Fall war*.[49]

Die zweite der anfangs genannten Historikergruppen ist stärker kulturgeschichtlich ausgerichtet. Sie versucht anhand der Kernenergiekontroverse allgemeine Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung zu verdeutlichen. Zu diesen Tendenzen gehört die Entstehung des sozialen Typus des *Gegenexperten* und der Umgang mit gesellschaftlichen Risiken. Frühe Vertreter dieses neuen sozialen Typus waren Renegaten aus der Kernforschung wie Klaus Traube.[50] Bevor er neben dem Amerikaner Gofman zu einer der zentralen Referenzen der Bewegung wurde, fungierte er als einer der Chefkonstrukteure der deutschen Atomindustrie.[51] Neben dem Verweis auf Experten eigneten sich viele Bürger ein erstaunliches technisches Wissen an, um ihre

---

47 Vgl. Rainer *Link*: Herr Koppe klärt auf. Wie die Stasi die westdeutsche Atomindustrie abschöpfte. Deutschlandradio, Manuskript des Features. S. 8.

48 Vgl. Jochen *Paulus*: Ein Flugzeug aufs Atomkraftwerk. In: Die Zeit Nr. 46 vom 8. November 2001.

49 Joachim *Radkau*: Vom Nutzen und Nachteil einer globalen Umweltgeschichte für die Politik. In: Zeitschrift für Weltgeschichte 6 (2005). Hg. von Klaus *Kremb*. Heft 1. Interdisziplinäre Perspektiven. Bern/Frankfurt am Main 2005. S. 11–24, hier S. 18.

50 Das kritische Potenzial, das in den Vereinigten Staaten etwa zur *Union of Concerned Scientists* führte, verdichtete sich etwa in der Bundesrepublik im Freiburger *Öko-Institut*.

51 Vgl. etwa Klaus *Traube* und Otto *Ullrich*: Billiger Atomstrom? Wie die Interessen der Elektrizitätswirtschaft die Energiepolitik bestimmen. Reinbek bei Hamburg 1982, und Johano *Strasser* und Klaus *Traube*: Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus. Berlin u. a. 1984.

Argumente in den Genehmigungsverfahren zu stärken. Der Umgang mit technischen Risiken verweist ebenfalls auf die Bewertungsproblematik komplexer Informationen. Für die Untersuchung des neuen Umgangs mit gesellschaftlichen Ängsten greift Albrecht Weisker auf das Instrumentarium der Emotionengeschichte zurück.[52]

Eine weitere Entwicklungstendenz ist die Zunahme des transnationalen Informationsaustauschs seit den 1970er-Jahren. Einige Wissenschaftler gehen diesen Diffusionsprozessen im Einzelnen nach.[53] Zweifellos bauten viele kritische Argumentationslinien der Kernkraftgegner gerade in der Anfangszeit auf US-amerikanischen Studien auf. Bereits Anfang der 1980er-Jahre konnte allerdings nachgewiesen werden, dass sich *die deutsche Bewegung* […] *insgesamt* […] *nicht als bloße Imitation der amerikanischen charakterisieren*[54] lässt.

Auf der realgeschichtlichen Ebene trug die Anti-AKW-Bewegung nicht zuletzt durch die Verzögerung zahlreicher Bauvorhaben auch in der Bundesrepublik dazu bei, dass der größere Teil des ursprünglich geplanten Atomprogramms verhindert wurde. Selbst wo neue Meiler politisch durchsetzbar schienen, rechneten sie sich häufig aufgrund revidierter Energieverbrauchsprognosen nicht mehr. Mit Brokdorf ging zwar 1986 noch ein Reaktor ans Netz, der bis Mai 2005 200 Milliarden Kilowattstunden erzeugte. Allerdings verfolgte danach keine Landesregierung mehr das Ziel, ein neues Kernkraftwerk in der Bundesrepublik zu bauen.[55]

Wie bei allen zeitgeschichtlichen Deutungen hat die Historiografie natürlich kein Monopol. Einige Aktivisten haben ebenfalls *Streifzüge*[56] durch ihre eigene Geschichte unternommen. Sie wollen ihre Widerstandgeschichte *nicht den abstrakten Interpretationen irgendwelcher Historiker und Historikerinnen überlassen*.[57] Vielmehr wollen sie *die Diskussion über eine Bewegung wachhalten, deren Geschichte längst nicht abgeschlossen ist und sein darf*.[58]

---

52 Albrecht *Weisker*: Powered by Emotion? Affektive Aspekte in der westdeutschen Kernenergiegeschichte zwischen Technikvertrauen und Apokalypseangst. In: Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen. Hg. von Franz-Josef *Brüggemeier* und Jens Ivo *Engels*. Frankfurt am Main u. a. 2004. S. 203–221, hier S. 204.

53 Vgl. Doug *McAdam* und Dieter *Rucht*: The Cross-National Diffusion of Movement Ideas. In: Annals 528 (Juli 1993) S. 56–74.

54 *Radkau*, wie Anm. 9.

55 Vgl. *Danker*, wie Anm. 14, S. 129.

56 Vgl. etwa das Gemeinschaftswerk der Redaktion des *Atom Express.* [Hg. von Reimar *Paul*] … *und auch nicht anderswo*! Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung. Göttingen 1997.

57 Fritz *Storim*: Hoffnung auf ein anderes Leben – eine Bilanz des Widerstandes. In: *Paul*, wie Anm. 56, S. 255. Mit Blick auf die Aufbruchstimmung der 1970er-Jahre rief Storim dazu auf, *wieder mit revolutionärem Geist, mit einem Lachen auf den Lippen, selbstbewusster in die Zukunft zu blicken und uns die Geschichte – die auch unsere ist – wieder stärker anzueignen*.

58 Vorwort der Herausgeber. In: *Paul*, wie Anm. 56, S. 10. Ein Mitbegründer des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie sieht das Ziel eigener Rückblicke vor allem in der

Einige dieser Initiativen haben auch wie in Freiburg und Hamburg zur Gründung eigener Bewegungsarchive geführt.[59] Demgegenüber scheinen sich einige Energieversorgungsunternehmen selbst in Jubiläumserklärungen *eigentümlich geschichtslos* zu geben, wenn es um die Begleitumstände des Baus ihrer Atomkraftwerke geht, wie Uwe Danker anhand der Preussen-Elektra nachgewiesen hat.[60] Eine Ausnahme sind allerdings die Rheinisch Westfälischen Elektizitätswerke.[61] Sie beteiligten bewusst einen Kernkraftkritiker an ihrer Jubiläumsschrift, der in seinem Nachfolgebuch zu dem Fazit kam: *Indem die Protestbewegung die gigantischen Kernkraftpläne der frühen 70er Jahre mitsamt Brüter und Wiederaufarbeitung stoppte, hat sie die Energiewirtschaft vor der größten Fehlinvestition ihrer Geschichte bewahrt*.[62]

Neben diesen Zugängen macht auch der Film und die neuere deutsche Literatur keinen Bogen um die Protestgeschichte. In dem ironisch gehaltenen Film *Am Tag, als Bobby Ewing starb* verlässt ein Protagonist nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl resigniert die Wilstermarsch. Der Autor Andreas Maier lässt seinen sinnsuchenden Protagonisten in dem Roman *Kirillow* am Rande der Castortransporte sogar sterben.

Geschichte und die Repolitisierung der Kernenergie

Ungelöste Probleme wie die sichere Endlagerung des Atommülls sorgen dafür, dass man innerhalb und außerhalb der Geschichtswissenschaften von einer allgemein akzeptierten Gesamtbewertung der letzten 30 Jahre der Anti-AKW-Bewegung weit entfernt ist. Jeder Castortransport mit seinem riesigen Polizeiaufgebot zeigt, wie lebendig die *Kultur des Widerstandes* im Wendland weiterhin ist. Zudem hat der Störfall im Schwedischen Forsmark die Debatte auch in Berlin weiter angeheizt. Gekontert werden Zweifel mit dem unbeirrten Verweis auf die *besondere Sicherheit der deutschen Atomkraftwerke*, auch nach dem Brand des Trafo-Hauses im AKW Krümmel Ende Juni 2007. Früher beherrschten nur die Atomkraftgegner die mediengerechte Inszenie-

---

Selbstermutigung. *Die Motivation, weiter zu kämpfen, können wir uns aus der eigenen Geschichte holen.* Bernd *Weidmann*: Die langen Sommer der Anarchie. In: *Paul*, wie Anm. 56, S. 275.

59 Während in Freiburg das Archiv für soziale Bewegungen um seinen Erhalt kämpft, widmet sich in Hamburg das Archiv Aktiv der Protestdokumentation im Norden. Im Wendland existiert ein eigenes Gorleben-Archiv. Zum Rückblick auf die eigene Protestgeschichte siehe etwa *Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V.:* »Turm und Dorf könnt ihr zerstören, aber nicht die Kraft, die es schuf«. Lüchow 2000.

60 Vgl. *Danker*, wie Anm. 14, S 120.

61 Vgl. Joachim *Radkau*: Das RWE zwischen Kernenergie und Diversifizierung 1968–1988. In: RWE – »Der gläserne Riese«. Ein Konzern wird transparent. Hg. von Dieter *Schweer* und Wolf *Thieme*. Wiesbaden 1998. S. 173–260.

62 Joachim *Radkau*: Natur und Macht. München 2002. S. 312.

rung des strikten Ausstiegsziels. Heute inszenieren die Ministerpräsidenten zahlreicher CDU-geführter Bundesländer mediengerecht ihren Ausstiegswunsch aus dem Atomkonsens.[63] Parallel steigt die Versuchung, die komplexe Geschichte der Kernenergiekontroverse auf ein allzu einfaches Geschichtsbild zu reduzieren: etwa auf einen langen Weg der technikfeindlichen Abkopplung von der internationalen kerntechnischen Entwicklung.

Trotz der neuerdings verkündeten internationalen *Renaissance der Kernenergie*[64] und dem Aufwind der Betreiber durch die Verengung der komplexen Energie- und Sicherheitsdebatte auf die Kohlendioxidbilanz hat sich die historische Deutung bisher nicht weiter polarisiert. Das Wechselspiel zwischen atomfreundlichen und atomfeindlichen Interpretationsmustern findet sich vor allem auf der Diskursebene der öffentlichen Debatte.

Um die Reflexionsmöglichkeit der Entstehung der jeweiligen Perspektiven dauerhaft zu sichern, ist eine breite Überlieferungsbildung nötig. Die konkreten Interessen der Geschichtswissenschaft an besonderen Quellenbeständen hängen freilich stark vom Fokus der historischen Teildisziplin ab. Für die Politikgeschichte könnte es ein lohnenswertes Ziel sein, die Grundlagen für eine multiperspektivische Betrachtung aller Akteursgruppen weiterzuentwickeln. Hilfreich wären etwa Verweise in staatlichen Findmitteln auf parallele Bestände in Bewegungsarchiven.[65] Insgesamt erscheinen Aktenbestände, die die gegenseitige Wahrnehmung der Akteure illustrieren, als besonders aufschlussreich. Die neuere Kulturgeschichte ist zudem auf Bild- und Tondokumente angewiesen, um die Ikonografie des Protests zu rekonstruieren. Aus Sicht der Technikgeschichte sollte auch ein Teil der technischen Überlieferung – insbesondere die zahlreichen Gutachten und Gegengutachten – in die Archivbestände übernommen werden. Nur so lässt sich nachvollziehen, ob neue Techniken wie die Brüter-Technologie zunächst die Unsicherheit der Kerntechnikexperten verstärkten und schließlich auf den öffentlichen Protest rückwirkten.[66] Zudem wird an den Gutachten die Herausbildung unterschiedlicher Expertenkulturen deutlich. Für die Umweltgeschichte, die neben den *politischen, gesellschaftlichen und publizistischen Aktivitäten, die den Schutz von Natur, Landschaft und der menschlichen Lebensgrundlage zum*

---

63 Vgl. Fritz *Vorholz*: Scheingefecht der Erdöl-Junkies. In: Die Zeit Nr. 35 vom 24. August 2006.

64 Gero *von Randow*: Mit neuer Strahlkraft. In: Die Zeit Nr. 31 vom 22. Juli 2004. Siehe auch die zahlreichen Leserbriefe in: Die Zeit Nr. 33 vom 5. August 2004.

65 Bisher wurden – auch aufgrund der guten Zugänglichkeit – Parteien- und Parlamentsarchive besonders intensiv genutzt. Partielle Neubewertungen des Kräfteverhältnisses zwischen Staat und Bewegung ergaben sich besonders aus den Akten mittlerweile abgewickelter Planungsgesellschaften (Kupper).

66 Bereits Radkau versuchte in seinem Abschlusskapitel dem *historischen Zusammenhang von kerntechnischer Entwicklung und Anti-AKW-Bewegung* nachzugehen. Vgl. *Radkau*, wie Anm. 9, S. 455.

Ziel hatten,[67] auch die tatsächlichen Veränderungen in der Natur untersucht, sind auch medizinische Unterlagen zur Begründung von Strahlengrenzwerten aufschlussreich. So konnte anhand der historischen Rauchschadensdebatten nachgewiesen werden, dass Belastungsgrenzwerte aus historischer Perspektive niemals nur medizinisch oder ökologisch begründet, sondern über längere Sicht immer in einem komplexen Prozess neu sozial ausgehandelt wurden.

[67] Franz-Josef *Brüggemeier* und Jens Ivo *Engels*: Den Kinderschuhen entwachsen: Einleitende Wort zur Umweltgeschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: Natur- und Umweltschutz nach 1945, wie Anm. 52, S. 10–19, hier S. 11.

Überlieferungsbildung zur Atompolitik im Landesarchiv Baden-Württemberg Das Beispiel Hauptstaatsarchiv Stuttgart[1]

Von Albrecht Ernst und Wolfgang Mährle

Kein KKW in Wyhl und auch nicht anderswo. Mit diesem Slogan protestierten Atomkraftgegner seit 1974 gegen die Errichtung eines zweiten Kernkraftwerks in Baden-Württemberg. Während der erste in Südwestdeutschland errichtete Reaktor 1968 in Obrigheim ohne nennenswerten Widerstand ans Netz ging, hielten die massiven Proteste gegen das – schließlich gescheiterte – Projekt in Wyhl die Landesregierung über mehrere Jahre hinweg in Atem. Angesichts der Schwierigkeiten, die sich bei der Umsetzung des Wyhl-Projekts abzeichneten, machte Ministerpräsident Filbinger die Atompolitik seines Landes zur Chefsache. Beim Staatsministerium wurde eine AG Wyhl eingerichtet; Regierungsmitglieder und hochrangige Ministerialbeamte unternahmen Vor-Ort-Besuche, unzählige Stellungnahmen und Gutachten wurden erarbeitet.

Die rege Geschäftigkeit der baden-württembergischen Landesregierung, die politische Behandlung des damaligen Protests, hat Spuren hinterlassen. Spuren in Form von Dokumenten, die in den Ministerien, nachgeordneten Behörden und Gerichten angefertigt worden sind. Wie groß ist der Umfang dieser Unterlagen? Um welche Art von Aufzeichnungen handelt es sich? Welche Akten wurden den Archiven bereits angeboten? Welche der Unterlagen weisen – wie es im Landesarchivgesetz heißt – *historischen Wert* auf? Welche dieser Materialien stehen heute bereits der Geschichtswissenschaft zur Verfügung? Dies soll im Folgenden erörtert werden.

Ausgehend von den genannten Problemfeldern ist der Beitrag in vier Teile gegliedert: Erstens wird die Zuständigkeit staatlicher Organe in der Atompolitik beschrieben. Zweitens möchten wir Umfang und Struktur der in staatlichen Behörden entstehenden Unterlagen skizzieren. Dies soll am Beispiel des in den baden-württembergischen Ministerien vorhandenen Schriftguts geschehen, für dessen Übernahme das Hauptstaatsarchiv Stuttgart zuständig ist. Drittens werden wir unsere bisherigen Auswahlkriterien und unsere Methodik bei der Bewertung der Dokumente aus dem im Bereich Atomkraft

[1] Der vorliegende Beitrag stellt die geringfügig überarbeitete Fassung des am 22. September 2006 beim 46. Deutschen Historikertag in Konstanz gehaltenen Vortrags dar. Der Vortragsstil wurde bewusst beibehalten.

Abb. 1: Protest gegen den Bau des Kernkraftwerks Wyhl. Vorlage: Landesarchiv HStAS J 152 II A V.

bzw. Atomwirtschaft vorstellen. Der Schlussabschnitt ist den gegenwärtigen Forschungsmöglichkeiten zur Geschichte der Anti-Atomkraft-Bewegung im Hauptstaatsarchiv Stuttgart gewidmet.

Zuständigkeit staatlicher Instanzen in der Atompolitik

Auf Bundesebene zeichnete Mitte der 1970er-Jahre das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) für die Entwicklung der Kernforschung und Kerntechnik verantwortlich. Hingegen war das Bundesministerium des Inneren (BMI) für die Reaktorsicherheit und den Strahlenschutz zuständig.

Die Genehmigung für den Bau und den Betrieb von Kernkraftwerken wurde innerhalb der Bundesauftragsverwaltung von den Ländern erteilt. Das jeweils zuständige Landesministerium führte das Genehmigungsverfahren unter Aufsicht des Bundes durch, dem ein Weisungsrecht zustand. In Baden-Württemberg waren damals das Wirtschafts- sowie das Sozialministerium[2] mit der Durchführung des Atomgesetzes beauftragt. Nach einem rechtlich normierten Verfahren entschieden sie – auf der Basis wissenschaftlicher Gutachten und nach der Anhörung betroffener Gruppen – über die Genehmigung eines Kernkraftwerks. Sodann oblag ihnen, den Betrieb eines Kernkraftwerks im Hinblick auf mögliche Umweltschäden zu überwachen.

Darüber hinaus nahmen in Baden-Württemberg das für Katastrophenschutz, Polizei und Landesplanung zuständige Innenministerium, das mit Umweltfragen befasste Landwirtschaftsministerium und das politisch koordinierende Staatsministerium wichtige Funktionen bei der Genehmigung und beim Betrieb von Kernkraftwerken wahr.

Trotz der eindeutigen Kompetenzenbündelung auf Ministerialebene waren auch nachgeordnete Behörden, die Regierungspräsidien und Landkreise, die Gemeinden und sonstigen Gebietskörperschaften an dem Genehmigungsverfahren zu beteiligen, sofern deren Zuständigkeit berührt wurde. Bei der Erteilung von Konzessionen für die Errichtung von Atomkraftwerken spielte nicht zuletzt die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte eine wichtige Rolle.

---

[2] In diesem Beitrag werden für die baden-württembergischen Landesministerien teilweise Kurzbezeichnungen verwendet. Die offiziellen Behördenbezeichnungen lauteten im Stichjahr 1975: Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr (Wirtschaftsministerium), Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt (Landwirtschaftsministerium), Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung (Sozialministerium).

Umfang und Struktur der Überlieferung am Beispiel der baden-württembergischen Landesministerien

Aufgrund der weitreichenden staatlichen Kompetenzen im Bereich der Atomwirtschaft und der Reaktorsicherheit kommt dem Schriftgut der obersten Bundes- und Landesbehörden ein hoher Quellenwert für die historische Forschung zu. Die entsprechenden Unterlagen werden zunächst in den Registraturen der Ministerien verwahrt und im Regelfall nach spätestens 30 Jahren an das Bundesarchiv bzw. an die jeweiligen Staats- und Landesarchive abgegeben. Die große Masse technischer Akten wird den Archiven erst nach der Stilllegung der betroffenen Anlagen angeboten werden.

Für unsere folgenden Ausführungen über das Schriftgut der baden-württembergischen Landesministerien ist es wesentlich, dass wir die staatliche Überlieferung zum Thema Atomkraft ohne engere thematische Eingrenzung, etwa unter dem Blickwinkel des Anti-Atomkraft-Protests, betrachten. Eine solche Verengung der Perspektive würde der Komplexität der vorhandenen Überlieferung, deren Bogen sich vom polizeilichen Objektschutz bis zur bautechnischen Ausführung eines Kernreaktors spannt, nicht gerecht. So können Schriftstücke zur *Anti-Atomkraft-Bewegung* in ganz unterschiedlichem Kontext und bei verschiedenen Aktenproduzenten entstanden sein.

Was den Umfang und die Struktur der in den baden-württembergischen Ministerien produzierten Akten über Kernenergie betrifft, haben unsere Recherchen ergeben, dass in den dortigen Registraturen insgesamt rund 3500 Regalmeter zu dieser Thematik entstanden sind. Die Masse der Unterlagen befindet sich in dem 1987 eingerichteten und seither für die Kernenergieaufsicht verantwortlichen Umweltministerium, das aus dem früheren Landwirtschaftsministerium hervorging. Dieses Schriftgut allein umfasst über 2100 Regalmeter. Hinzu kommen größere Überlieferungsblöcke im Wirtschafts-, Sozial- und Innenministerium.

Die wenigen genannten Zahlen verdeutlichen bereits, dass das Hauptstaatsarchiv Stuttgart bei der Übernahme von Schriftgut zur Atompolitik mit einem gravierenden Massenproblem konfrontiert ist. Die Dimension dieser Problematik wird am besten durch einen Vergleich illustriert: Allein die im Umweltministerium Baden-Württemberg verwahrte Überlieferung zur Atompolitik und zur Überwachung der Kernkraftwerke, das heißt die Überlieferung *einer* Abteilung *eines* Ministeriums im Zeitraum von etwa *30–40* Jahren, umfasst mehr als ein Drittel der gesamten in unserem Haus vorhandenen altwürttembergischen Bestände vom frühen Mittelalter bis zum Jahr 1805, einem Zeitraum von fast 1000 Jahren! Ohne die zeitgeschichtliche Bedeutung der Atomkraft gering schätzen zu wollen, macht dieser Vergleich doch deutlich, dass sowohl aus Gründen der wissenschaftlichen Verwertbarkeit der Informationen, aber auch aus ökonomischen Gründen nur eine Auswahl des angebotenen Quellenmaterials ins Archiv übernommen werden kann.

Die Notwendigkeit, eine Auswahl zu treffen, wird noch evidenter, wenn man sich die Struktur des produzierten Schriftguts vergegenwärtigt. Die überwiegende Masse der einschlägigen Ministerialakten enthält technisches Material. Neben detaillierten Planunterlagen und Gutachten finden sich regelmäßig Datenblätter von Messstationen und Monatsberichte, die im Kontext der staatlichen Atomaufsicht anfallen. Abgesehen davon, dass diese Unterlagen auch andernorts, so etwa beim Kraftwerksbetreiber, überliefert sind, bilden sie ein unspektakuläres, für die historische Forschung wenig ergiebiges Alltagsgeschäft ab. Routinecharakter hat auch die polizeiliche Objektüberwachung. Aus historischer Sicht sind jedoch die Einsatzbefehle und -berichte über Zusammenstöße zwischen Polizei und Atomkraftgegnern – so etwa auf dem Baugelände in Wyhl – und die beschlagnahmten Flugblätter und Aufrufe der Anti-AKW-Bewegung unbedingt archivwürdig. Auch wenn dem Hauptstaatsarchiv bislang nur ein Bruchteil der vorhandenen Kernenergie-Unterlagen angeboten wurde, ist den politischen Papieren des Staatsministeriums ebenso ein hoher Dokumentationswert zuzubilligen. So finden sich nur hier die Niederschriften der Gespräche, die 1975/76 zwischen der Landesregierung sowie Vertretern der evangelischen und katholischen Kirche geführt wurden und die ganz wesentlich zur Deeskalation der Situation auf dem Wyhler AKW-Gelände beitrugen.

Anbietung und Bewertung von Akten zur Atompolitik

Die Anbietung von Unterlagen wird von den baden-württembergischen Landesministerien sehr unterschiedlich gehandhabt: Während sowohl vom Wirtschaftsministerium als auch vom Innen-, vom Sozial- und vom Staatsministerium schon längst Akten zur Atompolitik der 1970er-Jahre angeboten wurden und wir diese bewertet und die als archivwürdig eingestuften Teile ins Hauptstaatsarchiv übernommen haben, ist vonseiten des Umweltministeriums noch keine entsprechende Anbietung von Unterlagen erfolgt. Die beim Umweltministerium vorhandenen Dokumente zur Überwachung der Reaktorsicherheit werden nicht nur für die behördliche Aufgabenerledigung noch benötigt, derartige Akten werden bisweilen auch von parlamentarischen Gremien, zum Beispiel Untersuchungsausschüssen, angefordert.

Welche Methoden der Bewertung haben wir bisher angewandt, um Akten über die Atompolitik der baden-württembergischen Regierung im Hinblick auf ihren historischen Quellenwert zu beurteilen? Zwei Verfahren sind besonders hervorzuheben: Zum einen haben wir versucht, die uns angebotenen Unterlagen im Hinblick auf mögliche Doppelüberlieferung in anderen Archiven zu analysieren. Sehr häufig sind an bestimmten Vorgängen, zum Beispiel an einer Anti-Atomkraft-Demonstration, mehrere Behörden, etwa ein Regierungspräsidium *und* ein Landratsamt, beteiligt. Es fallen demnach auch in mehreren Behörden Akten an. Ziel der archivischen Bewertung muss es sein, solche Redundanzen in der Überlieferung zu vermeiden. Eine große Hilfe waren uns bei der Ausfilterung von redundantem Schriftgut Bewertungsmodelle, die in den vergangenen zehn Jahren in der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg entwickelt worden sind. Diese Modelle sind nach dem Verfahren der sogenannten *horizontalen und vertikalen Analysemethode* erstellt worden.[3] Dies bedeutet, dass die Unterlagen mehrerer Hierarchiestufen der Landesverwaltung systematisch im Hinblick auf ihren historischen Quellenwert bewertet werden. Doppelüberlieferungen sollen somit archivübergreifend und auch unter Einbeziehung kommunaler Träger identifiziert und nur die inhaltlich aussagekräftigsten Unterlagen für die Archivierung vorgesehen werden. Bei Aussonderungsaktionen müssen die angebotenen Akten dann nicht mehr oder nur noch stichprobenartig eingesehen werden.

Eine zweite, eher traditionelle Methode der Aktenanalyse stellt die Autopsie der Unterlagen in der Registratur, das heißt die Analyse der Dokumente durch Einsichtnahme, dar. Dieses Verfahren wurde und wird auch heute

---

[3] Grundlegend unter anderen: Robert *Kretzschmar*: Aktuelle Tendenzen archivischer Überlieferungsbildung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Scrinium 58 (2004) S. 5–29; Robert *Kretzschmar*: Positionen des Arbeitskreises Archivische Bewertung im VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare zur archivischen Überlieferungsbildung. Einführung und Textabdruck. In: Der Archivar 58 (2005) S. 88–94.

noch angewandt, zum Beispiel wenn noch keine geeigneten Bewertungsmodelle zur Verfügung stehen. Mittels Aktenautopsie wurden auf der Basis einer Aussonderungsliste etwa die Unterlagen des Wirtschaftsministeriums zur Genehmigung von Atomkraftwerken in Baden-Württemberg, also unter anderem zum Kernkraftwerk Wyhl, bewertet.

Das vorhandene methodische Instrumentarium möchten wir in Zukunft ausbauen, indem wir die Abstimmung mit anderen Archiven im Bereich der Überlieferungsbildung, namentlich mit dem Bundesarchiv, vertiefen und auch die Forschung stärker einbeziehen.

Forschungsmöglichkeiten zur Geschichte der Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er-Jahre

Die Unterlagen der baden-württembergischen Landesministerien zur Atompolitik in der Ära Filbinger sind unterschiedlich gut zugänglich. Dieser Befund – in anderen Bundesländern ist ein ähnlicher Überlieferungsstand zu erwarten – reflektiert die Tatsache, dass die 30-Jahres-Regelfrist zur Ablieferung von Schriftgut im Falle der 1970er-Jahre derzeit erst ausläuft und die Überlieferungsbildung stets in Aktenschnitten erfolgt, das heißt mehrere Jahrgänge zusammen abgegeben werden. Trotzdem kann festgehalten werden, dass mehrere für die Erforschung der Anti-Atomkraft-Bewegung relevante Bestände des Staats-, des Innen- und des Wirtschaftsministeriums bereits angeboten worden sind und sich die historisch interessantesten Unterlagen im Archiv befinden. Bei der Bewertung wurde Material, das die Geschichte der Anti-Atomkraft-Bewegung im engeren Sinn dokumentiert, zum Beispiel Polizeieinsätze, stets archiviert. Teilweise sind diese Dokumente bereits von Forschern eingesehen worden.[4] Ein gewisses Problem bei der Archivierung von Schriftgut zur Atompolitik stellt die Tatsache dar, dass einige der für diese Fragestellung relevanten Bestände, vor allem technische Unterlagen, von den Ministerien überdurchschnittlich lange für die aktuelle Aufgabenerledigung benötigt werden. Dennoch rechnen wir in den kommenden Jahren mit weiteren Ablieferungen, die die Möglichkeiten der zeithistorischen Forschung weiter verbessern werden.

Was den Quellenwert der archivischen Dokumente insgesamt anbetrifft, so zeigen die wenigen Studien, die bereits aus unseren Beständen über die Atomproblematik der 1970er-Jahre erarbeitet wurden,[5] dass die Auswertung

---

[4] Unser Dank gilt Herrn Thomas Dannenbaum, Reutlingen, für das Gespräch über seine Erfahrungen bei der Auswertung archivischer Quellen zur Atompolitik.

[5] Sibylle *Morstadt*: Die Landesregierung von Baden-Württemberg und der Konflikt um das geplante Kernkraftwerk in Wyhl. Magisterarbeit Freiburg im Breisgau 2001/2002; Thomas *Dannenbaum*: »Atom-Staat« oder »Unregierbarkeit«? Wahrnehmungsmuster im westdeutschen Atomkonflikt der siebziger Jahre. In: Natur- und Umweltschutz nach

des Archivguts für die zeithistorische Forschung sehr lohnend ist. Auch wenn viele Informationen durch publizierte Quellen zugänglich sind: Ein Blick hinter die Kulissen staatlichen Handelns ist nur durch die Auswertung der Archivbestände möglich.

1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen. Hg. von Franz-Josef *Brüggemeier* und Jens Ivo *Engels*. Frankfurt am Main 2005. S. 268–286.

Die Anti-Atomkraft-Bewegung in Bild und Ton Zur Überlieferungsbildung in den Archiven der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten[1]

Von Edgar Lersch

Überreste medialer Kommunikation sind Quellen der Geschichte, dies gilt insonderheit im Zeitalter allgegenwärtiger öffentlicher und massenmedial organisierter Kommunikation in Politik und Gesellschaft. Dies festzustellen ist einerseits eine Banalität, andererseits tat und tut sich – sieht man von erfreulichen Gegenbeispielen aus der jüngeren Vergangenheit ab – die Geschichtswissenschaft schwer damit, diese Einsicht in aussagekräftige bzw. anschlussfähige historiografische Konzepte und Forschungsarbeiten umzusetzen.[2]

Die erwähnten Publikationen greifen in erster Linie auf die Überlieferung der gedruckten Massenmedien, Zeitungen, Zeitschriften und Bücher zurück. Diese unterstehen der Obhut der Bibliothekare. Für Medienerzeugnisse der Art gilt im Übrigen das Prinzip der Totalarchivierung in sogenannten Archivbibliotheken des Bundes und der Länder, die die gesetzlich vorge-

---

1 In der *Dramaturgie* des Sektionsverlaufs auf dem Historikertag war dem hier veröffentlichten Kurzvortrag im Wesentlichen die Aufgabe zugefallen, durch das Vorführen audiovisueller Dokumente das Thema zu veranschaulichen. Die vorgeführten Radio- und Fernsehdokumente illustrierten die Antiatombewegung; angesichts der knapp zur Verfügung stehenden Zeit musste darauf verzichtet werden, ihren spezifischen Quellenwert zu erarbeiten und ausführlicher zu erörtern, in welcher Form sie im Kontext der Gesamtüberlieferung ausgewertet werden könnten. Der während der Sektionssitzung sinnlich erfahrbare Eindruck kann natürlich im Kontext dieser Publikation nicht wiedergegeben werden, insofern bleibt es bei einer knappen verbalen Beschreibung und Kommentierung. Archivtheoretisch fundierte Bewertungskonzepte zur audiovisuellen Überlieferung wurden ebenfalls angesichts der Kürze der Zeit nur in groben Strichen skizziert. Angesichts der konkreten Bewertungspraxis, das heißt wegen der derzeit (noch) praktizierten Totalarchivierung der *Fernseh*produktion in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten war es nicht nötig, sie konkret zu veranschaulichen, eine exemplarische Demonstration von Auswahlverfahren für die Hörfunküberlieferung hätte den Rahmen eines Kurzvortrags gesprengt. Für weitergehende Informationen wird auf die in Anm. 4 aufgeführten Publikationen verwiesen.

2 Zu den grundsätzlichen Problemen siehe den nach wie vor gültigen Überblick bei Axel *Schildt*: Das Jahrhundert der Massenmedien. Ansichten zu einer künftigen Geschichte der Öffentlichkeit. In: Geschichte und Gesellschaft 27 (2001) S. 177–206; zum (Dokumentar-)Film und zum aktuell informierenden Fernsehen als Geschichtsquelle jetzt auch mit Literaturhinweisen: Irmgard *Wilharm*: Film und Zeitgeschichte. Zur Nutzung des dokumentarischen Films durch die Geschichtswissenschaft. In: Geschichte des dokumentarischen Films in Deutschland. Band 3. »Drittes Reich« (1933–1945). Hg. von Kay *Hoffmann* und Peter *Zimmermann*. Stuttgart 2005. S. 720–732.

schriebenen Pflichtabgaben der Verlage aufbewahren. Dabei muss offen bleiben, welche besonderen Abgrenzungs- und Überlieferungsprobleme gerade im Rahmen des in Rede stehenden Themas *Anti-Atom-Protest* durchaus in Randbereichen bestehen. Erinnert sei an sogenannte *Untergrundpublikationen*, *graue Literatur*, Flugblätter und so weiter in allen ihren Facetten – eine Überlieferung, die nicht in ihrer ganzen Breite in die Bibliotheken gelangt. Sie sind eher in Archiven gesellschaftlicher Bewegungen und speziellen Dokumentationszentren zu suchen, die die Tätigkeit der Antiatom-, anderer Protestbewegungen und gesellschaftlicher Initiativgruppen aufbewahren.[3]

Die audiovisuelle Überlieferung ist, soweit in den vergangenen Jahrzehnten überhaupt über Probleme ihrer Bewertung und Erschließung gesprochen wurde, eher weniger parallel zur gedruckten Publizistik im Kontext der bibliothekarischen Aufgabenstellungen, sondern im Wesentlichen im Horizont der vielfältigen Archivszene bearbeitet worden. Fragen der Konservierung, Erschließung und Bewertung werden national wie international vor allem von archivarischen und bibliothekarischen Milieus eher fernstehenden Fachverbänden diskutiert. Auf internationalen wie nationalen Archivtagen wurden die Probleme der medialen Quellen seit Jahrzehnten dennoch immer wieder behandelt,[4] zumal es auch umfangreiche audiovisuelle Überlieferungen außerhalb des massenmedialen Zusammenhangs wie Kino und Rundfunk gibt. Gleichwohl ist eine gewisse Randständigkeit des Themas unter archivischer Perspektive nicht zu übersehen. Dies liegt aber auch daran, dass – zumindest in Deutschland, wo der Autor die Verhältnisse seit etwa 30 Jahren überschaut – vonseiten der Medienarchivare bzw. -dokumentare unter dem Druck ihrer aktuellen Aufgabenstellungen für den Programmbetrieb archivische Grundsatzfragen nicht immer im ausreichenden Maß erörtert wurden. Insofern war es erfreulich, dass bei der vom Verband der Archivarinnen und Archive in Deutschland (VdA) initiierten Sektion auf dem Konstanzer Historikertag zur Problematik der archivischen Bewertung die massenmedialen,

---

[3] Siehe hierzu auch den Beitrag von Christoph *Becker-Schaum* in diesem Band. Was die digitalen Verbreitungsmedien, insbesondere die Distribution von Informationen und Meinungen über das Internet, angeht, so brauchten sie angesichts des infrage stehenden Zeitraums der 1970er-Jahre nicht thematisiert zu werden. Sie sind jedoch seit der zweiten der Hälfte der 1990er-Jahre unbedingt in Fragen einzubeziehen, bei denen es um die Sicherung der medialen Überlieferung geht.

[4] Dazu: Friedrich P. *Kahlenberg* und Heiner *Schmitt*: Zur archivischen Bewertung von Film- und Fernsehproduktionen. Ein Diskussionsbeitrag. In: Der Archivar 34 (1981) Sp. 233–242; Edgar *Lersch*: Informationsflut der Massenmedien: Bewertung und Erschließung. In: Der Archivar 48 (1995) Sp. 436–445; Edgar *Lersch*: Historische Medienarchive. Überlegungen zur archivwissenschaftlichen Theoriebildung in der Medienüberlieferung. In: Der Archivar 53 (2000) S. 27–34; Edgar *Lersch*: Zum Stand der Überlieferungsbildung im Bereich der audiovisuellen Medien. In: Die Archive am Beginn des 3. Jahrtausend. Archivarbeit zwischen Rationalisierungsdruck und Serviceerwartungen (Der Archivar Beiband 6). Siegburg 2002. S. 91–102.

das heißt in erster Linie die audiovisuellen Quellen im Ensemble der verschiedenen Überlieferungsbereiche vertreten waren.

In der Sektionssitzung wurde ausdrücklich das sonst unvermeidbar anzusprechende Problem eines geregelten Zugangs zu den audiovisuellen Quellen der Rundfunkunternehmen ausgeklammert. Weder durch gesetzliche Bestimmungen – die öffentlich-rechtlichen Rundfunkunternehmen sind ausdrücklich von den Archivgesetzen ausgenommen – noch durch eine verbindliche interne Selbstverpflichtung ist eindeutig geregelt, dass die audiovisuellen Quellen etwa der Rundfunkunternehmen durch Externe benutzt werden können. Dieser Umstand wie auch die zahlenmäßig noch eher geringen Interessen der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung an der audiovisuellen Rundfunküberlieferung schränken die Zahl der Nutzungen ein. Selbst wenn man unter archivfachlichen Gesichtspunkten dem Kriterium *Häufigkeit der Nutzung* keine allzu große Bedeutung zumisst, so spielen bei Bewertungsfragen dennoch Erfahrungen im Umgang mit denjenigen, die auf einen bewerteten und endarchivierten Bestand zurückgreifen, durchaus eine – wenn auch vielleicht mehr *unbewusst* sich bemerkbar machende – Rolle.[5]

Ein paar Hinweise auf die Folgen der Bewertungs- und Kassationspraxis früherer Jahre (bis etwa 1970) auf die Überlieferungsdichte in den Archiven der Rundfunkunternehmen müssen gleichfalls genügen. Hierbei ist zwischen der Fernseh- und der Hörfunküberlieferung zu unterscheiden. Ganz generell sind bis in die 1970er-Jahre hinein an den Hörfunkbeständen beider deutscher Staaten umfangreiche Kassationen vorgenommen worden, was auf mehrere Gründe zurückzuführen ist. Für die Frühzeit des BRD-Fernsehens sind durchaus Löschungen zu beklagen wie in noch größerem Umfang Überlieferungsverluste – vielfach aus Mangel an Trägermaterialien wie Magnetbändern – beim DDR-Fernsehen.[6] Der interessierte Nutzer kann hingegen davon ausgehen, dass zumindest im BRD-Fernsehen seit den 1960er-Jahren bis in die Gegenwart die sendefertigen Produktionen – soweit sie vorproduziert und nicht live ohne Aufzeichnungsmöglichkeit gesendet wurden – vollständig erhalten sind. Der Grund dafür ist nicht die Rücksichtnahme auf künftige Historiker. Vielmehr ist hier das Eigeninteresse der Programmveran-

---

[5] Auf der 12. Sitzung des VdA-Arbeitskreises *Bewertung* am 20. März 2007 wurde unter dem Stichwort *Evaluation* ausführlich darüber kontrovers diskutiert, ob zur dauernden Aufbewahrung bestimmte, aber nie angerührte Bestände einen Anhaltspunkt für spätere Nachkassationen böten.

[6] Für die Fernsehüberlieferung der DDR geben pauschal einige Hinweise mit Begründungen für die Verluste: Susanne *Paulukat* und Uwe *Breitenborn*: Signaturen des Kalten Krieges. Zur medienhistorischen und dokumentarischen Bedeutung der deutsch-deutschen Programmbeobachtungen. In: Rundfunk und Geschichte 33/1–2 (2007) S. 29–37. Es gibt durchaus auch Überlieferungsverluste im bundesrepublikanischen Fernsehen. Deren genauer Umfang ist Gegenstand von Gerüchten und gelegentlichen Verdächtigungen gegen die Fernseharchive, doch wurden sie meines Wissens bisher nicht systematisch aufgearbeitet und zusammengestellt.

stalter ausschlaggebend: Fernsehproduktionen sind sehr teuer und das Bildmaterial lässt sich in derartig großem Umfang wiederverwerten, dass sich der Aufwand für Speicherung und Konservierung zwar möglicherweise nicht vollständig rechnet, so doch in einem vertretbaren Verhältnis zu den Einsparungen bei der Wiederverwertung von Ausschnitten und von ganzen Sendungen steht.

Die 1989 und 1991 verabschiedeten Regelwerke für die dokumentarische Bearbeitung und Bewertung von Hörfunk- und Fernsehproduktionen der in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und des ZDF orientieren sich vornehmlich an Prämissen, die Dokumente nach dem Rang und der Bedeutung der in den AV-Dokumenten behandelten Ereignisse und Personen einschätzen.[7] Dieses Vorgehen entsprach durchaus auch bestimmten archivtheoretischen Vorstellungen, die eine Hierarchie der Themen und damit der Überlieferungen entsprechend einem gesellschaftlichen Dokumentationsplan entnehmen wollten, der die gesellschaftliche Realität und Vielfalt abbilde.[8] Dieses Konzept wiederum kam meines Erachtens durchaus dem Wiederverwertungsprinzip der AV-Dokumentationen der Rundfunkunternehmen entgegen und spielte deshalb in der Diskussion eine beträchtliche Rolle.

Der gegenwärtige Stand der Bewertungsdiskussion in den dokumentarischen *Milieus* ist derzeit dadurch gekennzeichnet, dass die in Bezug auf die Fernsehüberlieferung praktizierte Totalarchivierung und die für den Alltag in den Funkhäusern offensichtlich ausreichenden Empfehlungen der Regelwerke dazu führten, dass die deutschen Medien- bzw. Rundfunkarchivare seit gut anderthalb Jahrzehnten auf dem *status quo* verharrt sind und sich weder an nationalen noch internationalen Diskussionen über Bewertungsfragen beteiligt haben.

Bewertungsfragen und Modifikationen der bisherigen Regularien könnten hierzulande jedoch wieder mit einiger Dringlichkeit auf die Tagesordnung kommen und auch von praktischem Nutzen werden. Denn noch anstehende hohe finanzielle Aufwendungen für konservatorische Sicherungsmaßnahmen vor allem der Film- und Fernsehüberlieferung – das meint neben der Digitalisierung auch den Aufbau von Kühllagern für die Filmbestände – könnten jenseits eindeutig programmrelevanter Bestandsgruppen dazu führen, dass vom Prinzip der Totalarchivierung abgewichen und unter dem dann entstandenen Kostendruck *nachbewertet* werden müsste. Dann stellte sich die Frage, mit welchen *guten* Gründen auf bestimmte Überlieferungsstränge verzichtet

---

[7] Dazu Susanne *Pollert*: Film und Fernseharchive. Bewahrung und Erschließung audiovisueller Quellen in der Bundesrepublik Deutschland (Veröffentlichungen des Deutschen Rundfunkarchivs 10). Potsdam 1996. S. 138 ff.

[8] Die gilt insbesondere für Hans *Booms*: Gesellschaftsordnung und Überlieferungsbildung. Zur Problematik archivarischer Quellenbewertung. In: Archivalische Zeitschrift 68 (1970) S. 3 – 40.

werden sollte bzw. könnte. Unter dem Druck anstehender Entscheidungen wären dann über die in den Regelwerken aufgeführten Kriterien und Entscheidungsprozeduren hinaus folgende Überlegungen anzustellen, die der im internationalen Raum auch nach 1991 geführten Diskussion der Medienarchivare entnommen sind.[9]

Wir gehen davon aus, dass audiovisuelle Botschaften – sofern sie zum Zweck ihrer Verbreitung gespeichert oder das Verbreitete aufgezeichnet wird – *Realitäts-Ausschnitte* konservieren und der Nachwelt überliefern. Festgehalten werden Geräusche und Töne sowie insbesondere die als frei gesprochenes Wort überlieferten sprachlichen Äußerungen von Individuen einerseits und die sichtbare Oberfläche der Objektwelt bei Fotos und Filmaufnahmen andererseits. Auf diese Weise tradieren sie – bearbeitet und damit verändert entsprechend den jeweils gängigen Gestaltungsroutinen von Hörfunk und Fernsehen – spezifische *Informationen*, die sonstigen Überresten der Vergangenheit – wie etwa Schriftdokumenten – nicht entnommen werden können.[10] Darüber hinaus orientieren sich mediale Botschaften, Hörfunk- und Fernsehproduktionen einerseits an den gesellschaftlichen Wahrnehmungsmustern, mentalen Dispositionen, *inneren Bildern* der Zeitgenossen bzw. beeinflussen sie auch andererseits. In keinem Fall geschieht dies jeweils spiegelbildlich, der Grad der Beeinflussung kann jeweils sehr unterschiedlich sein. Auf jeden Fall ist die audiovisuelle Überlieferung für eine Rekonstruktion dieser Wahrnehmungs- und Sinnmuster eine oft einzigartige und damit unverzichtbare Quelle.

Soweit nun dokumentarische Sendeformen des Hörfunks und des Fernsehens den Anspruch authentischer, singulärer Realitätsabbildung erheben, wird dafür plädiert, dass alle diesbezüglichen audiovisuellen Dokumente möglichst vollständig aufbewahrt werden sollten. Allerdings sind bei bestimmten Angebotsformen der Informationsvermittlung diese Dokumente lediglich eine Kompilation von *Berichten* über Ereignisse und Personen ohne authentische Original-Töne bzw. Bilder, etwa bei Hörfunknachrichten oder aktuellen Sendungen mit Korrespondentenberichten, dies gilt auch im

---

[9] Es geht in dem Zusammenhang vor allem darum, möglichst inhaltliche Bewertungen zu vermeiden und dem Prinzip der Informationsverdichtung in der Weise Geltung zu verschaffen, dass Redundanzen vermieden werden. Vgl. dazu auch die vom Verfasser in Erweiterung vorausgegangener Überlegungen (wie Anm. 3) entwickelten Bewertungsansätze im Abschnitt VI: Bewertung audiovisueller Unterlagen in: Positionen des Arbeitskreises Archivische Bewertung im VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare zur archivischen Überlieferungsbildung vom 16. Oktober 2004 – http://www.vda.archiv.net/arbeitskreise.htm.

[10] So jetzt ältere Überlegungen kompakt zusammenfassend für Film und TV: Gisela *Mettele*: Geschichte in bewegten Bildern. Historisches Arbeiten mit Dokumentar- und Spielfilmen. In: Historie und Leben. Der Historiker als Wissenschaftler und Zeitgenosse. Festschrift für Lothar Gall zum 70. Geburtstag. Hg. von Dieter *Hein*, Klaus *Hildebrand* und Andreas *Schulz*. München 2006. S. 287–299, hier 289 ff.

Fernsehen. In diesem Fall wird vorgeschlagen, die sich im steten Wandel befindlichen Routinen der Wirklichkeitskonstruktion bei der Vermittlung der Ereignisse insoweit exemplarisch zu dokumentieren, dass mit Verzicht auf die Tradierung aller Inhalte die medialen Verarbeitungsroutinen möglichst umfassend dokumentiert sind.

Auf Totalarchivierung kann auch verzichtet werden bei sich stets wiederholenden Angeboten, bei denen eine für die mediale Verbreitung eigens veranstaltete *Wirklichkeit* im Zentrum steht: Damit sind vor allem unterhaltende Gattungen wie Shows und Spielformen jeder Art (Ratespiele, Geschicklichkeitswettbewerbe, Hitparaden und so weiter) gemeint.

Nach dem beschriebenen Muster bedeutet dies zum Beispiel konkret für die Hörfunküberlieferung: Die als sekundäre Weiterverarbeitung auftretenden Nachrichtensendungen zum Beispiel oder Korrespondentenberichte müssen nicht vollständig archiviert werden, vielmehr soll aber in Auswahl dokumentiert werden, *wie* Themen in unterschiedlichen Zeiten ausgewählt und präsentiert wurden.[11] Im Zentrum der Hörfunküberlieferung steht daher der sogenannte Originalton, der insbesondere nicht schriftlich fixierte, mündliche Aussagen von Personen der Zeitgeschichte, Äußerungen von jeweiligen Zeitgenossen überliefert, die in Diskussionen, Interviews oder im per Mikrofon festgehaltenen alltagssprachlichen Kontext entstanden sind. Dass sie auch aus rein programmorientierten Gründen für Wiederverwertungen die größte Attraktivität besitzen, begünstigt ihre Aufbewahrung.[12]

Diese Kriterien waren auch ausschlaggebend für die Auswahl der beiden ausgewählten Hörfunkbeispiele zum Thema Anti-Atom-Protest. *Authentischer* und in seinem Quellenwert bedeutsamer als etwa eine Reportage vom Bauplatz des geplanten und dann doch nicht gebauten AKWs in Wyhl am Kaiserstuhl während der Auseinandersetzungen zwischen Platzbesetzern und Demonstranten auf der einen und der Polizei auf der anderen Seite aus dem Jahr 1975 scheint mir ein gut zwei Jahre später datiertes Tondokument zum Atomstreit. Der in Konstanz vorgestellte Ausschnitt war einem Zusammenschnitt einer Diskussion mit Jugendlichen am 24. Oktober 1977 entnommen, die vom Jugendfunk des Süddeutschen Rundfunks (SDR) in Schwäbisch Gmünd veranstaltet worden war. Es handelt sich darum, dass eine Kommunikationssituation – eine Diskussion – mit dem Zweck veranstaltet worden war, um daraus eine Hörfunksendung zu produzieren. Dieser Umstand mag bis zu einem gewissen Grad die Authentizität des Gesprochenen mindern. Aber dies einmal dahin gestellt: Die Äußerungen von mehreren Jugendlichen artikulieren einerseits Gefühle der Ohnmacht gegenüber der Tatsache, dass der Atom-

---

[11] Die Frage, inwieweit schriftliche Überlieferungen der gesprochenen Texte, den O-Ton ersetzen und in welchem Ausmaß diese geschehen könnte, kann hier nicht vertieft werden.

[12] Auch die möglichen Auswahlkriterien für ästhetisch ambitionierte Produktionen – etwa Hörspiele – werden hier nicht weiter erörtert.

protest bei den politisch Verantwortlichen unerhört verhalle und nicht ernst genommen werde. Indem sie dies aussprechen, nehmen einige von ihnen Bezug auf den damals auf seinem Höhepunkt befindlichen Terrorismus der Roten-Armee-Fraktion (RAF) und artikulieren ein gewisses Verständnis für ihn. In den Äußerungen sind Emotionen dokumentiert, die Einblicke in – verbreitete? – Einschätzungen des RAF-Terrorismus liefern. Sie tragen Indizien dafür zusammen, inwieweit in der Öffentlichkeit die RAF-Terroristen als gewöhnliche Kriminelle betrachtet wurden oder inwiefern nach der Meinung von Bürgern nicht Staat und Öffentlichkeit durch *Überreaktion* – oder das, was manche als solche wahrnahmen – zur Existenz eines diffusen, gleichwohl wirkmächtigen sogenannten *Sympathisanten*-Umfelds beitrugen. Durchaus vergleichbare Gedanken sprach im Frühjahr 1975, zwei Jahre vor dem *annus horriblis* des deutschen Terrorismus 1977, ein Teilnehmer an einer Demonstration in der Landeshauptstadt Stuttgart aus: Damals waren Bewohner der Region am Kaiserstuhl nach Stuttgart gekommen, um den Landtagsabgeordneten ihren Protest gegen den Bau des AKW vorzutragen (*Vor Ort: Bürger gegen Atomkraft in Wyhl*. Eine Sendung des WDR, ausgestrahlt im Ersten Deutschen Fernsehen am 26. Februar 1975).

Bei allen, im Folgenden noch zu erläuternden Sendungsausschnitten stellt sich bei der Auswertung natürlich die Frage: Was ist wirklich authentisch an den Aussagen? Welchen Anteil hat die mediale Inszenierung, weil – zwangsläufig – Redebeiträge und Meinungsäußerungen verkürzt wurden bzw. durch Montagen die ursprünglichen Kontexte verschoben werden, ohne dass sie dem Zuschauer rekonstruierbar sind oder ausdrücklich auf sie hingewiesen wird? Für die Auswertung der audiovisuellen Quellen eröffnen sich damit schwierige theoretische, aber auch praktische Probleme. Einem Nutzer, der ein Dokument auswerten und interpretieren will, kann es passieren, dass im konkreten Einzelfall genauere Aussagen über die ursprünglichen Kontexte entweder gar nicht dokumentiert wurden oder dass die möglicherweise schriftlich aufgezeichneten Kontextinformationen zum audiovisuellen Dokument nicht in die Bestände der Historischen (Akten-)Archive der Rundfunkanstalten gelangt sind, möglicherweise vernichtet wurden.[13]

Angesichts der Relevanz und der öffentlichen Aufmerksamkeit des Antiatomprotests liegt es auf der Hand, dass große Mengen an Beiträgen für den Hörfunk und das Fernsehen in den Archiven der Landesrundfunkanstalten zum Thema Kernkraft und Atomprotest vorhanden sind. Es war nicht nur nicht möglich, sie im Rahmen der für dieses Referat zur Verfügung stehenden Vorbereitungszeit zu sichten bzw. anhand auch nur von exemplarischen Aus-

[13] Die Bedeutung der Kontextüberlieferung wird immer noch allzu sehr bei den Forderungen nach Archivierung der audiovisuellen Dokumente vernachlässigt. Dabei lässt sich keine künstlerische Hervorbringung, keine mediale Botschaft ohne Informationen über die Bedingungen der Produktion, der Adressaten usw. sachgerecht interpretieren und zuordnen.

schnitten aus der Überlieferung von Hörfunkbeiträgen im Vergleich zwischen produzierten und schließlich aufbewahrten Dokumenten die Praxis der real vorgenommen Bewertung und Aussonderung detaillierter vorzustellen.

Insofern werden im Folgenden die weiteren Sendebeispiele noch kurz vorgestellt:

1. Vom Beginn der Protestbewegung stammt ein Ausschnitt aus einem Beitrag des vom Norddeutschen Rundfunk produzierten Magazins *Panorama* aus dem Jahr 1970 (Erstes Deutsches Fernsehen, gesendet am 31. August 1970). Im Zentrum des Beitrags stehen erste Bürgerproteste gegen das im Bau befindliche AKW Würgassen an der Weser. Einer der beiden vorgeführten Ausschnitte zeigt einen frühen, nicht besonders spektakulären öffentlichen Protest von AKW-Gegnern. Vom Bau des AKW unmittelbar betroffene Bürger halten selbstgemalte einfache Protestplakate in die Kamera. Darüber hinaus besteht der Beitrag aus zwei Interviews. In dem einen kommt ein älterer Naturwissenschaftler zu Wort, der sich kritisch, gleichwohl aber unaufgeregt mit den möglichen Gefahren der friedlichen Nutzung der Atomenergie auseinandersetzt. Aus dem zweiten, in einem Ausschnitt vorgestellten Interview kommt ein mit den Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren beschäftigter Fachbeamter zu Wort. Er bezieht seine mit Händen zu greifende Selbstgewissheit über die absolute Sicherheit der AKW aus der von ihm vorgestellten Dichte der Gesetzesvorschriften und der Prüfungsarbeit von Fachkommissionen: Auch nur im Ansatz ist Verständnis für die Sorgen von betroffenen – weil in der Nachbarschaft lebenden – Bürgern *nicht* zu erkennen.
2. Ein weiteres Spotlight auf die in vielen Beiträgen wiederkehrenden, sich vielfach widersprechenden Meinungen von Experten in Sachen Atomstreit wirft ein Ausschnitt aus der Diskussionssendung *Pro und Contra* (hergestellt vom SDR, ausgestrahlt im Ersten Deutschen Fernsehen am 29. August 1974).
3. In dem Beitrag der Sendung *Panorama* (produziert vom NDR, gesendet am 15. November 1976 im Ersten Deutschen Fernsehen) wird noch einmal der große Abstand zwischen besorgten Bürgern und den politischen Instanzen in den Auseinandersetzungen um das AKW Brokdorf deutlich. Sie werden bei einem Besuch in der Wilster-Marsch mit Protesten und widerständigem Handeln gegen ein Vorhaben konfrontiert, das zuvor in ordentlichen Planungs- und Genehmigungsverfahren auf den Weg gebracht wurde. Verkompliziert wird dabei die Situation durch die Gemengelage zwischen friedlichen, gleichwohl entschlossenen und zur Gewalttätigkeit neigenden Protestgruppen. Der Ausschnitt zeigt den damaligen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Gerhard Stoltenberg in der Nähe des Baugeländes von Brokdorf. Dieser kommentiert den Widerstand von seiner Meinung nach selbsternannten Repräsentanten der Bevölkerung gegen den Bau mit dem Hinweis auf die Rechtmäßigkeit des Pla-

nungsprozesses (*Wo kommen wir denn hin, wenn wir dem nachgeben*). Kritisches diesbezügliches Nachfragen der Fernsehreporter beantwortet er mit einem pauschalen Angriff auf die einseitige Berichterstattung des NDR. Man fragt sich, ob der Regierungschef hier tatsächlich so hilflos und unangemessen aggressiv agierte, wie es aus der heutigen distanzierteren Sicht erscheint und/oder ob und inwieweit er vermittels einer geschickten medialen Inszenierung bloßgestellt wird. Ist Ersteres der Fall, hätten wir es mit einem aufschlussreichen Dokument des arroganten Umgangs der Exekutive mit den neuen Herausforderungen des Atomprotests zu tun. Trifft Letzteres zu, dann wäre das Dokument ein aufschlussreicher Beleg für die manipulative Kraft der (elektronischen) Medien.

Zum Abschluss des Kurzvortrags wurden noch zwei Ausschnitte aus Fernsehproduktionen vorgestellt, die durchaus als *Ikonen* der Atomprotestbewegung bezeichnet werden können und auch in der medialen Tradierung des Antiatomprotests eine Rolle spielten. Es handelte sich jeweils um Ausschnitte, die Proteste bzw. polizeiliches Vorgehen gegen Demonstranten am Bauzaun in Brokdorf (Beitrag des vom NDR produzierten Magazins *Panorama*, ausgestrahlt im Ersten Deutschen Fernsehen am 15. November 1976) und bei der Räumung des Bauplatzes in Wyhl (*Vor Ort: Bürger gegen Atomkraft in Wyhl*, weitere Angaben siehe oben) dokumentieren. Die Filmsequenzen sind allein eindrucksvoll wegen des massiven Körpereinsatzes der beteiligten Akteure auf beiden Seiten. An der Wyhl-Dokumentation fällt die offensichtliche Beteiligung der bodenständigen einheimischen Bevölkerung an der Platzbesetzung und ihre Fassungslosigkeit angesichts der Härte des Polizeieinsatzes ins Auge. Der Verfasser des Beitrags erinnerte sich bei der Vorbereitung noch an den WDR-Fernsehfilm und gerade an diese Szenen bei der Erstausstrahlung und hat sie unter anderem deshalb ausgewählt. Ob sich je genauer rekonstruieren lässt, inwieweit die Zuspitzung, die der Fernsehbeitrag in Bezug auf das Eingreifen der baden-württembergischen Landesregierung erkennen lässt, der Wirklichkeit entsprach und inwieweit auch andere von dem zur besten Sendezeit nach der Tagesschau gezeigten Film sich beeindrucken ließen? So schwer es auch ist, zu genaueren Aussagen zu kommen, so hofft der Autor andererseits, dass deutlich geworden ist: Die massenmediale Begleitung der bis heute andauernden gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die Großtechnologie *Friedliche Nutzung der Kernkraft* darf auf keinen Fall bei historischen Rückblicken fehlen.

Überlieferungsbildung der Anti-Atom-Bewegung im Grünen-Archiv

Von Christoph Becker-Schaum

Die Frage, welche Überlieferungsbildung den Arbeitsauftrag eines Archivs ausmacht, dürfte in der Regel bei der Gründung eines Archivs im Grundsatz entschieden werden. Aber außerhalb rechtlich geregelter Zuständigkeiten kann die reale Praxis nicht durch einfache Entscheidungen dekretiert werden, sondern hängt von vielen Umständen ab. Die Überlieferung der Anti-Atom-Bewegung im Grünen-Archiv ist dafür ein erhellendes Beispiel.

Die 1980 als Partei gegründeten Grünen besaßen bis zur verlorenen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 kein zentrales Archiv, das die bei der Auflösung der Fraktion Die Grünen im Bundestag anfallenden Akten und anderen Unterlagen hätte aufnehmen können. Zwar war über das *Projekt Grünes Gedächtnis* seit 1988 innerhalb und außerhalb der Bundestagsfraktion diskutiert worden, aber die Diskussion war noch nicht in eine Entscheidung über die Gründung eines Grünen-Archivs gemündet. Die Wahlniederlage vom Dezember 1990 kürzte diese Diskussion rigoros ab, weil nun konkret entschieden werden musste, was ad hoc mit den unendlich vielen Papieren aus den Fraktions- und Abgeordnetenbüros geschehen sollte. In ihnen steckte die Essenz von acht Jahren politischer Arbeit im Deutschen Bundestag. Die grundsätzliche Vorstellung am Ende des Jahrs 1990 war, dass sie nicht nur sicher aufbewahrt werden, sondern auch weiterhin der politischen Arbeit zugutekommen sollten. Und so geschah es: Hunderte Umzugskartons mit Akten aus der Bundestagsfraktion wurden an verschiedene bundesweite Initiativen und an Fraktionsgremien in den Ländern zur Unterstützung ihrer politischen Arbeit ausgeliehen. Die übrigen Akten, soweit sie nicht von Abgeordneten und MitarbeiterInnen nach Hause mitgenommen wurden, fanden eine erste Bleibe in einer Bonner Lagerhalle, von wo aus sie 1991 nach Bornheim-Widdig in ein von der Bundesgeschäftsstelle der Partei eingerichtetes Archiv gebracht wurden. Sie sollten möglichst inhaltlich erschlossen sein, wenn vier Jahre später eine neue Fraktion in den Bundestag einziehen würde. Das war die Gründung des Archivs Grünes Gedächtnis.

Aus der Situation geboren, hatte diese Art von Archivgründung etwas Überfallartiges an sich. Sie war nicht wirklich *politisch korrekt*. Im Selbstverständnis der Grünen der 1980er-Jahre war das Verhältnis der sozialen Bewegungen zur Partei in der Denkfigur *Standbein-Spielbein* artikuliert. Partei und Fraktion waren ausführende Organe. Die Gründung eines Parteiarchivs oder gar Fraktionsarchivs anstelle eines Bewegungsarchivs wäre ein Akt der Verselbstständigung der Organisation gegenüber der Basis gewesen.

Der Stiftungsverband Regenbogen, der 1992 die Trägerschaft des Archivs übernommen hatte, richtete eine Arbeitsgruppe ein, die über ein Rahmenkonzept beraten sollte. Da einerseits ein *reines* Parteiarchiv ohnehin nie zur Debatte stand, andererseits die Herstellung von Transparenz bezüglich der mit Steuergeldern ausgestatteten Parteiorganisationen und Fraktionen unabweisbar war, entstand ein sogenanntes *3-Schalen-Modell*: Schale 1 für die Partei, ihre Gliederungen und Fraktionen, Schale 2 für die neuen sozialen Bewegungen und Schale 3 für die individuellen politischen Akteure. Nach einer anderen Formulierung sollte das Archiv Grünes Gedächtnis die mit der Partei Bündnis 90/Die Grünen verbundene gesellschaftliche Grundströmung archivieren. So oder so war das neue Archiv als Archiv der Bündnisgrünen *und* der sozialen Bewegungen gedacht, auf die die Partei sich politisch stützte.

Faktum eins war aber, dass das so entstandene Archiv tatsächlich ein *Parteiarchiv* war, denn es umfasste anfangs vor allem den Aktenbestand der beiden Bundestagsfraktionen von 1983 bis 1990 und den der Bundesgeschäftsstelle der Grünen, den Nachlass von Petra Kelly sowie die Plakat- und Fotosammlungen von Partei und Fraktion. Faktum zwei war, dass allein Partei und Stiftung das Archiv gegründet hatten und dass allein die Stiftung beschlossen hatte, dass es ein Partei- und Bewegungsarchiv sein sollte. Die sozialen Bewegungen waren an diesem Beschluss nicht beteiligt. Es war nicht einsichtig, warum sie Unterlagen aus ihrer politischen Arbeit dem Grünen-Archiv zur dauerhaften Aufbewahrung übergeben sollten. Initiativen und Akteure aus sozialen Bewegungen übergeben ihre Altakten und Materialsammlungen nur dann einem Archiv, wenn zu ihm ein eingespieltes Vertrauensverhältnis besteht. Der Hiatus zwischen Bewegungen und Partei war nur da zu überwinden, wo grüne PolitikerInnen als ProtagonistInnen der sozialen Bewegungen zu MandatsträgerInnen in der Partei aufgestiegen waren. Das war zugleich der tiefere Sinn der Schale drei in dem 3-Schalen-Modell.

Grundsätzlich scheinen Parteiakten keine Bewegungsakten sein zu können, aber Parteien können an sozialen Bewegungen teilnehmen und die Grünen waren in den 1980er-Jahren Teil der Anti-AKW-Bewegung, der Friedensbewegung, der Frauenbewegung und der Dritte-Welt-Bewegung. Abgeordnete und Vorstände wurden aufgrund ihrer Rolle in den sozialen Bewegungen gewählt, Rollen, die ihren Niederschlag in den persönlichen Deposita finden, wenn die Gewählten sich dazu entschließen können, außer ihren Büroakten auch die aus ihrem persönlichen Engagement entstandenen Unterlagen archivieren zu lassen.

Die Anti-AKW-Bewegung hat von vornherein auch ihre eigenen Archive entwickelt, zum Beispiel das Atomarchiv des Umweltzentrums Bielefeld. Gleichzeitig wurde sie von Dritten archiviert, zum Beispiel vom Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover und vom Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung an der Freien Universität Berlin. Auch die Grünen selbst haben spezielle Anti-Atom-Archive angelegt, zum Beispiel die grüne Fraktion im Umlandverband Frankfurt am Main. Ein Spezialfall

sind einzelne Aktive, die zugleich intensiv gesammelt haben. Alle Varianten beinhalten, dass sie wahrscheinlich keine dauerhaften Archivierungen sind und ihre Urheber sich irgendwann entscheiden müssen, ob sie ihre Sammlungen einem Archiv zur dauerhaften Archivierung übergeben wollen. Und tatsächlich haben persönliche und – im Fall der angeführten Beispiele – institutionelle Wechselfälle inzwischen dazu geführt, dass Archive und Archivalien der Anti-Atom-Bewegung der oben genannten Arten an das Archiv Grünes Gedächtnis übergeben worden sind.

Aus diesen Vorbemerkungen lässt sich ermessen, inwiefern das Archiv Grünes Gedächtnis als Archiv der Anti-Atom-Bewegung anzusprechen ist:

- Entweder verhalten sich die Partei und ihre Fraktionen als Spielbein der Anti-Atom-Initiativen, dann findet die Arbeit der Initiativen ihren Niederschlag in den Partei- und Fraktionsakten.
- Oder in den Depositarbeständen der Aktiven ist ihr Engagement in der Anti-Atom-Bewegung dokumentiert.
- Oder einzelne Initiativen haben ihre Unterlagen dem Archiv zur Aufbewahrung übergeben.
- Oder private SammlerInnen bzw. institutionelle Dokumentationsstellen haben ihre Sammlungen dem Archiv übergeben.

Das sind die vier Wege, über die originäre Unterlagen der Anti-AKW-Bewegung in das Archiv Grünes Gedächtnis gelangt sind. Aus der Archivsicht sind damit zugleich die Wege benannt, über die das Archiv seinem Bestandsbildungsauftrag nachgekommen ist.

An dieser Stelle ist noch eine Bemerkung über den allgemeinen Charakter der Überlieferung von sozialen Bewegungen wie der Anti-Atom-Bewegung notwendig. Die Überlieferung sozialer Bewegungen besteht zum einen aus Dokumenten der Kommunikation innerhalb der Netzwerke sowie der Planung und Durchführung von Aktionen, zum anderen – in der Regel überwiegend – aus hektografierten und gedruckten Materialien. Sie gelangt als Teil von Nachlässen und institutionellen Abgaben ins Archiv. Soziale Bewegungen sind selbst keine Organisationen, die als solche archiviert werden könnten. Für die Bewertung der Dokumente ist deshalb ein zentrales Kriterium, ob die Rolle des Urhebers im Bewegungsgeschehen transparent ist. Handelt es sich überhaupt um einen Bewegungsakteur oder um eine sekundäre Sammlung?

Soziale Bewegungen als Netzwerke von Bewegungsakteuren zu betrachten, impliziert, den einzelnen *Netzwerkern* eine tragende Rolle zuzuweisen. Die mobilisierende Kraft der Anti-AKW-Bewegung wurde vom Einsatz derer getragen, die Netzwerke geknüpft und aufrechterhalten haben. Ein Angelpunkt der Überlieferung sozialer Bewegungen ist deshalb die Überlieferung von persönlichen Nachlässen von Aktiven der sozialen Bewegungen, die nicht leicht von amtlichen und anderen Archiven gesammelt werden können. Entsprechende Depositarbestände und Nachlässe gelangen deshalb in

der Regel nur in den Fällen an das Grünen-Archiv, in denen die Aktiven Grünen-Mitglieder geworden sind. Einzelne Initiativen der Anti-AKW-Bewegung sind folglich allein dadurch überliefert, dass sie als Teil von Nachlässen oder Depositarbeständen an das Archiv gelangt sind.

Aus diesen Bemerkungen ergeben sich die weiteren, feineren Bewertungskriterien für die Bestandsentwicklung. Flugblätter, Rundbriefe, hektografierte Infoblätter etc. sind aus der Perspektive von Bewegungsakteuren, von *Netzwerkern,* Arbeitsunterlagen, während sie im Kontext eines anderen Bestands durchaus als Sammlungsgut klassifiziert und bewertet werden können. Die Reichweite und die Mobilisierungspotenziale einer Initiative dürften ohne Auswertung des aus der Netzwerkarbeit entstandenen *Sammlungsgutes* kaum rekonstruiert werden können. Kurz: Die Bewertung der Archivalien muss von der Rekonstruktion der Rollen der Bewegungsakteure ausgehen.

Ich möchte abschließend einen Blick auf die Archivbestände werfen in der Hoffnung, anhand von einigen Beispielen das Obige zu illustrieren. Es würde aber den Rahmen dieses Beitrags sprengen, im Folgenden ein Inventar der Anti-Atom-Bewegung im Archiv Grünes Gedächtnis vorzulegen.

Im dem oben erwähnten Bestand *Atomarchiv des Umweltzentrums Bielefeld* befinden sich die überlieferten Dokumente der Bielefelder Gruppe *AKW-Nee!* mit ihren eigenen Notizen, Protokollen und Flugblättern sowie den Flugblättern und diversen Materialien anderer Gruppen, mit denen sie zusammengearbeitet haben, insbesondere mit den Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe (BUU). Die Unterlagen stammen aus den Jahren von 1974 bis 1979 mit einem Schwerpunkt 1977. Außerdem befinden sich im Atomarchiv die sorgfältig gesammelten Unterlagen des Bielefelder *Aktionskreis Leben* aus der Zeit von 1978 bis 1981/82. Sie enthalten die eigenen Unterlagen zur innergewerkschaftlichen Arbeit dieser *Gewerkschafter gegen Atom* mit Protokollen, Erklärungen und ihrer eigenen Mitgliederzeitschrift sowie die bundesweite Korrespondenz und organisatorische Vernetzung des Aktionskreises Leben.

Wolfgang Müller-Breuer war als Student in Berliner Gorleben-Initiativen engagiert. In seinem Depositum finden sich Papiere dieser Initiativen und Plenumsprotokolle der Berliner Initiativen. Ein Hauptpunkt der Berliner Aktivitäten war die Blockade des Hahn-Meitner-Instituts 1979, weil es an den Probebohrungen in Gorleben beteiligt war. Danach war er in Gorleben selbst. Seine Papiere umspannen den Zeitraum von der Bauplatzbesetzung beim Bohrloch 1004 im Jahr 1980 bis zur Wendlandblockade von 1984. Hauptpunkte hier sind seine Notizen und Manuskripte für die Gorleben-Chronologie und sein Engagement für die Begegnungsstätte *Kurve Wustrow*. Insgesamt spiegelt das Depositum nicht, was andere gemacht haben, sondern es enthält, was er von seinem eigenen Mitmachen in der Bewegung gegen den *Entsorgungspark* in Gorleben aufbewahrt hat.

Beim Nachlass von *Petra Kelly* fällt als erstes ihre internationale Rolle in der Anti-Atom-Bewegung auf. Wenn ich drei Phasen ihres Engagements unterscheide, beginnt sie 1974, Materialien aus deutschen, englischen und

amerikanischen Quellen zu Risiken der Atomkraft, zu Störfällen in Atomkraftwerken und überhaupt zu einzelnen AKWs und zur Anti-AKW-Bewegung zu sammeln. Das Material ist da besonders dicht, wo sie als Rednerin eingeladen ist, wie bei der Großkundgebung gegen den Bau des Schnellen Brüters in Kalkar, oder wo sie mit der irischen Anti-Atom-Bewegung zusammenarbeitet und 1979 mit dem irischen Gewerkschafter John Carroll das Buch *Nuclear Ireland* herausbringt. Zu diesem Zeitpunkt ist sie die bekannteste Grüne in Deutschland und Spitzenkandidatin für die Europawahl 1979. Sie wird deshalb häufig als Rednerin eingeladen, zum Beispiel zur bundesweiten Großdemonstration gegen den Bau von Atomkraftwerken im Herbst 1979 in Bonn oder als Rednerin bei der Großkundgebung gegen die Nachrüstung im Bonner Hofgarten im Herbst 1981. In der Bundestagsfraktion 1983 liegt der Schwerpunkt ihres Engagements auf der Außenpolitik. Ein Thema, an dem sie weiterhin international in der Anti-AKW-Bewegung arbeitet, ist der Uranabbau. Sie unterstützt die erste Weltkonferenz der Strahlenopfer und die erste internationale Konferenz des Indigenous Uranium Forum.

Gina Düllmann stammt aus einer jüdischen Familie, die 1939 nach Brasilien geflüchtet ist. Gina Düllmann kam Mitte der 1970er-Jahre zum Studium nach Deutschland. Aus ihrem Depositum, um nur einen Punkt herauszuheben, lernt man die Kampagnen gegen das deutsch-brasilianische Atomabkommen von 1975 im Kontext ihrer Tätigkeit als Mitarbeiterin der Bundestagsabgeordneten Christa Nickels, Christian Sterzing und Eckhard Stratmann in den 1980er-Jahren kennen. Als die Grünen 1989 in das Parlament des Bundesstaats Rio de Janeiro einzogen, übernahm sie das deutsch-brasilianische Koordinationsbüro, das bei dem brasilianischen Abgeordneten Alfredo Sirkis angesiedelt war. Das Depositum lehrt, wie mit den Mitteln einer Fraktion der Protest der Anti-AKW-Bewegung in beiden Erdteilen unterstützt werden kann.

Nach der Katastrophe von Tschernobyl war die Sammlung und Verbreitung von gesicherten Informationen über die atomare Strahlung ein Arbeitsschwerpunkt des umweltpolitischen Arbeitskreises der *Bundestagsfraktion*. Dies spiegelt sich in den Sachakten des Arbeitskreises wider. Außerdem galt es, Stellungnahmen zu erarbeiten und Veranstaltungen durchzuführen. Die anschließenden politischen Initiativen bezogen sich auf die Strahlenschutzgesetzgebung und den Ausstieg aus der Atomenergie.

Die Beispiele zeigen das breite Spektrum der Überlieferung der Anti-AKW-Bewegung und die Vielfältigkeit der Anti-AKW-Bewegung selbst. Die Anti-AKW-Bewegung als Netzwerk des Protests und Widerstands gegen den Bau und Betrieb von Atomkraftwerken umfasst ein Kontinuum von Organisationen und Aktionen, dessen eine Seite der militante Kampf lokaler Basisgruppen ist und das auf der anderen bis in die institutionalisierten Formen der Politik reicht.

Autorin und Autoren

Dr. Thomas Becker
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn – Universitätsarchiv
Am Hof 1, 53113 Bonn

Dr. Christoph Becker-Schaum
Heinrich Böll Stiftung – Archiv Grünes Gedächtnis
Eldenaer Straße 35, 10247 Berlin

Dr. Albrecht Ernst
Landesarchiv Baden-Württemberg – Hauptstaatsarchiv Stuttgart
Konrad-Adenauer-Straße 4, 70173 Stuttgart

Prof. Dr. Thomas Etzemüller
Carl von Ossietzky Universität Oldenburg – Institut für Geschichte
Ammerländer Heerstraße 114–118, 26129 Oldenburg

Dr. Kai F. Hünemörder
Wiesenstraße 39, 20255 Hamburg

Dr. Elke Koch
Landesarchiv Baden-Württemberg – Staatsarchiv Ludwigsburg
Arsenalplatz 3, 71638 Ludwigsburg

Michael Koltan
Archiv Soziale Bewegungen
Adlerstraße 12, 79098 Freiburg im Breisgau

Dr. Wolfgang Kraushaar
Hamburger Institut für Sozialforschung
Mittelweg 36, 20148 Hamburg

Prof. Dr. Robert Kretzschmar
Landesarchiv Baden-Württemberg – Präsident
Eugenstraße 7, 70182 Stuttgart

Prof. Dr. Edgar Lersch
Südwestrundfunk – Historisches Archiv
Neckarstraße 230, 70190 Stuttgart

Dr. Wolfgang Mährle
Landesarchiv Baden-Württemberg – Hauptstaatsarchiv Stuttgart
Konrad-Adenauer-Straße 4, 70173 Stuttgart

Mathias Mutz
Georg-August-Universität Göttingen –
Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte
Platz der Göttinger Sieben 5, 37073 Göttingen

Klaus Pflieger
Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart
Olgastraße 2, 70182 Stuttgart

Dr. Andreas Pilger
Landesarchiv Nordrhein-Westfalen – Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
Mauerstraße 55, 40476 Düsseldorf

Dr. Clemens Rehm
Landesarchiv Baden-Württemberg – Fachprogramme und Bildungsarbeit
Eugenstraße 7, 70182 Stuttgart

Dr. Christof Strauß
Landesarchiv Baden-Württemberg – Staatsarchiv Freiburg
Colombistraße 4, 79098 Freiburg im Breisgau